Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. August 1979
Jg. 7 Nr. 33

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg
D 21903 C

Golfstaaten verstärken Zusammenarbeit

z.inl. Die Staaten am Arabisch-Persischen Golf planen ein Gipfeltreffen, um über die politische Entwicklung in der Region, Drosselung der Rohölproduktion und Sicherheitsmaßnahmen in der Straße von Hormuz zu beraten. Dies berichtet die kuwaitische Zeitung „Al Watan" nach einer Reise des Außenministers der Vereinigten Arabischen Emirate durch Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, Bahrein, Quatar und Oman. Nachdem der US-Imperialismus seinen Drohungen, die Ölquellen zu besetzen, die Kriegsschiffe in den Golf folgen ließ, hat die Versicherung Lloyds die Region zur „Kriegszone" erklärt und höhere Tarife mit einer Prämie für „Kriegsrisiko" festgesetzt. Der Vorsitzende der PLO Arafat hat den Golfstaaten die Unterstützung der palästinensischen Revolution gegen die Interventionsdrohungen der US-Imperialisten zugesichert.

Putschversuch gegen die arabische Einheit

z.jon. Am 8.8.79 wurden in Bagdad 21 Teilnehmer an einer Verschwörung gegen die irakische Regierung, darunter ehemalige Minister und Mitglieder des Revolutionären Kommandorates der Baath-Partei, hingerichtet. Präsident Hussein erklärte, das Ziel der Verschwörer sei Zerstörung der arabischen Einheit und Kapitulation vor der zionistischen Expansion gewesen. Die imperialistische Presse behauptet ohne jeden Beweis, hinter dem Komplott stehe die syrische Regierung. Der Irak und Syrien bekämpfen die Versuche der US-Imperialisten, die Vertreibung des palästinensischen Volkes durch die zionistischen Siedler zu verewigen ebenso wie die Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten, die Arabische Liga in „progressive und reaktionäre" Staaten zu spalten. Beide Staaten wollen sich zusammenschließen. Die Supermächte haben Interesse, das zu verhindern.

Pakistan/Bangla Desh: Kooperation zur Exportsteigerung

z.anb. Ende Juli wurde in Islamabad zwischen den Regierungen Pakistans und Bangla Deshs ein Abkommen unterzeichnet, das die Einrichtung einer seit Dezember 1977 vereinbarten gemeinsamen Wirtschaftskommission re-

rialisten zugesichert.

Putschversuch gegen die arabische Einheit

z.jon. Am 8.8.79 wurden in Bagdad 21 Teilnehmer an einer Verschwörung gegen die irakische Regierung, darunter ehemalige Minister und Mitglieder des Revolutionären Kommandorates der Baath-Partei, hingerichtet. Präsident Hussein erklärte, das Ziel der Verschwörer sei Zerstörung der arabischen Einheit und Kapitulation vor der zionistischen Expansion gewesen. Die imperialistische Presse behauptet ohne jeden Beweis, hinter dem Komplott stehe die syrische Regierung. Der Irak und Syrien bekämpfen die Versuche der US-Imperialisten, die Vertreibung des palästinensischen Volkes durch die zionistischen Siedler zu verewigen ebenso wie die Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten, die Arabische Liga in „progressive und reaktionäre" Staaten zu spalten. Beide Staaten wollen sich zusammenschließen. Die Supermächte haben Interesse, das zu verhindern.

Pakistan/Bangla Desh: Kooperation zur Exportsteigerung

z.anb. Ende Juli wurde in Islamabad zwischen den Regierungen Pakistans und Bangla Deshs ein Abkommen unterzeichnet, das die Einrichtung einer seit Dezember 1977 vereinbarten gemeinsamen Wirtschaftskommission re-gelt. Die Kommission hat die Aufgabe, im Einklang mit den nationalen Wirtschaftsplänen beider Länder Kenntnisse und Erfahrungen zu beraten, so z.B. moderne Produktionsverfahren im Reis-, Baumwoll- und Juteanbau sowie deren Weiterverarbeitung auszuwerten, um die in beiden Ländern im Vorjahr erzielte 20–30%ige Steigerung des Exports weiter zu fördern. Über die Devisen für die Exporte – wobei 1978 sinkende Weltmarktpreise durch überproportionale Steigerung der Exportmenge aufgefangen werden mußten – finanzieren beide Länder wichtige Projekte des industriellen Aufbaus.

Die PLO verstärkt den bewaffneten Kampf gegen Israel

z.pel. Am 3. August haben palästinensische Kämpfer ein Verwaltungsgebäude des zionistischen Staates in El Ouods (Jerusalem) angegriffen. Am 5.8. flog dort das Büro der faschistischen Siedlerbewegung Gush Emumim in die Luft. Kurz zuvor war von der PLO ein israelischer Gefängnisbeamter entführt und erschossen worden. Die PLO antwortet mit einer Verstärkung ihrer Kampftätigkeit gegen den Siedlerstaat auf dessen Kriegsrüstung und auf die US-imperialistischen Manöver, sie zur Anerkennung der UN-Resolution 242 zu zwingen. Der bewaffnete Kampf ist die Grundlage des immer engeren Zusammenschlusses mit den arabischen Massen in den besetzten Gebieten. 300 Bürgermeister und Vertreter von Komitees in den besetzten Gebieten erklärten auf dem ersten Palästinensischen Sozialkongreß in El Ouods ihre bedingungslose Unterstützung der PLO.

Parlament zapft Arbeitslosenversicherung erneut an

Beschlossen: Kapitalisten erhalten Zuschüsse / Arbeiter müssen jede Arbeit nehmen

z.mif. Für die absehbare Krise hat das Parlament einstimmig vorgebaut: Das Arbeitsförderungsgesetz ist in 5. Fassung seit dem 1. August in Kraft. Die einzige Enthaltung kam aus der CDU. Die Verwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Zwangsarbeitsaufsichtsbehörde wird mit diesem Gesetz ein weiteres Stück vorangetrieben, zum Vorteil für die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kapitalisten. Das Volumen von Geldern der Arbeitslosenversicherung, die über die Bundesanstalt für Arbeit in Kapitalistenhände geleitet werden, ist gigantisch. Von den 17,5 Milliarden DM Ausgaben 1978 wandte die Anstalt ganze 6,3 Milliarden für Arbeitslosengeld auf – etwas mehr als ein Drittel. Pro Arbeitslosem und Monat zahlte Stingl bloß 526,22 DM. Die Sozialdemokratie propagiert seit langem, besser als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit sei die Finanzierung von Arbeitsplätzen. Es hat auf den Profit der Kapitalistenklasse eine deutliche Wirkung, wenn sie Lohn und Ausbildungskosten für mehrere hunderttausend Arbeiter von den Versicherten zahlen lassen kann. Das Gesetz verschafft dazu die Handhabe unter einer ganzen Latte von Stichworten: berufliche Aus- und Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung, Kurzarbeitergeld, Konkursausfallgeld, Rehabilitation, Arbeitsbeschaffung, Schlechtwettergeld. Für diese Ausgaben wird seit Jahren mit jeder Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes die Palette der Finanzierungsmöglichkeiten erweitert, während andererseits die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld laufend verschärft werden. Ende Dezember 1978 befanden sich allein 66134 Arbeiter sowie 59330 Angestellte in „beruflichen Förderungsmaßnahmen", Kostenträger zu 97,8% die Bundesanstalt für Arbeit. 795 Millionen aus den Versicherungsgeldern verwendete Stingl 1978 für Arbeitsbeschaffung, 600 Millionen für „Förderung der Arbeitsaufnahme".

Den „Einarbeitungszuschuß" hat das Parlament jetzt von bis zu 60% des Lohns auf bis zu 80% des Lohns erhöht. Für ein ganzes oder ein halbes Jahr streicht der Kapitalist die Gelder ein; dann steht es ihm frei, den „Eingearbeiteten" zu entlassen und neuen

DM. Die Sozialdemokratie propagiert seit langem, besser als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit sei die Finanzierung von Arbeitsplätzen. Es hat auf den Profit der Kapitalistenklasse eine deutliche Wirkung, wenn sie Lohn und Ausbildungskosten für mehrere hunderttausend Arbeiter von den Versicherten zahlen lassen kann. Das Gesetz verschafft dazu die Handhabe unter einer ganzen Latte von Stichworten: berufliche Aus- und Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung, Kurzarbeitergeld, Konkursausfallgeld, Rehabilitation, Arbeitsbeschaffung, Schlechtwettergeld. Für diese Ausgaben wird seit Jahren mit jeder Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes die Palette der Finanzierungsmöglichkeiten erweitert, während andererseits die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld laufend verschärft werden. Ende Dezember 1978 befanden sich allein 66134 Arbeiter sowie 59330 Angestellte in „beruflichen Förderungsmaßnahmen", Kostenträger zu 97,8% die Bundesanstalt für Arbeit. 795 Millionen aus den Versicherungsgeldern verwendete Stingl 1978 für Arbeitsbeschaffung, 600 Millionen für „Förderung der Arbeitsaufnahme".

Den „Einarbeitungszuschuß" hat das Parlament jetzt von bis zu 60% des Lohns auf bis zu 80% des Lohns erhöht. Für ein ganzes oder ein halbes Jahr streicht der Kapitalist die Gelder ein; dann steht es ihm frei, den „Eingearbeiteten" zu entlassen und neuen
„Einarbeitungszuschuß" für frische Arbeitskraft zu verlangen. Der Hunger der Kapitalisten auf frische Arbeitskraft ist gewaltig: von Januar bis Juli 1979 wurden 1697440 Arbeiter und Angestellte entlassen; das Arbeitsamt vermittelte 1261074 Neueinstellungen. Jährlich werden mehr als 10% der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland über das Arbeitsamt umgeschlagen. Durchschnittlich 3,9 Vermittlungsvorschläge lassen sich die Kapitalisten vom Arbeitsamt machen, ehe sie einstellen.

Gegenüber dem Stand von 1970 ist dennoch die Zahl der Vermittlungen gesunken, von 2,9 auf 2,1 Millionen auf das Jahr. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die eine Stelle suchen, ohne arbeitslos zu sein, ist erheblich verringert. Die Bourgeoisie tut alles, um zu verhindern, daß die Lohnarbeiter den Arbeitsmarkt zu ihrem Vorteil verwenden können. Wer dem Kapitalisten kündigt, ohne bereits neue Arbeit zu haben, wird vom Arbeitsamt mit Sperrzeit belegt: das gilt der Bourgeoisie nicht als „Mobilität", das Arbeiterheer soll nicht „sich bewegen", sondern „bewegbar sein".

Seit Beginn der Großen Koalition sind die bürgerlichen Parteien Zug um Zug dabei, die Bundesanstalt für Arbeit mit immer mehr Zwangsmitteln für die Verlagerung der Arbeiterheere entsprechend den Ergebnissen der Konkurrenzschlachten auszustatten. Bereits das Sachverständigengutachten 1966/67 stellte fest: „Deshalb steht die Frage, wie man die Mobilität der Arbeitskräfte fördern und überkommene Mobilitätshindernisse beseitigen kann, nach wie vor auf der Tagesorddnung." Mit den „überkommenen Mobilitätshindernissen" sind keineswegs Reste feudaler Zunftordnung gemeint, die die Arbeiter am freien Verkauf ihrer Arbeitskraft hindern würden, sondern Normalarbeitstag und Lohnstandard. Sie einzureißen erweist sich für die Bourgeoisie schwieriger als gedacht. Als vor einem Jahr Stingl den „Runderlaß 230/78" herausgab, in dem er rundheraus alle Sorten Arbeit für dem Arbeitslosen zumutbar erklärte, ging eine Welle der Empörung durch die Gewerkschaften. Ehrenberg schickte Anke Fuchs als Staatssekretärin nach Nürnberg, damit sie das taktische Ni-

les, um zu verhindern, daß die Lohnarbeiter den Arbeitsmarkt zu ihrem Vorteil verwenden können. Wer dem Kapitalisten kündigt, ohne bereits neue Arbeit zu haben, wird vom Arbeitsamt mit Sperrzeit belegt: das gilt der Bourgeoisie nicht als „Mobilität", das Arbeiterheer soll nicht „sich bewegen", sondern „bewegbar sein".

Seit Beginn der Großen Koalition sind die bürgerlichen Parteien Zug um Zug dabei, die Bundesanstalt für Arbeit mit immer mehr Zwangsmitteln für die Verlagerung der Arbeiterheere entsprechend den Ergebnissen der Konkurrenzschlachten auszustatten. Bereits das Sachverständigengutachten 1966/67 stellte fest: „Deshalb steht die Frage, wie man die Mobilität der Arbeitskräfte fördern und überkommene Mobilitätshindernisse beseitigen kann, nach wie vor auf der Tagesorddnung." Mit den „überkommenen Mobilitätshindernissen" sind keineswegs Reste feudaler Zunftordnung gemeint, die die Arbeiter am freien Verkauf ihrer Arbeitskraft hindern würden, sondern Normalarbeitstag und Lohnstandard. Sie einzureißen erweist sich für die Bourgeoisie schwieriger als gedacht. Als vor einem Jahr Stingl den „Runderlaß 230/78" herausgab, in dem er rundheraus alle Sorten Arbeit für dem Arbeitslosen zumutbar erklärte, ging eine Welle der Empörung durch die Gewerkschaften. Ehrenberg schickte Anke Fuchs als Staatssekretärin nach Nürnberg, damit sie das taktische Ni-
veau erhöhe. Im jetzt verabschiedeten Gesetz hat die Regierung nur dem Anschein nach zurückgesteckt; tatsächlich sind im neuen §103 des Arbeitsförderungsgesetzes keinerlei Schranken gezogen, die bei der Zumutung der Arbeitsaufnahme nicht überschritten werden dürften, sondern es wird eine Kette von Gesichtspunkten zur „Berücksichtigung" aufgeführt: „Dabei sind alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die bisherige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen, seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse, die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß Umstände, die allein betrachtet zumutbar wären, bei Vorliegen weiterer Umstände für den Arbeitslosen unzumutbar sein können." Den letzten Satz hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung dank seiner sozialdemokratischen Mehrheit dem Regierungsentwurf noch beigefügt. Nachdem so der Bundesanstalt für Arbeit freie Hand zur „Berücksichtigung" von allem geschaffen ist, was die Bourgeoisie als berücksichtigenswert erachtet, wird am 25. September der Verwaltungsratsausschuß der Bundesanstalt für Arbeit tagen, um Richtlinien für die Zumutbarkeit festzulegen.

Das Bundessozialgericht hat bereits Flankenschutz gegeben: Bei Arbeitslosen, die nur bereit seien, in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden, könne die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht als Ersatzzeit auf die Rentenversicherung angerechnet werden (10.5.79).

Das sahaurische Volk befreit den Süden seines Landes: Friedensschluß mit Mauretanien



Nach vierjährigem Befreiungskampf des sahaurischen Volkes unter Führung der FPolisario haben die Regierungen der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und Mauretanien am 5.8. in Algier einen „Vertrag über den endgültigen Frieden" zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Mauretanien erklärt, daß es sich „endgültig aus diesem ungerechten Krieg zurückzieht." Die Imperialisten rüsten Marokko weiter auf, um die Befreiung des phosphatreichen Nordens der Westsahara hinauszuzögern. US-amerikanische Flugzeuge haben die marokkanischen Truppen aus Zaire zurückgeholt, um neue Aggressionen gegen die Westsa-

Das sahaurische Volk befreit den Süden seines Landes: Friedensschluß mit Mauretanien



Nach vierjährigem Befreiungskampf des sahaurischen Volkes unter Führung der FPolisario haben die Regierungen der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und Mauretanien am 5.8. in Algier einen „Vertrag über den endgültigen Frieden" zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Mauretanien erklärt, daß es sich „endgültig aus diesem ungerechten Krieg zurückzieht." Die Imperialisten rüsten Marokko weiter auf, um die Befreiung des phosphatreichen Nordens der Westsahara hinauszuzögern. US-amerikanische Flugzeuge haben die marokkanischen Truppen aus Zaire zurückgeholt, um neue Aggressionen gegen die Westsa-hara vorzubereiten.

Großbritannien muß Smith-Muzorewa-Clique illegal erklären

Ergebnis der Commonwealth-Konferenz / Supermächte bleiben draußen / Erfolge der ZANLA-Kämpfer

z.gek. Nach der Commonwealth-Konferenz war Mrs. Thatcher gesprächig aufgelegt. „Was die Zugeständnisse angeht, so hatte ich folgendes Gefühl: hätten wir allein Rhodesien anerkannt, hätten wir vollständig isoliert dagestanden, und das Problem wäre keineswegs gelöst gewesen, weil der Krieg und die Feindseligkeiten angedauert hätten. Was wäre dann geschehen? Weiße hätten Rhodesien weiterhin mit einer Rate von etwa 1000 pro Monat verlassen ... Wir hätten Bischof Muzorewa in eine schreckliche Lage gebracht. Dann wären wir aufgefordert worden, einzugreifen und zu helfen ... Wir haben Truppen in Deutschland, Truppen in Irland, Truppen in Hongkong, wir hätten es nicht tun können."

Tun können hätten es die britischen Imperialisten nur, wenn sie sich an die US-Imperialisten gewandt hätten. Das wollen sie nicht. Sie wollen keinesfalls weitere neo-koloniale Positionen an die US-Imperialisten abgeben. Die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Commonwealth-Länder haben diesen Widerspruch ausgenutzt. Der Hauptvorteil der auf der Commonwealth-Konferenz getroffenen Vereinbarung über die Entkolonisierung Zimbabwes (Rhodesiens) ist, daß der US-Imperialismus (wie im übrigen auch die andere Supermacht) draußen gehalten wird.

Im einzelnen sieht die 6-Punkte-Einigung vor: 1. Großbritannien muß seine legale Verpflichtung anerkennen, Rhodesien, das weiterhin seine Kolonie ist, zu entkolonialisieren. 2. Der Versuch, die schwarz-weiße Marionettenregierung Muzorewa-Smith „anzuerkennen" muß für's erste aufgegeben werden. 3. Die Verfassung der „inneren Lösung" ist zu verwerfen und neu auszuarbeiten. 4. Von einer Allparteienkonferenz soll eine neue Verfassung ausgehandelt werden; eine neue Regierung ist unter Teilnahme von Beobachtern aus dem Commonwealth in freien und gerechten Wahlen zu bilden. 5. Die britische Regierung muß mit der Patriotischen Front direkten Kontakt aufnehmen. 6. „Ziel" der Regelung (also nicht Vorbedingung) ist die Einstellung der Feindseligkeiten.

In einer Sendung der „Stimme Zimbabwes" hat die ZANU darauf hingewiesen, daß „immer wenn die Imperialisten vor einer Niederlage stehen, die Volksmassen besonders wachsam sein müssen", und hat aufgerufen, den Befreiungskrieg verstärkt fortzusetzen. Präsident Mugabe hat in einer ersten Stellungnahme gegenüber der imperialistischen Presse in Lusaka klargemacht, daß die alten Bedingungen der Genfer Konferenz nach wie vor gelten, insbesondere was die Auflösung der Söldnertruppen und bewaffneten Formationen des Siedlerregimes angeht. Während der Konferenz haben ZANLA-Streitkräfte das südöstliche Hauptquartier der rhodesischen Armee in Fort Victoria schwer bombardiert.

Ebenfalls zu Beginn der Commonwealth-Konferenz hat der Vermittlungsausschuß des Kongresses der USA die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um die pro-forma-Sanktionen gegen Rhodesien zum 15. November aufzuheben. Unter US-Regie wird eine einheitliche „innere Lösung" in allen drei südafrikanischen Kolonien vorbereitet. Gerade das aber hat jetzt die britischen Imperialisten dazu getrieben, die an der Leine des US-Imperialismus laufende Muzorewa-Smith-Clique, mit Thatcher zu sprechen, in eine wirklich „schreckliche Lage" zu bringen.

Streiks gegen Entlassungen und Stillegung bei AEG-Kanis



Von 1975 bis 1977 trieb AEG-Kanis die Arbeiter zu einer Umsatzsteigerung von 360 Mio. DM auf 1 Mrd. DM. Heute müssen die Arbeiter gegen die angekündigten Entlassungen in Nürnberg und die Stillegung in Essen streiken.

z.gek. **„Ich habe ein völlig offenes, natürliches, durch Herkunft und Lebensverhältnisse positives Verhältnis zur deutschen Arbeitnehmerschaft“,** hat Strauß in „Bild am Sonntag“ vom 6.8. verkündet. Um schnaufend fortzufahren: „Ich benutze gern diese Gelegenheit, um zum tausendstenmal meine positive Einstellung zum Grundrecht der Koalitionsfreiheit und damit auch ohne Wenn und Aber zu den freien Zusammenschlüssen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu bestätigen“. Eigentlich war er nur gefragt worden, wie er zu den *Einheits*gewerkschaften stehe. Anfang Juni hatte die „Metall“ ein CSU-Strategiepapier „zur Lösung der Gewerkschaftsfrage“ veröffentlicht. Es hatte zur Vorbereitung eines für den 29.2./1.3. 1980 geplanten Kongresses zur Gewerkschaftsfrage dienen sollen, parallel zur Gründung einer Vierten Partei. Das CSU-Papier ging davon aus, daß die DGB-Gewerkschaften unaufhaltsam zu „sozialistischen Richtungsgewerkschaften“ würden, und es unumgänglich sei, dagegen christlich-gelbe Verbände zu organisieren. Für den Aufbau eines Christlichen Gewerkschaftbundes müsse es gelingen, „die Wähler der CDU/CSU aus dem DGB zu lösen und ... einen großen Teil der Unorganisierten in diese Gewerkschaftsbewegung zu integrieren“. Es müßte „schlagartig ein Netz von hauptamtlichen Mitarbeitern und entsprechende Gewerkschaftsbüros aufgebaut werden“. „Eine grobe Überschlagsrechnung (für Bayern, d.Verf.) hat ergeben, daß hierfür ein Startkapital von ca. 100 Mio. DM notwendig wäre, um diese Aktion 5 Jahre durchzuhalten.“ Um diese hohe Summe aufzubringen und den CGB aufzupäppeln, könne man „über die Partei Kontakte mit Arbeitergeberverbänden herstellen, die derzeit noch nicht bereit sind, mit den CGB-Verbänden Tarifverträge abzuschließen“. (Alle Zitate nach „Metall“ 16/79 und „Der Gewerkschafter“ 7/79) – Jetzt, nach der Kanzlerkandidatur Strauß', soll das „Duell“ mit Schmidt den Boden für die Gewerkschaftsspaltung bereiten. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Monat soll es losgehen. „Steckt 12000 Facharbeiter in die Dortmunder Westfalenhalle, stellt Strauß davor, und das Ruhrgebiet ist euer“, hat Biedenkopf markig nach München gekabelt. – Die Gewerkschaften tun sicher gut daran, die Drohung eines solchen Spaltungsversuches ernster zu nehmen, als es die „Metall“-Redakteure tun, die herumtönen: „Strauß konnte die CDU erpressen – mit dem DGB funktioniert dieses Spielchen nicht.“ Das Spielchen funktioniert genau so: für oder gegen „Strauß“, für oder gegen „Schmidt“. Wenn die Gewerkschaftssozialdemokratie es schafft, die Forderungen und Interessen der Arbeiter der Erhaltung eines Notstands- und Krisenkanzlers Schmidt unterzuordnen, gerade dann blühen auch die Aussichten für die christliche Reaktion. Auf was haben sich Vetter, Hauenschild und Kluncker in „diskreter“ Sitzung mit Schmidt am 30.7. festlegen lassen?

tal von ca. 100 Mio. DM notwendig wäre, um diese Aktion 5 Jahre durchzuhalten.“ Um diese hohe Summe aufzubringen und den CGB aufzupäppeln, könne man „über die Partei Kontakte mit Arbeitergeberverbänden herstellen, die derzeit noch nicht bereit sind, mit den CGB-Verbänden Tarifverträge abzuschließen“. (Alle Zitate nach „Metall“ 16/79 und „Der Gewerkschafter“ 7/79) – Jetzt, nach der Kanzlerkandidatur Strauß', soll das „Duell“ mit Schmidt den Boden für die Gewerkschaftsspaltung bereiten. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Monat soll es losgehen. „Steckt 12000 Facharbeiter in die Dortmunder Westfalenhalle, stellt Strauß davor, und das Ruhrgebiet ist euer“, hat Biedenkopf markig nach München gekabelt. – Die Gewerkschaften tun sicher gut daran, die Drohung eines solchen Spaltungsversuches ernster zu nehmen, als es die „Metall“-Redakteure tun, die herumtönen: „Strauß konnte die CDU erpressen – mit dem DGB funktioniert dieses Spielchen nicht.“ Das Spielchen funktioniert genau so: für oder gegen „Strauß“, für oder gegen „Schmidt“. Wenn die Gewerkschaftssozialdemokratie es schafft, die Forderungen und Interessen der Arbeiter der Erhaltung eines Notstands- und Krisenkanzlers Schmidt unterzuordnen, gerade dann blühen auch die Aussichten für die christliche Reaktion. Auf was haben sich Vetter, Hauenschild und Kluncker in „diskreter“ Sitzung mit Schmidt am 30.7. festlegen lassen?

z.mif. **Die Bundesregierung ist dabei, eine größere diplomatische Aktion im Nahen Osten ins Werk zu setzen.** Sie hat feststellen müssen, daß gute Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht möglich sind, solange sie den zionistischen Standpunkt der Nichtexistenz des palästinensischen Volkes teilt. Für das diplomatische Zugeständnis der Anerkennung seiner Existenz verlangt die Bundesregierung Morgengaben der arabischen Staaten und der PLO in Form von Öl und Gewaltverzicht, am besten Anerkennung des Grundgesetzes. Nach der Eröffnung durch Brandt/Kreisky namens der Sozialistischen Internationale hat Genscher seinen Springinsfeld Möllemann losgeschickt und ihn nach erfolgtem Gebell der Form halber zurückgepfiffen. Läßt sich nichts draus machen, hat Genscher, hat der Kanzler nicht viel verloren, denn wer ist Möllemann; springt was bei raus, so fällt mildes Friedenslicht auf den segelnden Kanzler. Längst terminiert ist Genschers zweite Reise in arabische Länder: am 26. August nach Damaskus, am 28. nach Beirut, vom 29. bis 31. nach Amman, vom 31. bis 2. September nach Kairo. Seine Fahrerlaubnis hat er sich, von Florida auf der Heimreise, in Washington abzeichnen lassen, denn so souverän ist die Bundesregierung auch wieder nicht. Ihr Ziel sind direkte Öl-Lieferverträge Nahoststaaten – EG. Aber das unterschreibt Carter nicht so leicht. Im September beginnt die UNO-Vollversammlung, auf der nach Schmidts dringendem Wunsch Rüdiger von Wechmar den Vorsitz übernehmen

soll. Da wäre eine friedensstiftende Nahostinitiative der BRD und der EG äußerst passend.





z.ebk. **Um die SAVAK als Instrument ständiger Einmischung des BRD-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten des Iran zu erhalten, sind in Frankfurt, Hamburg, Kiel, Bremen, Krefeld und Westberlin in den letzten drei Wochen 39 iranische Studenten festgenommen worden.** Sie hätten SAVAK-Agenten verschleppt, freiheitsberaubt, genötigt und körperverletzt. In öffentlichen Versammlungen haben die iranischen Studenten das Treiben der SAVAK und die enge Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit SAVAK enthüllt. SAVAK-Agenten haben teilweise zugegeben, wie sie eingesetzt worden sind, „um die iranischen Oppositionellen, die in der BRD politisch tätig waren, zu schwächen ... In bezug zu unserer Beziehung zu Israel, den USA und der BRD verfolgten wir die Absicht, gemeinsam eine antikommunistische Politik voranzutreiben. Unsere Politik war, den Kommunismus zu bekämpfen“ (so der SAVAK-Chef von Shiraz und bis 1971 1. Sekretär der Schah-Botschaft in Bonn vor einem iranischen Revolutionsgericht am 19. 4. 1979). Die SAVAK-„Studenten“ lieferten wahre Räuberpistolen, Staatsanwälte und Richter machten daraus Haftbefehle, Regierungs-Bölling forderte hartes Zupacken und möglichst Ausweisung. 23 Iraner mußten teilweise am selben Tag, teils tags drauf freigelassen werden, 14 sind noch in Haft. Auch sie müssen freigelassen werden.



z.ebk. **Um die SAVAK als Instrument ständiger Einmischung des BRD-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten des Iran zu erhalten, sind in Frankfurt, Hamburg, Kiel, Bremen, Krefeld und Westberlin in den letzten drei Wochen 39 iranische Studenten festgenommen worden.** Sie hätten SAVAK-Agenten verschleppt, freiheitsberaubt, genötigt und körperverletzt. In öffentlichen Versammlungen haben die iranischen Studenten das Treiben der SAVAK und die enge Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit SAVAK enthüllt. SAVAK-Agenten haben teilweise zugegeben, wie sie eingesetzt worden sind, „um die iranischen Oppositionellen, die in der BRD politisch tätig waren, zu schwächen ... In bezug zu unserer Beziehung zu Israel, den USA und der BRD verfolgten wir die Absicht, gemeinsam eine antikommunistische Politik voranzutreiben. Unsere Politik war, den Kommunismus zu bekämpfen“ (so der SAVAK-Chef von Shiraz und bis 1971 1. Sekretär der Schah-Botschaft in Bonn vor einem iranischen Revolutionsgericht am 19. 4. 1979). Die SAVAK-„Studenten“ lieferten wahre Räuberpistolen, Staatsan-

z.juh. **Mit dem neuen Gesetz über die „Einführung eines Mutterschaftsurlaubs“ (ein SPD/FDP-Werk) können die Kapitalisten Urlaub und Urlaubsgeld der Frauen kürzen, die diesen „Mutterschaftsurlaub“ wahrnehmen.** Der „Mutterschaftsurlaub“ beträgt maximal 4 Monate und wird den „Zeiten des Beschäftigungsverbots“ (6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung) zugeschlagen. Während des „Mutterschaftsurlaubs“ bekommen die Frauen Mutterschaftsgeld in Höhe ihres Nettolohns, höchstens aber 750 DM monatlich gezahlt aus Steuergeldern. Während die Zeit des „Beschäftigungs*verbots*“ den Anspruch auf Urlaub und Urlaubsgeld der Frau nicht berührt, kann der Kapitalist dagegen für jeden Monat „Mutterschafts*urlaub*“ ein Zwölftel des Urlaubs und Urlaubsgeldes der Frau streichen, da diese während dieser Zeit „vom Arbeitsverhältnis freigestellt“ ist. Die Frau habe nun 1000 DM brutto im Monat, 24 Tage Jahresurlaub, das Urlaubsgeld betrage 50% des Bruttolohns (Manteltarif Metall). Sie nimmt 4 Monate „Mutterschaftsurlaub“: es bleibt ihr rund 240 DM vom Urlaubsgeld netto und 16 Tage Urlaub (acht Zwölftel). Der Kapitalist spart von ihrem Nettourlaubsgeld runde 120 DM und von ihrem Urlaub acht Tage ein.

Energiekabinett droht mit „sanftem Druck“

Schmidt bereitet Notstands- und Energiemaßnahmen mit DGB-Führung vor

z.frb. Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen werde es „vorerst“ nicht geben, verlautete von Otto Graf Lambsdorff letzten Dienstag nach der Sitzung des Energie-Sparkabinetts. Wenn allerdings die Bevölkerung sich nicht „vernünftig“ verhalte, so werde die Regierung zu Verbotsmaßnahmen greifen. Weil die Vernunft der Regierung nicht die Vernunft der Volksmassen ist, kommt die Regierung ohne Drohung mit dem Rohrstock nicht aus. Sicher ist sicher, dachten sich die Minister und knobelten gleich ein rundes Dutzend Verordnungen und Gesetzesnovellen aus. Einiges davon will die Bundesregierung noch Mitte dieser Woche beschließen, das ganze Programm bis Ende September.

Die Verordnungen über zwingend vorgeschriebene Wärmeschutzmaßnahmen in Wohnbauten werden verschärft, durch eine Erweiterung des Energie-Einsparungsgesetzes soll zwingend vorgeschrieben werden, daß in allen Mehrfamilienhäusern an jedem Heizkörper Heizkostenverteiler angebracht werden. Auch von Streichung der Dieselverbilligung für die Bauern ist die Rede. Die Maßnahmen sind breit gefächert. Der Kohleimport soll auf 6,1 Mio. Tonnen erhöht werden, damit die BRD-Imperialisten bei der Ausraubung der Kohlegruben in Südafrika und Australien nicht zu spät kommen, das 4,35-Mrd.-DM-Programm zur Förderung heizenergiesparender Maßnahmen soll erhöht, Industriebetriebe, die Abwärme nicht in das Fernwärmesystem einleiten, sollen mit einer Abgabe belegt werden.

Energie wird überall gebraucht, so findet der Staatsapparat durch Maßnahmen zur Überwachung des Energieverbrauchs auch die Wege, sowohl die Volksmassen in ein dichtes Überwachungsnetz einzuspinnen, als auch die Voraussetzung für kriegsfähige Zwangsbewirtschaftung zu schaffen.

Wie jetzt durchgesickert ist, haben sich Helmut Schmidt, Ehrenberg, Matthöfer und Wischnewski in aller Heimlichkeit mit ihrem Parteifreunden Vetter, Kluncker, Hauenschild und Sperner getroffen. Es ging um Lohn-Sonderzahlungen, Wahlkampf und Energiepolitik. Das war am 30.7. Zwar war Loderer verhindert, aber zwei Tage später hat er in der Ölmulti-Nummer der „Metall“ aufgerufen: „Wir wollen alle beim Energiesparen helfen ...“ Mitte September will sich Schmidt mit DGB-Führung und Kapitalisten-Vertretern beraten.



Polizeikontrollen während des Sonntagsfahrverbots Ende 1973. Mit Energiesparprogrammen werden Notstand und Zwangsbewirtschaftung vorbereitet.

US-Außenhandelsgesetz verabschiedet

Der US-Imperialismus komplettiert sein Instrumentarium zur Wirtschaftsexpansion

z.pel. „Eine starke Position im Welthandel ist einer der Grundpfeiler der amerikanischen Wirtschaft. (...) Wir in den Vereinigten Staaten widmen uns einer Politik, die freien, ausgedehnteren Handel fördert und die zerstörenden Auswirkungen der Schutzzollpolitik vermeidet... Wir sind die größte Handelsnation der Welt. Dennoch, verglichen mit vielen unserer Handelspartner, exportieren wir einen geringeren Teil unserer reichen und vielfältigen Produktion als wir sollten. Die Welthandelswoche gibt uns Gelegenheit, uns auf den Export als nationale Priorität zu verpflichten und unsere Entschlossenheit, auf dem Welthandelsmarkt erfolgreich zu sein, zu bekräftigen.“ Für diese Rede konnte Carter am 20. Mai den ungeteilten Beifall der US-amerikanischen Finanzbourgeoisie einheimsen. Auf 28,5 Mrd. $ belief sich das Handelsbilanzdefizit des US-Imperialismus 1978, und wenn es auch gelang, mit Hilfe der Dollarinflation die Verluste im ersten Quartal 1979 um 40% zu drücken, so kann das die Supermacht, die um das *Monopol* auf den Märkten kämpft, nicht befriedigen. Es reicht den US-Finanzhaien nicht, den Investitionsgüterexport um 5% zu steigern, wenn die Bundesrepublik und Japan weiter die ersten Plätze im Weltmaßstab einnehmen. Zudem kündigten die Verengung des inneren Marktes, die Preiserhöhungen der OPEC und die Gegenmaßnahmen der imperialistischen Konkurrenten neue Rückschläge an.

Die Bilanz des zweiten Quartals hat die Vermutungen bestätigt. Das Defizit ist von 6,1 Mrd. $ auf 7,6 Mrd. gestiegen, die EG hat ihre Exporte kräftig steigern können, bei Automobilen um 20%. Carter muß zwei Probleme lösen: Die Senkung des Ölpreises mit allen Mitteln erreichen und die imperialistische Konkurrenz auf den Warenmärkten, v.a. dem US-Markt, schlagen. Die Grundlagen seiner Strategie hat er am 15. Juli in seiner Blut-, Schweiß- und Tränenrede dargelegt: „kriegsmäßige Behandlung des Energieproblems“ und gesteigerte Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse unter Zuchthausbedingungen. (s. KVZ 30/79)

Eine gute Woche später hat die amerikanische Bourgeoisie ihr Aggressionsinstrumentarium ergänzt. Mit 395:7 bzw. 90:4 Stimmen haben Repräsentantenhaus und Senat ein neues Außenhandelsgesetz verabschiedet. Es hat die zwischen den Imperialisten Ende April im Rahmen des GATT ausgehandelten Bedingungen für die Fortsetzung ihres Handelskrieges zur Grundlage. Zollsenkungen von 33% für knapp 400 Produkte seien ein großartiger Erfolg des Freihändlertums, läßt Carter verlauten. Er verschweigt, daß diese nur gelten für Länder, die sich in den GATT-Verhandlungen zu ebensolchen Reduzierungen bereitgefunden haben. Fast alle Staaten der Dritten Welt haben dies abgelehnt, hätte es doch die sichere Zerstörung ihrer nationalen Wirtschaft bedeutet. Die EG hat sich zu Senkungen von 35% durchschnittlich, Japan von 40% bereitgefunden. *Gesenkt* haben alle Imperialisten aber nur dort, wo sie sich stark wähnen. In den anderen Bereichen sind nur noch höhere Barrieren für die Konkurrenten errichtet worden. Das amerikanische Gesetz sieht folglich erhebliche *Importbeschränkungen* für Fleisch, Käse- und Milchprodukte vor. Der Textilmarkt wird völlig abgeschirmt, für Importstahl sind Mindestpreise festgelegt. Vor allem aber ist das Instrumentarium der Antidumpingverfahren und Ausgleichszölle geschärft worden. US-imperialistische Produzenten können jederzeit Verfahren gegen die lästige Konkurrenz beantragen, wenn durch deren Niedrigpreise „die US-Industrie bedroht ist.“

Den Kern des Gesetzes illustriert am besten die Bestimmung über die „Beschaffungsmaßnahmen der Regierung“. Künftig sollen bei Regierungsaufträgen jegliche Vorteile für inländische Bewerber entfallen und die Ausschreibung öffentlich sein, gelobt Carter feierlich. Nur bei Gegenseitigkeit, fügt er gleich hinzu, und das eröffne dem amerikanischen Kapital einen Markt von 20 Mrd. $.

Überhaupt soll das Gesetz erst in Kraft treten, wenn zumindest die hauptsächlichen Konkurrenten das GATT-Abkommen ebenfalls ratifiziert hätten. Von 99 Nationen haben bis jetzt rund 20 unterzeichnet. Die Dritte Welt denunziert die GATT-Vereinbarungen als Instrument zur Errichtung der Hegemonie der US-Imperialisten. Carters Sonderbeauftragter Strauss unterstreicht diese Absicht freimütig: „Die Verträge bedeuten wenig, wenn wir sie nicht kämpferisch durchsetzen.“

US-Außenhandelsgesetz verabschiedet
Der US-Imperialismus komplettiert sein Instrumentarium zur Wirtschaftsexpansion
z.pel. „Eine starke Position im Welthandel ist einer der Grundpfeiler der amerikanischen Wirtschaft. (...) Wir in den Vereinigten Staaten widmen uns einer Politik, die freien, ausgedehnteren Handel fördert und die zerstörenden Auswirkungen der Schutzzollpolitik vermeidet... Wir sind die größte Handelsnation der Welt. Dennoch, verglichen mit vielen unserer Handelspartner, exportieren wir einen geringeren Teil unserer reichen und vielfältigen Produktion als wir sollten. Die Welthandelswoche gibt uns Gelegenheit, uns auf den Export als nationale Priorität zu verpflichten und unsere Entschlossenheit, auf dem Welthandelsmarkt erfolgreich zu sein, zu bekräftigen.“ Für diese Rede konnte Carter am 20. Mai den ungeteilten Beifall der US-amerikanischen Finanzbourgeoisie einheimsen. Auf 28,5 Mrd. $ belief sich das Handelsbilanzdefizit des US-Imperialismus 1978, und wenn es auch gelang, mit Hilfe der Dollarinflation die Verluste im ersten Quartal 1979 um 40% zu drücken, so kann das die Supermacht, die um das Monopol auf den Märkten kämpft, nicht befriedigen. Es reicht den US-Finanzhaien nicht, den Investitionsgüterexport um 5% zu steigern, wenn die Bundesrepublik und Japan weiter die ersten Plätze im Weltmaßstab einnehmen. Zudem kündigten die Verengung des inneren
ist von 6,1 Mrd. $ auf 7,6 Mrd. gestiegen, die EG hat ihre Exporte kräftig steigern können, bei Automobilen um 20%. Carter muß zwei Probleme lösen: Die Senkung des Ölpreises mit allen Mitteln erreichen und die imperialistische Konkurrenz auf den Warenmärkten, v.a. dem US-Markt, schlagen. Die Grundlagen seiner Strategie hat er am 15. Juli in seiner Blut-, Schweiß- und Tränenrede dargelegt: „kriegsmäßige Behandlung des Energieproblems“ und gesteigerte Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse unter Zuchthausbedingungen. (s. KVZ 30/79)
Eine gute Woche später hat die amerikanische Bourgeoisie ihr Aggressionsinstrumentarium ergänzt. Mit 395:7 bzw. 90:4 Stimmen haben Repräsentantenhaus und Senat ein neues Außenhandelsgesetz verabschiedet. Es hat die zwischen den Imperialisten Ende April im Rahmen des GATT ausgehandelten Bedingungen für die Fortsetzung ihres Handelskrieges zur Grundlage. Zollsenkungen von 33% für knapp 400 Produkte seien ein großartiger Erfolg des Freihändlertums, läßt Carter verlauten. Er verschweigt, daß diese nur gelten für Länder, die sich in den GATT-Verhandlungen zu ebensolchen Reduzierungen bereitgefunden haben. Fast alle Staaten der Dritten
wähnen. In den anderen Bereichen sind nur noch höhere Barrieren für die Konkurrenten errichtet worden. Das amerikanische Gesetz sieht folglich erhebliche Importbeschränkungen für Fleisch, Käse- und Milchprodukte vor. Der Textilmarkt wird völlig abgeschirmt, für Importstahl sind Mindestpreise festgelegt. Vor allem aber ist das Instrumentarium der Antidumpingverfahren und Ausgleichszölle geschärft worden. US-imperialistische Produzenten können jederzeit Verfahren gegen die lästige Konkurrenz beantragen, wenn durch deren Niedrigpreise „die US-Industrie bedroht ist.“
Den Kern des Gesetzes illustriert am besten die Bestimmung über die „Beschaffungsmaßnahmen der Regierung“. Künftig sollen bei Regierungsaufträgen jegliche Vorteile für inländische Bewerber entfallen und die Ausschreibung öffentlich sein, gelobt Carter feierlich. Nur bei Gegenseitigkeit, fügt er gleich hinzu, und das eröffne dem amerikanischen Kapital einen Markt von 20 Mrd. $.
Überhaupt soll das Gesetz erst in Kraft treten, wenn zumindest die hauptsächlichen Konkurrenten das GATT-Abkommen ebenfalls ratifiziert hätten. Von 99 Nationen haben bis jetzt rund 20 unterzeichnet. Die Dritte Welt denunziert die GATT-Vereinbarungen als Instrument zur Errichtung

z.reb. **Am 1. August verabschiedete die Regierung den 7. Subventionsbericht.** 24 Milliarden DM sollen 1980 allein vom Bund für Finanzhilfen und Steuererleichterungen ausgegeben werden, fast ebensoviel noch einmal von Ländern und Gemeinden. Das Schaubild macht deutlich, daß der Schwerpunkt der Subventionen sich in den Bereich der gewerblichen Wirtschaft verschiebt, wo er direkt dazu eingesetzt wird, die für die imperialistische Konkurrenzschlacht wichtigsten Betriebe profitlich zu gestalten. Um das 4fache auf über 800 Mio. wird 1980 die „Hilfe für bestimmte Industrien“, insbesondere die Werften, steigen. Ums Dreifache, auf über 1,8 Milliarden, steigen die Produktivitäts-, d.h. Rationalisierungshilfen. Der wachsende Anteil des Wohnungswesens ergibt sich wesentlich aus Energiesparmaßnahmen. Entscheidend gesunken sind die Ausgaben für Sparförderung da die Kapitalisten z.Zt. auf das dadurch als Zusatzkapital angesammelte Geld nicht angewiesen sind.

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 1977 – 1980

z.eve. **Matthöfer und Graf Lambsdorff wollen die seit Februar 79 festgefahrenen Gespräche über einen überbetrieblichen Tariffonds wieder aufnehmen.** In diesen Tariffonds sollen die Tarifvertragsparteien einzahlen, also die Kapitalisten und die Arbeiter. Laut Böhme, SPD-Bundestagsabgeordneter, der diesen Vorschlag aufgebracht hat, sollen die Kapitalisten z.B. eine festgelegte Quote ihres Gewinns in Form von Aktien oder „wenn es sein muß in Geld“ einlegen. Ein Teil des Lohns der Arbeiter soll in diesen Tariffonds einfließen. SPD-Böhme: „Die gemeinsamen Mittel würden dann gemeinsam verwaltet und angelegt werden ... vornehmlich in der eigenen Branche.“ Es läßt sich nicht verleugnen, die Tarifbewegung geht an. Der DGB ist schon im Februar gegen diese Pläne aufgetreten, weil sie „die Tendenz verstärken, Barlohn in Sparlohn umzuwandeln ...“ Das kann man unterstützen.

z.gid. **Das von den bürgerlichen Politikern angestrebte Ziel, die Renten künftig zu besteuern, nimmt konkrete Formen an: das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat ein „Rentenbesteuerungsmodell“ vorgelegt.** Danach müßte ein Rentner mit ca. 1450 DM (nach 40 beitragspflichtigen Versicherungsjahren) in Steuerklasse II DM 75,30, in Steuerklasse IV DM 90,60 Lohnsteuer bezahlen. Was bei der Besteuerung ungefähr an barem Geld für den Staatsapparat herausspringen wird, hat das Institut schon 1978 berechnet: mindestens 784,1 Mio. DM Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommenssteuer, über die der Staat *direkt* verfügen kann. Hinzu kommen die riesigen Geldsummen aus der Ausplünderung der Rentenversicherungskasse über Staats„anleihen“, die er bekanntlich noch nie an die Solidarkasse zurückgezahlt hat. Noch nicht einbezogen bei den obigen Mehreinnahmen ist die seit dem 21. Rentenanpassungsgesetz für 1982 beschlossene Beitragspflicht der Rentner zur Krankenversicherung. Bei dem oben genannten Rentenbeispiel monatlich 81,97 DM Rentenkürzung.

„Kollektivierung" der äthiopischen Landwirtschaft

Ziel: Aufbau kapitalistischer Staatsbetriebe / Ankurbelung der Exporte in die Sowjetunion

z.mih. Vier Jahre nach der Agrarreform von 1975 in Äthiopien hat das oberste verwaltende Militärkomitee eine „Direktive" herausgegeben, wonach ab jetzt kollektiviert werden soll. Für den persönlichen Gebrauch dürfen die Bauernfamilien nicht mehr als 1 – 2000 Quadratmeter Boden besitzen und 1 – 2 Stück Vieh halten. Mit dieser Direktive, die das Mengistu-Regime zur Zeit gegen die kämpfenden Völker unter äthiopischem Joch durchzusetzen versucht, sollen sämtliche noch vorhandenen Errungenschaften der Agrarreform revidiert und die Bauern enteignet werden. Das 2. Landreformedikt vom 4. Dezember 1975, das die Besitzungen der Großgrundbesitzer an die kleinen Bauern verteilt hatte, enthielt das Ziel, die „Grundlagen für eine sozialistische Landwirtschaft zu legen und die Bauernschaft die Vorteile der kollektiven Arbeit zu lehren." Die Obergrenze des individuellen Landbesitzes wurde bei 10 ha. festgelegt. Die Direktive ist das vorläufige Ende einer ganzen Kette von Maßnahmen, die Bauern zu ruinieren, um sie, frei von eigenem Land und Produktionsmitteln, als Landarbeiter auf den Staatsfarmen für den Export auszubeuten.

An die Stelle der ehemaligen Pacht an die Großgrundbesitzer trat die Steuer, die sich in den letzten Jahren vervielfacht hat. Mi einem landwirtschaftlichen Jahreseinkommen von 0 – 600 Birr (1 Birr = 1 DM) zahlt der Bauer 1978/79 10 Birr an Steuern (1976: 3 Birr), von 600 – 900 Birr zahlt er 1978/79 12 Birr und 10% des Jahreseinkommens (1976: 4,5 Birr) und von 900 bis 1200 Birr 1978/79 40 Birr plus 13% (1976: 6 Birr). Es ist festgelegt worden, wer was wo anbaut, gleichzeitig aber ein umfassendes Bewässerungssystem, das die unabhängige Nahrungsmittelversorgung gewährleisten könnte, nicht aufgebaut, und in vielen Fällen nicht ausreichend Saatgut und Geräte für die landwirtschaftliche Produktion bereitgestelt. Zusätzlich sinken beständig die Erzeugerpreise, weshalb die Bauern ihre Überschüsse nicht an den Staat abgeben. Die Folgen sind Verkarstung des Bodens ganzer Regionen, ständig wiederkehrende Dürren und Bodenerosionen, Hunger und Elend für die Volksmassen.

Über ¼ des äthiopischen Exports besteht aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, vor allem Kaffee, Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Häute und Felle. Entsprechend den im Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion festgelegten Verpflichtungen wird ca. die Hälfte der Kaffee-Ernte für 15% unter dem Weltmarktpreis liegende Preise in die UdSSR geliefert. Die Kaffee-Ernte ist jedoch in den letzten zwei Jahren um 20000 auf ca. 50000 t gesunken. So ist auch der Export gesunken und der

lichen Jahreseinkommen von 0 – 600 Birr (1 Birr = 1 DM) zahlt der Bauer 1978/79 10 Birr an Steuern (1976: 3 Birr), von 600 – 900 Birr zahlt er 1978/79 12 Birr und 10% des Jahreseinkommens (1976: 4,5 Birr) und von 900 bis 1200 Birr 1978/79 40 Birr plus 13% (1976: 6 Birr). Es ist festgelegt worden, wer was wo anbaut, gleichzeitig aber ein umfassendes Bewässerungssystem, das die unabhängige Nahrungsmittelversorgung gewährleisten könnte, nicht aufgebaut, und in vielen Fällen nicht ausreichend Saatgut und Geräte für die landwirtschaftliche Produktion bereitgestelt. Zusätzlich sinken beständig die Erzeugerpreise, weshalb die Bauern ihre Überschüsse nicht an den Staat abgeben. Die Folgen sind Verkarstung des Bodens ganzer Regionen, ständig wiederkehrende Dürren und Bodenerosionen, Hunger und Elend für die Volksmassen.

Über ¼ des äthiopischen Exports besteht aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, vor allem Kaffee, Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Häute und Felle. Entsprechend den im Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion festgelegten Verpflichtungen wird ca. die Hälfte der Kaffee-Ernte für 15% unter dem Weltmarktpreis liegende Preise in die UdSSR geliefert. Die Kaffee-Ernte ist jedoch in den letzten zwei Jahren um 20000 auf ca. 50000 t gesunken. So ist auch der Export gesunken und der

Außenhandel seit 1976 um die Hälfte geringer. Auch der Verzug bei Lieferungen in die Sowjetunion ist an der Tagesordnung. Das soll anders werden.

Auf der ersten Sitzung der gemeinsamen sowjetisch-äthiopischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit im Handel im Juli hob der sowjetische Delegationsleiter Tschernitschew, stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Außenhandelskomitees der UdSSR, hervor, daß das Ziel des Besuchs seiner Delegation sei, die Erfüllung des äthiopisch-sowjetischen Kooperationsabkommens zu besprechen. Auch neue Bereiche der Zusammenarbeit, die zwischen beiden Ländern entwickelt werden könnten, sollten in Erwägung gezogen werden. Die 'Kooperation' heißt: Waffen und militärische Ausrüstung gegen landwirtschaftliche Güter und Rohstoffe. Die Aufstockung der äthiopischen Armee von 60000 auf 240000 Soldaten und deren Ausrüstung durch die Sozialimperialisten hat die Mengistu-Junta das gesamte Bargeld gekostet.

Die Erfolge in der militärischen Niederhaltung der um ihre Befreiung aus dem äthiopischen Völkergefängnis kämpfenden Völker von Eritrea, Ogaden, Tigre und Oromoland bleiben aus. Im Gegenteil, der Verschleiß und Verlust an Waffen, Munition und Fahrzeugen ist groß. Drei Viertel der Staatsausgaben gehen jährlich für den Kauf neuer Waffen bei den neuen Zaren und den Unterhalt der 16000 Kubaner und 2000 sowjetischen „Militärberatern" drauf.

Für diese Waffenkäufe soll die äthiopische Landwirtschaft für den Export in die Sowjetunion degradiert werden. Mittel dazu ist die „Kollektivierung" nach sowjetischer Prägung, die nicht auf dem freiwilligen Zusammenschluß der Bauern beruht, sondern die Bauern, die vorher Getreide angebaut und sich selbst versorgt haben, als Landarbeiter auf den Staatsfarmen zwangsweise zusammenfaßt. Dazu werden ganze Volksstämme umgesiedelt. Die Umsiedlung von 250000 Bauern aus dem Süden auf die Staatsfarmen Anfang des Jahres begleitete Mengistu mit folgenden Worten:„ Wir müssen die Tendenz bekämpfen, die den bäuerlichen Individualismus ermutigt, der sich hier und da unter den Bauern äußert ... Wie es jetzt läuft, wird sich keine sozialistische Landwirtschaft entwickeln, sondern die kleinbürgerlichen und individualistischen Tendenzen unter den Bauern werden sich noch mehr verstärken ... Die Nützlichkeit der kollektiven Arbeit und Landwirtschaft muß ihnen demonstriert werden ..." (Le Monde, 29./30. Juli 1979). Die Staatsfarmen sollen die Stützpfeiler der neo-kolonialen Abhängigkeit von der Sowjetunion werden. Sämtliche Investitionen der Landwirtschaft gehen hier hin. Der Kaffeeanbau soll großflächig und voll mechanisiert mit Maschinerie aus der Sowjetunion, die wiederum mit Kaffee bezahlt werden soll, betrieben werden. Neben der Kaffee-Monokultur soll die landwirtschaftliche Produktion sich auf Zitrusfrüchte und Ölsaaten beschränken. Die zehn Staatsfarmvereinigungen, allesamt ehemalige Plantagen der Großgrundbesitzer, umfassen zur Zeit 80000 ha. fruchtbares Ackerland in den Flußtälern des Awash, des Omo und Wabe Shebelle, der Anger und Dedessa. Weitere 1,8 Mio. ha Neuland sollen durch das Staudammprojekt, entwickelt, kreditiert und erbaut von den Sozialimperialisten, das gleichzeitig dem Sudan das Wasser abgräbt, gewonnen werden.

Bei der Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export interessiert die Nahrungsmittelversorgung der Volksmassen einen Dreck. Teff, Hirse und Sorghum, Hauptnahrungsmittel des Landes, stehen den Volksmassen in immer geringerem Maße zum Verbrauch zur Verfügung. Weitere 250000 Tonnen Getreide muß Äthiopien noch dieses Jahr einführen, um eine erneute Hungerkatastrophe zu vermeiden. Die Lebensmittelpreise steigen. Um die Planziffern für den Export von Kaffee zu erreichen, sind die Volksmassen erneut aufgerufen, weniger Kaffee zu trinken.



Für diese Waffenkäufe soll die äthiopische Landwirtschaft für den Export in die Sowjetunion degradiert werden. Mittel dazu ist die „Kollektivierung" nach sowjetischer Prägung, die nicht auf dem freiwilligen Zusammenschluß der Bauern beruht, sondern die Bauern, die vorher Getreide angebaut und sich selbst versorgt haben, als Landarbeiter auf den Staatsfarmen zwangsweise zusammenfaßt. Dazu werden ganze Volksstämme umgesiedelt. Die Umsiedlung von 250000 Bauern aus dem Süden auf die Staatsfarmen Anfang des Jahres begleitete Mengistu mit folgenden Worten:„ Wir

Bei der Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export interessiert die Nahrungsmittelversorgung der Volksmassen einen Dreck. Teff, Hirse und Sorghum, Hauptnahrungsmittel des Landes, stehen den Volksmassen in immer geringerem Maße zum Verbrauch zur Verfügung. Weitere 250000 Tonnen Getreide muß Äthiopien noch dieses Jahr einführen, um eine erneute Hungerkatastrophe zu vermeiden. Die Lebensmittelpreise steigen. Um die Planziffern für den Export von Kaffee zu erreichen, sind die Volksmassen erneut aufgerufen, weniger Kaffee zu trinken.



„Das Land denen, die es bebauen!" – Die Landreform von 1975 war das Resultat revolutionärer Kämpfe der Bauern und Landarbeiter aller Völker Äthiopiens.



Afghanische Befreiungskämpfer mit erbeuteten sowjetischen Waffen. Mit selbst nachgebauten britischen Gewehren haben sich die afghanischen Volksstämme für den Kampf gegen die sowjetischen Imperialisten bewaffnet. Mittlerweile haben sie so viele Waffen erbeutet, daß ihr Bedarf gedeckt ist.

Afghanistan: Die fehlende Einheit verzögert den Sieg über die Sozialimperialisten

z.rua. Am 5. August haben sich erstmalig *in Kabul* Einheiten der afghanischen Armee gegen das Taraki-Regime erhoben. Die rebellierenden Soldaten der Balahisar-Zitadelle setzten um 12.30 Uhr Panzer in Richtung auf den ehemaligen Königspalast und heutigen Regierungssitz Tarakis in Marsch, wo das Kabinett tagte. Durch den Einsatz sowjetischer Kampfflugzeuge, die die aufständischen Soldaten bombardierten, konnte der Vormarsch gestoppt werden. Bis in die Abendstunden dauerten die Kämpfe der Aufständischen gegen die Regierungstruppen und ihre sowjetischen Befehlshaber an und konnten erst nach mehrstündigen Bombardements der Bazars und der Balahisar-Zitadelle niedergeschlagen werden. Daß sie niedergeschlagen werden konnten, liegt daran, daß die Aktion isoliert erfolgte und sich nicht auf den Zusammenschluß der Volksmassen gegen das verhaßte Marionettenregime der Sozialimperialisten stützte.

Noch während der Kämpfe ließ Taraki über Radio Kabul verkünden, „iranische und pakistanische Söldner" seien in das Land eingedrungen, „um Unruhe zu stiften". Tags darauf wurden Flugblätter selbigen Inhalts verteilt, in denen versichert wurde, die Ruhe im Lande sei wiederhergestellt und die „konterrevolutionären Banden" seien ein für allemal zerschlagen. Eine Lüge nach der anderen. Die Mär von der iranischen und pakistanischen Einmischung wird von den Sozialimperialisten seit Monaten geschürt, um den Boden für ihre Intervention zu bereiten. Konterrevolutionär sind für sie alle, die sich ihrer Zwangsherrschaft widersetzen.

Die Völker Afghanistans haben sich

das Kabinett tagte. Durch den Einsatz sowjetischer Kampfflugzeuge, die die aufständischen Soldaten bombardierten, konnte der Vormarsch gestoppt werden. Bis in die Abendstunden dauerten die Kämpfe der Aufständischen gegen die Regierungstruppen und ihre sowjetischen Befehlshaber an und konnten erst nach mehrstündigen Bombardements der Bazars und der Balahisar-Zitadelle niedergeschlagen werden. Daß sie niedergeschlagen werden konnten, liegt daran, daß die Aktion isoliert erfolgte und sich nicht auf den Zusammenschluß der Volksmassen gegen das verhaßte Marionettenregime der Sozialimperialisten stützte.

Noch während der Kämpfe ließ Taraki über Radio Kabul verkünden, „iranische und pakistanische Söldner" seien in das Land eingedrungen, „um Unruhe zu stiften". Tags darauf wurden Flugblätter selbigen Inhalts verteilt, in denen versichert wurde, die Ruhe im Lande sei wiederhergestellt und die „konterrevolutionären Banden" seien ein für allemal zerschlagen. Eine Lüge nach der anderen. Die Mär von der iranischen und pakistanischen Einmischung wird von den Sozialimperialisten seit Monaten geschürt, um den Boden für ihre Intervention zu bereiten. Konterrevolutionär sind für sie alle, die sich ihrer Zwangsherrschaft widersetzen.

Die Völker Afghanistans haben sich

unter dem Banner des Islam zum „Heiligen Krieg" gegen die sozialimperialistische Unterjochung erhoben. Bis auf die großen Städte sind 90% des Landes unter Kontrolle der aufständischen Stämme. Auf den Straßen können sich die Regierungstruppen nur am Tage und in großen Konvois bewegen. Allein in den letzten Wochen wurde die Verbindungsstraße zwischen Kabul und Islamabad in Pakistan dreimal gekappt. Militärisch operieren die Befreiungskämpfer äußerst listenreich und geschickt. Mehrere Tausend Regierungssoldaten und sowjetische „Berater" wurden in den letzten Monaten gefangengenommen und getötet. Die Anzahl der erbeuteten sowjetischen Waffen ist so hoch, daß der Schwarzmarktpreis für russische AK 47-Gewehre in Pakistan von 5000 $ auf 1000 $ gesunken ist.

Was die afghanischen Volksmassen eint, ist ihre Kampfentschlossenheit gegen die sowjetische Vorherrschaft. Viele kleine Bauern verkaufen z.B. ihre letzten Rinder, um sich Munition zu besorgen. Was die Schwäche der Revolution ausmacht, ist, daß die zersplittert kämpfenden Volksmassen nicht auf einem positiven Programm zusammengeschlossen sind.

Die im Mai 1978 aus 8 Parteien gegründete Nationale Befreiungsfront tritt für den Sturz der Taraki-Clique und den Aufbau einer Islamischen Republik wie im Iran ein. Die Volksmassen sollen auf dem Prinzip der Gleichheit, entsprechend der islamischen Gesetzgebung, dieselben Rechte haben. Wie diese Prinzipien jedoch verwirklicht werden können, wie die elementare Landfrage als Grundlage des Aufbaus der nationalen Wirtschaft und als Garant der Unabhängigkeit gelöst werden soll, bleibt ungeklärt.

Diese Schwächen zögern den Sturz der Taraki-Clique und die Vertreibung der Sozialimperialisten unerträglich hinaus. In den befreiten Gebieten be-

ter" wurden in den letzten Monaten gefangengenommen und getötet. Die Anzahl der erbeuteten sowjetischen Waffen ist so hoch, daß der Schwarzmarktpreis für russische AK 47-Gewehre in Pakistan von 5000 $ auf 1000 $ gesunken ist.

Was die afghanischen Volksmassen eint, ist ihre Kampfentschlossenheit gegen die sowjetische Vorherrschaft. Viele kleine Bauern verkaufen z.B. ihre letzten Rinder, um sich Munition zu besorgen. Was die Schwäche der Revolution ausmacht, ist, daß die zersplittert kämpfenden Volksmassen nicht auf einem positiven Programm zusammengeschlossen sind.

Die im Mai 1978 aus 8 Parteien gegründete Nationale Befreiungsfront tritt für den Sturz der Taraki-Clique und den Aufbau einer Islamischen Republik wie im Iran ein. Die Volksmassen sollen auf dem Prinzip der Gleichheit, entsprechend der islamischen Gesetzgebung, dieselben Rechte haben. Wie diese Prinzipien jedoch verwirklicht werden können, wie die elementare Landfrage als Grundlage des Aufbaus der nationalen Wirtschaft und als Garant der Unabhängigkeit gelöst werden soll, bleibt ungeklärt.

Diese Schwächen zögern den Sturz der Taraki-Clique und die Vertreibung der Sozialimperialisten unerträglich hinaus. In den befreiten Gebieten be-

ginnt die Nationale Berfreiungsfront jetzt damit, mobile Radiostationen aufzubauen, die es den Volksmassen in den verschiedenen Provinzen ermöglichen, ihre Aktionen gegen das Regime zu koordinieren und sich über die Ziele ihrer Revolution zu verständigen.

z.gid. **In Bayern haben die Kassenärztliche Vereinigung und die RVO-Kassenverbände eine neue Honorarvereinbarung getroffen, die abweichend von der in den anderen Bundesländern geltenden Regelung nicht das Gesamthonorar der Ärzte, sondern die Gesamtausgaben der Krankenkassen auf 6,6% nach oben begrenzt.** Die Vertragsregelung ist seit dem 1.7.1979 in Kraft und wurde zu dem Zweck geändert, die Kosten der ärztlichen Behandlung bei den Versicherten zu drücken und ihnen gegenüber durchzusetzen. Die Ärzte sollen dabei den Büttel machen. Wer so wenig als möglich ins Krankenhaus oder zum Facharzt überweist, wenig Arznei verschreibt, die Verordnung von Bädern und Massagen kürzt und nur wenn's gar nicht anders geht, krankschreibt – kurz: lauter „gesunde" Patienten versorgt – der soll dafür auch mit unbeschränkter Honorierung belohnt werden. Im umgekehrten Fall wird das Honorar gekürzt. Zunächst gilt der Vertrag bis Juni 1980. Neue Gespräche zu diesem Zeitpunkt sind vereinbart, um die Wirksamkeit zu überprüfen. Maßgabe für den Erfolg sind die gesenkten Ausgaben der Krankenversicherung, bleiben sie unter der angegebenen Marke, ist die Anwendung auf das gesamte Bundesgebiet schon ins Auge gefaßt. Übersteigen sie jedoch 10%, so hat Prof. Dr. Sewering, Vorsitzender der bayrischen KV, schon heute eine schärfere Gangart angekündigt.

z.suk. **Um fast 16% sind die Anträge auf stationäre Heilbehandlung, d.h. auf Kuren, im 1. Quartal 1979 gegenüber dem 1. Quartal 1978 gestiegen.** Dabei nahmen die Anträge bei der Rentenversicherung der Arbeiter um 17,7% zu, bei der Rentenversicherung der Angestellten betrug der Anstieg 14,4%. Kuraufenthalte können von den Rentenversicherungsanstalten gewährt werden, wenn sie der „Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit dienen".

Anspruch auf diese Leistungen hat nur der Versicherte, der 60 Monate Versicherungszeit nachweisen kann. Bei freiwillig Versicherten, oder wenn die Versicherungszeit länger zurückliegt, gelten 180 Monate. Nur wenn „Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit bereits vorliegt oder in absehbarer Zeit zu befürchten ist", gelten auch hier 60 Monate. Vertrauensärztliches Urteil über die Erwerbsfähigkeit ist seit dem Kostendämpfungsgesetz Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen durch die Krankenkassen. Zynisch wurde dies damit begründet, den „Kururlaub" eindämmen zu müssen. Die neuerliche Zunahme der Anträge auf Kuren zeigt, daß durch die Intensivierung der Arbeit in den letzten Jahren der Krise der Gesundheitszustand vieler Arbeiter und Angestellter derart ist, daß sie sich solchen Aufenthalten unterziehen müssen.

z.joh. **Beim Verkauf von Jahreswagen durch Werksangehörige der Automobilindustrie muß jetzt Umsatzsteuer gezahlt werden.** Diese Entscheidung hat der Bundesfinanzhof am 24.7.79 bekanntgegeben. Der Staatsapparat hat sich eine neue Schröpfader erschlossen. – Bei Opel werden z.B. pro Jahr ca. 15000 Jahreswagen mit Rabatten zwischen 16% und 18% an die Werksangehörigen verkauft. Bei Weiterverkauf nach Ablauf der Sperrfrist können jetzt die Vertriebshaie des Gebrauchtwagenhandels nicht mehr ohne empfindliche Einbußen unterboten werden; 13% MWSt der Verkaufssumme sackt der Staat ein. In den Geldbeutel der Automobilarbeiter und -angestellten macht das je nach Wagentyp und -preis auf den Monat umgeschlagen etwa ein Loch zwischen 100 DM bis 250 DM.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 50, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.klm. **12 Gefangene der Justizvollzugsanstalt in Hannover unterschrieben den Aufruf zur Kampuchea-Konferenz, davon 5 ausländische Gefangene.** Der Kampf des Volkes von Kampuchea gegen die vietnamesischen Aggressoren findet in der BRD unter den Massen große Unterstützung. Selbst unter den schwierigen Bedingungen der Haft, die teilweise die Information der Gefangenen sehr stark beschneidet, findet der Volkskrieg in Kampuchea Beachtung. Die Gefangenen in Hannover kämpfen gegenwärtig für das Recht auf Information und Bildung (§§ 67 – 70 StVollzG) und verlangen eine Bildungsreihe. Die Themen haben sie sich aus dem Revolutionären Volksbildunsprogramm ausgesucht, darunter verschiedene Themen zur Revolution. Gegen den Versuch, die Informationen der Gefangenen zu beschneiden, gibt es Widerstand. Die Unterstützung des Aufrufes zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes durch die Gefangenen ist ein Ergebnis dieses Widerstandes.

b.mee. **Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein im Bauernblatt 31/79: ,,Die Not der Flüchtlinge aus Vietnam und Kambodscha bewegt uns alle.** Es werden Arbeitsplätze gesucht für solche Flüchtlinge, die schon einen Eingliederungskurs hinter sich haben. Man könne mit besonders fleißigen und strebsamen Arbeitskräften rechnen, die sicherlich auch bereit seien, solche Tätigkeiten zu übernehmen, für die auf dem deutschen Arbeitsmarkt Arbeitskräfte nur sehr schwer zu gewinnen seien.'' Händereibend vermittelt die Landwirtschaftskammer Vietnam-Flüchtlinge an die Agrarkapitalisten, um damit das Lohnniveau auf dem Lande noch weiter zu senken. Zwecks Menschenhandel ist das in aller Eile von Axel Springer gecharterte Schiff in Richtung Singapur ausgelaufen. Die einzige Sorge des ZDF-Kommentators letzte Woche: Der Flüchtlingsstrom ist am Nachlassen.

b.obj. **Die rechtlose Lage der Hafen-Aushilfsarbeiter wird zur Lohndrückerei genutzt.** Nach der Hafenordnung dürfen Hafenarbeit nur diejenigen Arbeiter verrichten, die eine Hafenkarte haben. Das sind die ständig im Hafen beschäftigten Arbeiter und die über das Arbeitsamt vermittelten Aushilfs--arbeiter. Doch in immer größerem Umfang setzen die Hafenkpitalisten Aushilfsarbeiter ein, die sie beim ,,Sklavenhändler'' bestellen. Der zahlt 60 DM netto für die erste Schicht und 140 DM für erste und zweite Schicht. Bei Lohngruppe 3 ist der Tariflohn 86,41 DM bzw. 193,65 DM. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob der vom ,,Sklavenhändler'' gezahlte Lohn in etwa entspricht dem Netto-Schicht--lohn der ständigen Hafenarbeiter. In Wirklichkeit aber zahlt er weit weniger, denn die Aushilfsarbeiter haben keinen Urlaubsanspruch, keine Jahreszuwendung im Dezember in Höhe von 173 Stundenlöhnen (nach 4 Jahren Ha-

Selbstverwaltung auf jeden Fall nicht drin sei. Das gilt es zu verhindern. Auf einer Beratung, zu der die Jugendlichen Vertreter der Stadt eingeladen hatten, sicherten sie der Stadt zu, daß die Forderung nach wie vor ist: Keine Entlassung von M. Kolaczinski! Aufrechterhaltung des Jugendzentrumsbetriebes auf jeden Fall!

b.chb.Hamburg. **Sieben der neun auf der DAG-Liste für den Bereich der Angestellten gewählten Betriebsräte des Axel Springer Verlags in Hamburg sind geschlossen in die IG Druck und Papier übergetreten.** In einer gemeinsamen Erklärung an die Beschäftigten schreiben die Betriebsräte u.a.: ,,. . . wir meinen, damit im Interesse unserer Wähler gehandelt zu haben. Denn: Nur mit dieser starken Gewerkschaft, die Angestellte und Arbeiter in sich vereint, können wir die Schwierigkeiten meistern, die in diesem und in den kommenden Jahren zu bewältigen sind.''

r. chu. **Nach fast zweijährigen Kampf hat die Senatskommission für das Personalwesen 7 wissenschaftliche Hilfskräften mit Abschluß an der Uni Bremen BAT – Verträge zugestanden.** Bisher hatten sie Verträge nach dem BGB (Bürgerliches Gesetzbuch). Das bedeutete im Gegensatz zum BAT (Bundesangestelltentarif) keine 40 Stundenwoche an 5 Werktagen, sondern 48 Stundenwoche an 6 Werktagen, keine 25 Tage Urlaub auf 5 Werktage gerechnet (BAT IIa), sondern 18 Tage auf 6 Werktage gerechnet, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, keine ,,vermögenswirksamen Leistungen''.
Der Personalrat der Universität und die ÖTV hatten wiederholt BAT – Verträge für die Kollegen gefordert, ebenso Universitätsgremien. Nachdem die ÖTV – Kreisverwaltung endlich mit einer Klage vor das Arbeitsgericht gehen wollte, ging die Umwandlung der Verträge recht flott.
Keine wissenschaftliche Hilfskraft oder Mitarbeiter darf mehr zu anderen als BAT – Ver'trägen eingestellt werden. Daß sie auch nicht mehr in Zeitverträgen angestellt werden, wird das nächste Ziel sein.

b.hei. **,,Ferien auf dem Bauernhof'' ist aus einer weitgehend selbständigen Initiative kleiner und mittlerer Bauern entstanden.** Als die Bourgeoisie das Bauernlegen Ende der 60er Jahre bis auf 10% im Jahr steigerte, begannen viele Bauern, Zimmer zu vermieten, um so dem sicheren Ruin zu entgehen. Seitdem hat die Bourgeoisie versucht, diese zusätzliche Einnahmequelle unter ihre Fittiche zu bringen. Die verschiedensten Instrumente setzt sie dazu ein: die Fremdenverkehrsvereine, um die Einrichtung und Ausstattung auf den Bauernhöfen zu kontrollieren, die Landwirtschaftskammer, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erkunden,falls die Bauern Unterstützungsanträge für Umbauten einrei-

AStA-Prozesse in Göttingen mußten eingestellt werden

Das politische Mandat der Studentenschaft wird trotzdem wahrgenommen

r.kea. Drei Prozesse gegen insgesamt sieben ehemalige AStA-Vorsitzende und deren Finanzreferenten mußte die Erste Strafkammer des Landgerichts Göttingen einstellen. Die Studentenvertreter waren angeklagt wegen der angeblichen Veruntreuung von AStA-Geldern. Unter anderem hatten sie Reisekostenzuschüsse für die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Errichtung der Kernkraftwerke Brokdorf und Grohnde (1977) ausgezahlt sowie Geld zur Unterstützung einer Afrika-Solidaritätswoche bereitgestellt. Das Göttinger Tageblatt schrieb am 31. Juli 1979: ,,Die Göttinger AStA-Prozesse erlangten bundesweite politische Bedeutung und galten als entscheidungsweisende Pilotprozesse für ähnliche Verfahren in anderen bundesdeutschen Universitäten, die in Erwartung der Göttinger Entscheidung zunächst auf Eis gelegt waren. Im Hintergrund des Verfahrens stand die Frage nach dem politischen Mandat des AStA.'' Bereits im letzten Jahr hatte die Erste Instanz in acht Fällen auf Freispruch entscheiden müssen, in einem Fall war eine Geldstrafe für einen Finanzreferenten verhängt worden. Dieser hatte Berufung eingelegt, ebenfalls ging die Staatsanwaltschaft gegen die Freisprüche in die Berufung.

Über die Urteilsbegründung des letzten der drei Prozesse, der im Juni 1978 stattgefunden hatte, schrieb damals das Göttinger Tageblatt: ,,Objektiv war das Gericht der Meinung, daß nach der jetzigen Rechtslage die Ausgaben für diese Demonstrationen und auch für eine Afrika-Woche nicht für die für das Sondervermögen der Studentenschaft vorgesehenen Zwecke getätigt wurden, auch bei weiterer Auslegung nicht. Subjektiv aber mußte man den Angeklagten zugutehalten, daß sie nötigenfalls nicht wußten, daß sie sich strafbar machen konnten,(. . .) Bei fehlendem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit aber mußte man in diesem Prozess, in dem es ja nur um die strafrechtliche Seite ging, zu einem Freispruch kommen''. Gegenüber dieser Freispruchbegründung, die die Linie der zukünftigen schärferen Strafverfolgung bei *bewußter* Wahrnehmung des politischen Mandats durch Organe der Studentenschaft festlegte, ist die jetzige völlige Einstellung der Prozesse ein Sieg der Studenten, deren Kampf eine Aburteilung nicht zuließ.

An den Hochschulen selbst konnte die Bourgeoisie das Verbot der Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Vertretungsorgane der Studenten auch mit Strafandrohung nicht durchsetzen. Das Recht der Studentenschaft, in allen politischen Angelegenheiten aktiv werden zu können, wurde trotz der Paragraphen des Hochschulrahmengesetzes und der Landeshochschulgesetze in den letzten Monaten unzählige Male praktisch durchgesetzt: Viele Studentenvertreter haben Stellung bezogen gegen die Polizeiverfolgung von Iranern in der BRD. Der AStA der Fachhochschule Münster hat die Befreiungskämpfe der Völker des Iran und Nicaraguas unterstützt und beteiligt sich an einer Aktionseinheit gegen die Beschränkung von Informationsständen durch die Stadt Münster. Der AStA der TU Braunschweig unterstützt eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf des Volkes von Kampuchea, die ,,den sofortigen und bedingungslosen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea'' fordert und vom Fachschaftsrat Chemie verabschiedet wurde. Die studentische Vollversammlung der Universität Oldenburg verabschiedete am 5.7.79 mit großer Mehrheit eine Resolution zur Unterstützung des Tarifkampfes der Beschäftigten im Einzelhandel und schickte sie an die große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV.

Die aufgeführten Beispiele stellen nur eine kleine Auswahl dar, und der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst Pestel, der sich neuerdings alle allgemeinpolitischen AStA-Flugblätter durch seine Hochschulrektoren zuschicken läßt, steht in Gefahr, zumindest den Überblick zu verlieren.

HBV fordert: Bildschirmarbeit nicht mehr als vier Stunden täglich

r.mam. Mit Wirkung vom 21.6.79 hat die Gewerkschaft HBV mit der Versicherungsgruppe Volksfürsorge für die BRD und Westberlin einen Tarifvertrag über die Arbeit an Datensichtgeräten abgeschlossen. Er legt fest, daß an Bildschirmgeräten Beschäftigte vor Aufnahme der Tätigkeiten, ein Jahr danach und dann alle 2 Jahre von einem Augenarzt der Volksfürsorge, untersucht werden sollen. Wird mindestens eine Stunde mit Bildschirm- oder Mikrofilmlesegeräten gearbeitet, so ist nach jeder Stunde eine Pause von 15 Minuten einzuhalten. Die Arbeitszeit am Gerät soll 6,5 Stunden, d.h. 8 Stunden mit Pausen, nicht überschreiten. Soweit betriebsorganisatorisch und wirtschaftlich vertretbar, sollen sogenannte Mischarbeitsplätze eingerichtet werden.

Die HBV-Führung bezeichnet diese Regelung als positiv, viele Beschäftigte halten sie völlig richtig für unzureichend. Sie fordern: freie Arztwahl und die Einrichtung von Mischarbeitsplätzen.

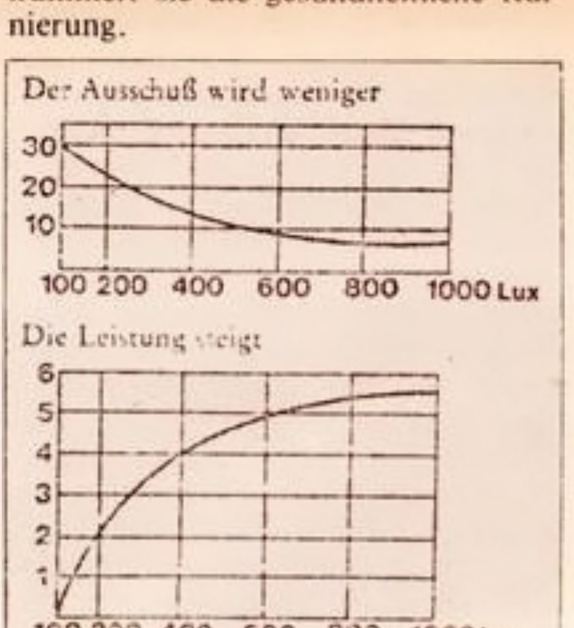
In Hannover liegt der HBV-Entwurf einer Tarifvereinbarung über Arbeiten/Tätigkeiten an Datensichtgeräten im privatem Versicherungsgewerbe vor. Die Pausenregelung und die au-

men werden darf, es sei denn, die veränderten Arbeitsinhalte entsprechen höher bewerteten Tätigkeiten. Die Entwicklung und Gestaltung der Arbeitsräume und die Einführung von Datensichtgeräten bedürfen der Zustimmung des Betriebs- oder des Personalrates. Diese Verträge und Entwürfe sind Ausdruck der Auseinandersetzungen der Beschäftigten gegen die Folgen der Einführung der EDV und der Bildschirmarbeit. Das zeigte auch der zähe Kampf der Drucker Anfang letzten Jahres. Die Einführung der Bildschirmarbeit steht erst am Anfang der Entwicklung. Bereits heute zeichnet sich ab, daß durch diese Arbeit besonders die Sehkraft kaputtgemacht wird. Aus einer betriebsärztlichen Untersuchung der Augenklinik der TU München gehen die Augenfehler bei Personen verschiedener Altersgruppen hervor.

Tab. 1: Fehlsichtige der verschiedenen Altersgruppen in Prozenten (nach *Schmidtke* und *Schober*).

Altersgruppen in Jahren	Weitsehen (8 m)	Nahsehen (33 cm)
bis 20	28%	15%
21-30	37%	32%

Bildschirmarbeiten, Beleuchtung, Arbeitsplatz usw. durchgeführt. In einem Untersuchungsbericht aus Arbeitsmedizin-Sozialmedizin-Präventivmedizin 5/78 liest sich das dann so: ,,Eine Kommission kam aufgrund ausführlicher Betriebsuntersuchungen zu der Überzeugung, daß eine Abhängigkeit zwischen Sehleistung und Arbeitserfolg bestehen müsse.'' Ziemlich unverhüllt zeigt das den auschließlichen Zweck dieser Untersuchungen: vollständige Aussaugung der Arbeitskraft bei niedrigstem Lohn. Einen Dreck kümmert sie die gesundheitliche Ruinierung.



winnen seien.'' Händereibend vermittelt die Landwirtschaftskammer Vietnam-Flüchtlinge an die Agrarkapitalisten, um damit das Lohnniveau auf dem Lande noch weiter zu senken. Zwecks Menschenhandel ist das in aller Eile von Axel Springer gecharterte Schiff in Richtung Singapur ausgelaufen. Die einzige Sorge des ZDF-Kommentators letzte Woche: Der Flüchtlingsstrom ist am Nachlassen.

b.obj. **Die rechtlose Lage der Hafen-Aushilfsarbeiter wird zur Lohndrückerei genutzt.** Nach der Hafenordnung dürfen Hafenarbeit nur diejenigen Arbeiter verrichten, die eine Hafenkarte haben. Das sind die ständig im Hafen beschäftigten Arbeiter und die über das Arbeitsamt vermittelten Aushilfs--arbeiter. Doch in immer größerem Umfang setzen die Hafenkpitalisten Aushilfsarbeiter ein, die sie beim ,,Sklavenhändler'' bestellen. Der zahlt 60 DM netto für die erste Schicht und 140 DM für erste und zweite Schicht. Bei Lohngruppe 3 ist der Tariflohn 86,41 DM bzw. 193,65 DM. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob der vom ,,Sklavenhändler'' gezahlte Lohn in etwa entspricht dem Netto-Schicht--lohn der ständigen Hafenarbeiter. In Wirklichkeit aber zahlt er weit weniger, denn die Aushilfsarbeiter haben keinen Urlaubsanspruch, keine Jahreszuwendung im Dezember in Höhe von 173 Stundenlöhnen (nach 4 Jahren Ha-fenzugehörigkeit), keinen Rentenanspruch und darüberhinaus keinen Anspruch auf Garantielohn an Tagen, an denen sie nicht vermittelt werden können, weil zu wenig Schiffe da sind. Die Hafenkapitalisten können dadurch den Spitzenbedarf an Arbeitskräften abdecken, ohne ihre Stammbelegschaft zu erhöhen. Ohne Betriebsrat und Garantielohn sollen sie die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft im Hafen drücken.

b.hee. Schleswig. **Der erste Kammertermin (Arbeitsgericht) in dem Prozeß, den Matthias Kolaczinski, Leiter des Jugendzentrums Schleswig, gegen seine Kündigung durch die Stadt Schleswig führt, hat mit Stattgabe der Klage geendet.** Die Kündigungsgründe waren dem Richter nicht sicher genug, der Druck, den die Jugendlichen aus Schleswig auf das Gericht ausübten, zu groß. Ca. 50 Jugendliche waren zum Prozeß gekommen und haben im Gericht ein Solidaritätsgeschenk überreicht. Gleichzeitig aber ist die Entscheidung eine Aufforderung an die Stadt Schleswig, die Kündigung besser abzusichern und so in die nächste Instanz zu gehen. Damit muß man auf jeden Fall rechnen. Bürgermeister Bartheidel wird sich nicht einfach geschlagen geben, macht er doch gleichzeitig das Angebot, ein neues Jugendzentrum auf den Stadtwiesen zuzusichern, allerdings mit vertraglicher Zusicherung von Friendenspflichten. Gegen einen Neubau ist ja nichts einzuwenden, Geld soll da keine Rolle spielen, nur soll vorher die Kündigung sicher sein und die Festlegung, daß

keine ,,vermögenswirksamen Leistungen''.
Der Personalrat der Universität und die ÖTV hatten wiederholt BAT – Verträge für die Kollegen gefordert, ebenso Universitätsgremien. Nachdem die ÖTV – Kreisverwaltung endlich mit einer Klage vor das Arbeitsgericht gehen wollte, ging die Umwandlung der Verträge recht flott.
Keine wissenschaftliche Hilfskraft oder Mitarbeiter darf mehr zu anderen als BAT – Ver'trägen eingestellt werden. Daß sie auch nicht mehr in Zeitverträgen angestellt werden, wird das nächste Ziel sein.

b.hei. **,,Ferien auf dem Bauernhof'' ist aus einer weitgehend selbständigen Initiative kleiner und mittlerer Bauern entstanden.** Als die Bourgeoisie das Bauernlegen Ende der 60er Jahre bis auf 10% im Jahr steigerte, begannen viele Bauern, Zimmer zu vermieten, um so dem sicheren Ruin zu entgehen. Seitdem hat die Bourgeoisie versucht, diese zusätzliche Einnahmequelle unter ihre Fittiche zu bringen. Die verschiedensten Instrumente setzt sie dazu ein: die Fremdenverkehrsvereine, um die Einrichtung und Ausstattung auf den Bauernhöfen zu kontrollieren, die Landwirtschaftskammer, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erkunden,falls die Bauern Unterstützungsanträge für Umbauten einrei-chen, die Finanzämter, um ihnen über die Steuergesetzgebung in die Bücher einzusehen, und schließlich die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die für die besten Ferienhöfe Preise aussetzt, um so die Konkurrenz unter den Bauern zu schüren.

b.uwb. Lägerdorf. **Auf der letzten Betriebsversammlung hatte der Betriebsrat von Alsen-Breitenburg angekündigt, daß die Betriebsvereinbarung aus dem Sozialkatalog über Erschwerniszuschläge gekündigt sei.** Die ab 1.1.73 gültigen Zuschläge, die je nach Arbeit zwischen 0,10 DM und 0,80 DM je Stunde ausmachen, sollen um durchschnittlich 50% erhöht werden. Danach wird der niedrigste Zuschlag bei 0,30 DM liegen. Auf der Betriebsratssitzung am 8.August hat sich die Geschäftsleitung eingelassen und will darüber am 20. August verhandeln. Hochdahl vom Vorstand räumte ein, daß die Forderungen wohl berechtigt seien, aber man solle ja nicht mit Nachschlagsforderungen kommen. Damit will er sie offenbar abbiegen, denn der Vorstand weiß, daß darüber in den Ressorts gesprochen wird. Zur Frage der Beschäftigung von Schülern und Studenten unter Tarif wollten die Herren sich damit herausreden, daß sie an die Schüler und Studenten die 9,50 DM netto auszahlen und die so etwas sonst nicht bekommen würden. Da es sich um kurzfristige Beschäftigungen handelt, kann der Betriebsrat da auch nicht intervenieren. Die vor kurzem erhöhten Preise in der Kantine mußten zum Teil rückgängig gemacht werden. Kayenburg als Obersparer war dagegen, weitere Artikel wieder zu verbilli-

HBV fordert: Bildschirmarbeit nicht mehr als vier Stunden täglich

r.mam. Mit Wirkung vom 21.6.79 hat die Gewerkschaft HBV mit der Versicherungsgruppe Volksfürsorge für die BRD und Westberlin einen Tarifvertrag über die Arbeit an Datensichtgeräten abgeschlossen. Er legt fest, daß an Bildschirmgeräten Beschäftigte vor Aufnahme der Tätigkeiten, ein Jahr danach und dann alle 2 Jahre von einem Augenarzt der Volksfürsorge, untersucht werden sollen. Wird mindestens eine Stunde mit Bildschirm- oder Mikrofilmlesegeräten gearbeitet, so ist nach jeder Stunde eine Pause von 15 Minuten einzuhalten. Die Arbeitszeit am Gerät soll 6,5 Stunden, d.h. 8 Stunden mit Pausen, nicht überschreiten. Soweit betriebsorganisatorisch und wirtschaftlich vertretbar, sollen sogenannte Mischarbeitsplätze eingerichtet werden.

Die HBV-Führung bezeichnet diese Regelung als positiv, viele Beschäftigte halten sie völlig richtig für unzureichend. Sie fordern: freie Arztwahl und die Einrichtung von Mischarbeitsplätzen.

In Hannover liegt der HBV-Entwurf einer Tarifvereinbarung über Arbeiten/Tätigkeiten an Datensichtgeräten im privatem Versicherungsgewerbe vor. Die Pausenregelung und die au-genärztliche Kontrolle entspricht dem Hamburger Tarifvertrag. Weitergehend und verbessert ist der Entwurf dahingehend, daß die Gesamtarbeitsdauer arbeitstäglich nicht mehr als vier-mal eine Stunde betragen darf, daß keine Abgruppierung durch Entqualifizierung der Arbeit vorgenom-

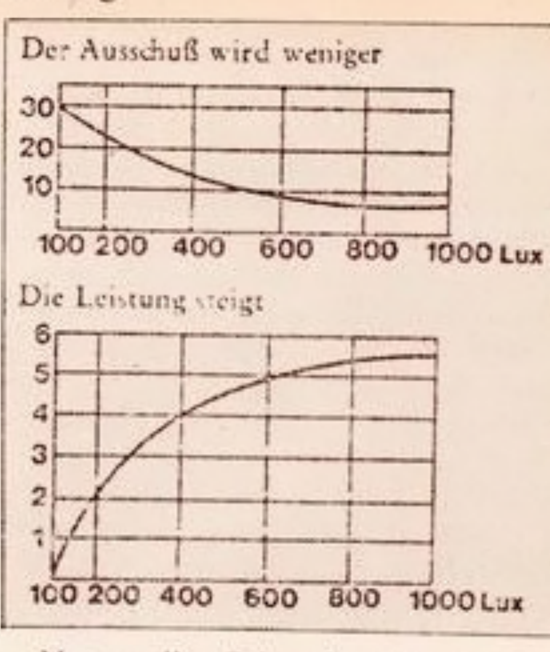
men werden darf, es sei denn, die veränderten Arbeitsinhalte entsprechen höher bewerteten Tätigkeiten. Die Entwicklung und Gestaltung der Arbeitsräume und die Einführung von Datensichtgeräten bedürfen der Zustimmung des Betriebs- oder des Personalrates. Diese Verträge und Entwürfe sind Ausdruck der Auseinandersetzungen der Beschäftigten gegen die Folgen der Einführung der EDV und der Bildschirmarbeit. Das zeigte auch der zähe Kampf der Drucker Anfang letzten Jahres. Die Einführung der Bildschirmarbeit steht erst am Anfang der Entwicklung. Bereits heute zeichnet sich ab, daß durch diese Arbeit besonders die Sehkraft kaputtgemacht wird. Aus einer betriebsärztlichen Untersuchung der Augenklinik der TU München gehen die Augenfehler bei Personen verschiedener Altersgruppen hervor.

Tab. 1: Fehlsichtige der verschiedenen Altersgruppen in Prozenten (nach *Schmidtke* und *Schober*).

Altersgruppen in Jahren	Weitsehen (8 m)	Nahsehen (33 cm)
bis 20	28%	15%
21-30	37%	32%
31-40	39%	35%
41-50	55%	53%
51-60	63%	68%
über 60	65%	56%

Von seiten der Kapitalisten werden umfangreiche Untersuchungen über

Bildschirmarbeiten, Beleuchtung, Arbeitsplatz usw. durchgeführt. In einem Untersuchungsbericht aus Arbeitsmedizin-Sozialmedizin-Präventivmedizin 5/78 liest sich das dann so: ,,Eine Kommission kam aufgrund ausführlicher Betriebsuntersuchungen zu der Überzeugung, daß eine Abhängigkeit zwischen Sehleistung und Arbeitserfolg bestehen müsse.'' Ziemlich unverhüllt zeigt das den auschließlichen Zweck dieser Untersuchungen: vollständige Aussaugung der Arbeitskraft bei niedrigstem Lohn. Einen Dreck kümmert sie die gesundheitliche Ruinierung.



Notwendige Schranken der Ausbeutung und Ruinierung der Gesundheit können die Lohnabhängigen nur setzen, wenn sie die Versicherungskassen selbstverwalten und die Kapitalisten die Versicherungskosten bezahlen müssen.

gen, mußte dann aber zustimmen, daß die Preise bis 1981 nicht mehr verändert werden dürfen, worüber er sehr verärgert war.

b.mak. Hamburg. **Der Deutsche Lehrerverband (DL), als ,,Philologenverband'' der Gymnasiallehrer bei den letzten Personalratswahlen unterlegen, biedert sich jetzt beim Dienstherrn als Spalter an:** Den Streik, den die Hamburger Lehrergewerkschaft GEW für die Arbeitszeitforderungen der Lehrer angekündigt hat, lehnt er als ,,rechtswidrige Aktion'' ab und propagiert dafür die Einhaltung der ,,normalen Dienstverpflichtung''.

b.anr.Hamburg. **Stand bei der Durchsetzung der Forderungen der Moorfleeter Bauern.** 1. Boehringer wurde gezwungen, die HCH-Emission auf 1/10 zu senken. Die Bauern werden die Einhaltung kontrollieren. 2. Das Bezirksamt Bergedorf und die Gesundheitsbehörde weigern sich, Untersuchung auf Gesundheitsschädigung durch HCH vorzunehmen. Diese Untersuchung wird von immer mehr Betroffenen gefordert. 3. Dagegen steht, daß Beschäftigte aus dem AK Bergedorf nicht bereit sind, Fettgewebsproben heimlich zu entnehmen. Ein Arzt hat öffentlich erklärt, daß er für die Untersuchung zu den Bedingungen der Moorfleeter Bürgeraktion zur Verfügung steht. Er hat den Bezirksamtsleiter König in einem Offenen Brief aufgefordert, die Forderungen der Bürgeraktion umgehend zu erfüllen.

r.ped. **Der KBW kandidiert zu den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven.** Über den Monat Juli führte der Bezirksverband Bremen Unterweser eine Propagandakampagne auf der Linie einer Erklärung ,,was wir bekämpfen, was wir unterstützen'' durch. Dabei wurden in Bremen 1459 und in Bremerhaven 235 Unterschriften zusammengetragen, die die bürgerliche Wahlgesetzgebung zur Bedingung der Zulassung zur Wahl am 7. Oktober macht. 1152 bzw. 189 haben die Wahlämter jetzt bestätigt, bei durch die Wahlordnung diktierten 424 bzw. 103 nötigen.

b.wit.Hamburg. **Wirtschaftssenator Steinert will das Legen der kleinen Gemüsebauern in den Vier- und Marsch--landen beschleunigen.** Hier wird von 1500 Betrieben im Unterglasbau Blumen und Gemüse angebaut. Das Landschaftsgutachten von 1977 zur Situation der Hamburger Landwirtschaft fordert eine Konzentration in großem Stil. In den letzten Jahren mußte eine große Zahl bereits aufgeben (von den Bauern in den Marschlanden ca. 40%). Allein die Heizkosten für die Treibhäuser sind von 15% im Jahre 1972 auf jetzt 40% der Gesamtkosten gestiegen. Senator Steinert läßt über das Bezirksamt Bergedorf die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Fünfhausen Programme zum Energiesparen entwickeln: Umsteigen auf weniger wärmeem--pfindliche Pflanzen, Kohlefeuerung, Aussicht auf Benutzung der Abwärme aus dem Kernkraftwerk Krümmel. Kein Familienbetrieb wird sich diese Alternativen leisten können. Das Arbeitsamt Bergedorf rechnet mit 1000 Arbeitslosen aus den Vier- und Marsch landen für den kommenden Winter 1979/80.

r.kls. **Braunschweig. Minister Pestel hat auf den Brief der Studenten des Wohnheims Langer Kamp wegen der Mieterhöhungen antworten lassen.** Auf die Forderung der Studenten nach höheren Landeszuschüssen wird in dem Brief des Ministeriums erwidert: ,,Es ließe sich nicht vertreten, den be-

Gemeinderat beschließt Lernmittelfreiheit -Vollständige Durchsetzung ist notwendig

r.scm. In Ihlow, Kreis Aulich, hat der Gemeinderat Lernmittelfreiheit für die Kinder der Gemeinde beschlossen. In Einbeck hat der Verwaltungsausschuß des Stadtrates die Einführung der Lernmittelfreiheit für Grundschüler beantragt, so daß jetzt der Stadtrat darüber entscheiden muß.

Diese Beschlüsse sind auf Grund der langjährigen Forderung der Eltern und Schüler und deren Vertretungsorganen nach Lernmittelfreiheit gefaßt worden, nachdem der niedersächsische Landtag erst im Juni einen Gesetzentwurf zur Einführung der Lernmittelfreiheit abgelehnt hatte. Beschlüsse auf kommunaler Ebene sind eine gute Bedingung, um die volle Durchsetzung der Lernmittelfreiheit jetzt zu erreichen. Es stellt sich natürlich sofort die Finanzierungsfrage. Denn nach der niedersächsischen Gemeindeverfassung sind zwar die Kommunen berechtigt, sich um Schulangelegenheiten zu kümmern – in Kiel wird dagegen beispielsweise der Stadt von der Landesregierung das Recht bestritten, eine Umfrage unter den Eltern über die gewünschte Schulart durchzuführen – aber über die Finanzmittel verfügt die Gemeinde nur in bescheidenem Umfang. Verfügung der Gemeinden über die notwendigen Finanzmittel, ihre Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen, diese Forderung stellt sich sofort, wenn die Beschlüsse von Ihlow und Einbeck auf andere Gemeinden ausgeweitet werden sollen und praktische Ergebnisse bringen sollen.

Man muß jetzt die Aktionseinheit suchen, muß sich aber bewußt sein über die Versuche der bürgerlichen Politiker, die Forderung nach Lernmittelfreiheit umzubiegen in eine Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten des Kultusministeriums in den Unterricht über die Zensur der Schulbücher. Im vom niedersächsischen Landtag abgelehnten Gesetzentwurf waren z.B. nur solche Schulbücher in die kostenlose Ausleihe eingeschlossen, die ,,vom Kultusminister genehmigt und an der Schule eingeführt sind''. Es hat schon seinen Grund, daß zuvörderst Schulbücher, nicht aber Schulhefte und Geodreiecke u.ä. in den anderen Bundesländern unter die Lernmittelfreiheit fallen. Wer zahlt, kann auch kontrollieren, ist die offensichtliche Spekulation. Hier eine Übersicht über die Regelungen in einigen nördlichen Bundesländern:

In *Schleswig-Holstein* werden Schulbücher leihweise vergeben, soweit sie nicht weniger als 3 DM (bis zum 10. Schuljahr) oder 5 DM (sonst) das Stück kosten. ,,Zu den Lernmitteln gehören solche Gegenstände nicht, die als Bekleidung anzusehen sind oder ihrer Natur nach auch im außerschulischen Bereich benutzt zu werden pfle-

sich sofort, wenn die Beschlüsse von Ihlow und Einbeck auf andere Gemeinden ausgeweitet werden sollen und praktische Ergebnisse bringen sollen.

Man muß jetzt die Aktionseinheit suchen, muß sich aber bewußt sein über die Versuche der bürgerlichen Politiker, die Forderung nach Lernmittelfreiheit umzubiegen in eine Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten des Kultusministeriums in den Unterricht über die Zensur der Schulbücher. Im vom niedersächsischen Landtag abgelehnten Gesetzentwurf waren z.B. nur solche Schulbücher in die kostenlose Ausleihe eingeschlossen, die ,,vom Kultusminister genehmigt und an der Schule eingeführt sind''. Es hat schon seinen Grund, daß zuvörderst Schulbücher, nicht aber Schulhefte und Geodreiecke u.ä. in den anderen Bundesländern unter die Lernmittelfreiheit fallen. Wer zahlt, kann auch kontrollieren, ist die offensichtliche Spekulation. Hier eine Übersicht über die Regelungen in einigen nördlichen Bundesländern:

In *Schleswig-Holstein* werden Schulbücher leihweise vergeben, soweit sie nicht weniger als 3 DM (bis zum 10. Schuljahr) oder 5 DM (sonst) das Stück kosten. ,,Zu den Lernmitteln gehören solche Gegenstände nicht, die als Bekleidung anzusehen sind oder ihrer Natur nach auch im außerschulischen Bereich benutzt zu werden pfle-
gen, z.B. Bade- und Turnhosen, Turnhemden und -schuhe.'' (schleswig-holsteinisches Schulgeldfreiheitsgesetz). Die GEW Schleswig-Holstein schrieb in ihrer Stellungnahme zum Landeshaushalt 1979 in punkto Lernmittelfreiheit: ,,Die vom Kultusministerium festgesetzten Lernmittelbeträge berücksichtigen seit Jahren nicht mehr die von den Schulbuchverlagen in diesem Zeitraum vorgenommenen 150%igen Preiserhöhungen. Dies zwingt die Schulen vermehrt verschlissenes, unhygienisches Buchmaterial zur Ausleihe zu bringen...'' (Die schleswigholsteinische Schule, Nr.11/78) Für die Wandertage (,,Das Wandern hat innerhalb des allgemeinen Erziehungs- und Bildungsauftrages aller Schularten bedeutsame Teilaufgaben zu erfüllen'') werden im Schnitt pro Schüler ganze 1,94 DM für das Jahr 1979 bezuschußt. So heißt es in den Richtlinien für Schulwanderungen, aus denen eben zitiert wurde, unter dem Abschnitt ,,Finanzierung'': ,,(1) Für Schüler ist es von erzieherischer Bedeutung, wenn sie die Reisekosten für Wanderfahrten allmählich durch kleine Nebenverdienste, z,B. aus Privatstunden, Hilfe in der Landwirtschaft während der Sommerfereien oder gemeinnsame Veranstaltungen selbst erarbeiten.''

In *Hamburg* wurde 1969 die Lernmittelfreiheit eingeführt und bezog sich damals auch auf Schulhefte und Geodreiecke u.ä. 1975 wurde Letzteres gestrichen unter dem Hinweis auf Sparmaßnahmen des Senats. 4 Mio. DM jährlich hat der Senat dadurch nach eigenen Angaben geplündert aus den Taschen der Eltern, die pro Kind oft um die zehn Mark monatlich für diese Kleinigkeiten berappen müssen. Für ,,soziale Härtefälle'' gibt es Sondermittel über deren Vergabe die Schulleiter entscheiden.

In *Nordrhein-Westfalen* verpflichtet das Lernmittelfreiheitsgesetz die Erziehungsberechtigten, ,,Gegenstände, die von den Schülern im Unterricht als Gebrauchs oder Übungsmaterial verwendet werden'', selbst zu beschaffen (in Verbindung mit dem Schulpflichtgesetz). Die ,,Bagatellgrenzen'' sind bei 5 DM (Primarstufe und Sonderschule), 6 DM (Sekundarstufe I) und 8 DM (Sekundarstufe II) festgesetzt. Für den einzelnen Schüler werden laut Verwaltungsvorschriften maximal 10 DM (Primarstufe und Sonderschule) und 15 DM bzw. 25 DM (Sekundarstufen) durchschnittlich für 1979 veranschlagt, von seiten des Staates getragen zu werden.

Remmers, niedersächsischer Kultusminister, hat am 6. Juni in einer Pressemitteilung verlauten lassen, daß er ,,auf Dauer allenfalls an eine Lernmittel*hilfe* nach sozialen und familiengerechten Gesichtspunkten denke''. Überschrieben war die Mitteilung mit ,,Verbesserung des Schülertransportes und Kindergartenbezuschussung wichtiger als Lernmittelhilfe''. Die Übernahme der Buskosten, die erst durch die Einrichtung der Mittelpunktschu-

nach eigenen Angaben geplündert aus den Taschen der Eltern, die pro Kind oft um die zehn Mark monatlich für diese Kleinigkeiten berappen müssen. Für ,,soziale Härtefälle'' gibt es Sondermittel über deren Vergabe die Schulleiter entscheiden.

In *Nordrhein-Westfalen* verpflichtet das Lernmittelfreiheitsgesetz die Erziehungsberechtigten, ,,Gegenstände, die von den Schülern im Unterricht als Gebrauchs oder Übungsmaterial verwendet werden'', selbst zu beschaffen (in Verbindung mit dem Schulpflichtgesetz). Die ,,Bagatellgrenzen'' sind bei 5 DM (Primarstufe und Sonderschule), 6 DM (Sekundarstufe I) und 8 DM (Sekundarstufe II) festgesetzt. Für den einzelnen Schüler werden laut Verwaltungsvorschriften maximal 10 DM (Primarstufe und Sonderschule) und 15 DM bzw. 25 DM (Sekundarstufen) durchschnittlich für 1979 veranschlagt, von seiten des Staates getragen zu werden.

Remmers, niedersächsischer Kultusminister, hat am 6. Juni in einer Pressemitteilung verlauten lassen, daß er ,,auf Dauer allenfalls an eine Lernmittel*hilfe* nach sozialen und familiengerechten Gesichtspunkten denke''. Überschrieben war die Mitteilung mit ,,Verbesserung des Schülertransportes und Kindergartenbezuschussung wichtiger als Lernmittelhilfe''. Die Übernahme der Buskosten, die erst durch die Einrichtung der Mittelpunktschu-
len entstanden sind, sucht Remmers so in doppelter Hinsicht auszuschlachten: Als Schmiermittel für die Schulentwicklungspläne, die die Schulen und damit auch die Aufsicht des Kultusministeriums über die Schulen konzentrieren, und als Vorwand, sich um die Lernmittelfreiheit herumzulavieren.

Angebliche Kursänderung der Klose-Regierung

Investitionsplan bis 1984 enthüllt den Schwindel

b.ulh. Die bürgerliche Presse schlägt Schaum: Hamburg habe einen neuen Supermann – den mit den größten Kompetenzen in der BRD ausgerüsteten Umweltsenator Curilla. Und Bürgermeister Klose tönt: ,,Umweltschutz soll denselben Rang wie Wirtschaftspolitik haben. Das heißt: Alle Industriebetriebe bekommen harte Auflagen!'' (MoPo, 8.8., S.1)

Das ganze Geschrei ist Reaktion auf zuletzt den hartnäckigen Kampf der Vier- und Marschländer Bauern gegen die Verseuchung ihrer Produkte mit HCH-Emissionen. Den Massen soll das Geschrei als Kursänderung der SPD-Regierung bezüglich der Wirtschaftspolitik verkauft werden.

Am 13.7.79 hat der Hamburger Senat einen mittelfristigen Investitionsplan von 1981 bis 84 vorgelegt. Daran kann man die markigen Worte Kloses überprüfen.

neue Investitionen	Gesamtvol. in Mrd. DM	Verändrg. zu Vorjahr
1979 – 82	1,916	+ 16,3%
1980 – 83	2,384	+ 24,0%
1981 – 84	2,500	+ 4,9%

Die Investitionen nehmen ca. ein Fünftel des Haushaltsvolumens ein (s. KVZ 31, S.7). Im einzelnen sollen sich die Investitionen auf folgende Schwerpunkte verteilen: 350 Mio. DM für Arbeitsplatzsicherung, 288 Mio. DM für Stadtentwicklung, 188 Mio. für Umweltgestaltung, 487 Mio. für Bildung (allein 160 Mio. für die Errichtung der TU Harburg) und 148 Mio. für Krankenhausinvestitionen. Also stimmt schon von daher Kloses Spruch: ,Umweltschutz gleich Wirtschaftsförderung' nicht.

Sowieso muß einen stutzig machen, wenn Klose sagt, für Umweltschutz solle gleichrangig gezahlt werden wie für Wirtschaftsförderung. Was wäre daran ,,hart für die Betriebe''? Die Massen verlangen als Umweltschutzmaßnahmen, daß die Kapitalisten ihre Abwässer reinigen und Arbeitsschutzvorrichtungen in ihren Betrieben einbauen. Das müssen die Kapitalisten aus ihren Profiten, die sie aus der Ausbeutung der Arbeiter ziehen, bezahlen. Keineswegs ist es ein Fortschritt, wenn man zuläßt, daß der Senat auch noch den Umweltschutz der Kapitalisten aus den Steuergeldern der Massen zahlt. Gerade hat der Senat die Meldegebühren erhöht. Fehlt nur noch, daß er die Erhöhung mit Umweltschutzaufgaben begründet... In Erwartung des Krachs um Boehringer hat der Senat wahrscheinlich den folgenden Punkt des Investitionsplans eingerichtet: ,,20,0 Mio. für ... Zuschüsse für Maßnahmen zur Umweltgestaltung. Neues Programm des Senats zur Umweltsanierung durch die Gewährung von Zuschüssen (bzw. Darlehen) an Betriebe zur Verminderung von Emissionen (Hinweis: Kriterien sind noch zu erarbeiten)''.

Unter der Firmierung Arbeitsplatzsicherung laufen u.a. die direkten Geschenke an die Kapitalisten. ,,Zur Erhaltung leistungsfähiger Werftkapazitäten sind ... zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen beim Werk Roß der HDW (zwei neue Schiffsreparaturliegeplätze) vorgesehen, für deren Finanzierung das Hafenbauvolumen erhöht wurde um ... 15,0 Mio. DM (plus 5,0 Mio. DM in 1980)''.

Erstmalig hatte der Senat diesmal die Bezirksversammlungen an der Beratung über die Investitionsvergabe beteiligt. Sie haben aber dabei nichts zu entscheiden, und Gelder kriegen sie in eigener Regie nur bewilligt für die Anlage von Grün- oder Sportanlagen. 1978 war es so, daß ihnen 863 Mio. DM zugeschoben wurden für festgelegte Maßnahmen, von denen sie 407 Mio. DM für Projekte im Bereich Innere Sicherheit – also für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates – anlegen mußten.

Die ÖTV hält an der Unterstützung der dänischen Fährarbeiter fest

b.chg. ,,Tarifverhandlungen mit ÖTV und DAG'' heißt das neueste Manöver der Förde-Reederei. Die ,,Kieler Nachrichten'' schlürften es gierig auf und verbreiteten: ,,Konfliktlösung durch neuen Weg?'' (KN, 9.8.79) Doch diese Federfuchser müssen zugeben, daß es Schwierigkeiten mit der ÖTV gibt. Der ÖTV-Geschäftsführer in Flensburg, Dammers, hält daran fest, daß das Verhandlungsrecht bei den dänischen Gewerkschaften liegt und die ÖTV gar nicht daran denkt, mit der Förde-Reederei zu verhandeln, bevor LO und ITF dies nicht ausdrücklich beschließen. Angesichts dieser Stellungnahme mußte auch die DAG mitteilen, daß die Verhandlungslegitimation bei der LO liege, obwohl sie den dänischen Arbeitern anbietet, sich in der DAG zu organisieren, damit sie für diese verhandeln kann.

Die Haltung der ÖTV wird gestützt durch die Solidaritätsbekundungen vieler Arbeiter und Angestellten. In Kiel führte der KBW letzte Woche am Fähranlieger der Förde-Reederei eine Aktion durch, bei der durch Reden, Flugblätter und Plakate die Fahrgäste der Butterdampfer, die vorwiegend aus Niedersachsen kamen, über den Streik informiert wurden und dazu aufgefordert wurden, in Zukunft mit einer an-

Die ÖTV hält an der Unterstützung der dänischen Fährarbeiter fest

b.chg. ,,Tarifverhandlungen mit ÖTV und DAG'' heißt das neueste Manöver der Förde-Reederei. Die ,,Kieler Nachrichten'' schlürften es gierig auf und verbreiteten: ,,Konfliktlösung durch neuen Weg?'' (KN, 9.8.79) Doch diese Federfuchser müssen zugeben, daß es Schwierigkeiten mit der ÖTV gibt. Der ÖTV-Geschäftsführer in Flensburg, Dammers, hält daran fest, daß das Verhandlungsrecht bei den dänischen Gewerkschaften liegt und die ÖTV gar nicht daran denkt, mit der Förde-Reederei zu verhandeln, bevor LO und ITF dies nicht ausdrücklich beschließen. Angesichts dieser Stellungnahme mußte auch die DAG mitteilen, daß die Verhandlungslegitimation bei der LO liege, obwohl sie den dänischen Arbeitern anbietet, sich in der DAG zu organisieren, damit sie für diese verhandeln kann.

Die Haltung der ÖTV wird gestützt durch die Solidaritätsbekundungen vieler Arbeiter und Angestellten. In Kiel führte der KBW letzte Woche am Fähranlieger der Förde-Reederei eine Aktion durch, bei der durch Reden, Flugblätter und Plakate die Fahrgäste der Butterdampfer, die vorwiegend aus Niedersachsen kamen, über den Streik informiert wurden und dazu aufgefordert wurden, in Zukunft mit einer an-
deren Reederei ihre Butterfahrten zu machen und dies auch bei Bekannten zu verbreiten. Die Passagiere unterstützten dies durch Spenden. 9,45 DM wurden für die Streikkasse gesammelt.

Der Dachverband der dänischen Gewerkschaften, LO, hat auf das neueste Manöver der Förde-Reederei damit geantwortet, daß ab September eine Verschärfung der Boykottmaßnahmen durchgeführt werden soll. Zehn dänische Einzelgewerkschaften unterstützen dies bereits: die Gewerkschaft der Typographen, Kellner, Schlachter, Hotel- und Restaurationsangestellten, Metallarbeiter, Maschinisten, Handels- und Büroangestellten (HK), die Gastronomiegewerkschaft, die Facharbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft für Angestellte und Beamte.

Bis zum 16.8. wollen sie sich über die Einzelheiten des Boykotts beraten haben. Auf Vorschlag der Transportarbeiter- und Angestelltengewerkschaft sollen zunächst die Öllieferungen an die Förde-Reederei gestoppt werden. Weder die großen Ölraffinerien noch private Unternehmen sollen danach die Schiffe beliefern.

Es ist richtig, auch die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalisten auszunutzen wie es z.B. auf Römö gemacht wird. Direkt neben der Förde-Reederei hat die Katamaran GmbH ein eigenes Personenfährunternehmen aufgemacht, mit dessen Fähre jetzt die Arbeiter und Touristen fahren und auf diese Weise den Boykott unterstützen.



Manöver der Förde-Reederei damit geantwortet, daß ab September eine Verschärfung der Boykottmaßnahmen durchgeführt werden soll. Zehn dänische Einzelgewerkschaften unterstützen dies bereits: die Gewerkschaft der Typographen, Kellner, Schlachter, Hotel- und Restaurationsangestellten, Metallarbeiter, Maschinisten, Handels- und Büroangestellten (HK), die Gastronomiegewerkschaft, die Facharbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft für Angestellte und Beamte.

Bis zum 16.8. wollen sie sich über die Einzelheiten des Boykotts beraten haben. Auf Vorschlag der Transportarbeiter- und Angestelltengewerkschaft sollen zunächst die Öllieferungen an die Förde-Reederei gestoppt werden. Weder die großen Ölraffinerien noch private Unternehmen sollen danach die Schiffe beliefern.

Es ist richtig, auch die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalisten auszunutzen wie es z.B. auf Römö gemacht wird. Direkt neben der Förde-Reederei hat die Katamaran GmbH ein eigenes Personenfährunternehmen aufgemacht, mit dessen Fähre jetzt die Arbeiter und Touristen fahren und auf diese Weise den Boykott unterstützen.



reits besonders begünstigten Bewohnern der Studentenwohnheime der Studentenwerke (im Landesdurchschnitt etwa 12% der Studenten) einen weiteren finanziellen Vorteil gegenüber anderen, gleichfalls von der Ölpreiserhöhung betroffenen Bevölkerungsgruppen zu gewähren.'' Die Studenten hatten festgestellt, daß mit 150,- DM für 8,5 m² die Mieten im Wohnheim erheblich über denen auf dem freien Markt liegen. ,,Für die Gewährung von Zuschüssen aus Anlaß der eingetretenen Verteuerung des Heizöls ist im übrigen die Bundesregierung zuständig'', heißt es weiter in dem Brief Pestels. ,,Außerdem kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Deutsche Bundestag mit Wirkung vom 1. Oktober 1976 den Förderungshöchstbetrag nach dem BAFöG von monatlich 580,- DM auf 620,- DM und den Förderungsanteil für auswärtiges Wohnen von monatlich 150,-auf 160,-DM angehoben hat und es darüber hinaus möglich ist, einen Teil der über 160,- DM monatlich liegenden Kosten für auswärtiges Wohnen über die Härteverordnung ersetzt zu bekommen.'' Damit sind weitere Mieterhöhungen durch die Bundesregierung gesetztlich vorbereitet. Die Studenten halten weiter am Mietboykott fest, weil sie nicht zahlen können. Zur Verfügung,'' hatten sie an Pestel geschrieben. In fast allen Fenstern hängt ein Plakat mit der Aufschrift: ,,Ich boykottiere''.

b.wit.Hamburg. **Die Bevölkerung von Tesperhude kämpft gegen die Stillegung der Buslinie 131.** 4.30 Uhr morgens, zwischen Lauenburg oder Tesperhude und Bergedorf: Arbeiter warten auf den Bus, die Frauen oft mit Kindern an der Hand, die noch in irgendein Tagesheim geschleppt werden müssen. Dem HVV sind sie zu wenige; seine Defizite in diesem Bereich, die auf den Profit der HVV drücken, sollen durch Stillegung der Linien 131 (Geesthacht-Tesperhude) und 231 (Bergedorf-Lauenburg) verringert werden. Stattdessen: 30 Minuten Fußmarsch zum nächsten Anschluß für die Tesperhuder, Benutzung der teureren Schnellbuslinie 21 für die Lauenburger. Tesperhude hat weder Arzt noch Apotheke noch Einkaufsmöglichkeiten noch Freizeiteinrichtungen. Seit Bekanntwerden vor drei Wochen sind in Tesperhude über 500 Unterschriften gesammelt worden. Auf Druck der Bevölkerung hat der HVV neue Verhandlungen für Oktober angesetzt, Land und Gemeinden wollen über Kostenbeteiligung mit sich reden lassen.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Eutin, 13. bis 17. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Gasthaus am See, Elisabethstraße

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation.

Heide, 13. bis 17. August, Grund- und Hauptschule 4, 20.00 bis 22.00 Uhr

Hamburg-Mitte/Ost, 20. bis 24. August, Volksschule Möllner Landstraße, 19.30 bis 21.30 Uhr

Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung.

Pinneberg, 13. bis 17. August, Gaststätte Waldenauer Park, Am Waldenauer Marktplatz, 20.00 bis 22.00 Uhr

Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung.

Hamburg-Altona, 20. bis 24. August, 20., 21. und 24.8. ,,Stodola'', Hambacherstr. 7a, 19.30 bis 21.30 Uhr

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.

Hamburg-Wandsbek, 20. bis 24. August, Gaststätte Rosenberg, Riesser str./Griesstr., 19.30 bis 21.30 Uhr

Reihe Europäische Gemeinschaft

Husum, 20. bis 24. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion

Kiel-Ost, 20. bis 24. August, Dorfschänke, Zum Brook 25, 20.00 bis 22.00 Uhr

Marx: ,,Bürgerkrieg in Frankreich''

Hamburg-Harburg, 13. bis 17. August, Union-Kate, Eddelbüttelstr. 24a, 20 00 bis 22.00 Uhr

Hamburg-Wandsbek, 13. bis 17. August, Gaststätte Rosenburg, Riesser Str./Griesstr., 19.30 bis 21.30 Uhr

Hamburg-Altona, 13. bis 17. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, 13. bis 15. und 17.8. Stodola, Hambacherstr. 7a, 16.8. Zunfthaus, Vazerstr.

Lüneburg, 13. bis 17. August, Stucksaal, An der Münze, 19.30 bis 21.30 Uhr

Flensburg, 20. bis 24. August, Pestalozzischule, Waitzstraße, 20.00 bis 22.00 Uhr

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Sportkurs

Kiel, Sonntag, 19. August, 10.00, Endstation Linie 1, Schulensee

Hamburg, Sonntag, 19. August, 10.00 Uhr, Stadtparkwiese

Kulturgruppe: Zeichnen

Hamburg, Freitag, 17. August, 18.00 bis 21.00 Uhr, Phil-Turm, Foyer der Universität, Von Melle Park

Das Taschengeld als Spaltungsinstrument für die Rentner in Heimen

Hamburg-Wandsbek, Samstag, 18. August, 15.00 Uhr, Altenheim Holstenhof, Haus 6 oben, Elfsaal 20. Veranstaltung der Zelle Wandsbek des KBW.

Prozesse gegen Teilnahmer der Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution im Iran

Hamburg, Dienstag, 14. August gegen J. Oberkampf, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude

13.00 Uhr gegen Hubertus R., Strafjustizgebäude

Hamburg, Freitag, 17. August gegen U. Zabel, DAG-Haus, 4. Stock

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

Flensburg, Mittwoch, 15. August und Donnerstag, 16. August gegen M. Lohnstein, G.J. Ludwig, B. Bartels und K. Pollmann wegen Verteilung der Volksmiliz, Landgericht Südergraben 22, 9.15 Uhr

Der tariflose Zustand im Hamburger Einzelhandel muß beendet werden

b.trw. Die Einzelhandelskapitalisten nützen jede Möglichkeit, die Belegschaften im Hamburger Einzelhandel zu spalten. Eine neue Spaltungsmöglichkeit bietet sich ihnen dadurch, daß es ihnen gelungen ist, die DAG zu einem niedrigerem Tarifabschluß zu bewegen. Da die HBV diesen niedrigen Tarif bislang abgelehnt hat, gilt für einen Teil der Beschäftigten kein Tarif. Daher besteht für die Kapitalisten die Möglichkeit, für einen Teil der Beschäftigten nicht einen Pfennig mehr zu zahlen. Dieser Möglichkeit kann man einen Riegel vorschieben, indem die HBV jetzt abschließt. Dann wären wenigstens die 68 DM für die Fahrer oder die 34 DM für die Lagerarbeiter tariflich gesichert, wie sie die DAG abgeschlossen hat. Den tariflosen Zustand jetzt zu beenden ist ein notwendiger Schritt, um die nächsten Kämpfe vorzubereiten. Es ist notwendig, Mitgliederversammlungen einzuberufen, auf denen die Auszahlungen untersucht werden. Weiter muß die Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen errechnet werden, um die tatsächlich vorhandenen Spaltungslinien bekämpfen und beseitigen zu können. Das ist die beste Vorbereitung für den nächsten Lohnkampf.

Außerdem hatten DAG und HBV den Lohngruppenplan zum 30.4.79 gekündigt und DAG hat auch diesen abgeschlossen. Dieser Abschluß hat einige Änderungen in der Lohnstruktur gebracht: Wächter und Parkplatzordner sind abgruppiert worden und bekommen 1 DM weniger; jetzt 7,30 DM, was eine Lohnsenkung von 12% bedeutet. Küchenhilfen bekommen jetzt 7,50 DM, das ist eine Lohnsenkung von 9,6% oder 0,80 DM. Stickerinnen und Strickerinnen bekommen nach dem neuen DAG-Tarif 1,60 DM mehr oder 36,6% mehr. Sie verdienen jetzt 9,70 DM. Erster Koch, Konditor, Schlachter, Rundfunk- und Fernsehtechniker und Betriebshandwerker bekommen jetzt 12,04 DM, das bedeutet 1,34 oder 30,2% mehr. Putzmacherin, Annonceuse, Kaltmamsellen und Köche bekommen jetzt 9,70 DM, was eine Lohnerhöhung bon 1,95 DM oder 25,2% bedeutet. Das sind nur einige Beispiele. An diesen Beispielen wird deutlich, der neue Lohngruppenplan spaltet tief, bis zu 3 DM Unterschied pro Stunde haben sich durch die Umgruppierung ergeben. Der niedrigste Stundenlohn liegt noch immer bei 7,30 DM. In dieser Lage liegt es auf der Hand, daß man den Lohngruppenplan nicht annehmen kann und später neu verhandeln muß.

Schlechtes Wetter und geringe Produktivkräfte

Das Finanzkapital wittert Extraprofite

b.ham. 1978 hat es große Verluste in der Ernte gegeben. Insbesondere die Sommergetreidearten Gerste und Hafer haben zu ca. 15% nicht mehr geerntet werden können, einschließlich des Strohs – also Totalverlust. Für das, was geerntet wurde, haben die Handelsfirmen hohe Trocknungs- und Reinigungskosten berechnet, an denen Petrus im Himmel von den Pressereferenten der jeweiligen Firmen verantwortlich gemacht wurde. Dasselbe wollen sie dies Jahr wieder veranstalten, z.B. im Landfunk, gewürzt mit einer noch größeren Prise ,,Verständnis und Anteilnahme" für die Schwierigkeiten der Bauern.

Die können sich dafür nichts kaufen. Sie kritisieren deshalb die niedrigen Preise und die undurchschaubaren Abrechnungen der Getreidehändler, über die sie betrogen werden.

Gutes und schlechtes Wetter hat es immer gegeben, das Problem ist, die entsprechenden Produktivkräfte einsetzen zu können. Das kann der einzelne Bauer nicht. Die Sommergetreidearten bieten Vorteile, wenn nur geringe Maschinerie angewendet werden kann. Sie werden heute überwiegend von viehhaltenden kleinen und mittleren Bauern, insbesondere auf den leichteren Geestböden, angebaut. Zwischen dem Pflügen, meist im Herbst, und der Aussaat im Frühjahr vergeht relativ viel Zeit, so daß das Pflügen auch mit kleinem Gerät geschafft werden kann und der Boden sich setzen kann. Es sind also keine Packergeräte notwendig. Die Sommergetreide sind nicht so empfindlich gegen Unkräuter und Schadpilze, sie brauchen nur ein- bis zweimal gespritzt zu werden, eventuell auch gar nicht. Winterweizen und Raps werden heute bis zu sechsmal gespritzt, das muß der Bauer selbst machen, weil der Lohnunternehmer dann zu teuer wird. Weiter hat das Stroh höheren Futterwert.

Die Erträge sind laut Untersuchung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein bei der Sommergerste in den Jahren 1957 bis 1962 von 29,8 dz/ha auf 38,2 dz/ha in 1978 gestiegen, also 8 dz/ha, die Wintergerste von 35,9 auf 55,6 dz/ha, im gleichen Zeit--raum also um 20 dz/ha. Die kapitalistischen Saatzuchtfirmen haben die Arten gezüchtet, die den meisten Profit versprachen, der war bei den Sommergetreidearten wegen stagnierender Anbaufläche nicht zu erwarten. Sie sind deshalb kaum züchterisch weiterentwickelt worden, vor allem nicht ihre Standfestigkeit.

Bauern, insbesondere auf den leichteren Geestböden, angebaut. Zwischen dem Pflügen, meist im Herbst, und der Aussaat im Frühjahr vergeht relativ viel Zeit, so daß das Pflügen auch mit kleinem Gerät geschafft werden kann und der Boden sich setzen kann. Es sind also keine Packergeräte notwendig. Die Sommergetreide sind nicht so empfindlich gegen Unkräuter und Schadpilze, sie brauchen nur ein- bis zweimal gespritzt zu werden, eventuell auch gar nicht. Winterweizen und Raps werden heute bis zu sechsmal gespritzt, das muß der Bauer selbst machen, weil der Lohnunternehmer dann zu teuer wird. Weiter hat das Stroh höheren Futterwert.

Die Erträge sind laut Untersuchung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein bei der Sommergerste in den Jahren 1957 bis 1962 von 29,8 dz/ha auf 38,2 dz/ha in 1978 gestiegen, also 8 dz/ha, die Wintergerste von 35,9 auf 55,6 dz/ha, im gleichen Zeit--raum also um 20 dz/ha. Die kapitalistischen Saatzuchtfirmen haben die Arten gezüchtet, die den meisten Profit versprachen, der war bei den Sommergetreidearten wegen stagnierender Anbaufläche nicht zu erwarten. Sie sind deshalb kaum züchterisch weiterentwickelt worden, vor allem nicht ihre Standfestigkeit.

In der Ernte stoßen sie zeitlich mit dem Winterweizen zusammen, weil der immer später reift infolge Züchtung und Düngung. Und dann sind die Mähdrescher der Lohnunternehmer auf den großen Feldern zu finden, also nicht bei den kleineren Bauern. Übrigens sind die Mähdrescher in Bauernhand (BRD) mit 169500 auf nur 177900 von 1970 bis 1975/76 gestiegen. Die Schlepperzulassungszahlen blieben konstant, worin sich der ökonomische Druck auf die Bauern ausdrückt. Trotzdem gibt es viele große Mähdrescher und auch Trocknungsanlagen, aber auf den Gütern und in den Siloanlagen der Finanzkapitalisten.

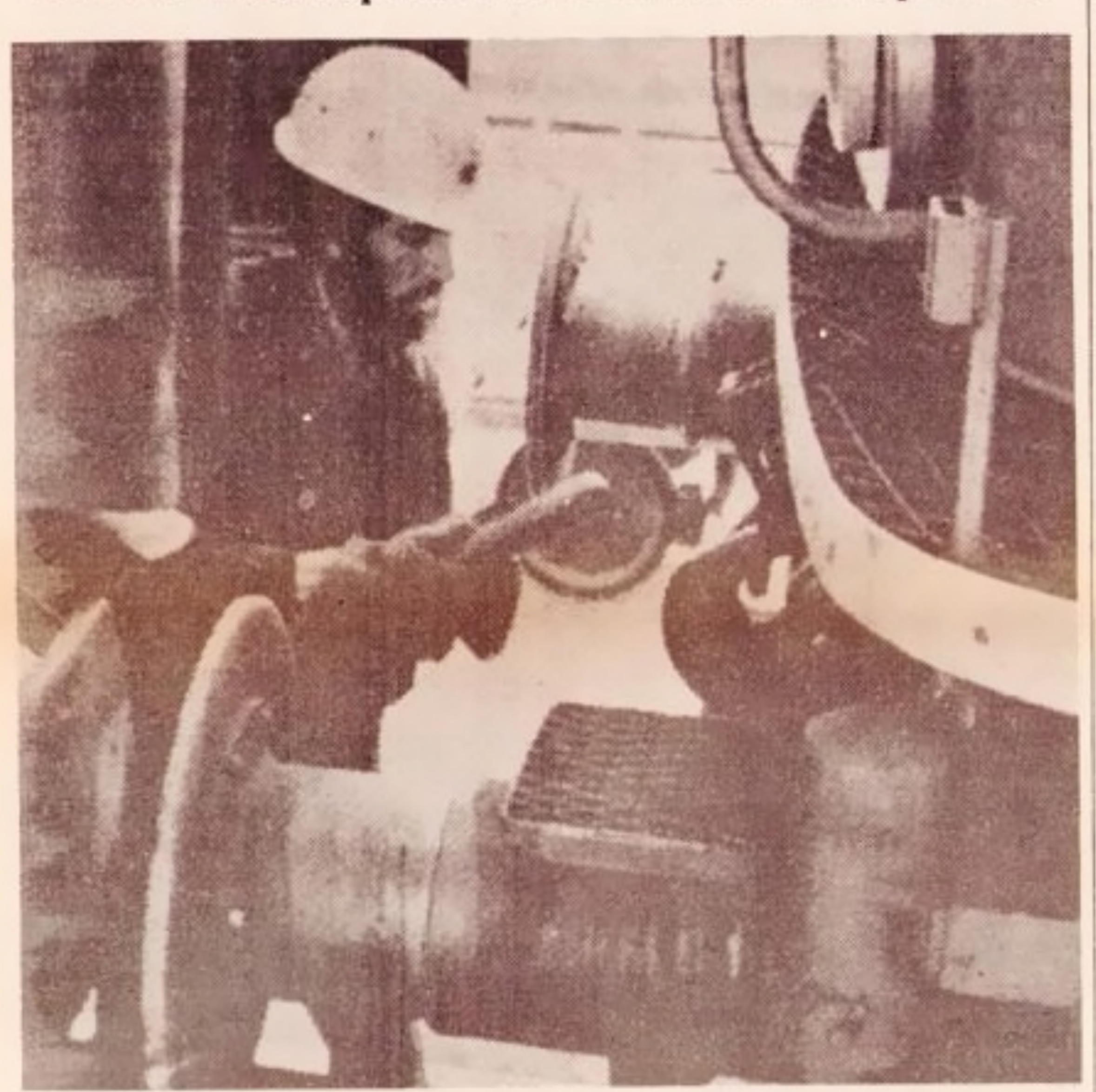
Je feuchter das Getreide, desto mehr Möglichkeiten für sie, die Bauern in die Zange zu nehmen, weil das Getreide sofort abgeliefert werden muß, da es sonst verdirbt. So kommt es, daß die Sommergerste nicht höher bezahlt wird als Wintergerste, obwohl sie einen höheren Futterwert besitzt. Hinzu kommt: kleine und gebrochene Körner ziehen die Mühlen als ,,Abfall" vom Gewicht ab, zahlen also nicht an die Bauern aus. Sie mischen es in ihre Viehfutter, die die Bauern zurückkaufen. Da brauchen sie nach dem neuen Futtermittelgesetz nicht mehr auszeichnen, aus *was* das Futter besteht.

Es ist richtig, wenn das Bauernblatt jetzt schreibt: ,,Daß sie (die Landhandelskapitalisten, der Verf.) aufgerufen sind, bei der Getreideaufnahme durchschaubare Abrechnungen vorzulegen, damit man klare Preisvergleiche anstellen kann, muß an dieser Stelle nochmal erwähnt werden." Aber damit allein ist nichts geholfen. Die Krabbenfischer der Weser und Nordsee haben das



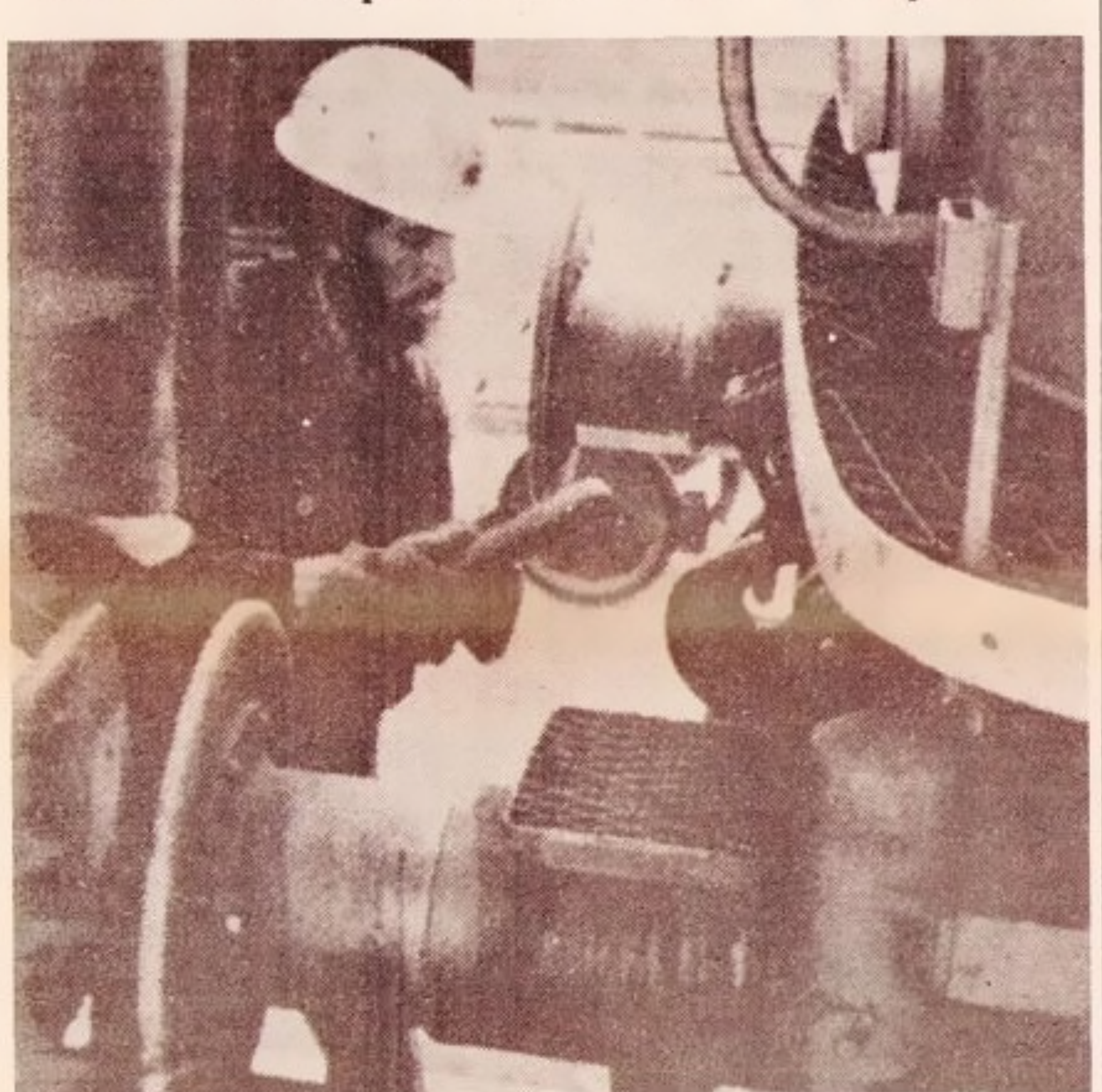
Richtige gemacht. Sie haben letzte Woche bei ihren Abnehmern, den Fischereigenossenschaften, eine Mindestpreisheraufsetzung durchgesetzt – von 1,30 DM auf 1,55 DM pro angelandetes Kilo Krabben, indem sie sich geweigert hatten, auszulaufen.

Bahnbeschäftigte des Rangierbahnhofs Maschen und der Bezirkspersonalrat lehnen Dienstplan ab



b.obj. Auf dem modernsten Rangierbahnhof Europas, in Maschen, wehren sich die Beschäftigten gegen den unerträglichen Zwang zur Spät- und Nachtschichtarbeit. Der Rangierbahnhof wurde mit den modernsten Anlagen zur Steuerung und Sicherung des Rangierbetriebes ausgerüstet. Rechnergesteuerte Ablauf

und der Bezirkspersonalrat lehnen Dienstplan ab



b.obj. Auf dem modernsten Rangierbahnhof Europas, in Maschen, wehren sich die Beschäftigten gegen den unerträglichen Zwang zur Spät- und Nachtschichtarbeit. Der Rangierbahnhof wurde mit den modernsten Anlagen zur Steuerung und Sicherung des Rangierbetriebes ausgerüstet. Rechnergesteuerte Ablauf automatik, automatische Gleisbremsen und Fördereinrichtungen sowie funkferngesteuerte Abdrücklokomotiven. Damit will die Bundesbahn den Transport über Nacht in jede Stadt in Westdeutschland gewährleisten. Dazu muß sie aber die Arbeiter und Angestellten auf dem Rangierbahnhof zu 78% in Spät- und Nachtschichten zwingen. Der Bezirkspersonalrat hat nun eine Sondersitzung einberufen, wo er die vorgelegten Dienstpläne ablehnen will. Verschiedene Einwohner von Stelle bei Maschen klagen bereits gegen den Rangierlärm in der Nacht gegen die Bundesbahn.

Landwirtschaftliche Feuerversicherung Das Finanzkapital sahnt ab

b.chb. Die landwirtschaftliche Feuerversicherung, begründet als genossenschaftlicher Zusammenschluß von Bauern zur gegenseitigen Unterstützung im Brandfall, ist fest in den Händen des Finanzkapitals. Vor allem über die Rückversicherungsgesellschaften verwandeln die ehemaligen Brandgilden die von den Bauern gezahlten Beiträge – für einen mittleren landwirtschaftlichen Betrieb 3000 bis 4000 DM jährlich – in Kapital für die Bourgeoisie.

Bereits ab 1537 schlossen sich die Bauern in den Elbmarschen zu den ersten Brandgilden zusammen, deren Hauptzweck die gegenseitige Unterstützung bei Brandfällen war. Jedes Gildemitglied mußte im Brandfall eine festgelegte Menge Baumaterial (Holz, Lehm, Stroh) an den Abgebrannten liefern, später kamen noch weitere Naturalien dazu (Ochsenfleisch, Roggen, Malz, Speck, Leinwand, Federn), wie jedes Mitglied der Gilde Anspruch auf diese Unterstützung hatte.

Mit der Erweiterung dieser freiwilligen Zusammenschlüsse, die ja eine Unmenge von Einzel- und Gruppenverträgen umfassen, treten in den Brandgilden zu den Naturalleistungen Geldbeträge. In der Raaer Gilde mußte z.B. jeder Bauer 30 Mark bezahlen und bekam von jedem Gildemitglied ebenso-

Das Finanzkapital sahnt ab

b.chb. Die landwirtschaftliche Feuerversicherung, begründet als genossenschaftlicher Zusammenschluß von Bauern zur gegenseitigen Unterstützung im Brandfall, ist fest in den Händen des Finanzkapitals. Vor allem über die Rückversicherungsgesellschaften verwandeln die ehemaligen Brandgilden die von den Bauern gezahlten Beiträge – für einen mittleren landwirtschaftlichen Betrieb 3000 bis 4000 DM jährlich – in Kapital für die Bourgeoisie.

Bereits ab 1537 schlossen sich die Bauern in den Elbmarschen zu den ersten Brandgilden zusammen, deren Hauptzweck die gegenseitige Unterstützung bei Brandfällen war. Jedes Gildemitglied mußte im Brandfall eine festgelegte Menge Baumaterial (Holz, Lehm, Stroh) an den Abgebrannten liefern, später kamen noch weitere Naturalien dazu (Ochsenfleisch, Roggen, Malz, Speck, Leinwand, Federn), wie jedes Mitglied der Gilde Anspruch auf diese Unterstützung hatte.

Mit der Erweiterung dieser freiwilligen Zusammenschlüsse, die ja eine Unmenge von Einzel- und Gruppenverträgen umfassen, treten in den Brandgilden zu den Naturalleistungen Geldbeträge. In der Raaer Gilde mußte z.B. jeder Bauer 30 Mark bezahlen und bekam von jedem Gildemitglied ebenso-

viel, wenn er abbrannte. ,, . . .alle Regeln und alle im Laufe der Zeit notwendig gewordenen Erweiterungen und Änderungen derselben sind ausschließlich von den Bauern ausgegangen, die auf diesem vielfach auf das Polizeiliche übergehende Gebiete also ebenso selbständig thätig sich erwiesen, als auf dem des Deichwesens." (Dethlefsen, D., Geschichte der holsteinischen Elbmarschen, Bd. 2, S. 375, Glückstadt 1892).

Heute haben die Bauern in der Feuerversicherung nichts mehr zu sagen. Sie sollen nur zahlen.

Die Schleswig-Holsteinische Brandgilde von 1691 z.B. hatte 1976 Beitragseinnahmen von 5522123,38 DM. Davon zahlte sie an Rückversicherer 3987604,17 DM, das sind 72,2%. Sie zahlte an Schadenfällen 698972,47 DM aus, die Rückversicherer zahlten 2097138,50 DM, 75% aller Auszahlungen. 2726012,40 DM sind in den Fängen der Versicherungen hängengeblieben, fast die Hälfte der Beitragseinnahmen, insbesondere bei den Rückversicherungsgesellschaften.

Im Schadenfall stehen die Bauern vor der Alternative, sich noch höher verschulden zu müssen über Kreditaufnahmen oder gleich aufzugeben. Ein Bauer, der jetzt 500000 DM Schaden hat, bekommt von der Versicherung nur 270000 DM gezahlt. Den Rest für den Neubau der Gebäude muß er über Bankkredit finanzieren, will er Bauer bleiben. Denn die Versicherung zahlt bei Arbeitsgeräten und Maschinen nur den Wiederbeschaffungspreis unter Abzug des Unterschieds zwischen alt und neu, bei Gebäuden den Bauwert

sen, als auf dem des Deichwesens." (Dethlefsen, D., Geschichte der holsteinischen Elbmarschen, Bd. 2, S. 375, Glückstadt 1892).

Heute haben die Bauern in der Feuerversicherung nichts mehr zu sagen. Sie sollen nur zahlen.

Die Schleswig-Holsteinische Brandgilde von 1691 z.B. hatte 1976 Beitragseinnahmen von 5522123,38 DM. Davon zahlte sie an Rückversicherer 3987604,17 DM, das sind 72,2%. Sie zahlte an Schadenfällen 698972,47 DM aus, die Rückversicherer zahlten 2097138,50 DM, 75% aller Auszahlungen. 2726012,40 DM sind in den Fängen der Versicherungen hängengeblieben, fast die Hälfte der Beitragseinnahmen, insbesondere bei den Rückversicherungsgesellschaften.

Im Schadenfall stehen die Bauern vor der Alternative, sich noch höher verschulden zu müssen über Kreditaufnahmen oder gleich aufzugeben. Ein Bauer, der jetzt 500000 DM Schaden hat, bekommt von der Versicherung nur 270000 DM gezahlt. Den Rest für den Neubau der Gebäude muß er über Bankkredit finanzieren, will er Bauer bleiben. Denn die Versicherung zahlt bei Arbeitsgeräten und Maschinen nur den Wiederbeschaffungspreis unter Abzug des Unterschieds zwischen alt und neu, bei Gebäuden den Bauwert

entsprechend Abnutzung und Alter. Wird der Bauer im Schadensfall in die höhere Verschuldung oder gleich zum Aufgeben gezwungen, so sind die Entschädigungszahlungen der Versicherungen auch noch an Bedingungen gebunden, die den Ruin der kleinen Bauern beschleunigen sollen.

Landwirte: ,,Die Einstellung zu Gorleben hat sich nicht geändert"

b.thr. Auf einer Stitzung der ,,Pro-BI – Recht auf Energie", worin sich das Häuflein der Befürworter des Nuklearen Entsorgungszentrums (NEZ) sammelt, mußte am 9.8. ein Vertreter der DWK zugeben: ,,Wir haben.es mit einer Wanderausstellung in den Dörfern am Wochenende und mit Freibier versucht, das Interesse ist gleich null." Die Landwirte lehnen auch weiterhin die Gorlebenpläne der Bundes- und Landesregierung ab. Albrecht hat kürzlich einen Brief an Schmidt geschrieben, worin er betonte, ausdrücklich ,,interpretationswürdige Begriffe" gebraucht zu haben, um das jetzt Notwendige durchsetzen zu können. ,,Der fürchtet doch nur, daß wir uns politisch noch mehr zusammenschließen", sagte ein Sprecher der Landwirte dazu.

In der EJZ (Elbe-Jetzel-Zeitung) vom 11.8. betont der Kreislandvolkverband: ,,Die Einstellung des Kreislandvolkverbandes zum NEZ hat sich nicht geändert." Der Verband ist Gerüchten entgegengetreten, er bemühe sich aktiv um den Abschluß von Gestattungsverträgen zwischen Landwirten und PTB (Physikalisch-technische Bundesanstalt) für die Flachbohrungen. Auf zweierlei hoffen die Regierungen sowie die PTB: einerseits soll wirschaftliche Not Landwirte zum Unterschreiben der für die Bohrungen notwendigen Verträge zwingen. Wegen des starken Regens der letzten Tage können die Landwirte die Ernte nicht einbringen. Ist das abgelieferte Getreide naß, gibt es Abzüge, wird es noch schwül, dann wird es überreif, was nochmals Abzüge ergibt. Zum anderen sollen die Landwirte die Tiefbohrungen ,,zwecks Feststellung der Eignung" als das geringere Übel gegenüber der dauernden Polizeischikane und der Überflutung des Kreises mit allerlei Buntem empfinden.

Einig sind sich die Landwirte, ob Eignung des Salzstockes oder nicht, wenn auch nur ein Teil des NEZ gebaut wird, der Schaden für die Landwirtschaft bleibt. Über Aktionen wie die von ,,Feriencampern" durchgeführte Fahrradblockade bzw. Behinderung der Bohrfahrzeuge ist die Meinung klar: ,,Bringt nichts!" Die Bauern werden sich noch zusammensetzen und über Aktionen gegen die Bohrungen beraten.

Schwarzenbergmieterversammlung sammelt Unterschriften gegen den Senatsbeschluß

b.are. Am Montag, den 6.8.79, haben die Bewohner der alten Kaserne am Schwarzenberg eine Mieterversammlung durchgeführt, etwa 40 waren erschienen. Diese Versammlung richtete sich gegen den Beschluß des Hamburger Senats, die TU Harburg auf diesem Gelände zu errichten. Die Kaserne soll abgerissen werden, womit 36 Wohnungen zerstört werden. Der größte Teil der Wohnungen mußte von den Mietern auf eigene Kosten renoviert und modernisiert werden. Der Beschluß des Hamburger Senats stieß auf einhelligen Widerstand. Die Mieter verlieren ihre preiswerten Wohnungen und haben sich wegen der hohen Renovierungskosten verschulden müssen. Es wurde eine Interessengemeinschaft gegründet. Als erster Kampfschritt wird eine Unterschriftensammlung in dem Gebiet des beschlossenen Uni-Standortes durchgeführt. Auf der ersten öffentlichen Versammlung am 3. September sollen weitere Maßnahmen beraten werden.

Der jetzt gefällten Standortentscheidung des Hamburger Senats ging eine jahrelange Auseinandersetzung mit der Bezirksversammlung Harburg voraus. Die erste Standortwahl der BV Harburg umfaßte ein Gebiet im Stadtteil Neuland. Der Rechnungshof und der Hamburger Senat, der die Finanzhoheit ausübt und dem Bezirksamt lediglich Haushaltsmittel zuweist (Bezirksverwaltungsgesetz § 6 Abs.4), hat sich schon damals für das Gebiet Irrgarten-Göhlbachtal ausgesprochen, was im Besitz des Landes Hamburg ist. Hiervon wären ca. 200 Kleingärtner betroffen gewesen. Jedoch gelang es dem Hamburger Senat nicht, die Kleingärtner rechtzeitig zu vertreiben, was zu Bauverzögerungen geführt hätte. Dieser Plan wird heute nur noch von der Universitätsgesellschaft getragen, die von einigen Harburger Kapitalisten bevölkert wird, die sich die ,,Förderung von Hochschuleinrichtungen" zur Aufgabe gemacht haben. Der Stand--ortvorschlag Neuland wurde fallengelassen, als der Bund die Reduzierung der Studentenzahlen von 18000 auf 3000 angeordnet hatte.

Auf der Bezirksversammlung am 12.6.79 wurde dann ein gemeinsamer Antrag von SPD und CDU gestellt, worin der Senat aufgefordert wird, sich für den Standort hinter dem Harburger Bahnhof einzusetzen. Der Wissenschaftssenator Sinn hat bis zuletzt verbreiten lassen, daß er sich nicht ,,gegen die Harburger" stellen wolle. Einige Tage vor der endgültigen Standortentscheidung hat die Bundesregierung über den Wissenschaftsrat interveniert und angeordnet, daß für die Uni nur das Gebiet Schwarzenberg/Irrgarten in Frage komme, anderenfalls müsse man ,,den Standort Harburg neu überdenken". Noch auf der betreffenden Bezirksversammlung behauptete der SPD-Abgeordnete Ulrich: ,,daß nach den Bestimmungen des neuen Bezirksverwaltungsgesetzes die konkrete Standortentscheidung nicht ohne den zuständigen Bezirk getroffen werden könne." Das genaue Gegenteil ist der Fall, in § 20 heißt es:

,,Das Beschlußrecht der Bezirksversammlung wird begrenzt durch die Zuständigkeitsregelung nach diesem Gesetz, durch die Gesetze und Verordnungen, den Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg sowie durch die Anordnungen des Senats."

Bei Jungheinrich müssen kollektive Tarifverträge durchgesetzt werden

b.hel. ,,Jungheinrich verdankt seinen Erfolg nicht zuletzt dem tatkräftigen Einsatz seiner Mitarbeiter, der entsprechend durch freiwillige Sozialleistungen anerkannt wird.“ Mit diesen feinen Worten leitet die Betriebsführung von H. Jungheinrich & Co, Maschinenfabrik (Gabelstapler Ameise) die Broschüre ,,Die kleinen Annehmlichkeiten“ ein. Was dann kommt, hört sich zunächst auch nicht schlecht an: Zehn Minuten bezahlte Pause; Weihnachtsgeld von 1560 DM bis 2330 DM, je nach Betriebszugehörigkeit; zinslose Darlehen mit einer Laufzeit bis zu 20 Monaten und zum Nikolaustag gibt es eine kleine Überraschung aus einem Land, in dem eine Jungheinrich-Firma angesiedelt ist. ,,Die Einzelheiten sind in betrieblichen Regelungen festgehalten...“, fährt die Broschüre fort. Aber gerade mit diesem Begriff ,,betriebliche Regelungen“ ist die besondere Rechtlosigkeit der Belegschaft des Jungheinrich-Konzerns umschrieben.

Denn der Jungheinrich-Konzern ist nicht tarifgebunden. Im Lohnkampf sind die Arbeiter von Jungheinrich von den übrigen Metallern abgespalten, und sie sind gezwungen, alle Erfolge einer Tarifrunde den Jungheinrich-Kapitalisten noch einmal extra abzutrotzen. Zudem können alle betrieblichen Angelegenheiten gemäß bürgerlichem Recht nach dem Gutdünken der beiden Jungheinrich-Kapitalisten und ihrer Unternehmensverwaltung festgesetzt werden, ohne Zwang zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat. Diese betrieblichen Regelungen werden Bestandteil des individuellen Arbeitsvertrages der ca. 4000 Beschäftigten des Konzernes, und sie sind deshalb – und darauf kommt es den Kapitalisten an – auch jederzeit entsprechend den üblichen Fristen individuell kündbar. Natürlich hat Jungheinrich dabei in erster Linie nicht das Nikolausgeschenk im Auge, sondern vor allem die Einstufung der Arbeiter in die Lohngruppen, die Berechnungsweise des Akkordlohnes, die Gewährung bzw. Kürzung der Jungheinrich-Zulage und bei Zeitlöhnern die prozentuale Zulage. Diese Zulagen werden daher von den Arbeitern oft als ,,Nasen-Zulage“ bezeichnet: Je nachdem, wie dem Abteilungsleiter deine Nase paßt, hast du Chancen, oder eben nicht. Was so verheißungsvoll eingangs aus der Feder der Betriebsführung floß, erweist sich in der Praxis der Ausbeutung, was die Rechte der Kollegen anlangt, als reine Lüge. Der Betriebsrat hat nicht die juristische Möglichkeit, kollektiv gültige Betriebsvereinbarungen durchzusetzen. Da Jungheinrich nicht tarifgebunden ist, gilt §77,3 des Betriebsverfassungsgesetzes: ,,Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein.“ Seit Jahren kämpft die Belegschaft darum, daß Jungheinrich die Tarifbindung eingeht. Der Betriebsrat hatte voriges Jahr auf dieser Forderung gewählt. Gegenwärtig geht der Kampf darum, daß die Betriebsführung kollektive Tarifverträge mit den Arbeitern abschließt. Dies durchzusetzen, wäre ein erster Erfolg, da somit eine Spaltungsmöglichkeit beseitigt wäre. Die Kapitalisten versuchen über Zugeständnisse beim Weihnachtsgeld eine großzügige Regelung bei den Überstunden zu erreichen, ebenso wie sie Feiertags- und Nachtschichten durchsetzen wollen. Man muß den Betriebsrat dabei unterstützen, daß er solchen Regelungen nicht zustimmen muß. Betriebsversammlungen sind ein gutes Mittel, sich über den weiteren Kampf Klarheit zu verschaffen und die Einheit herzustellen. Dazu sollte man jede Gelegenheit nutzen. Auf der Ebene der Abteilungen werden bereits Forderungen nach einer Sonderzahlung beraten.

Metallarbeiterstreik 1956: Die Bourgeoisie braucht Spezialeinheiten gegen die Arbeiterklasse

b.dam. ,,Beispiellos ist diese Truppe nicht. Schon immer hat die Bourgeoisie solche Metzgerhunde gebraucht.“ Um diese Wahrheit in der ,,Volksmiliz“ nach dem Einsatz der GSG 9 in Mogadischu geht der Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung vor dem Landgericht Flensburg. Schon immer hat die Bourgeoisie bewaffnete Formationen und ihren Staatsapparat gebraucht, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Beim Metallarbeiterstreik 1956 in Schleswig-Holstein war dies der Fall.

Nach der Niederlage des zweiten Weltkrieges war es der westdeutschen Bourgeoisie gelungen, ihre Herrschaft gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse zu restaurieren. 1956 war das Jahr, in dem die Militarisierung, die Wiedereinführung einer Streitmacht beschlossen wurde, die Arbeiterklasse zugleich entscheidend getroffen werden sollte mit dem Verbot ihrer Partei. Mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes sollte der Abbau bereits erkämpfter Rechte in den Betrieben erreicht werden.

Die stattfindenden Kämpfe der Arbeiterklasse erschreckten die Bourgeoisie jedoch erheblich. Die Erprobung ihrer bewaffneten Staatsmacht wurde notwendig im gleichen Jahr, 1956, in dem der längste Streik eines Teils der Arbeiterklasse, der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, stattfand. Er wurde geführt gegen die körperliche Degradation der Arbeiterklasse, das Elend der Krankheit und der Arbeitsunfälle. Die Forderungen nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Dauer von sechs Wochen, Urlaubsgeld von 7,50 DM pro Urlaubstag und die Erhöhung des Urlaubs auf 18 Tage fand die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse.

Innenminister Lembke verschickte an die Polizeidienststellen des Landes die Dienstanweisung Nr. 4, in der Auszüge und Erfahrungen der bayrischen Metallkapitalisten aus dem Streik der bayrischen Metallarbeiter 1955 und aus dem Werftarbeiterstreik in Bremen 1953 enthalten waren. Die Posten der streikenden Arbeiter wurden darin als ,,Terroristen“ und der Streik als ,,Terrorfeldzug“ genannt. Dies hatte der Bourgeoisie nicht viel genutzt. Erstens sprachen die Tatsachen der Geschlossenheit gegen die Behauptungen und zweitens konnte die Bourgeoisie die Polizei nicht umfassend genug gegen die Streikenden einsetzen. In Flensburg sollte am 17.11.56 die Polizei einen Streikbrecher der Werft aus der Eckener Straße gegen die Streikenden schützen, die Polizei begleitete ihn nach Hause, verzog sich aber dann, er wurde von den Streikenden einen Tag später zur Rechenschaft gezogen. Bei einer Auseinandersetzung vor der streikenden Firma Robbe & Berking in Flensburg wurde die Flensburger Polizei eingesetzt: Die Arbeiter richteten sich gegen Streikbrecher, die mit ihren Wagen aus der Firma kamen, und wollten sie nicht durchlassen. Die Polizei sollte sichern, daß die Streikbrecher durch die Tore kamen, jedoch ,,mußte der Oberkommissar Meschonat die Beamten vorher entlassen, die sich in aller Gemütsruhe mit den Demonstranten unterhielten“ (Südschleswigsche Heimatzeitung, SHZ, 12.1.57).

Die Bourgeoisie versuchte zur gleichen Zeit, die Bundeswehr aufzubauen: 18 Garnisonen in Schleswig-Holstein, in Flensburg Eröffnung der Marineschule, Bau der Kasernenanlage Weiche, 500 ,,Freiwillige“ in der neuen Garnisonsstadt Schleswig am 6.11.56. Die Bourgeoisie beklagt sich über die Mißachtung über den Ausbau ihres Gewaltapparates: An der Zufahrtsstraße in Flensburg-Weiche prangte die Parole: ,,Brot statt Kasernen“, die Wehrpflichtigen ließen sich nicht erfassen. In einer Versammlung der kleinen Städte Schleswig-Holsteins in Tönning fordern diese für die aufwendige Erfassung aller Wehrpflichtigen 4 DM pro Gefundenen. Die Einberufung der Wehrpflichtigen zum 1. April 1957 ist überhaupt nicht gesichert.

Der ,,normale“ Ausbau des Staatsapparates gegen die Arbeiterklasse reicht nicht: Durch Gesetze und Richtersprüche sollen die Arbeiter zusätzlich eingeschüchtert werden: Die 1951 eingerichtete Staatsschutzkammer, in Schleswig-Holstein beim Landgericht Flensburg, tritt in Aktion. 1952 verurteilte das Landgericht Flensburg schon einen Bürger, der an den Polizeipräsidenten von Kiel gegen eine Niederknüppelung einer Demonstration der ,,Tatgemeinschaft der jungen Generation“ durch die Polizei eine Protesterklärung geschrieben hatte. Mehrere Arbeiter, die die Auseinandersetzung gegen die Streikbrecher bei Robbe & Berking geführt hatten, wurden angezeigt wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, im wesentlichen aber wegen des Verstoßes gegen Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und der verfassungsmäßigen Ordnung.

Schon 1950 hatte die Regierung für den raschen Polizeiausbau Propaganda gemacht: ,,Man muß sich vorstellen, was geschehen kann, wenn am 1. Februar tatsächlich die Aktion der Gewerkschaft zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes beginnt und die dann entstehende Situation von ausländischen Agitatoren zur Anstiftung von Unruhen ausgenutzt wird“ (Innenminister Lehr, 1950).

Kurz vor Ende des Streiks erschien ein Artikel in der ,,Südschleswigschen Heimatzeitung“ (6.2.57): ,,Es geht nicht ohne Polizeistreife“, in dem der Ausbau der Flensburger Polizeistationen propagiert wurde. Als die Flensburger Metallarbeiter bei der letzten Urabstimmung mit 82% gegen das Angebot stimmten, sich aber dem Mehrheitsbeschluß aus ganz Schleswig-Holstein beugen mußten, ,,sicherte die Polizei die Arbeitsaufnahme in den Flensburger Metallbetrieben“ (SHZ, 16.2.57). Am 15.3. wurden auf Antrag des Innenministeriums in Flensburg Großraumreviere ,,zur Intensivierung des Dienstbetriebs“ geschaffen. Der Ausbau der Polizei, die Zentralisierung im Bundesgrenzschutz und die Ausrichtung einer GSG 9, all das hat die Bourgeoisie gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse immer gebraucht.

gradation der Arbeiterklasse, das Elend der Krankheit und der Arbeitsunfälle. Die Forderungen nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Dauer von sechs Wochen, Urlaubsgeld von 7,50 DM pro Urlaubstag und die Erhöhung des Urlaubs auf 18 Tage fand die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse.

Innenminister Lembke verschickte an die Polizeidienststellen des Landes die Dienstanweisung Nr. 4, in der Auszüge und Erfahrungen der bayrischen Metallkapitalisten aus dem Streik der bayrischen Metallarbeiter 1955 und aus dem Werftarbeiterstreik in Bremen 1953 enthalten waren. Die Posten der streikenden Arbeiter wurden darin als ,,Terroristen“ und der Streik als ,,Terrorfeldzug“ genannt. Dies hatte der Bourgeoisie nicht viel genutzt. Erstens sprachen die Tatsachen der Geschlossenheit gegen die Behauptungen und zweitens konnte die Bourgeoisie die Polizei nicht umfassend genug gegen die Streikenden einsetzen. In Flensburg sollte am 17.11.56 die Polizei einen Streikbrecher der Werft aus der Eckener Straße gegen die Streikenden schützen, die Polizei begleitete ihn nach Hause, verzog sich aber dann, er wurde von den Streikenden einen Tag später zur Rechenschaft gezogen. Bei einer Auseinandersetzung vor der streikenden Firma Robbe & Berking in Flensburg wurde die Flensburger Poli-

klärung geschrieben hatte. Mehrere Arbeiter, die die Auseinandersetzung gegen die Streikbrecher bei Robbe & Berking geführt hatten, wurden angezeigt wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, im wesentlichen aber wegen des Verstoßes gegen Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und der verfassungsmäßigen Ordnung.

Schon 1950 hatte die Regierung für den raschen Polizeiausbau Propaganda gemacht: ,,Man muß sich vorstellen, was geschehen kann, wenn am 1. Februar tatsächlich die Aktion der Gewerkschaft zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes beginnt und die dann entstehende Situation von ausländischen Agitatoren zur Anstiftung von Unruhen ausgenutzt wird“ (Innenminister Lehr, 1950).

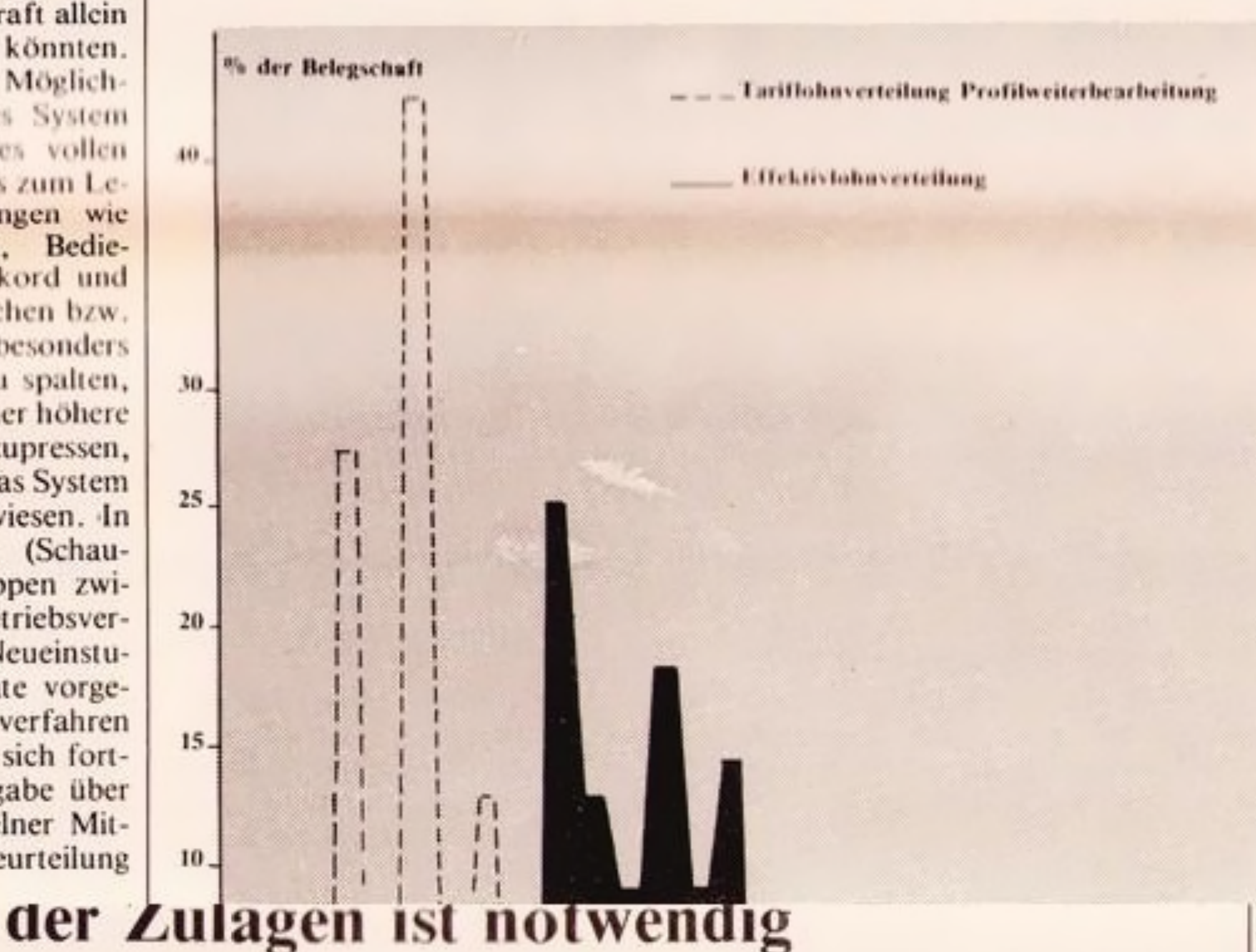
Kurz vor Ende des Streiks erschien ein Artikel in der ,,Südschleswigschen Heimatzeitung“ (6.2.57): ,,Es geht nicht ohne Polizeistreife“, in dem der Ausbau der Flensburger Polizeistationen propagiert wurde. Als die Flensburger Metallarbeiter bei der letzten Urabstimmung mit 82% gegen das Angebot stimmten, sich aber dem Mehrheitsbeschluß aus ganz Schleswig-Holstein beugen mußten, ,,sicherte die Polizei die Arbeitsaufnahme in den Flensburger Metallbetrieben“ (SHZ, 16.2.57). Am 15.3. wurden auf Antrag des Innenministeriums in Flensburg

VAW Neumünster: Die Absicherung der Zulagen ist notwendig

b.stk. Das Schaubild zeigt die Verteilung des tatsächlich gezahlten Lohnes in einer Abteilung bei VAW Neumünster (44 Beschäftigte, Bearbeitung von Profilen). Gestrichelt ist die Verteilung der Tariflöhne unterlegt. Man sieht auf den ersten Blick, daß die Tariflöhne dermaßen niedrig sind, daß über 90% der Belegschaft ihre Arbeitskraft allein davon nicht reproduzieren könnten. Das gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, über ein ausgeklügeltes System von Zulagen den Erhalt des vollen Lohnes, den jeder mindestens zum Leben braucht, von Bedingungen wie Schichtarbeit, Überstunden, Bedienung von 2 Maschinen, Akkord und ,,Leistung“ abhängig zu machen bzw. sogar vorzuenthalten. Als besonders wirksam, um die Arbeiter zu spalten, den Lohn zu senken und immer höhere Leistungen aus ihnen herauszupressen, hat sich für die Kapitalisten das System von ,,Leistungszulagen“ erwiesen. In der Profilweiterbearbeitung (Schaubild) gibt es 6 Prämiengruppen zwischen 0 und 2 DM. In der Betriebsvereinbarung dazu heißt es: ,,Neueinstufungen werden alle 2 Monate vorgenommen. Dabei sollte so verfahren werden, daß jeder Beurteiler sich fortlaufend Notizen mit Zeitangabe über das Leistungsverhalten einzelner Mitarbeiter macht, die bei der Beurteilung wichtig sein könnten.“

Da die Zahlung dieser Zulagen völlig von der Willkür der Kapitalisten abhängt, ermöglicht es ihnen, Tariflohnerhöhungen durch Prämienkürzungen wieder zunichte zu machen. So ist mindestens 6 Arbeitern der Profilweiterbearbeitung nach der Tariflohnerhöhung die Prämie um 40 Pf/Std. gekürzt worden, was bei den jetzigen Preissteigerungen eine Lohnkürzung um 4,7% bedeutet.

Eine Absicherung der Zulagen in der Höhe des Durchschnitts (das hieße in der PWB Absicherung der Zeitlohnzulage von 16% und mindestens 1,20 DM ,,Leistungs“prämie) und die Koppelung der Zulagen an die Tariflohnerhöhungen sind notwendig und sollen zusammen mit der Aufstellung der Tarifforderung auf der nächsten Betriebsversammlung besprochen werden.

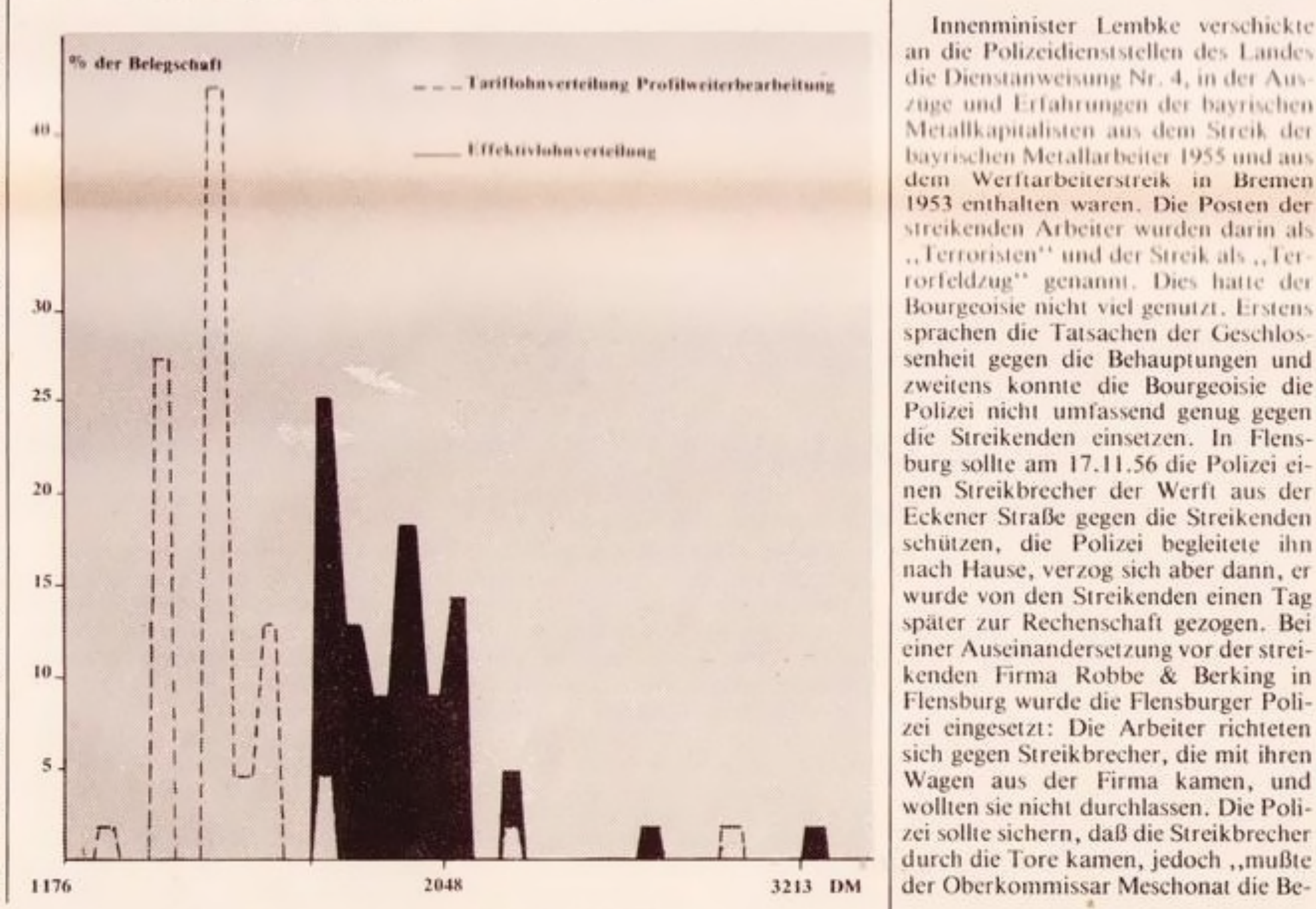


der Zulagen ist notwendig

b.stk. Das Schaubild zeigt die Verteilung des tatsächlich gezahlten Lohnes in einer Abteilung bei VAW Neumünster (44 Beschäftigte, Bearbeitung von Profilen). Gestrichelt ist die Verteilung der Tariflöhne unterlegt. Man sieht auf den ersten Blick, daß die Tariflöhne dermaßen niedrig sind, daß über 90% der Belegschaft ihre Arbeitskraft allein davon nicht reproduzieren könnten. Das gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, über ein ausgeklügeltes System von Zulagen den Erhalt des vollen Lohnes, den jeder mindestens zum Leben braucht, von Bedingungen wie Schichtarbeit, Überstunden, Bedienung von 2 Maschinen, Akkord und ,,Leistung“ abhängig zu machen bzw. sogar vorzuenthalten. Als besonders wirksam, um die Arbeiter zu spalten, den Lohn zu senken und immer höhere Leistungen aus ihnen herauszupressen, hat sich für die Kapitalisten das System von ,,Leistungszulagen“ erwiesen. In der Profilweiterbearbeitung (Schaubild) gibt es 6 Prämiengruppen zwischen 0 und 2 DM. In der Betriebsvereinbarung dazu heißt es: ,,Neueinstufungen werden alle 2 Monate vorgenommen. Dabei sollte so verfahren werden, daß jeder Beurteiler sich fortlaufend Notizen mit Zeitangabe über das Leistungsverhalten einzelner Mitarbeiter macht, die bei der Beurteilung wichtig sein könnten.“

die Prämie um 40 Pf/Std. gekürzt worden, was bei den jetzigen Preissteigerungen eine Lohnkürzung um 4,7% bedeutet.

Eine Absicherung der Zulagen in der Höhe des Durchschnitts (das hieße in der PWB Absicherung der Zeitlohnzulage von 16% und mindestens 1,20 DM ,,Leistungs“prämie) und die Koppelung der Zulagen an die Tariflohnerhöhungen sind notwendig und sollen zusammen mit der Aufstellung der Tarifforderung auf der nächsten Betriebsversammlung besprochen werden.



Die Vertrauensleutewahlen nutzen beim Kampf der Krankenhausbeschäftigten für die 5 Tage Woche

b.mat. Neben den gemeinnützigen Krankenhäusern ist das AK Bergedorf das einzige staatliche Krankenhaus, in dem auf allen Stationen mit der 6-Tage-Woche gearbeitet werden muß. Nachdem die Krankenpflegeschüler hier vor einigen Wochen für sich die 5-Tage-Woche durchgesetzt haben, wollen jetzt zwei weitere Stationen in der 5-Tage-Woche arbeiten.

Einzelne Stationen anderer staatlicher Krankenhäuser wie z.B. im AK Altona und AK St. Georg sind ebenso gezwungen an 6 Tagen in der Woche zu arbeiten. Der höchste Anteil von Lohnabhängigen in den Krankenhäusern mit der 6-Tage-Woche wird von den Reinigungskräften gestellt. Im AK Heidberg werden damit 13,3, im AK St. Georg sogar 32,4 unbesetzte Planstellen als Mehrarbeit herausgepreßt. Will die Gesundheitsbehörde vorankommen in der Drückung der Krankenhauskosten, muß sie den 75%-Anteil Lohnkosten senken. Das macht sie über die Nichtbesetzung freigewordener Planstellen und Ablehnung der Forderungen nach neuzuschaffenden Planstellen. Ohne Durchsetzung der Forderungen der Beschäftigten nach ausreichender Stellenbesetzung wird der Dienstherr aber vorankommen im Angriff auf den Normalarbeitstag an 5 Wochentagen.

Tagtäglich gibt es Auseinandersetzungen der Stationen mit ihrer Dienstaufsicht über diesen Punkt. Die Wochenstation des AK Heidberg hat kürzlich einen Brief an Senatorin Elstner geschrieben, in der die unzureichende Besetzung auf der Station angegriffen wird, daß endlich Schluß sein muß mit ständig anfallenden Überstunden. Dieser Brief ging auch an den Personalrat.

Der Personalrat ist laut Personalvertretungsgesetz §86, Absatz 1 mitbestimmungsberechtigt bei der ,,Feststellung von Beginn und Ende der Dienstzeit..., Anordnung von Mehrarbeit oder Überstunden... sowie sonstige Regelungen, die die Dienstdauer beeinflussen“. An ihn müssen sich die Beschäftigten deshalb wenden.

Die ÖTV fordert neben der Aufhebung der Arbeitszeitordnung von 1924, die Ausnahmeregelungen bis zu 60 Wochenstunden zuläßt, eine Erhöhung der Ausfallquote durch Krankheit, Urlaub usw. von derzeit 15% auf 30%. Das heißt bei rund 15000 Krankenhausbeschäftigten eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 2250 neuzuschaffenden Planstellen. Diese Forderung nützt dem Kampf zur Einhaltung der 5-Tage-Woche.

Auf der letzten Mitgliederversammlung im AK Heidberg wurde eine ÖTV-Untersuchungsgruppe gebildet, die die zersplitterten Kämpfe der einzelnen Stationen zusammenfassen und sich einen Überblick über die tatsächliche Besetzung auf den Stationen verschaffen soll, so daß einheitliche Forderungen aufgestellt werden können. Ebenso wie die Vertretung durch Personalrat und Gewerkschaft, können die im September anstehenden Vertrauensleutewahlen von den Beschäftigten genutzt werden, die Forderungen nach ausreichenden Planstellen aufzustellen, für den Kampf zur Durchsetzung des Normalarbeitstages an 5 Wochentagen.

Neumünster: Propagandaaktion zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea



Am Samstag, den 11.8., führte der KBW in Neumünster eine Aktion zur Unterstützung des gerechten Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression durch. Der Spielmannszug spielte Lieder vom Befreiungskampf des Volkes von Kampuchea. Im Verlauf der Aktion wurden 5,50 DM gespendet und für 8 DM revolutionäre Literatur verkauft.

„Auswärtige Beziehungen der BRD zu Kambodscha berührt"

b.hoo. „Durch die von Ihnen beabsichtige Sammlung bzw. Verwendung des Sammlungsertrages kann das friedliche Zusammenleben der Völker gestört werden (verfassungswidrig gemäß Art. 26 Grundgesetz); auch können die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Kambodscha berührt werden, und es kann zu außenpolitischen Schwierigkeiten mit der Regierung dieses Landes kommen". Der solches fürchtet, heißt Sawade und ist Oberbürgermeister der Stadt Neumünster. Mit dieser Begründung hat er am 1.8.1979 durch sein Ordnungsamt eine von KBW im Stadtgebiet Neumünster beantragte Spendensammlung zur Unterstützung des Volkskrieges des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression abgelehnt. Die Genehmigung will er von einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes in Bonn abhängig machen.

Worin bestehen „die auswärtigen Beziehungen der BRD zu Kambodscha"? Welcher Art sollen „die außenpolitischen Schwierigkeiten mit der Regierung dieses Landes" sein? Die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea unter der Führung Pol Pots wird der Oberbürgermeister kaum im Sinn haben, an sie soll der Erlös der Spendensammlung gerade gehen. Die von Vietnam eingesetzte Marionettenregierung? Mit ihr gibt es keinerlei „auswärtige Beziehungen", weder diplomatischer noch konsularischer Art. Weiß das die Stadt Neumünster nicht?

Man soll sich nicht täuschen. Der Neumünsteraner OB ist nicht der Depp, als der er auf den ersten Blick ausschaut. Das Sammlungsverbot wie in Neumünster ist zwar noch nicht die offizielle, vereinheitlichte Linie der Bourgeoisie: in Kiel ist die Sammlung, wenngleich unter Auflagen, genehmigt, in Pinneberg soll die Genehmigung erfolgen. Daß die Unterdrückung jeder Solidaritätsäußerung des westdeutschen Volkes mit dem kämpfenden kampucheanischen Volk im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie ist, liegt aber auf der Hand.

Die Begründung des Neumünsteraner Verbots ist fast wörtlich abgeschrieben aus entsprechenden Bescheiden zu Zimbabwe-Sammlungen in den letzten Jahren. Wenn es um die Behinderung der Solidarität für die um ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus kämpfenden Völker geht, leistet der westdeutschen Bourgeoisie der Art. 26 ihrer Verfassung und der Gedanke der „Völkerverständigung" schon immer gute Dienste. Auch zum rhodesischen Kolonialregime unterhält die BRD-Regierung offiziell keinerlei Beziehungen. Trotzdem haben die Bourgeoisvertreter in etlichen Fällen eine Gefährdung der auswärtigen Beziehungen zu Rhodesien erblickt, wo für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt werden sollte. Dort hat das Auswärtige Amt dies nach anfänglichem Zögern abgesegnet, nachdem sich die westdeutsche Bourgeoisie entschlossen hatte, die „innere Lösung" zu unterstützen. Das Dilemma mit den fehlenden auswärtigen Beziehungen löst das OVG Lüneburg in einem vor wenigen Tagen erschienenen Urteil so: „Die Einholung einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes erübrigt sich nicht bereits dadurch, daß die Bundesrepublik Deutschland auch derzeit zu der Regierung in Zimbabwe/Rhodesien keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Auswärtige Beziehungen eines Staates beschränken sich nicht auf das Verhältnis zu den Staaten, zu denen offizielle Beziehungen unterhalten werden. Sie umfassen vielmehr das Verhältnis zur Gesamtheit der bestehenden auswärtigen Mächte."

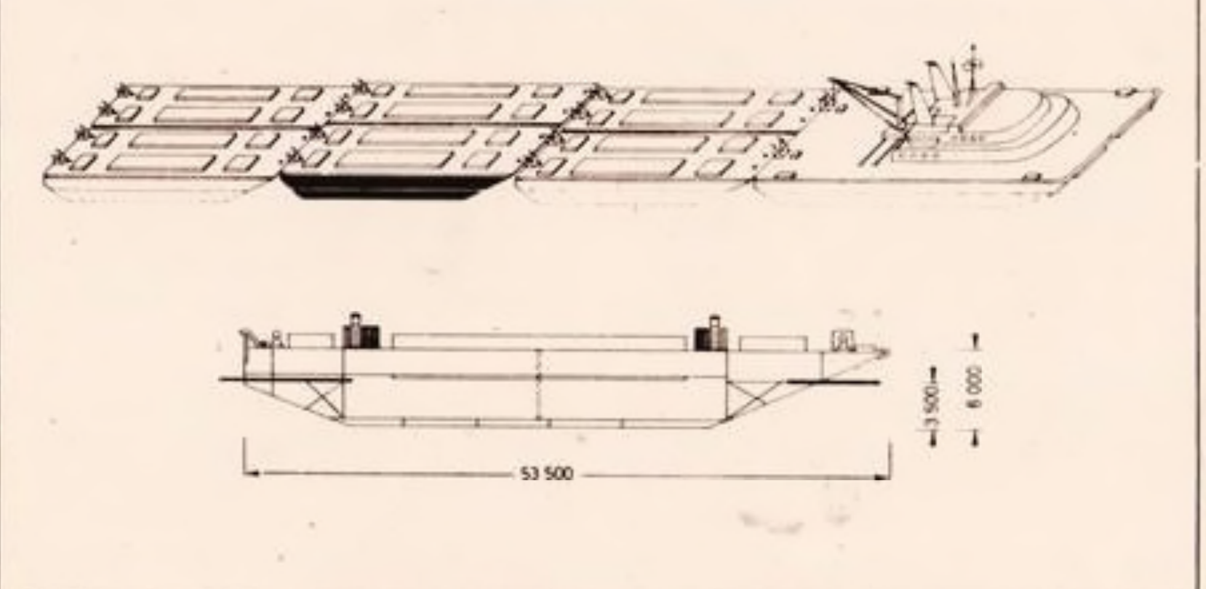
Der westdeutschen Bourgeoisie ist gewiß jede Marionettenregierung in Kampuchea lieber als die des Demokratischen Kampuchea. Es ist das Verdienst des Neumünsteraner Oberbürgermeister, dies erkannt zu haben. Die Solidaritätsbewegung für den gerechten Befreiungskrieg des kampucheanischen Volkes kann das nicht aufhalten. Daneben wird es sicherlich aufschlußreich sein, die Stellungnahme der Bundesregierung über ihre „außenpolitischen Belange" in dieser Frage einholen zu lassen. Angesichts der Verurteilung der sowjetisch-vietnamesischen Aggression durch die Völker der Welt und der Forderung des UNO-Sicherheitsrats nach Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea wird's nicht einfach mit der These von der Störung der auswärtigen Beziehungen, ob offiziell oder inoffiziell.

Bundesregierung bezuschußt Schiffbau mit 175 Millionen DM

Neu- und Weiterentwicklungen im Containerbau / Bau- und Transportzeiten gesenkt

r.brp. Die Bundesregierung wird 1979 den Neubau von 86 Schiffen, deren Auftragswert 1,4 Mrd. DM beträgt, mit 175 Mio. DM subventionieren. Das Schiffahrtsförderprogramm ist vorerst auf einen Zeitraum von 1979 bis 1981 begrenzt; die Bundesregierung soll innerhalb dieser Zeit den Schiffbau mit 490 Mio. DM bezuschussen, die Bundesländer zahlen anteilsmäßig entsprechend ihrer regionalen Werftindustrie zusammen 170 Mio. DM. Hamburgs Wirtschaftssenator Steinert auf dem 10. Schiffahrtstag der Deutschen Angestellten Gewerkschaft Ende April über den Zweck der Förderung: „Oberstes Ziel der Schiffahrtsförderung muß aber die Verbesserung der Struktur- und Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte sein. Das bedeutet: Konzentration der Förderung auf Schiffe mit hohem technologischen Standard". – Die westdeutsche Handelsflotte setzte sich Ende Juni 1979 aus knapp 40% Tankern, 23,2% Massengutfrachtern, 19,7% Linienfrachtern, 15,4% Trampfrachtern, 1,7% Kühlfahrtfrachtern sowie zu 1% aus Fahrgastschiffen zusammen. Während im ersten Halbjahr 1979 die Gesamttonnage um 288000 BRT sank und 19 Schiffe über 100 BRT weniger als im Vorjahreszeitraum registriert wurden, stieg die Anzahl der Containerschiffe um 11 auf 62 Stück, das Containertonnagevolumen erhöhte sich um 230000 BRT auf 1,249 Mio. BRT. Der gesteigerte Umschlag in den westdeutschen Häfen (plus 11,2% auf 74,612 Mio. t) geht ebenfalls auf beachtliche Steigerungsraten im Containerverkehr zurück. Von den im ersten Halbjahr dieses Jahres bei westdeutschen Werften in Auftrag gegebenen 40 Neubauten sind die Mehrzahl Container- oder Spezialschiffe. Hier finden Neu- und Weiterentwicklungen statt, die die Transport- und Liegezeiten durch schnelleres Be- und Entladen verkürzen und die die Containerschiffe vielseitiger einsetzbar machen:

Bei der *Seebeckwerft der AG Weser* in Bremerhaven werden bei einem Neubau für die Hamburger Reederei Offen keine Zwischendeckslukendeckel eingebaut. Statt dessen sind Container-Führungsgerüste vorgesehen, so daß das Schiff entweder mit Einzelcontainern beladen oder als Vollcontainer eingesetzt werden kann.



Bei den *Thyssen Nordseewerken* in Emden ist eine Weiterentwicklung des von Blohm und Voss entwickelten European-Barge-Carrier-Systems gebaut worden: Das Schiff kann, indem es geflutet wird, 12 schwimmfähige Schuten (Bargen) à 800 t, einschiffen. Der Vorteil gegenüber der bisherigen Konstruktion: Zusätzlich zu den Bargen, die innerhalb von zwei Stunden eingeschwommen werden, kann das Schiff an Deck noch 500 Einzelcontainer aufnehmen. Für den Güterumschlag am Hafen brauchen die Bargen nur ausgeschwommen zu werden, das Schiff kann gleichzeitig mit neuen beladen werden oder seine Fahrt gleich fortsetzen.

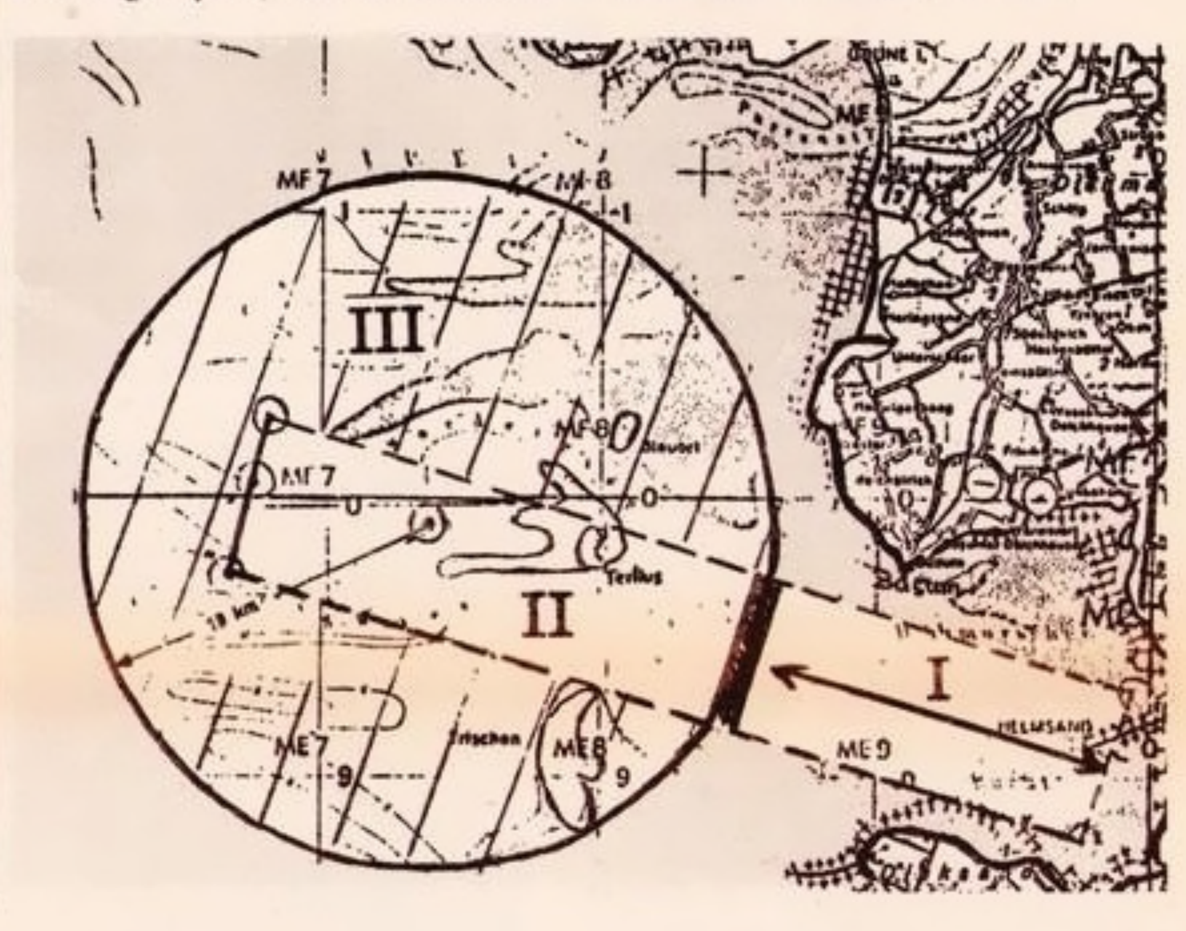
Noch in der Erprobung befindet sich der überseetüchtige Container-Schubverband: ein Trägerschiff zieht eine größere Anzahl paarweise miteinander mittels elastischer Spezialkopplungen verbundener Bargen (siehe Grafik). Ungelöst ist noch die Verspannung der einzelnen Schubeinheiten bei starkem Seegang. Mit diesem System könnten die Kapitalisten nochmals die Baukosten wie die Transportkosten weiter senken. Zudem könnten die im Hafen angelandeten Schubeinheiten durch Umkopplung an kleine Trägerschiffe reibungslos in der Binnenschiffahrt weitertransportiert werden.

Mit diesen Entwicklungen sind die westdeutschen Imperialisten gegenüber den europäischen Konkurrenten führend. Zusammen mit dem bereits entsprechend ausgebauten Binnenschiffahrtsnetz sowie der erst teilweise fertiggestellten Nordsüdautobahn E 3 (Stockholm – Hamburg – Ruhrgebiet – Marseille) und dem ab 1981 zu bauenden Dollart-Hafen in Emden versprechen sie sich, die Konkurrenz des Rotterdamer Hafens auszuschalten und damit zur europäischen Schaltzentrale im Transportbereich zu werden.

Die militärstrategische Bedeutung der Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht

r.clm. Ohne Waffenerprobungen großen Stils kann die westdeutsche Bourgeoisie keine neuen Waffensysteme entwickeln, die den der imperialistischen Konkurrenten ebenbürtig sind. Bisher hatte sie an der See dafür nur die Torpedoversuchsanstalt Eckernförde und den Schießplatz Todendorf in der Kieler Bucht. Für die Erprobung neuer Lenkwaffensyteme sind beide aber nicht geeignet, in nächster Nähe gehen größere Schiffahrtslinien vorbei.

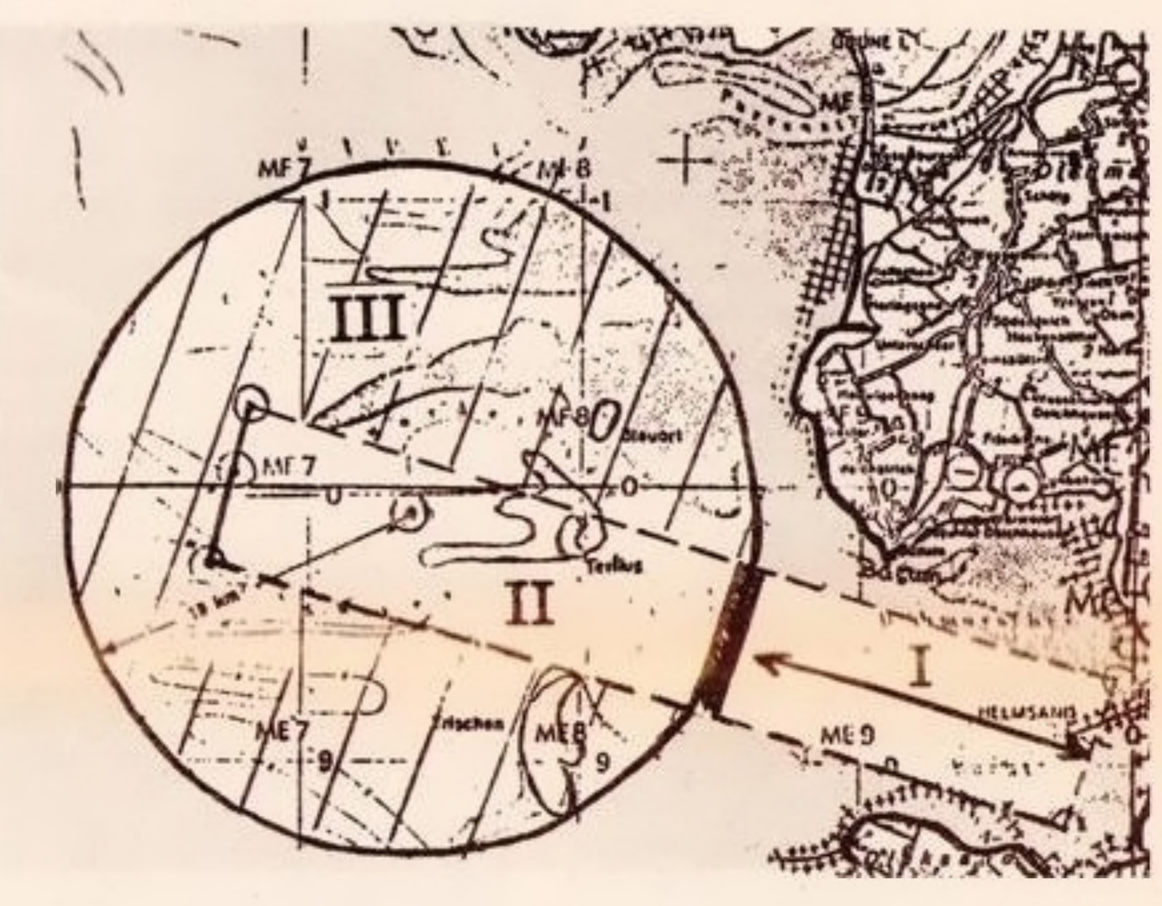
Im Speicherkoog und in der Meldorfer Bucht sollen durchgeführt werden: Erprobungsschießen mit Raketen und Lenkflugkörpern, z.B. zur Panzerabwehr, Erprobung von Leichtraketen und Raketen zur Flugabwehr, Radarerprobungen, optische und munitionstechnische Erprobungen, Erprobung der Feldhaubitze, Kaliber 155 mm. – Schon 1962 beteiligte sich das Verteidigungsministerium mit 30 Mio. DM an der Eindeichung, für den Ausbau des Erprobungsplatzes, insbesondere der vier Abschußrampen, die in den Seedeich eingebaut wurden, sind weitere 40 Mio. DM ausgegeben worden. 1980 sollen für die 1500 Waffentechniker, Wissenschaftler und Soldaten feste Gebäude errichtet werden. – Der Kampf der Büsumer Fischer kann einen Strich durch diese Rechnung machen.



„Sonderkonjunktur" auf dem Rücken der Beschäftigten
Fernmeldeamt Münster: Überstunden, Unterbesetzung, Intensivierung der Arbeit – Lohnsenkung
r.acm. „Vor allem die anhaltende ‚Sonderkonjunktur' im Fernsprechdienst hat der Deutschen Bundespost (DBP) 1978 wiederum ein günstiges Jahresergebnis beschert... mit einem Jahresüberschuß von rund 3,3 Milliar- z.B. keine Nachwuchskräfte für den mittleren Fernmeldedienst eingestellt. Folge: Unterbesetzung. Ab 78 werden ca. 80 Einstellungen durchgesetzt, 79 ca. 60. Diese quasi Auszubildenden wurden ganz auf Poststruktur ausge- Aufbau des elektronischen Wählsystems begonnen werden, so wird jetzt noch bis in die 80iger gewartet, bis sie noch weiter entwickelte Instrumente haben, die bis zur Hälfte der Beschäftigten einsparen. – Die DPG verweist die Lohnsumme. Nach den Erfahrungen der Kollegen müßte der große Turm in der Lohnsummenverteilung (siehe Schaubild) in den letzten Jahren tendenziell gegenüber den Lohnerhöhungen nach links gewandert sein und

Weiß das die Stadt Neumünster nicht?
Man soll sich nicht täuschen. Der Neumünsteraner OB ist nicht der Depp, als der er auf den ersten Blick ausschaut. Das Sammlungsverbot wie in Neumünster ist zwar noch nicht die offizielle, vereinheitlichte Linie der Bourgeoisie: in Kiel ist die Sammlung, wenngleich unter Auflagen, genehmigt, in Pinneberg soll die Genehmigung erfolgen. Daß die Unterdrückung jeder Solidaritätsäußerung des westdeutschen Volkes mit dem kämpfenden kampucheanischen Volk im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie ist, liegt aber auf der Hand.
Die Begründung des Neumünsteraner Verbots ist fast wörtlich abgeschrieben aus entsprechenden Bescheiden zu Zimbabwe-Sammlungen in den letzten Jahren. Wenn es um die Behinderung der Solidarität für die um ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus kämpfenden Völker geht, leistet der westdeutschen Bourgeoisie der Art. 26 ihrer Verfassung und der Gedanke der „Völkerverständigung" schon immer gute Dienste. Auch zum rhodesischen Kolonialregime unterhält die BRD-Regierung offiziell keinerlei Beziehungen. Trotzdem haben die Bourgeoisvertreter in etlichen Fällen eine Gefährdung der auswärtigen Beziehungen zu Rhodesien erblickt, wo für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt werden sollte. Dort hat das Auswärtige Amt dies nach anfängli-

rung muß aber die Verbesserung der Struktur- und Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte sein. Das bedeutet: Konzentration der Förderung auf Schiffe mit hohem technologischen Standard". – Die westdeutsche Handelsflotte setzte sich Ende Juni 1979 aus knapp 40% Tankern, 23,2% Massengutfrachtern, 19,7% Linienfrachtern, 15,4% Trampfrachtern, 1,7% Kühlfahrtfrachtern sowie zu 1% aus Fahrgastschiffen zusammen. Während im ersten Halbjahr 1979 die Gesamttonnage um 288000 BRT sank und 19 Schiffe über 100 BRT weniger als im Vorjahreszeitraum registriert wurden, stieg die Anzahl der Containerschiffe um 11 auf 62 Stück, das Containertonnagevolumen erhöhte sich um 230000 BRT auf 1,249 Mio. BRT. Der gesteigerte Umschlag in den westdeutschen Häfen (plus 11,2% auf 74,612 Mio. t) geht ebenfalls auf beachtliche Steigerungsraten im Containerverkehr zurück. Von den im ersten Halbjahr dieses Jahres bei westdeutschen Werften
Vollcontainer eingesetzt werden kann.
Bei den Thyssen Nordseewerken in Emden ist eine Weiterentwicklung des von Blohm und Voss entwickelten European-Barge-Carrier-Systems gebaut worden: Das Schiff kann, indem es geflutet wird, 12 schwimmfähige Schuten (Bargen) à 800 t, einschiffen. Der Vorteil gegenüber der bisherigen Konstruktion: Zusätzlich zu den Bargen, die innerhalb von zwei Stunden eingeschwommen werden, kann das Schiff an Deck noch 500 Einzelcontainer aufnehmen. Für den Güterumschlag am Hafen brauchen die Bargen nur ausgeschwommen zu werden, das Schiff kann gleichzeitig mit neuen beladen werden oder seine Fahrt gleich fortsetzen.
Noch in der Erprobung befindet sich der überseetüchtige Container-Schubverband: ein Trägerschiff zieht eine größere Anzahl paarweise miteinander
Lenkflugkörpern, z.B. zur Panzerab- durch diese Rechnung machen.



„Sonderkonjunktur" auf dem Rücken der Beschäftigten

Fernmeldeamt Münster: Überstunden, Unterbesetzung, Intensivierung der Arbeit – Lohnsenkung

r.acm. „Vor allem die anhaltende ‚Sonderkonjunktur' im Fernsprechdienst hat der Deutschen Bundespost (DBP) 1978 wiederum ein günstiges Jahresergebnis beschert... mit einem Jahresüberschuß von rund 3,3 Milliarden DM. ... Noch mehr hat sich das Verkehrsvolumen im Fernmeldewesen um 7,6 v.H. vergrößert," (aus „Gewerkschaftliche Praxis", 7/8 79, Funktionärszeitschrift der Deutschen Postgewerkschaft, DPG). – Dies läßt schon ahnen mit welch ungeheurer Wucht der Dienstherr die Auspressung der Arbeitskraft in den Postämtern betrieben hat und die scharfe Rationalisierung war dem ja vorausgegangen. Aber Gescheidle hatte neue Pläne.

Im März 79 hatte er angekündigt, die Stellenbesetzung bei der Post auf 450000 festzuschreiben. Wenn Gescheidle, wie er selbst sagte, jedoch „eine politische Niederlage eingesteckt" hatte, weil dieser Angriff von den Beschäftigten zurückgeschlagen wurde, so kann man z.B. an Hand des Fernmeldeamtes Münster nachweisen, daß die Dienstaufsicht keinesfalls zurückgesteckt hat.

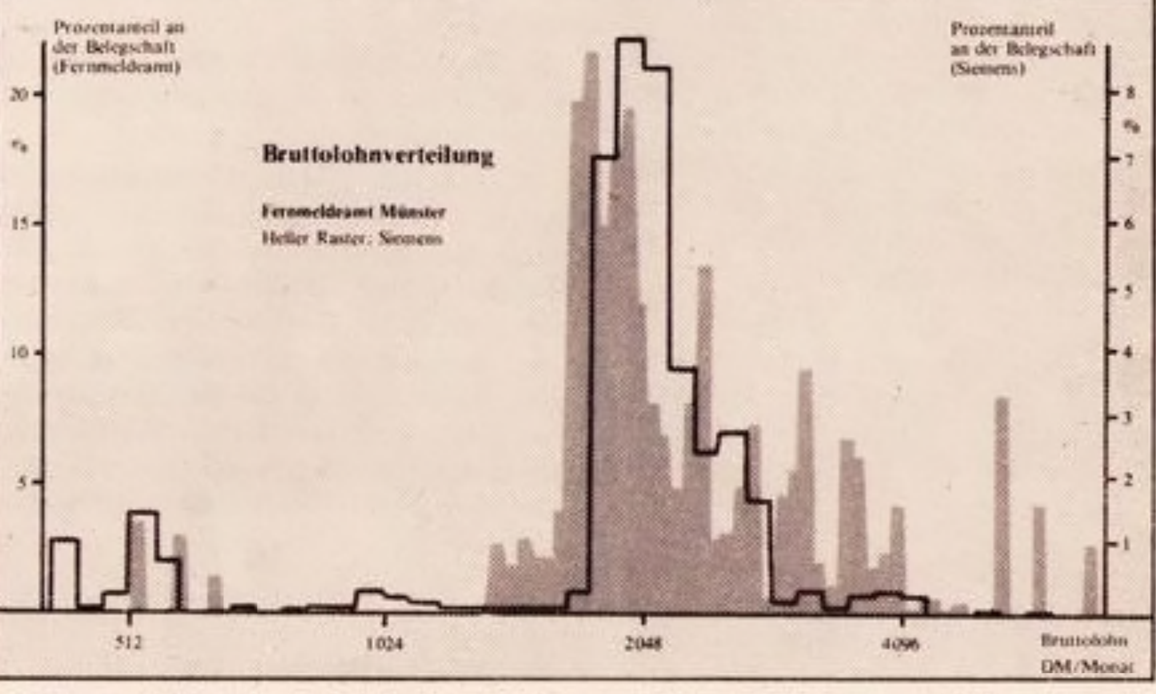
Im März 79 macht der Vorsitzende der Postgewerkschaft in Münster folgende Angaben: „Im Fernmeldebereich der Oberpostdirektion Münster sind 800 Stellen nicht besetzt, 140 Fernmeldeingenieure fehlen, 355 Fernmeldehandwerker. 100000 Überstunden in einem Jahr, davon 31000 nicht bezahlt." Bei 2875 Beschäftigten sind das 34,78 Überstunden pro Beschäftigten in 78. Aber abgesehen von der reinen Nichtbesetzung von Stellen, hat die Dienstaufsicht die verschiedensten Methoden zur Auspressung von Mehrarbeit, zur Lohnsenkung, zur Intensivierung des Arbeitstages in Anwendung, die diese „Sonderkonjunktur" noch steigern sollen. Ab 1973 wurden z.B. keine Nachwuchskräfte für den mittleren Fernmeldedienst eingestellt. Folge: Unterbesetzung. Ab 78 werden ca. 80 Einstellungen durchgesetzt, 79 ca. 60. Diese quasi Auszubildenden wurden ganz auf Poststruktur ausgebildet. Nach der Ausbildung flogen viele, mit der Ausbildung oder bei Wechsel konnten sie nichts anfangen. Die Gewerkschaft läuft dagegen Sturm und setzt Ausbildungsanweisungen durch. Jetzt geht die Dienstaufsicht daran, diese Kräfte im Bereich „Teilnehmerdienste" (Anmeldestelle, Rechenstelle, ca. 80) unterzubringen – aber nach dem Stellenplan auf Plätze, wo ausgebildete hingehören. Die anderen Beschäftigten, deren Arbeitstag genau aufgeschlüsselt ist, sollen die Ausbildung machen. Überarbeit ist der Fall, die Dienstaufsicht spart Lohnanteile durch Minderbezahlung bei den Nachwuchskräften.

Über die „Schlüsselbewertung" wird Spaltung und Lohnsenkung betrieben. In Arbeitsgruppen werden die gleichen Tätigkeiten z.B. nach Angestelltengruppe 7, 8 oder 9 gezahlt. Unterschiede von über 100 DM. Die „Schlüsselbewertung" ist verhaßt und die Personalräte sind dauernd auf dem Sprung. – Ein weiteres Mittel der umfassenden Lohnsenkung läuft über die Planstellen. Kollegen werden auf Planstellen gesetzt, nach denen sie mehr Lohn bekommen müssen. Offiziell wird die Planstelle aber noch nicht ausgeschrieben, die Kollegen erhalten den alten Lohn weiter. Das geht über Monate und Jahre. In der Fernmelderechenstelle arbeiten ca. 20% der Beschäftigten unter diesen Bedingungen.

Gleichzeitig hat die Dienstaufsicht mit der Entwicklung der Produktivkräfte im technischen Bereich erst noch die großen Schläge in Vorbereitung. Sollte jetzt in Münster mit dem Aufbau des elektronischen Wählsystems begonnen werden, so wird jetzt noch bis in die 80iger gewartet, bis sie noch weiter entwickelte Instrumente haben, die bis zur Hälfte der Beschäftigten einsparen. – Die DPG verweist in diesem Zusammenhang auf das Rationalsierungsabkommen und das keiner entlassen wird, aber durch die Umbesetzungen und die Veränderung der Seite der Tätigkeiten wird das Lohngefüge verändert. Im Bereich der Verstärkertechnik ist z.B. die Bandbreite der höheren Löhne – auf Grund der gesenkten wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen bei den Arbeitern wegen der jetzt wegfallenden alten Röhrengeräte – verengt worden. Das heißt, höher bezahlte Stellen sind Stück für Stück abgebaut worden.

Diese Politik verändert insgesamt die Lohnsumme. Nach den Erfahrungen der Kollegen müßte der große Turm in der Lohnsummenverteilung (siehe Schaubild) in den letzten Jahren tendenziell gegenüber den Lohnerhöhungen nach *links* gewandert sein und ein Zusammenziehen auf diesem Punkt, aber nach *links* erfolgt sein. Der Kampf gegen diese Maßnahmen kann nicht einfach um die „Stellenbesetzung" allein gehen, denn nach den Plänen gibt es kaum noch freie Stellen.

Ausgehend von den Tatsachen in den Abteilungen, muß die Stellenbesetzung, die Einhaltung des Normalarbeitstages und der 40-Stunden-Woche, die Bezahlung nach Tätigkeit, durch die Belegschaft und Personalrat durchgesetzt werden. Diese Aufgabe steht im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Lohnkampfes.



256 Auszubildende, 713 Arbeiter, 344 Angestellte, 1544 Beamte, 18 Inspektorenanwärter sind in dieser Lohnsummenverteilung aufgetragen. Eine genaue Zuordnung nach Lohngruppen ist nicht möglich, wegen der Altersstaffelung. Mehr als 60% der Belegschaft liegen zwischen 1700 und 2300 DM. Die großen Kluften nach *links* sind hin zu den Auszubildenden und den Teilzeitarbeitern von 1 bis 38 Std. im Monat. 101 arbeiten in Teilzeit. – Der große Block, eine ziemliche Kraft im Lohnkampf.

Kündigung der Manteltarife in der Fischindustrie – Arbeiter beraten Forderungen

r.ruz. In allen Tarifbezirken der Fischindustrie in Norddeutschland laufen am Jahresende die Manteltarifverträge aus. In Bremenhaven und Cuxhaven sind sie auch schon gekündigt. Die Forderungen werden zur Zeit in den Belegschaften und den zuständigen Gremien der NGG beraten und sollen im Herbst auf Mitgliederversammlungen beschlossen werden.

Die Triebkraft dieses Kampfes liegt in dem enorm beschleunigten Verschleiß der Arbeitskraft, der im Gefolge der in den letzten Jahren verstärkt eingeführten modernen Maschinerie stattgefunden hat. Der Entwicklungsstand der Maschinerie in der Fischindustrie ist im Vergleich mit anderen Produktionszweigen noch relativ niedrig. Auf bestimmten wichtigen Stufen des Produktionsprozesses war früher und ist zum Teil heute noch die Handarbeit der Maschinerie überlegen – z. B. beim Schlachten und Filetieren sowie bei der Verpackung der zubereiteten Fische – weil die Maschinen noch nicht soweit entwickelt waren, daß sie sich auf die Uneinheitlichkeit der Größe und Form der Fische einstellen konnten. Durch die Verwohlfeilerung der elektronischen Steuerungsanlagen ist ihre Anwendung auch bei diesen Maschinen profitabel geworden. Die modernen Schlacht – und Filetiermaschinen können durch einfache Umstellungen der Mechanik und Umschaltungen in der Elektronik für bis zu fünf verschiedene Fischarten verwendet werden und stellen sich selbst durch elektronische Abtast- und Steuereinrichtungen ein auf Fische verschiedener Größen. Die Fischverarbeitung an Land entwickelt sich seither vor allem auf Grundlage der Anwendung der Schlacht- und Filetiermaschinen an Bord der Fangfabrikschiffe hin zur Tiefkühlindustrie. An Bord werden die Fische maschinell filetiert, zu Blöcken gepreßt und tiefgefroren. An Land werden diese Blöcke dann portionsgerecht zugesägt und zubereitet. Weil hier die Probleme mit der Uneinheitlichkeit der Ware aufgehoben sind, ist in den Tiefkühlbetrieben der Fischindustrie die Anwendung der Maschinerie auch am weistesten fortgeschritten – bis hin zu automatischen Verpackungsmaschinen – z. B. für Fischstäbchen und Fischfrikadellen. Mit der Einführung dieser Maschinen in den Tiefkühlbetrieben wurde hier erstmals eine regelmäßige, nicht mehr saisonale Schichtarbeit eingeführt.

Seither hat sich der Verschleiß der Arbeitskraft in der Fischindustrie sprunghaft gesteigert. Weil die Kapitalisten mit der Ausbeutung der Arbeit in zwei Schichten nicht zufrieden sind, die Frauen (55% der Belegschaft) normalerweise nachts nicht beschäftigt werden dürfen, zwingen die Kapitalisten die Männer, ca. täglich 2 Überstunden zu machen, vor der Frühschicht zur Vorbereitung der Produktion und nach der Spätschicht zur Reinigung, was praktisch Nachtarbeit bedeutet. In einigen Betrieben in Bremerhaven und Cuxhaven haben die Arbeiter in betrieblichen Vereinbarungen absichern können, daß diese Überstunden zu Nachtzeiten mit 50% Nachtarbeitszeitzulage bezahlt werden müssen. Die Kapitalisten der größeren Betriebe – z.B. die Nordsee – verweigern das bisher und zahlen mit der Begründung regelmäßige Nachtüberstunden seinen wie Nachtschicht zu behandeln, nur die 20% tarifliche Nachtschichtzulage. Von Arbeitern der Frosterei der Nordsee ist deshalb auf der letzten Betriebsversammlung gefordert worden, eine den Vereinbarungen der anderen Betriebe entsprechende Regelung in den Manteltarifvertrag aufzunehmen.

Die neue Maschinerie haben die Kapitalisten ebenfalls zu ständiger Intensivierung der Arbeit genutzt. Um ihr Hauptmittel das Akkordsystem gibt es deshalb ständig Streit. Entzünden tut er sich meist daran, daß tagelang manchmal Überakkord produziert wird während die Auszahlung begrenzt bleibt. Wird der Akkord mal nicht geschafft sinkt der Lohn jedoch sofort mit. Eine vereinheitlichte Forderung hierzu gibt es noch nicht. Es wächst jedoch die Einsicht, daß nur über eine betriebliche oder tarifliche Absicherung des Durchschnittsakkords etwas erreicht werden kann. Damit wäre man dann auch einen Schritt weiter im Kampf gegen die ständige Steigerung der Arbeitswerte. An der automatischen Fischstäbchenverpackungsanlage sind diese Arbeitswerte zwischen 14% und 52,5% erhöht worden, vor allem durch schnellere Taktzahlen der Maschinen. Gleichzeitig wurden die im Arbeitswert enthaltenen Störungszeiten von bisher 50% auf jetzt 20% gekürzt.

Ruinierung der Bergbauern in den Alpengebieten



Schwäbisch-bayerisches Hügelland | Gäulagen | Alpenland

(Alle Zahlen: Bayerischer Agrarbericht 1978)

z.hal. 1975 sind ca. 50% aller bäuerlichen Betriebe in Bayern Nebenerwerbslandwirtschaften bei einer durchschnittlichen Größe von 5,4 ha und 22% der bewirtschafteten Fläche. Vor allem in den Mittelgebirgs- und Alpengebieten wird die Ruinierung der Bauern vorangetrieben, wo kürzere Vegetationszeit, Hanglagen und Bodenbeschaffenheit erhöhten Kapitaleinsatz erfordern. Hier sind schon über 67% Nebenerwerbsbetriebe, die mehr als ⅓ der Fläche bewirtschaften. Über die Lage der übergroßen Mehrheit aller Bauern gibt selbst noch die amtliche Statistik ein aufschlußreiches Bild (s. Grafik). Diese „Kapitalbildungsfähigkeit“ reicht nach dem Verdikt der Staatsregierung für das „notwendige Mindestwachstum“ nicht aus.

Norwegen und Island gegen Raubfischerei der Sozialimperialisten

z.bag. Anfang diese Sommers forderte Norwegen die Errichtung einer 200-Meilenzone um die Insel Jan Mayen, da norwegische Fischer wegen der Ausplünderung des nördlichen Eismeers vor allem durch sowjetische Trawler immer weiter nach Westen ausweichen mußten. Das führte unvermeidlich zum Konflikt mit Island, weil diese Zone sich mit der isländischen 200-Meilenzone überlappt und gerade in diesem Gebiet einige von Islands reichsten Fischbänken liegen. – Nun stellte der isländische Außenminister eine Einigung in Aussicht, „wenn dadurch Trawler sowjetischer und anderer osteuropäischer Herkunft aus dem umstrittenen Gebiet ferngehalten werden können.“ Island hat inzwischen Küstenwachboote und Aufklärungsflugzeuge eingesetzt, um keine fremden Trawler eindringen zu lassen, und ist bereit seine Gewässer notfalls mit Gewalt zu verteidigen.Ein sowjetisches und ein polnisches Schiff wurden bereits aufgebracht und in internationale Gewässer abgedrängt. Westdeutsche Fangschiffe, die sich am Rande des betreffenden Seegebiets herumtreiben, werden streng beobachtet. – Norwegen ist ebenfalls bereit, die Frage durch Verhandlungen zu lösen und Außenminister Frydenlund erklärte, Norwegen wolle nicht in die Fußstapfen Großbritannens treten, und wolle keinen Fischereikrieg mit Island.

Sowjetunion kauft mehr Getreide von den USA

z.krk. Schon Anfang Juli gerieten die US-Imperialisten in freudige Erregung wegen der voraussichtlich schlechten Getreideernte in der SU. Sie haben sich nicht getäuscht. Der sowjetische Plan ging von einer Getreideernte von 227 Mio. t aus, 10 Mio. t weniger als 1978, und auch dieser Plan wird nicht erfüllt werden. Eine Weizenernte von 90-100 Mio. t wird erwartet gegenüber dem Plan von 121 Mio. t. Importe in der Höhe von 5-7 Mio. t werden notwendig sein. Die US-Imperialisten haben sofort erklärt, sie seien bereit, das vom Getreidelieferungsabkommen vorgesehene Kontingent um 2 Mio. t zu erhöhen und sofort zu liefern. Die sowjetischen Probleme bestehen durchaus nicht im langen Winter, der Dürre und den Überschwemmungen, wie die Prawda behauptet. Getreidespeicher für ca. 40 Mio. t fehlen, bei der Lagerung im freien entstehen große Verluste, genauso Transportmittel. Zur Erntezeit müssen jährlich 300-350000 Lastwagen aus der Industrie abgezogen werden. Die Ernte von Futtermitteln konnte vielerorts wegen fehlender Ersatzteile für die Maschinerie nicht eingebracht werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe der Nichtschwarzerdezone mußten ihr Anbaugebiet für Futtermittel 1979 im Verhältnis zum Ende des vorigen Fünfjahrplanes um 350000 ha, d.h. um ⅓ der Fläche reduzieren, weil Saatgut und Maschinerie fehlen.

Sowjetunion kauft mehr Getreide von den USA

z.krk. Schon Anfang Juli gerieten die US-Imperialisten in freudige Erregung wegen der voraussichtlich schlechten Getreideernte in der SU. Sie haben sich nicht getäuscht. Der sowjetische Plan ging von einer Getreideernte von 227 Mio. t aus, 10 Mio. t weniger als 1978, und auch dieser Plan wird nicht erfüllt werden. Eine Weizenernte von 90-100 Mio. t wird erwartet gegenüber dem Plan von 121 Mio. t. Importe in der Höhe von 5-7 Mio. t werden notwendig sein. Die US-Imperialisten haben sofort erklärt, sie seien bereit, das vom Getreidelieferungsabkommen vorgesehene Kontingent um 2 Mio. t zu erhöhen und sofort zu liefern. Die sowjetischen Probleme bestehen durchaus nicht im langen Winter, der Dürre und den Überschwemmungen, wie die Prawda behauptet. Getreidespeicher für ca. 40 Mio. t fehlen, bei der Lagerung im freien entstehen große Verluste, genauso Transportmittel. Zur Erntezeit müssen jährlich 300-350000 Lastwagen aus der Industrie abgezogen werden. Die Ernte von Futtermitteln konnte vielerorts wegen fehlender Ersatzteile für die Maschinerie nicht eingebracht werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe der Nichtschwarzerdezone mußten ihr Anbaugebiet für Futtermittel 1979 im Verhältnis zum Ende des vorigen Fünfjahrplanes um 350000 ha, d.h. um ⅓ der Fläche reduzieren, weil Saatgut und Maschinerie fehlen.

Waldbrände in Südfrankreich Wind oder Pyromanie?

z.pel. Jedes Jahr verbrennen im Süden Frankreichs und auf Korsika Tausende Hektar Wald. In diesem Sommer sind es bis heute über 30000 ha. Meistens macht die französische Bourgeoisie Trockenheit, Wind oder Brandstiftung verantwortlich. „Brände, die mit der Unvermeidlichkeit von Naturkatastrophen wiederkehren“, verbreitet FAZ-Korrespondent Thankmar von Münchhausen die Legende. Die Bauern im Süden sind weniger mystisch. „Der Staat unterläßt das Anlegen von notwendigen Schneisen und Wegen, Wasserstellen gibt es so gut wie keine.“ Tatsächlich bekommen die Kommunen kaum Zuschüsse für die Beseitigung des trockenen Gestrüpps, das vornehmlich die Flammen überträgt. Allein können sie die 6000 FF pro Hektar nicht aufbringen. Die selbständige Bekämpfung der Brände ist ihnen sogar ausdrücklich verboten. Großgrundbesitzer an der Küste erhalten infolge der Brände plötzlich vorher verweigerte Baugenehmigungen. Auf Korsika hingegen wird ein Teil der Brände von den einheimischen Schäfern selbst gelegt. Vom französischen Imperialismus durch die Installierung von aus Algerien rausgeworfenen Großgrundbesitzern aus den fruchtbaren Ebenen in die Berge gedrängt und innerhalb von 20 Jahren von 5500 auf 2240 reduziert, versuchen sie so, ihren 120000 Schafen die nötige Weidefläche zu verschaffen.

Schweizer Milchbauern fordern Aufhebung der Mengenkontingente

Staatsapparat droht Vermarktungskooperativen Strafen an / 10000 Bauern „überschüssig“

z.anb. Der Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten, staatlich beauftragt mit der Durchsetzung des Milchwirtschaftsbeschlusses vom Dezember 1978, hatte in seinen Prognosen für das Sommerhalbjahr 1979 mit ersten Wirkungen der Mengenkontingentierung gerechnet; um 2% weniger Milchanlieferung gegenüber dem Vorjahrsmonat war das gesteckte Ziel. Das im Mai bilanzierte Ergebnis jedoch gab Anlaß zu hektischen Geschäftigkeiten in den Etagen des Schweizer Landwirtschaftsministeriums. Agrarkapitalisten

sen Maschinen profitabel geworden. Die modernen Schlacht – und Filetiermaschinen können durch einfache Umstellungen der Mechanik und Umschaltungen in der Elektronik für bis zu fünf verschiedene Fischarten verwendet werden und stellen sich selbst durch elektronische Abtast- und Steuereinrichtungen ein auf Fische verschiedener Größen. Die Fischverarbeitung an Land entwickelt sich seither vor allem auf Grundlage der Anwendung der Schlacht- und Filetiermaschinen an Bord der Fangfabrikschiffe hin zur Tiefkühlindustrie. An Bord werden die Fische maschinell filetiert, zu Blöcken gepreßt und tiefgefroren. An Land werden diese Blöcke dann

den, um über die Kontingentierung der Milchmengen dem Staatsapparat umfassende Einmischung in die Organisierung des Konzentrationsprozesses an Grund und Boden zu ermöglichen. Das Milchkontingent jedes Betriebes wurde an die Hektarzahl gebunden.

Ein Kleinbauer im Wallis, im französisch-sprachigen Teil der Schweiz, mitten in den Alpen, „darf“ für den Hektar Boden, den er sein Eigen nennt, 8000 l Milch im Jahr anliefern. Darauf kommt er bereits bei zwei

Die Kapitalisten der größeren Betriebe – z.B. die Nordsee – verweigern das bisher und zahlen mit der Begründung regelmäßige Nachtüberstunden seinen wie Nachtschicht zu behandeln, nur die 20% tarifliche Nachtschichtzulage. Von Arbeitern der Frosterei der Nordsee ist deshalb auf der letzten Betriebsversammlung gefordert worden, eine den Vereinbarungen der anderen Betriebe entsprechende Regelung in den Manteltarifvertrag aufzunehmen.

Die neue Maschinerie haben die Kapitalisten ebenfalls zu ständiger Intensivierung der Arbeit genutzt. Um ihr Hauptmittel das Akkordsystem gibt es deshalb ständig Streit. Entzünden tut

50% aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Bergen sind hart, die sozialen Verhältnisse rückständig, wie auch die Produktionsmethoden. Die weitaus meisten dieser Betriebe sind nur als Nebenerwerbswirtschaft noch zu halten. Im Winter gehen Bauer und Sohn in die Dörfer, oft weit weg in die Städte, um ihre als „ungelernt“ bezahlte Arbeitskraft zu verkaufen. Die Frau hält den Hof notdürftig in Ordnung und versucht, über Heimarbeit – neben der Betreuung der Kinder – das karge

orientierten Bauernkomitees der Westschweiz, UPS (Union des Producteurs Suisses), wollen solche Aktionen im Herbst verstärken. Die Reaktion der staatlichen Behörden: man droht ihnen Konventionalstrafen an, weil sie das Marktmonopol verletzen. Die Perspektive der UPS liegt im Zusammenschluß mit den Arbeitern, denen jetzt schon wieder über die jüngste Milchpreiserhöhung der Lohn aus der Tasche gezogen wird mit dem Argument, es gehe um die Unterstützung der „armen Bauern“.

Fremdkapital
Schwäbisch-bayerisches Hügelland | Gäulagen | Alpenland
(Alle Zahlen: Bayerischer Agrarbericht 1978)

z.hal. 1975 sind ca. 50% aller bäuerlichen Betriebe in Bayern Nebenerwerbslandwirtschaften bei einer durchschnittlichen Größe von 5,4 ha und 22% der bewirtschafteten Fläche. Vor allem in den Mittelgebirgs- und Alpengebieten wird die Ruinierung der Bauern vorangetrieben, wo kürzere Vegetationszeit, Hanglagen und Bodenbeschaffenheit erhöhten Kapitaleinsatz erfordern. Hier sind schon über 67% Nebenerwerbsbetriebe, die mehr als ⅓ der Fläche bewirtschaften. Über die Lage der übergroßen Mehrheit aller Bauern gibt selbst noch die amtliche Statistik ein aufschlußreiches Bild (s. Grafik). Diese „Kapitalbildungsfähigkeit“ reicht nach dem Verdikt der Staatsregierung für das „notwendige Mindestwachstum“ nicht aus.

Schweizer Milchbauern fordern Aufhebung der Mengenkontingente

Staatsapparat droht Vermarktungskooperativen Strafen an / 10000 Bauern „überschüssig“

z.anb. Der Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten, staatlich beauftragt mit der Durchsetzung des Milchwirtschaftsbeschlusses vom Dezember 1978, hatte in seinen Prognosen für das Sommerhalbjahr 1979 mit ersten Wirkungen der Mengenkontingentierung gerechnet; um 2% weniger Milchanlieferung gegenüber dem Vorjahrsmonat war das gesteckte Ziel. Das im Mai bilanzierte Ergebnis jedoch gab Anlaß zu hektischen Geschäftigkeiten in den Etagen des Schweizer Landwirtschaftsministeriums. Agrarkapitalisten
und Lebensmittelkonzerne – Nestle vorneweg – waren in Aufregung: die Milchanlieferung war mit 3,05 Mio. Zentnern um 5,3% höher als im Mai 1978. Bei einer Basismilchmenge von 29 Mio. Zentnern für das ganze Jahr 1979 eine Katastrophe! Sofort müsse die Käseproduktion, die infolge dieser Entwicklung auch übermäßig ausgedehnt worden sei, gedrosselt werden. Man habe nämlich gerade erst entdeckt, daß die Lagerbestände bei Emmentaler die des Vorjahrs um 155% übertreffen. Wo sei das denn noch abzusetzen, die Preise der EG- und EFTA-Konkurrenz seien schuld.

48% der Einnahmen des Schweizer Agraraußenhandels stammen aus dem Export von Käse, Käse von „Schweizer Qualität“ und Preis. Während der Umsatz bis 1976 florierte und jährlich wuchs, hat sich seither die EG-Konkurrenz über ihre Agrarpolitik der schonungslosen Konzentration und Rationalisierung Marktvorteile verschafft. Die Milchlieferleistung pro Kuh ist ein Indiz dafür, wie die Intensität der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen zusammengeballter Großbetriebe gesteigert worden ist – auf Kosten Tausender kleiner und mittlerer Bauern, deren Haupteinnahmequelle die Milchwirtschaft ist.

Während 1977 in der BRD die Lieferleistung pro Kuh 4181 kg Milch pro Jahr betrug, lag sie in der Schweiz bei durchschnittlich 3950 kg. Der Milchwirtschftsbeschluß, den die Berner Regierung Ende 1978 in einem Referendum abstimmen ließ – nicht ohne ihn mit einer massiven Kampagne „gegen die ruinöse EG-Konkurrenz“ zu rechtfertigen – sollte das Instrument wer-

den, um über die Kontingentierung der Milchmengen dem Staatsapparat umfassende Einmischung in die Organisierung des Konzentrationsprozesses an Grund und Boden zu ermöglichen. Das Milchkontingent jedes Betriebes wurde an die Hektarzahl gebunden.

Ein Kleinbauer im Wallis, im französisch-sprachigen Teil der Schweiz, mitten in den Alpen, „darf“ für den Hektar Boden, den er sein Eigen nennt, 8000 l Milch im Jahr anliefern. Darauf kommt er bereits bei zwei
Kühen, sofern er die durchschnittliche Lieferleistung erzielt, und das muß er, weil die Betriebsmittel ohnehin horrend teuer sind,. Futterzusätze und Bauten für ihn schon nicht mehr zu bezahlen. Versucht er sein sinkendes Einkommen durch den Kauf einer weiteren Kuh aufzufangen, bringt ihm das allenfalls weitere Verschuldung, denn jeder Liter Milch, den er jetzt über die Richtmenge hinaus anliefert, wird ihm mit läppischen 20 Rappen „abgegolten“, weniger als die Produktionskosten. Was bleibt also? Er „kann“ Land zupachten, um über Vergrößerung der Hektarfläche seine „individuelle“ Richtmenge hinaufzudrücken.

Und das haben seit 1978 viele kleine und mittlere Bauern versucht, als letzten Ausweg vor dem Ruin. Kredite für den Zuerwerb von Pachtland zu erhalten, ist mehr als ein Gang nach Canossa. Sogar offizielle Publikationen des Landwirtschaftsministeriums konstatieren, daß Kleinkredite „in der Regel zu untragbar hohen Zinsen gewährt werden, so daß die meisten Bauern darauf verzichten müssen“. (Die Schweizerische Landwirtschaft, Beratungsstelle Lindau) Die Alternative ist ein von der Schweizerischen Bürgschaftsgenossenschaft gewährter „zinsgünstiger“ Kredit, der allerdings an die Veräußerung aller Rechte selbständiger Produktionsplanung und Kontrolle gebunden ist. Die Genossenschaft übernimmt das Kommando zur „Sicherung der Rentabilität“.

49000 Bergbetriebe gibt es in der Schweiz – immer noch – das sind fast

50% aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Bergen sind hart, die sozialen Verhältnisse rückständig, wie auch die Produktionsmethoden. Die weitaus meisten dieser Betriebe sind nur als Nebenerwerbswirtschaft noch zu halten. Im Winter gehen Bauer und Sohn in die Dörfer, oft weit weg in die Städte, um ihre als „ungelernt“ bezahlte Arbeitskraft zu verkaufen. Die Frau hält den Hof notdürftig in Ordnung und versucht, über Heimarbeit – neben der Betreuung der Kinder – das karge
Budget mit ein paar Franken aufzubessern.

10000 Milchbauern zuviel, ist die Marschroute der Finanzbourgeoisie. Aber sie unterschätzt die Kraft einer Bewegung, die sich allmählich und kontinuierlich organisiert. In Fribourg haben die Bauern vor ein paar Wochen die Milch, für die sie nichts bekommen, direkt an die Arbeiter zum Selbstkostenpreis verkauft. Sie haben den Käse selbst hergestellt und ebenfalls verkauft. Die gewerkschaftliche

orientierten Bauernkomitees der Westschweiz, UPS (Union des Producteurs Suisses), wollen solche Aktionen im Herbst verstärken. Die Reaktion der staatlichen Behörden: man droht ihnen Konventionalstrafen an, weil sie das Marktmonopol verletzen. Die Perspektive der UPS liegt im Zusammenschluß mit den Arbeitern, denen jetzt schon wieder über die jüngste Milchpreiserhöhung der Lohn aus der Tasche gezogen wird mit dem Argument, es gehe um die Unterstützung der „armen Bauern“.

Die Forderung der UPS ist schlicht und einfach: Weg mit dem Milchwirtschaftsbeschluß! Ihr Vorsitzender, Martin Chatagny, meinte zu den Strafandrohungen der Regierung: „In einer Situation, wo sich die hohen Herren über legale Aktionen wie Initiative und Referendum lustig machen, ist es völlig normal, daß man an der Basis zu illegalen Aktionen schreitet. Wenn wir schließlich zur Gewalt greifen, dann deshalb, weil wir dazu gezwungen wurden.“



Auf ihrer Demonstration im Vormonat in Bern führten die Milchbauern einen Galgen mit: „Für diejenigen, die uns 40 Rappen pro Liter gestohlen haben!“

Neue Metall-Ausbildungspläne. Kurz, billig – am liebsten gleich Akkord

z.haj. Mitte Mai hat die IG Metall mitgeteilt, daß sie den Antrag beim Wirtschaftsministerium auf Aufhebung der Genehmigung für die Stufenausbildung stellt. Die GEW hat sich gegen die Einführung des Blockunterrichts an den Berufsschulen ausgesprochen. Gleichzeitig finden zwischen IG Metall und Kapitalistenverbänden Verhandlungen über die Neuordnung der Ausbildung in der Metallindustrie statt. Erfahrungen mit den Reformen und Absichten der Metallkapitalisten dokumentieren wir anhand von Berichten und Auszügen aus KVZ-Jugendzeitungen und KVZ-Betriebsausgaben in Branchen der Metallindustrie.

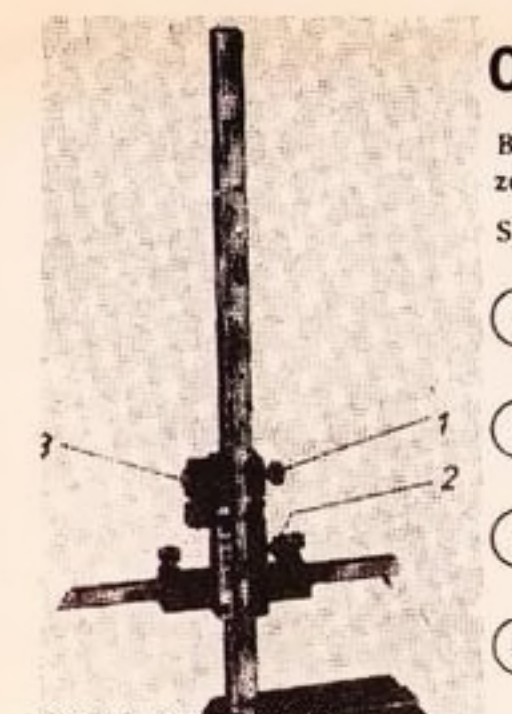
Ausdehnung der Stufenausbildung auf alle Branchen der Metallindustrie. Was seit 1972 vor allem durch die Elektrokapitalisten betrieben wird, ist jetzt durch NC-Maschinen und allerlei Überwachungs- und Regeltechnik auch in den feinschlosserischen Berufen für die Metallkapitalisten möglich geworden. Statt Werkzeugmacher oder Dreher soll es jetzt einen „Industriemechaniker" mit 2jähriger Ausbildung geben. Bezahlt werden soll er nicht nach Facharbeiterlohngruppe 6, sondern nach 5. Bei der Umschulung in Friedrichsheim (Frankfurt) wird man in 1jährigen Kursen zum Metallwerker gemacht. Man lernt, wo die Knöpfe zum Drücken sind, damit die Maschine läuft, viel mehr nicht. (KVZ-Betriebsausgabe für die Beschäftigten von Linotype Mergenthal).

Einjährige Grundausbildung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung. Seit einem Jahr führt das Arbeitsamt Villingen-Schwennigen unter der Regie der SABA-Kapitalisten Grundausbildungslehrgänge durch. Die Jugendlichen werden in den Grundkenntnissen der Produktion ausgebildet. Stellen die Kapitalisten ihnen danach tatsächlich einen Ausbildungsplatz, so fällt meistens das erste Lehrjahr weg. Die Kosten dafür trägt das Arbeitsamt, also die Versicherten. (KVZ-Betriebsausgabe Hellige und Litef Freiburg).

Blockunterricht zur leichteren Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft. Mitte Juni hat der hessische Kultusminister Krollmann den Blockunterricht an der Siemens-Schule telefonisch für das erste Lehrjahr der Nachrichtenabteilung verordnet. Es betrifft die Lehrlinge von Siemens, AEG, T & N und SEL. Bei AEG z.B. werden Schaltkästen produziert, die zur Funktion von Montagebändern oder Walzstraßen in der Stahlindustrie notwendig sind. Ab dem 2. Lehrjahr schafft man ein halbes Jahr in der Werkstatt, das nächste auf der Baustelle in der Produktion. Und da geht es den AEG-Kapitalisten an den Profit, wenn die Lehrlinge an 2 Tagen in die Berufsschule gehen müssen. Mehr Facharbeiter sind vonnöten, die teurer sind, oder der Auftrag verzögert sich. (KVZ-Jugendzeitung für die Schulen in Westend, Bockenheim und Ortsbezirk 11 Frankfurt).

Jugendakkord bei Siemens. Daß Jugendliche zumindest einem akkordähnlichen System unterworfen sind, dafür liegen inzwischen Beweise vor. So ist bekannt geworden, daß bei Siemens über Jugendliche Leistungskurven angelegt werden, in denen wöchentlich festgehalten wird, wieweit der betreffende Jugendliche den Akkordsatz erreicht bzw. überschreitet. Macht diese Kurve Schwankungen, so wird der Jugendliche stets vom Meister auf diese Schwankungen angesprochen. Lohnerhöhungen z. B. nach der Probezeit sind ebenfalls von der Entwicklung der Kurve abhängig. Zur eigentlichen Akkordarbeit ist hier lediglich der Unterschied zu erkennen, daß der Lohn trotz hohem Leistungsdruck immer gleich niedrig bleibt. (KVZ-Jugendzeitung Kant-Gymnasium und Siemens-Berufsschule Westberlin)

Lernen, welchen Knopf man drücken muß



0348 Werkstoffbearbeitung

Bild c. Wie erfolgt die Feineinstellung des Anreißwerkzeugs?

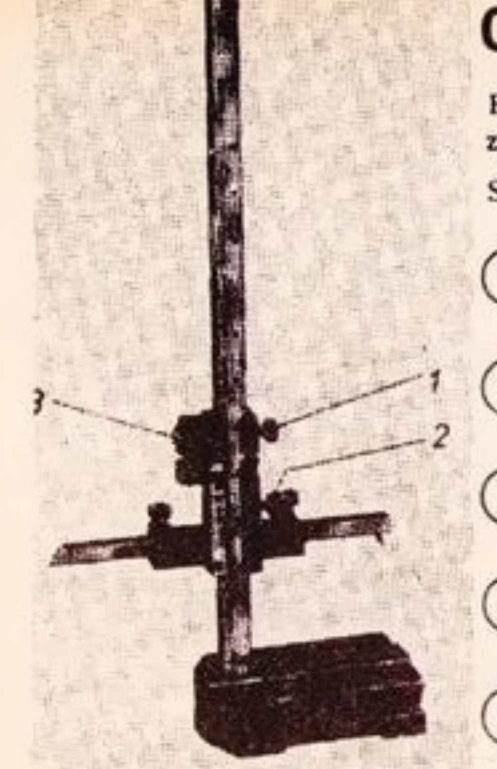
Sie erfolgt indem man

1. Schraube 1 löst, Schraube 3 anzieht und mit Schraube 2 das genaue Maß einstellt.
2. Schraube 1 löst, Schraube 2 anzieht und mit Schraube 3 das genaue Maß einstellt.
3. Schraube 2 löst, Schraube 3 anzieht und mit Schraube 1 das genaue Maß einstellt.
4. Schraube 1 anzieht, Schraube 3 löst und mit Schraube 2 das genaue Maß einstellt.

Einjährige Grundausbildung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung. Seit einem Jahr führt das Arbeitsamt Villingen-Schwennigen unter der Regie der SABA-Kapitalisten Grundausbildungslehrgänge durch. Die Jugendlichen werden in den Grundkenntnissen der Produktion ausgebildet. Stellen die Kapitalisten ihnen danach tatsächlich einen Ausbildungsplatz, so fällt mei-

wird der Jugendliche stets vom Meister auf diese Schwankungen angesprochen. Lohnerhöhungen z. B. nach der Probezeit sind ebenfalls von der Entwicklung der Kurve abhängig. Zur eigentlichen Akkordarbeit ist hier lediglich der Unterschied zu erkennen, daß der Lohn trotz hohem Leistungsdruck immer gleich niedrig bleibt. (KVZ-Jugendzeitung Kant-Gymnasium und Siemens-Berufsschule Westberlin)

Lernen, welchen Knopf man drücken muß



0348 Werkstoffbearbeitung

Bild c. Wie erfolgt die Feineinstellung des Anreißwerkzeugs?

Sie erfolgt indem man

1. Schraube 1 löst, Schraube 3 anzieht und mit Schraube 2 das genaue Maß einstellt.
2. Schraube 1 löst, Schraube 2 anzieht und mit Schraube 3 das genaue Maß einstellt.
3. Schraube 2 löst, Schraube 3 anzieht und mit Schraube 1 das genaue Maß einstellt.
4. Schraube 1 anzieht, Schraube 3 löst und mit Schraube 2 das genaue Maß einstellt.
5. Schraube 1 anzieht, Schraube 2 löst und mit Schraube 3 das genaue Maß einstellt.

Das neue System der „Prüfungsaufgaben- und Lehrmittelentwicklungsstelle" (PAL) in Stuttgart. Ziel: vergleichbare und EDV-verarbeitungsfähige Prüfungsfragen, Voraussetzung für die Ausdehnung von Prüfungen und Auslese als Teil der „Neuordnung der Metall-Ausbildung".

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung (VI)

Die Umwandlung der Effektivlohnsumme in die Nettolohnsumme

Im Laufe seines Lebens gerät der Lohnabhängige in verschiedene Umstände, er ist zuerst ledig, dann verheiratet oder auch nicht, hat Kinder oder nicht, beide Eheleute müssen arbeiten gehen oder die Frau nimmt die Aufgabe der Kindererziehung auch vollständig in Anspruch und so weiter und so fort. Der Arbeitslohn, der durch wirtschaftlichen Kampf herausgeholt werden kann, deckt bestenfalls die gesamten Reproduktionskosten, die im Laufe des Arbeiterlebens entstehen. Da die je verschiedenen Lebensumstände verschiedene Reproduktionskosten machen, steht der gleiche Lohn je nachdem im unterschiedlichen Prozentverhältnis zu den im Augenblick notwendigen Ausgaben. Für die Kapitalisten entsteht so die Möglichkeit, jene Arbeitskräfte, die gerade etwas weniger brauchen, auch billiger einzukaufen. Und das tun sie auch. Aber die Arbeiterbewegung kämpft gegen diese Methoden seit eh und je unter der Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Die Kraft der einzelnen Kapitalisten und auch der Kapitalistenverbände reicht nicht aus, um die ökonomischen Möglichkeiten ungleicher Bezahlung voll auszuschöpfen (obgleich sie, wie man von der Frauenarbeit ja weiß, durch Ausnutzen solcher Umstände Riesenextraprofite machen).

Aber was der einzelne Kapitalist nicht in seinen privaten Profit verwandeln kann, kann vielleicht die Gesamtheit der Kapitalistenklasse aus der Hand des Arbeiters zurückholen? – Ja, aber nur, wenn eine politische Verkleidung des Diebstahls gelingt. Der Lohn oder das Gehalt mag nicht reichen, um auf anständige Weise eine Familie mit vier Kindern zu unterhalten. Der gleiche Lohn wird in der Hand des ledigen Arbeiters oder Angestellten einen gewissen Überschuß ausmachen. Man kann nun den Ledigen, der um die schwierige Lage des Familienvaters weiß, durchaus zur Kasse rufen. Man muß nur so tun, als hätte der Familienvater hiervon etwas. Sogleich erscheint die Besteuerung als ein „sozialer Ausgleich", der durch den bürgerlichen Staat innerhalb der Arbeiterklasse bewirkt wird. Die politische Illusion wird perfektioniert, indem ein gewisser Bruchteil der eingezogenen Gelder tatsächlich als Ausgleichszahlung rückfließt, z.B. beim Kindergeld. Der Betrug tobt sich in den Quantitäten aus, und nicht umsonst braucht man für die Beschleunigung der Sache Schönredner wie Willy Brandt, der immer über Qualitäten sprach und die Quantitäten auf die Seite der Kapitalistenklasse bringen half.

Um einen Eindruck von der Methode zu geben, haben wir die Effektivlohnverteilung für die gesamte metallverarbeitende Industrie aus Steuerklassen gestückelt zusammengesetzt (01), die Verteilung der Bruttolöhne und Gehälter in den jeweiligen Steuerklassen dargestellt (02a, 03a, 04a, 05a), aus diesen Verteilungen die Nettolohnverteilung (02b, 03b, 04b, 05b) berechnet und aus den Ergebnissen eine Nettolohnverteilung der gesamten metallverarbeitenden Industrie zusammengesetzt (06). Man könnte lange darüber schreiben, der Hauptpunkt ist: Die Regierung hat es fertiggebracht, die Beschäftigten so gezielt zu bestehlen, daß auch noch eine allseitig verschärfte Spaltung der unteren Entlohnungsklassen herauskommt.

Die spaltende Wirkung dieser Besteuerung wird die Lohnbewegung schwer hemmen und sie für allerhand Betrügereien anfällig machen. Also kommt es jetzt nicht nur auf die Aufstellung der Tarifforderung an, sondern auch auf die Verbreitung der politischen Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag und Abschaffung der indirekten Steuern.

02a: Beschäftigte Metallindustrie – Lohnsteuerklasse I – Bruttolohnsumme: 1,56 Mrd. DM; Beschäftigte: 0,71 Mio.; Bruttolohnverteilung
02b: Nettolohnsumme: 1,03 Mrd. DM; 33,84% Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung
512 – 1024 – 2048 – 4096 DM Oktober 1978

03a: – Lohnsteuerklasse II – Beschäftigte: 0,47 Mio.; Bruttolohnsumme: 1,06 Mrd. DM; Bruttolohnverteilung
03b: Nettolohnsumme: 0,74 Mrd. DM; 30,13% Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung

04a: – Lohnsteuerklasse III – Bruttolohnsumme: 3,99 Mrd. DM; Beschäftigte: 1,51 Mio.; Bruttolohnverteilung
04b: Nettolohnsumme: 2,92 Mrd. DM; 26,84% Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung

05a: Beschäftigte Metallindustrie – Lohnsteuerklasse IV – Bruttolohnsumme: 2,03 Mrd.; Beschäftigte: 0,92 Mio.; Bruttolohnverteilung
512 – 1024 – 2048 – 4096 DM Oktober 1978

01: Verteilung der Beschäftigten in der Metallindustrie nach ihren Effektivlöhnen / Belegung der Steuerklassen in der Bruttolohnverteilung – Oktober 1978 –
Bruttolohnsumme: 8,63 Mrd.; Beschäftigte: 3,61 Mio.
Steuerklassen von oben nach unten: IV Mann und Frau arbeiten, 1 Kind; III Mann oder Frau arbeiten, 1 Kind; II Ledige über 49 Jahre oder mit Kind; I Ledige
Krankenvers. – Beitragsbemessung Rentenvers.
512 – 1024 – 2048 – 4096 DM Oktober 1978

06: Verteilung der Beschäftigten in der Metallindustrie nach ihren Nettolöhnen / Belegung der Steuerklassen in der Nettolohnverteilung – Oktober 1978 –
Nettolohnsumme: 6,04 Mrd.; Anteil der Abzüge am Bruttolohn: 29,97%
Steuerklassen von oben nach unten: IV Mann und Frau arbeiten, 1 Kind; III Mann oder Frau arbeiten, 1 Kind; II Ledige über 49 Jahre oder mit Kind; I Ledige
Krankenvers. – Beitragsbemessung Rentenvers.

03a: – Lohnsteuerklasse II – Beschäftigte: 0,47 Mio.; Bruttolohnsumme: 1,06 Mrd. DM; Bruttolohnverteilung
03b: Nettolohnsumme: 0,74 Mrd. DM; 30,13% Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung
04a: – Lohnsteuerklasse III – Bruttolohnsumme: 3,99 Mrd. DM; Beschäftigte: 1,51 Mio.; Bruttolohnverteilung
04b: Nettolohnsumme: 2,92 Mrd. DM; 26,84% Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung
05a: Beschäftigte Metallindustrie – Lohnsteuerklasse IV – Bruttolohnsumme: 2,03 Mrd.; Beschäftigte: 0,92 Mio.; Bruttolohnverteilung
06: Verteilung der Beschäftigten in der Metallindustrie nach ihren Nettolöhnen / Belegung der Steuerklassen in der Nettolohnverteilung – Oktober 1978 – Nettolohnsumme: 6,04 Mrd.; Anteil der Abzüge am Bruttolohn: 29,97%
05b: Nettolohnsumme: 1,37 Mrd. DM; 32,62% der Abzüge am Bruttolohn; Nettolohnverteilung
512 – 1024 – 2048 – 4096 DM Oktober 1978

Lohnsteuerklassen nach dem Einkommensteuergesetz (§38b)

Für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs werden unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer in Steuerklassen eingereiht ...:

1. In die Steuerklasse I gehören Arbeitnehmer, die
   a) ledig sind, b) ...;
2. in die Steuerklasse II gehören die unter Ziffer 1 bezeichneten Arbeitnehmer,
   a) wenn sie vor Beginn des Kalenderjahres das 49. Lebensjahr vollendet haben oder
   b) wenn sie mindestens ein Kind haben;
3. in die Steuerklasse III gehören Arbeitnehmer,
   a) die verheiratet sind, wenn beide Ehegatten unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben und
      aa) der Ehegatte des Arbeitnehmers keinen Arbeitslohn bezieht oder
      bb) der Ehegatte des Arbeitnehmers auf Antrag beider Ehegatten in die Steuerklasse V eingereiht wird ...,
4. in die Steuerklasse IV gehören Arbeitnehmer, die verheiratet sind, wenn beide Ehegatten unbeschränkt einkommensteuer-

stellung der Tarifforderung an, sondern auch auf die Verbreitung der politischen Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag und Abschaffung der indirekten Steuern.

Lohnsteuerklassen nach dem Einkommensteuergesetz (§38b)

Für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs werden unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer in Steuerklassen eingereiht ...:

1. In die Steuerklasse I gehören Arbeitnehmer, die
   a) ledig sind, b) ...;
2. in die Steuerklasse II gehören die unter Ziffer 1 bezeichneten Arbeitnehmer,
   a) wenn sie vor Beginn des Kalenderjahres das 49. Lebensjahr vollendet haben oder
   b) wenn sie mindestens ein Kind haben;
3. in die Steuerklasse III gehören Arbeitnehmer,
   a) die verheiratet sind, wenn beide Ehegatten unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben und
      aa) der Ehegatte des Arbeitnehmers keinen Arbeitslohn bezieht oder
      bb) der Ehegatte des Arbeitnehmers auf Antrag beider Ehegatten in die Steuerklasse V eingereiht wird ...,
4. in die Steuerklasse IV gehören Arbeitnehmer, die verheiratet sind, wenn beide Ehegatten unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben und der Ehegatte des Arbeitnehmers ebenfalls Arbeitslohn bezieht;
5. in die Steuerklasse V gehören die unter Ziffer 4 bezeichneten Arbeitnehmer, wenn der Ehegatte des Arbeitnehmers auf Antrag beider Ehegatten in die Steuerklasse III eingereiht wird ....

---

z.inl. **Seit Ende Juli streiken die Bauarbeiter in Belo-Horizonte, der drittgrößten Stadt Brasiliens.** Sie fordern Erhöhung der Grundlöhne um 110% und Mindestlohn von 5000 cruzeiros (etwa 416 DM). Bei Angriffen der Polizei auf die 20000 Streikenden wird ein Arbeiter durch eine Granate getötet, über 40 werden verletzt. In den Straßenkämpfen zerstören die Arbeiter die Druckerei einer konservativen Zeitung. – Seit Jahresbeginn kämpfen die brasilianischen Arbeiter gegen Lohnsenkung. 200000 Metaller, die vor allem durch die imperialistischen Automobilkonzerne ausgebeutet werden, erstreiken im März 63% mehr Lohn. Im Mai muß die Regierung während des Streiks verhaftete Gewerkschaftsführer freilassen, 12000 Fordarbeiter erzwingen Nachzahlung des Lohns für die Streiktage im März. – Brasilien hat 40 Mrd. $ Auslandsschulden. Die imperialistischen Blutsauger verstärken darüber den Druck auf das Land. Die Bauarbeiter verdienen zwischen 1500 und 3800 cr/Monat, 2268 cr (189 DM) ist der gesetzliche Mindestlohn. Für 1500 kann ein Arbeiter in Belo-Horizonte im August '79 dreimal täglich eine Tasse Milchkaffee und eine Scheibe Butterbrot für drei Personen kaufen. Für Nahrung, Kleidung, Miete oder Medizin müssen die Massen etwa anderthalbmal soviel wie im Vorjahr zahlen. Die Busfahrer von Sao Paulo streikten gegen die Hungerlöhne im Januar und im Mai. Jetzt haben sie 89% Erhöhung durchgesetzt.

z.mif. **Peru: 35000 Beschäftigte im Gesundheitswesen haben am 29. Juli ihren 14 Tage währenden Streik beendet.** Der Streik hatte das ganze Land erfaßt. Ihre Forderung war u.a. Lohnerhöhung um 42000 Soles (etwa 350 DM). Die Regierung war zu Verhandlungen mit der Gewerkschaftsführung genötigt und mußte am 28. Juli einige Zugeständnisse machen. Das genaue Ergebnis liegt uns noch nicht vor. – Der Streik der 100000 Lehrer steht seit dem 4.Juni. Im Versuch, ihn zu brechen und zu isolieren, hat die Regierung 1700 Lehrer verhaftet und bei Polizeiüberfällen auf Demonstrationen viele schwer verletzt. In mehreren Städten fanden Unterstützungsstreiks statt, viele Privatschullehrer haben sich dem Streik angeschlossen. Der IWF hat zur Aufmunterung, mit verschärfter Unterdrückung fortzufahren, der Regierung Perus einen neuen Kredit über 370 Mio. Dollar eingeräumt.

z.scc. **Seit Anfang August streiken über 1000 Techniker, Mitglieder des Flugpersonals und Piloten bei World Airways.** World Airways ist die größte US-Chartergesellschaft. Seit 13 Monaten verweigern die Kapitalisten den Abschluß eines Tarifvertrages. Der Streik für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit – die genauen Forderungen sind uns nicht bekannt – trifft die Gesellschaft gerade zu diesem Zeitpunkt empfindlich: auf längere Zeit sind alle Maschinen restlos ausgebucht, v.a. für den Transport vietnamesischer Flüchtlinge von Malaysia in die USA.

z.pek. **7500 Arbeiter der drei Aluminiumhütten des Alcan-Konzerns in der kanadischen Provinz Quebec setzen ihren am 3. Juni begonnenen Streik fort.** Sie fordern einen zweijährigen Tarifvertrag mit Lohnerhöhungen um 19% im ersten und 15% im zweiten Jahr plus Inflationsausgleich, Verkürzung der Arbeitszeit auf 37⅓ Stunden an fünf Wochentagen, einen Überstundenzuschlag von 50% und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zu 15 Wochen durch die Kapitalisten. Das bestehende Schichtsystem besteht aus sieben aufeinanderfolgenden Tagschichten bei einer tariflichen Durchschnittsarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche. Der Streik ist von der Quebecer Gewerkschaft des Aluminiumsektors organisiert und wird vom Dachverband der kanadischen Hüttenarbeiter unterstützt. Dieser erklärte, daß ein Sieg der Alcan-Arbeiter die Bedingungen für eine Beschränkung der Schichtarbeit aller Hüttenarbeiter verbessern würde. Obwohl die bestreikten Anlagen in Quebec nur 60% der Gesamtkapazität des Alcan-Konzerns in Kanada ausmachen, beklagen die Kapitalisten bereits entgangene Profite von 35 Mio. Dollar pro Monat.

z.coi.Stockholm. **Seit Anfang des Jahres führen die Hafenarbeiter in Narvik gemeinsam mit den Arbeitern des schwedischen Erzgrubenkonzerns LKAB unter der Leitung der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF einen Boykott gegen Erztransporter durch, deren Besatzungen unter den ITF-Tarifen entlohnt werden.** 9 Schiffe wurden erst beladen, nachdem die Lohndifferenz einschließlich unbezahlter Überstunden an die asiatischen Besatzungen gezahlt wurden und die Kapitäne sich zur ITF-tariflichen Entlohnung verpflichtet hatten. – Der ganzjährig eisfreie Hafen Narvik ist Hauptverschiffungsplatz für schwedisches Erz. 1979 wollen die schwedischen Imperialisten einen neuen Exportrekord erreichen. Mit der Heuer von 516 DM gegenüber den eh schon niedrigen tariflichen 1340 DM und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 56–65 Stunden können die Frachtkosten auf ca. 3,40 DM pro Tonne halbiert werden. Laut ITF soll das Gedränge von Billigflaggen-Schiffen in Narvik eingesetzt haben, nachdem die schwedische Stahlkonzerntochter „Gränges Shipping" ihre Frachter verkauft hatte. Was Wunder, das letzte in Narvik boykottierte Schiff war die in Hongkong eingetragene „Narvala". Eigentümerin: eine schwedische Investmentgesellschaft.

z.acr.London. **Über 800 Versorgungsarbeiter (Stewards, Köche, Bäcker etc.) auf 27 britischen Nordsee-Ölplattformen streiken seit dem 28. Juli für einen Mindestlohn von 600 Pfund (ca. 2500 DM) im Monat.** Bisher wurden sie für Löhne ab 346 Pfund brutto im Monat (incl. Zulagen) täglich zwölf Stunden im Rhythmus 14 Tage Arbeit – 14 Tage Landurlaub ausgebeutet. Die vier „Versorgungsfirmen", die die Arbeiter an die Ölgesellschaften verleihen, bieten 440 Pfund Mindestlohn. Die Gewerkschaften der Versorgungs-

Ergebnisse der Betriebsvereinbarungen „Freischichten" in der Stahlindustrie

z.vol. 4% auf 15 Monate, 4 Freischichten für regelmäßige Nachtarbeiter, 2 für Arbeiter über 50 und 6 Wochen Urlaub ab 1982 waren die Ergebnisse des Stahltarifkampfes. Jetzt, nach fast 8 Monaten, haben die Kapitalisten die Betriebsvereinbarungen bei Thyssen, Hoesch, Krupp und im April bei Klöckner unterzeichnet. Die Betriebsvereinbarungen regeln, wer die Freischichten nehmen kann und wann. Die Stahlkapitalisten haben die Verhandlungen hinausgezögert, um die Betriebsräte dazu zu zwingen, ihre Auslegung der „regelmäßigen Nachtarbeiter" zu akzeptieren. Im § 2 des Manteltarifvertrags Stahl heißt es: „Arbeitnehmer, die nach § 4 Ziff. 1 (Contischichtarbeiter) oder in 3 schichtiger Arbeitsweise arbeiten und deshalb nach ihrem Schichtplan regelmäßig Nachtarbeit leisten, erhalten ab 1.1.79 pro Kalenderjahr 4 Freischichten ..." Unter dreischichtiger Arbeitsweise wollten die Kapitalisten verstanden wissen, daß nur Arbeiter, die wöchentlich im Wechsel Früh-, Spät- und Nachtschicht arbeiten, Anspruch auf die 4 Freischichten haben. Bei „unregelmäßiger Nachtarbeit" gibt es erst bei 17 geleisteten Nachtschichten 1 Freischicht. In den Instandhaltungsbetrieben oder in der Weiterverarbeitung wie z.B. bei den Mannesmann-Röhrenwerken gibt es aber 6- oder 8-Wochen-Schichtsysteme, wo z.B. 1 Woche Nachtarbeit mit 2 Wochen Früh- und Spätschicht wechselt. Diese kriegen dann nur ca. 2 Freischichten pro Jahr.

Die Stahlkapitalisten haben ihren Standpunkt mit der Verzögerungstaktik im wesentlichen durchsetzen können.

Einzig bei Hoesch können die Arbeiter auch in anderen Schichtsystemen die 4 Freischichten kriegen, wenn die Nachtarbeit dem 1,3fachen der Schichtwochen entspricht. Wann die Arbeiter die Freischichten nehmen können, ist höchst unterschiedlich: bei Klöckner nicht im Sommer, überall haben die Betriebsräte versucht, die Einarbeitung in die Urlaubs- und Freischichtpläne durchzusetzen.

Der Thyssenkapitalist hat die „Arbeitszeitverkürzung" durch Gewährung von Freischichten jetzt für eine neue Methode der Lohnsenkung genutzt: Die Thyssenkapitalisten bezahlen die 2 Überstunden bei der 42-Stundenwoche der Contischichtarbeiter nur noch als Normalstunden, mit der Begründung, daß es dafür ja die 13 Freischichten pro Jahr nach der Stahlnovelle gibt. Ca. 500 DM pro Jahr Lohn sollten dadurch gestrichen werden. Zu einer Ausgleichszahlung von 200 DM ist der Thyssen jetzt gezwungen worden. Die Verwandlung der Freischichten in Überstunden ist das erklärte Ziel der Stahlkapitalisten. Beschlußfassung für die Tarifforderung 170 DM/ 8% mindestens ist die richtige Antwort auf diese Drohung der Kapitalisten, die Lohnsenkungen zu immer größerer Ausdehnung der Mehrarbeit zu benutzen.

Drohungen gegen Betriebsräte wegen Streikbeteiligung beim KADEWE Westberlin

z.urg. Zwei Betriebsräte des KADEWE in Westberlin (Kaufhaus des Westens, Hertie-Konzern), die zugleich HBV-Tarifkommissionsmitglieder und im Vorstand der HBV Fachgruppe Einzelhandel sind, sollen aufgrund der Warnstreikunterstützung im jetzigen Lohnkampf gekündigt werden. Schon das zweite Mal war es gelungen, eine Streikfront in diesem „größten Kaufhaus des Kontinents" aufzubauen. Auch bei dem ersten Streik hat die Geschäftsleitung versucht, Maßregelungen durchzusetzen. Damals hat sie die Freistellung eines der beiden jetzt bedrohten Betriebsräte aufheben müssen.

Da sich der KADEWE-Betriebsrat, er ist je zur Hälfte durch DAG und HBV besetzt, hinter die Kollegen gestellt und die Kündigungen zurückgewiesen hat, versuchen jetzt die Kapitalisten, per Gericht einen Zustimmungsersatz einzuholen. Ebenfalls soll ein Tarifkommissionsmitglied von Karstadt gekündigt werden. In diesem Fall hat es der Betriebsrat allerdings versäumt, Einspruch gegen die Kündigung auszusprechen.

Knapp eine Woche nach Beginn des Sommerschlußverkaufs haben am

Spätschicht wechselt. Diese kriegen dann nur ca. 2 Freischichten pro Jahr.

mer größerer Ausdehnung der Mehrarbeit zu benutzen.

Drohungen gegen Betriebsräte wegen Streikbeteiligung beim KADEWE Westberlin

z.urg. Zwei Betriebsräte des KADEWE in Westberlin (Kaufhaus des Westens, Hertie-Konzern), die zugleich HBV-Tarifkommissionsmitglieder und im Vorstand der HBV Fachgruppe Einzelhandel sind, sollen aufgrund der Warnstreikunterstützung im jetzigen Lohnkampf gekündigt werden. Schon das zweite Mal war es gelungen, eine Streikfront in diesem „größten Kaufhaus des Kontinents" aufzubauen. Auch bei dem ersten Streik hat die Geschäftsleitung versucht, Maßregelungen durchzusetzen. Damals hat sie die Freistellung eines der beiden jetzt bedrohten Betriebsräte aufheben müssen.

Da sich der KADEWE-Betriebsrat, er ist je zur Hälfte durch DAG und HBV besetzt, hinter die Kollegen gestellt und die Kündigungen zurückgewiesen hat, versuchen jetzt die Kapitalisten, per Gericht einen Zustimmungsersatz einzuholen. Ebenfalls soll ein Tarifkommissionsmitglied von Karstadt gekündigt werden. In diesem Fall hat es der Betriebsrat allerdings versäumt, Einspruch gegen die Kündigung auszusprechen.

Knapp eine Woche nach Beginn des Sommerschlußverkaufs haben am
3.8.79 noch einmal Verhandlungen über den Lohn- und Gehaltstarifvertrag zwischen der Gewerkschaft HBV und den Einzelhandelskapitalisten stattgefunden. Die Verhandlungen haben kein Ergebnis gebracht. Die Kapitalisten versuchen, die Belegschaften durch die Maßregelungen einzuschüchtern und weitere Streiks zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung trägt mit ihrem zögernden Verhalten nicht dazu bei, die Kündigungen so zu bekämpfen, wie es notwendig ist. Die Verhandlungen sind zwar für gescheitert erklärt, jedoch sind keine entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung eines besseren Ergebnisses eingeleitet worden. In Anbetracht der augenblicklichen Lage, die DAG hat am 25.7. das Verhandlungsergebnis von durchschnittlich 5% mehr angenommen, ist es günstiger, das Angebot der Kapitalisten anzunehmen und eine Antimaßregelungsklausel durchzusetzen. Wichtig ist die Absicherung des Effektivlohns, weil gerade im Handel die Unterschiede zwischen Tarif- und Effektivlohn sehr groß sind und deshalb Spaltung der Belegschaften durch Wirkungen einer ganzen Reihe von außertariflichen Zulagen existiert.

So herum kann aus dem sicherlich zu geringen Angebot der Kapitalisten ein annehmbarer Tarifvertrag herauskommen. Damit wird nicht nur der seit über einem Jahr bestehende tariflose Zustand beendet, sondern auch bessere Voraussetzungen für den nächsten Lohnkampf geschaffen.

Der Arbeitsminister verfügt: Grundlohn 3,66 DM

Französisches Tarifvertragsrecht gegen Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse

z.jon.Paris. Der französische Minister für Arbeit und Mitbestimmung hat am 6.6. entschieden, daß für „alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber" in der Schuhindustrie ein Grundlohn für Arbeiter verbindlich ist, der bei 8,24 FF (3,66 DM) liegt. Der Erlaß, veröffentlicht im Journal Officiel, dem Amtsblatt der Französischen Republik, vom 1.8.79, verfügt die „Ausweitung" des entsprechenden „Nachtrag Löhne Nr. 14" des „Nationalen Kollektivvertrages" für die Schuhindustrie, des Manteltarifvertrags, auf alle Betriebe der Industrie. Der Nachtrag wurde allein von der Gewerkschaft Force Ouvrière mit dem Schuhkapitalistenverband FNIC ausgehandelt. Die anderen Gewerkschaften, die den Vertrag von 1970 unterzeichnet hatten, diesen Nachtrag aber ablehnten, sind jetzt „*verpflichtet, nichts zu unternehmen, was der loyalen Ausführung des Vertrages schaden könnte.*" (Arbeitsgesetzbuch, Art. L135-1) Denn Kollektivverträge und ihre Veränderungen „*können durch einen Erlaß des Ministers für Arbeit ... ausgeweitet*", d.h. allgemein rechtsverbindlich gemacht „*werden, 1. wenn der Vertrag nicht von allen repräsentativen Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberverbänden unterzeichnet wurde ... 5. wenn der Abschluß eines für alle Berufsgruppen gültigen Kollektivvertrages gescheitert ist ...*" (Art. L133-12)

Wir haben mit einem Sekretär des Verbandes Leder und Häute der Gewerkschaft CGT über die Auswirkungen dieser Regierungsmaßnahme für die Arbeiter in der Schuhindustrie gesprochen. In der französischen Schuhindustrie arbeiten rund 65000 Lohnabhängige in etwa 500 Betrieben. 80% der Arbeiter in der Produktion sind Frauen.

Zahlen die Schuhkapitalisten tatsächlich Stundenlöhne von 8,24 FF? 8,24 ist der Basislohn, der zur Berechnung aller Arbeiterlöhne herangezogen wird. Kaum ein Arbeiter wird nach dem Koeffizienten 100 = 8,24 FF bezahlt. Der in der Schuhindustrie gültige Koeffizient für Hilfsarbeiter ist 133 (10,96 FF = 4,87 DM), für angelernte Arbeiter 138 (11,37 FF) bzw. 145 (11,95 FF), für Facharbeiter 155 (12,77 FF). Das bedeutet, daß die Tariflöhne von ¾ der Schuharbeiter, aller Nicht-Facharbeiter nämlich, unter dem gesetzlichen Mindestlohn SMIC liegen (seit 1.7.79 12,15 FF), unter dem offiziell kein Arbeiter bezahlt werden darf. Wohl oder übel haben die Kapitalisten deshalb einer „Einkommensgarantie" von 11,44 FF zugestimmt, die Ende Juni auf 12,21 FF erhöht wurde. Nur durch Akkordarbeit können die Schuharbeiter ihre tatsächlichen Löhne etwas über diese Hungerlinie heben.

Die Schuharbeiter nehmen diese Löhne doch nicht widerstandslos hin? Die Gewerkschaft Force Ouvrière ist unter den Arbeitern so gut wie ohne

Wir haben mit einem Sekretär des Verbandes Leder und Häute der Gewerkschaft CGT über die Auswirkungen dieser Regierungsmaßnahme für die Arbeiter in der Schuhindustrie gesprochen. In der französischen Schuhindustrie arbeiten rund 65000 Lohnabhängige in etwa 500 Betrieben. 80% der Arbeiter in der Produktion sind Frauen.

Zahlen die Schuhkapitalisten tatsächlich Stundenlöhne von 8,24 FF? 8,24 ist der Basislohn, der zur Berechnung aller Arbeiterlöhne herangezogen wird. Kaum ein Arbeiter wird nach dem Koeffizienten 100 = 8,24 FF bezahlt. Der in der Schuhindustrie gültige Koeffizient für Hilfsarbeiter ist 133 (10,96 FF = 4,87 DM), für angelernte Arbeiter 138 (11,37 FF) bzw. 145 (11,95 FF), für Facharbeiter 155 (12,77 FF). Das bedeutet, daß die Tariflöhne von ¾ der Schuharbeiter, aller Nicht-Facharbeiter nämlich, unter dem gesetzlichen Mindestlohn SMIC liegen (seit 1.7.79 12,15 FF), unter dem offiziell kein Arbeiter bezahlt werden darf. Wohl oder übel haben die Kapitalisten deshalb einer „Einkommensgarantie" von 11,44 FF zugestimmt, die Ende Juni auf 12,21 FF erhöht wurde. Nur durch Akkordarbeit können die Schuharbeiter ihre tatsächlichen Löhne etwas über diese Hungerlinie heben.

Die Schuharbeiter nehmen diese Löhne doch nicht widerstandslos hin? Die Gewerkschaft Force Ouvrière ist unter den Arbeitern so gut wie ohne
Einfluß. Aber durch ihre Anerkennung als „repräsentative Gewerkschaft" durch die Regierung und Kapitalisten können solche Verträge durchgesetzt werden, mit denen der Lohnkampf auf der Ebene der ganzen Branche illegalisiert werden soll. In allen Betrieben, in denen die CGT stark ist – sie vertritt nach ihren Angaben rund 80% der gewerkschaftlich organisierten Schuharbeiter –, ist es gelungen, die gezahlten Löhne um ⅓ oder mehr über den Mindestlohn zu heben. Aber in vielen Betrieben kämen die Arbeiter auch im Akkord nicht über 13 FF pro Stunde. Durch die Ausweitung der Akkordarbeit ist die Produktionszeit von einem Paar Schuhe von 1,5 Stunden 1957 auf 28 Minuten 1975 gesunken.

Fordert die CGT nicht die Abschaffung der Gesetzesbestimmungen, die es dem Staat ermöglichen, jeden noch so schlechten „Tarifvertrag" zum geltenden Recht zu erheben? Antwort: „Nein, denn wenn wir stark genug sind, können wir auch die Durchsetzung von günstigen Tarifverträgen durch die Regierung erzwingen."

Reformismus und Revisionismus fesseln die Kämpfe der Arbeiterklasse an die Gesetze des bürgerlichen Staates und geben der Bourgeoisie die Waffen an die Hand zu spalten und zu unterdrücken. Die französische Arbeiterbewegung hat mit der Massenstreikbewegung vom Juni 1936 zum ersten Mal durchgesetzt, daß die den Kapitalisten abgerungenen Tarifverträge in vollem Umfang als „Kollektivverträge" anerkannt wurden, die das Recht des Arbeitsvertrags zwischen dem Kapitalisten und dem einzelnen Arbeiter brechen. Die „Volksfrontregierung" des Sozialdemokraten Blum sorgte dafür, daß die neu gewonnene Koalitionsfreiheit unter staatliche Vormundschaft kam, der Staat selbst alle wichtigen Tarif- und Manteltarifverhandlungen beaufsichtigte und sich das Recht vorbehielt, ausgehandelte Tarifverträge nach seinem Gutdünken „auszuweiten". Das Arbeitsgesetzbuch von 1950 muß das Koalitionsrecht erneut anerkennen. Es „*bestimmt die Regeln, nach denen das Recht der Arbeitnehmer auf kollektive Verhandlung ihrer gesamten Arbeitsbedingungen und sozialen Sicherungen ausgeübt wird.*" (Art. L131-1) Vor allem bestimmt es aber die gesetzlichen Beschränkungen dieses Rechts: *Art. L131-3. Die Bestimmungen dieses Abschnittes gelten nicht für Betriebe und Unternehmen, deren Personal dem gleichen Gesetzes- oder Dienststatut unterworfen ist wie die öffentlichen Betriebe.*" Das gilt u.a. für die Bank von Frankreich, Air France, Eisenbahnen, verstaatlichte Bergwerke, Gas- und Stromerzeugung ... (Art. D134-1). Das Aufsichts- und „Ausweitungs"-Recht der Regierung wurde verstärkt: „*Der Minister für Arbeit ... kann von der Ausweitung die Vorschriften ausnehmen, die im Widerspruch zu geltenden Gesetzes- und Ordnungsvorschriften stehen, oder ... die nicht der Lage der Branche im betroffenen Gebiet entsprechen.*" (Art. L132-10)

Aus dem Recht der Arbeiterklasse, die Kapitalisten zur Anerkennung geschlossener Tarifverträge zu zwingen, ist das Recht des bürgerlichen Staates geworden, der Arbeiterklasse Lohnraubabkommen aufzuzwingen. In der Metallindustrie haben die Kapitalisten bisher den Abschluß eines von den Gewerkschaften geforderten nationalen Tarifvertrages verhindert. Sie verlassen sich auf die „Ausweitung" schlechter regionaler Verträge durch die Regierung. Das Ergebnis ist Zersplitterung des Lohnkampfes und wachsende Kluft zwischen Tarif- und Reallöhnen (s. KVZ 32, S. 1). Die Regierung Barre hat Virtuosität beim Einsatz des Tarifvertragsrechts für ihre Lohnraub- und „Austeritäts"-Politik entwickelt. Dem Inhaltsverzeichnis des Journal Officiel zufolge wurden 1970 98 Erlasse zur „Ausweitung" von Tarifverträgen in 53 Branchen und Sachgebieten (z.B. Renten) verfügt. 1977 waren es 212 Erlasse in 100 Branchen und Gebieten, 1978 232 Erlasse in 103 Wirtschaftszweigen und Sachgebieten.



kannt wurden, die das Recht des Arbeitsvertrags zwischen dem Kapitalisten und dem einzelnen Arbeiter brechen. Die „Volksfrontregierung" des Sozialdemokraten Blum sorgte dafür, daß die neu gewonnene Koalitionsfreiheit unter staatliche Vormundschaft kam, der Staat selbst alle wichtigen Tarif- und Manteltarifverhandlungen beaufsichtigte und sich das Recht vorbehielt, ausgehandelte Tarifverträge nach seinem Gutdünken „auszuweiten". Das Arbeitsgesetzbuch von 1950 muß das Koalitionsrecht erneut anerkennen. Es „bestimmt die Regeln, nach denen das Recht der Arbeitneh-

regionaler Verträge durch die Regierung. Das Ergebnis ist Zersplitterung des Lohnkampfes und wachsende Kluft zwischen Tarif- und Reallöhnen (s. KVZ 32, S. 1). Die Regierung Barre hat Virtuosität beim Einsatz des Tarifvertragsrechts für ihre Lohnraub- und „Austeritäts"-Politik entwickelt. Dem Inhaltsverzeichnis des Journal Officiel zufolge wurden 1970 98 Erlasse zur „Ausweitung" von Tarifverträgen in 53 Branchen und Sachgebieten (z.B. Renten) verfügt. 1977 waren es 212 Erlasse in 100 Branchen und Gebieten, 1978 232 Erlasse in 103 Wirtschaftszweigen und Sachgebieten.



Millionen Arbeiter und Angestellte erstreiken im Juni 1936 Lohnerhöhungen. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder steigt von 2,5 auf 5 Millionen.

---

arbeiter, die Seeleute- und Transportarbeitergewerkschaften, organisieren Streikposten vor Flughäfen und Häfen in Schottland und England, von denen die Arbeiter zu den Ölplattformen transportiert werden. Busfahrer weigerten sich, Streikbrecher durch die Absperrungen der Arbeiter zu fahren. Hafenarbeiter und Seeleute unterstützen den Streik und verladen bzw. transportieren kein Versorgungsmaterial mehr. Dänische und norwegische Seeleute lehnten ebenfalls den Einsatz als Streikbrecher ab.

z.rül.London. **Mit Lohnerhöhungen zwischen 12% für die untersten und 18% für die oberen Arbeitergruppen bzw. die Facharbeiter gelang es in der vergangenen Woche dem britischen Chemiemonopol ICI, den etwa 50000 Arbeitern eine Niederlage zu bereiten.** Die sieben Gewerkschaften der ICI-Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 20% gefordert, sowie eine zusätzliche Woche Urlaub und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Der jetzige Abschluß bedeutet für die Arbeiter in den unteren Lohngruppen, deren Lohn um 6,94 Pfund auf 64,84 Pfund die Woche steigt (1216 DM im Monat brutto), angesichts einer offiziellen Inflationsrate von 16% glatte Lohnsenkung. Gleichzeitig verstärkt er die Spaltung zu den oberen Facharbeitern, deren Lohn um 13,63 Pfund auf 89,08 Pfund die Woche (1670 DM im Monat) steigt, sowie zu den Technikern, die jetzt 95,16 Pfund die Woche (1784 DM im Monat) als Grundlohn bekommen. Die ICI-Kapitalisten wollen so eine weitere Ausdehung der Nacht- und Schichtarbeit durchsetzen. Die Zuschläge für Schichtarbeit betragen bei Conti-Schicht umgerechnet 430 DM im Monat, bei unregelmäßiger Schichtarbeit 212 DM im Monat. Die ICI-Kapitalisten drängen jetzt auf einen raschen Abschluß für die etwa 30000 Angestellten. Auch hier bieten sie Lohnerhöhungen zwischen 12% für die unteren und 18% für die oberen Lohngruppen an.

z.rül.London. **4000 Gemeindearbeiter in Dublin (Irland), vor allem Stadtreinigungs-Arbeiter, haben in der vergangenen Woche eine Erhöhung ihrer Löhne um umgerechnet 215 DM auf 1105 DM durchgesetzt (im ersten Arbeitsjahr, ungelernte Arbeiter).** Für Arbeiter im elften Arbeitsjahr steigen die Löhne um 225 DM auf 1212 DM. Nach den Postarbeitern sind die Dubliner Arbeiter – die Löhne aller Gemeindearbeiter bis auf etwa 4000 Facharbeiter werden lokal festgelegt – die zweite Gruppe von Beschäftigten des öffentlichen Diensts in Irland, die einen wichtigen Erfolg gegen die dauernden Lohnsenkungen erreichten. Während über die Forderungen der übrigen Gemeindearbeiter zum größten Teil noch verhandelt wird, zwangen die Dubliner Arbeiter mit einem Bummelstreik von zuerst 1000, dann 2000 Arbeitern zu Beginn der vorletzten Woche die Stadtverwaltung zum Nachgeben. Eine Urabstimmung der 4000 Gemeinde*facharbeiter* über eine von den Gemeinden angebotene Lohnerhöhung von 10,17 Punt (165,58 DM im Monat) ist noch im Gang.

z.scc.Brüssel. **In der vergangenen Woche beschlossen die Arbeiter der Erdölraffinerie in Antwerpen (Belgien) fast einmütig, die Betriebsbesetzung zu beenden.** Nachdem das US-Monopol Oxy im Sommer '78 die Stillegung seiner Tochtergesellschaft RBP und damit die Entlassung der rund 400 Lohnabhängigen angekündigt hatte, hatten 256 Arbeiter am 1.9. das Werk besetzt: Keine Entlassungen! RBP muß offen bleiben! Elf Monate trotzten sie, bei einem Streikgeld von weniger als 1000 Mark im Monat, rund 40% ihres Lohns, den vereinten Versuchen der Kapitalisten, Bourgeoispolitiker und christlichen Gewerkschaftsführer, ihren Kampf zu brechen. Jetzt steht fest: Der ebenfalls US-amerikanische Konzern Coastal wird die Raffinerie kaufen. Die Arbeiter haben einen Teilerfolg errungen, aber sie bezahlen ihn teuer. Zwar mußte sich Coastal verpflichten, 100 Arbeiter aus den Reihen der Besetzer zu übernehmen und den übrigen eine Prämie von 200000 bfr (ca. 12120 DM) plus 15000 bfr (900 DM) pro Betriebsjahr zu zahlen; die Arbeiter über 60 werden automatisch, die Arbeiter über 55 auf Antrag verrentet, wobei die Differenz zur gesetzlichen Rentenzahlung ab 65 ausgeglichen wird. Vor der Übernahme jedoch sollten die Arbeiter tief gedemütigt werden. Sie, die 10, 20, 30 Jahre lang mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten die Produktion aufrechterhalten haben, mußten sich – einer Berufsprüfung unterziehen. Dazu einem „psychologischen Test". 112 Arbeiter taten's, aber nur 100 werden übernommen. Diese sollen sich nun, jeder einzeln und über ein von der Gewerkschaft zu unterzeichnendes Abkommen, zu drei Jahren „sozialem Frieden" verpflichten. Das letzte Wort indes ist darüber noch nicht gesprochen. Zuerst, sagen die Arbeiter, wollen sie die Einstellung aller 112 durchsetzen.

z.cht.Sydney. **Die 2000 Arbeiter der Hamersley-Eisenerzwerke in Pilbara, Westaustralien, haben am 3.8. nach 71 Tagen ihren Streik erfolgreich beendet.** Hamersley mußte einer Erhöhung des Grundlohns von zehn Dollar pro Woche und garantierten Zuschlägen zwischen 15 und 30 Dollar zustimmen. Alle weiteren vier Forderungen, über die Hamersley zunächst jede Verhandlung abgelehnt hatte, haben die Arbeiter durchgesetzt. 1. Schaffung eines Unfall- und Krankenversicherungsfonds, aus dem u.a. nach einem Unfall 200 Dollar wöchentlich bis zu zwei Jahren gezahlt werden. 2. Sechs Monate Kündigungsfrist und mindestens vier Wochen voller Lohn nach dem Ausscheiden. 3. Bezahlte Mittagspause. 4. Betriebszugehörigkeit wird berechnet ohne Abzug der Streikzeiten. Die australische Regierung hat sich dabei als getreuer Knecht der Imperialisten gezeigt und dem US-amerikanisch-britisch-japanischen Konzern Steuern in Höhe von 10,5 Millionen Dollar erlassen, die Hamersley trotz des Streiks Nettoprofitsteigerungen von 37,2% im ersten Halbjahr 1979 sicherten.

Kieler Agrarstudenten verhandeln über Tarifvertrag

z.gej. Am 16.7.79 haben Verhandlungen zwischen dem Sekretariat der Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau (ELFG) und Mitgliedern des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) stattgefunden. Der Vorstand aller Agrarfachschaften der BRD und Westberlins konnte sich mit der Gewerkschaftsspitze auf einen gemeinsamen Praktikantenvertrag mit tarifvertraglicher Regelung einigen.

In diesem Vertrag sind die Rechte des Praktikanten sowie Vergütung, Ausbildungszeit, Urlaub und Überstunden gemäß den tarifvertraglichen Vereinbarungen festgehalten.

Die Lage der Studenten im Betriebspraktikum drängte auf Festlegung der grundlegenden Bedingungen für die Ableistung des Praktikums. Dies bestätigt das Ergebnis einer Fragebogenaktion der Kieler Fachschaft: Nur 20% der 171 erfaßten Studenten gaben an, auf einem Betrieb unter 50 ha gewesen zu sein, 53% arbeiteten für einen großen Bauern mit über 70 ha. 69% erhielten eine Bezahlung bis zu 400 DM, 14 Studenten erhielten überhaupt kein Entgelt. Dafür mußten 88% acht bis 14 Stunden am Tag arbeiten. Nur bei 14 Studenten gab es eine Überstundenregelung (Vergütung/Freizeit).

Mit den Betriebspraktika schlagen die Agrarkapitalisten zwei Fliegen mit einer Klappe: Erstens kommen sie mit den Praktikanten an billige jugendliche Arbeitskraft heran, zweitens setzen sie die Praktikanten als Stoßkeil im Tarifkampf der Landarbeiter ein, um deren Löhne zu senken.

Die Masse der Studenten hat daran kein Interesse, und das ist den Agrarkapitalisten ein Dorn im Auge: Man wäre doch später als Diplomingenieur eher auf der Unternehmerseite zu finden, deshalb sollte man doch keine gewerkschaftlichen Lohnforderungen stellen, so der Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes in Schleswig-Holstein bei Verhandlungen mit der Fachschaft Agrar Kiel.

Die Forderung der Studenten steht dagegen: Tarifvertrag im Praktikum! 700 DM mindestens!

Die endgültige Durchsetzung dieser Forderung muß jetzt organisiert werden. Nützlich es, daß die Fachtagung zusammen mit der GGLF eine Unterschriftensammlung für Tarifvertrag unter allen Agrarstudenten durchführt und zu einer Kundgebung während den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden aufruft. Die Agrarfachschaften sollten dies durch die Herausgabe eines Plakates, durch Leserbriefe an die Landwirtschaftspresse und durch regionale Verhandlungen mit GGLF und landwirtschaftlichem Arbeitgeberverband unterstützen.

SPD/FDP-Initiative: Zwangsexmatrikulation beseitigen / Hochschuldrill beschleunigen

z.joh. Die SPD/FDP-regierten Länder haben im Bundesrat am 24.7.79 den Antrag eingebracht, die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der „Regelstudienzeit" wieder aus dem Hochschulrahmengesetz zu streichen. Die Wirkung dieses Drohparagrafen hat die Bourgeoispolitiker enttäuscht. Die Studentenmassen haben gegen diesen Hebel, der sie zu Überarbeit zwingen soll, wirksame Taktiken gefunden. SPD/FDP müssen feststellen: „. . . die Zwangsexmatrikulation (könne) die tatsächliche Verweildauer nur unwesentlich beeinflussen, weil die vorgesehene Möglichkeit, Nachfristen in Anspruch zu nehmen, umfassend genutzt" werde. Die Zwangsexmatrikulation nutze nicht, „das stark überhöhte Berufseintrittsalter der Hochschulabsolventen durchgreifend zu senken". Die bayrischen Universitätspräsidenten führen Klage: im Durchschnitt sei ein Student heute 1,5 Semester länger immatrikuliert. Das bringt die Bourgeoispolitiker in Rage. Der bildungspolitische Sprecher der CSU, Schlosser, fordert „Bußgeld für Bummel-Student" von 300 DM pro Seme-

verschärfen, denn „bei der Planung reformierter Studiengänge (seien) lange Studiengänge nur deshalb veranschlagt (worden), um das Risiko der Zwangsexmatrikulation zu mindern". Da soll der Hebel zur „Straffung" angesetzt werden, den Hochschuldrill beschleunigt durchzuziehen; auch die „Bafög-Förderungshöchstdauer" wird da wirken,

Geschehen muß etwas. Die bürgerliche Presse ist beunruhigt über die deutliche Abneigung gegen den Hochschuldrill. Die Zahl der Studienberechtigten, die dann auch tatsächlich studieren, sinkt rapide: 71 waren es noch 87,2%, 79 nur noch 67,4%. SPD/FDP suchen da Boden zu gewinnen. Der Berliner SPD-Wissenschaftssenator Glotz hat erklärt, die Sache sei nach langen Beratungen mit den Studentenorganisationen der Parteien und „nicht gebundenen Studenten" gestartet und „nach Streichung des Radikalenbeschlusses als einen weiteren Erfolg des Dialogs mit der jungen Generation" bezeichnet. Für dies trojanische Pferd wollen SPD/FDP gerade-

reglung (Vergütung/Freizeit).

Mit den Betriebspraktika schlagen die Agrarkapitalisten zwei Fliegen mit

durch regionale Verhandlungen mit GGLF und landwirtschaftlichem Arbeitgeberverband unterstützen.

SPD/FDP-Initiative: Zwangsexmatrikulation beseitigen / Hochschuldrill beschleunigen

z.joh. Die SPD/FDP-regierten Länder haben im Bundesrat am 24.7.79 den Antrag eingebracht, die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der „Regelstudienzeit" wieder aus dem Hochschulrahmengesetz zu streichen. Die Wirkung dieses Drohparagrafen hat die Bourgeoispolitiker enttäuscht. Die Studentenmassen haben gegen diesen Hebel, der sie zu Überarbeit zwingen soll, wirksame Taktiken gefunden. SPD/FDP müssen feststellen: „. . . die Zwangsexmatrikulation (könne) die tatsächliche Verweildauer nur unwesentlich beeinflussen, weil die vorgesehene Möglichkeit, Nachfristen in Anspruch zu nehmen, umfassend genutzt" werde. Die Zwangsexmatrikulation nutze nicht, „das stark überhöhte Berufseintrittsalter der Hochschulabsolventen durchgreifend zu senken". Die bayrischen Universitätspräsidenten führen Klage: im Durchschnitt sei ein Student heute 1,5 Semester länger immatrikuliert. Das bringt die Bourgeoispolitiker in Rage. Der bildungspolitische Sprecher der CSU, Schlosser, fordert „Bußgeld für Bummel-Student" von 300 DM pro Semester bei Überschreiten der „Regelstudienzeit". Die hochschulmäßig abgerichtete Arbeitskraft rasch dorthin zu bringen, wo sie was abwirft, danach steht der Sinn. *Ziel* der SPD/FDP-Initiative ist, die „Regelstudienzeit" zu verschärfen, denn „bei der Planung reformierter Studiengänge (seien) lange Studiengänge nur deshalb veranschlagt (worden), um das Risiko der Zwangsexmatrikulation zu mindern". Da soll der Hebel zur „Straffung" angesetzt werden, den Hochschuldrill beschleunigt durchzuziehen; auch die „Bafög-Förderungshöchstdauer" wird da wirken,

Geschehen muß etwas. Die bürgerliche Presse ist beunruhigt über die deutliche Abneigung gegen den Hochschuldrill. Die Zahl der Studienberechtigten, die dann auch tatsächlich studieren, sinkt rapide: 71 waren es noch 87,2%, 79 nur noch 67,4%. SPD/FDP suchen da Boden zu gewinnen. Der Berliner SPD-Wissenschaftssenator Glotz hat erklärt, die Sache sei nach langen Beratungen mit den Studentenorganisationen der Parteien und „nicht gebundenen Studenten" gestartet und „nach Streichung des Radikalenbeschlusses als einen weiteren Erfolg des Dialogs mit der jungen Generation" bezeichnet. Für dies trojanische Pferd wollen SPD/FDP geradestehn, „wenn keine anderen Novellierungswünsche damit verbunden werden" und die Studentenmassen auf Verankerung der verfaßten Studentenschaft, Beseitigung des Ordnungsrechts etc. verzichten.

Chicano-Jugendbanden in San José schließen untereinander Frieden



z.hev. In San José (Kalifornien) haben die Jugendbanden der Chicanos einen 4,50 Meter langen handgeschriebenen Friedensvertrag unterzeichnet *(Bild)* und damit ihre zum Teil blutigen Kriege untereinander beendet. Ein Rat, der zukünftige Differenzen schlichten soll, wurde gewählt und der Kampf gegen den Mißbrauch verschiedener Rauschmittel aufgenommen. Die Chicanos sind US-Amerikaner mexikanischer Abstammung, die vor allem in den im letzten Jahrhundert von Mexiko geraubten Staaten im Süden und Westen der USA leben und dort bis zu 30% der Bevölkerung stellen. Carlos Montes, ein ehemaliger Führer der „Brown Berets" (Braunmützen) berichtete auf dem Treffen über die Geschichte dieses in den 60er Jahren militärisch organisierten Zusammenschlusses der Chicanos. Sie forderten damals das ihrem Volk gestohlene Land zurück, die Freistellung aller Chicanos vom Wehrdienst, die Kontrolle über die Erziehung und die Gerichte. Am 1. September planen die Jugendlichen jetzt einen landesweiten Marsch auf Los Angeles zum Gedenken an den 9. Jahrestag des „Chicano Moratoriums", an dem diese Forderungen zum erstenmal zum Programm der mexikanischen Nation in den USA erhoben wurden.

„Die kommen natürlich ins Großraumbüro"

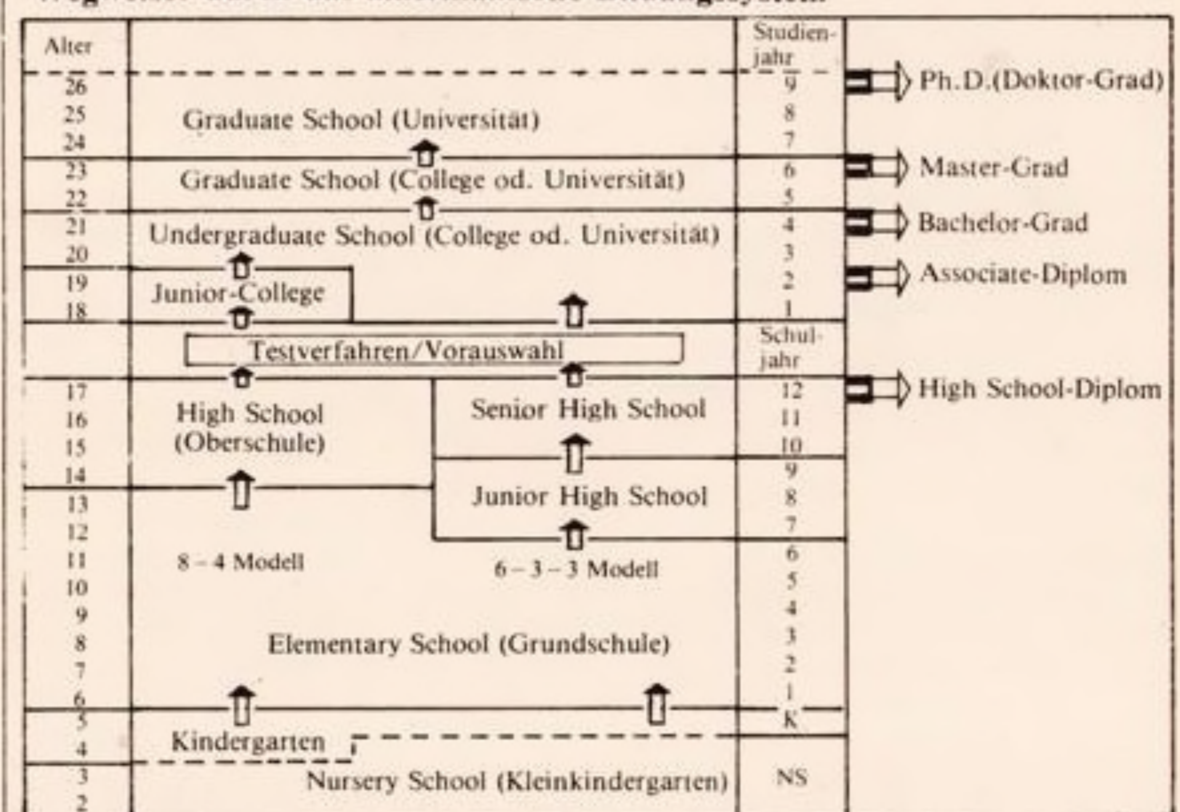
Präsident der Rektorenkonferenz für das College-System der USA

z.hev. Neu ist es nicht, was der seit dem 1. August amtierende Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Präsident der Universität Hohenheim George Turner am 25. Juli in „Die Welt" von sich gab, nämlich daß er „die Uni zum College machen" wolle. Präziser am Beispiel der Studenten der Wirtschaftswissenschaften: „Die studieren alle so und werden so ausgebildet, als würden sie in die Chefetagen kommen. Da kommen sie natürlich nicht hin, sondern sie kommen in das Großraumbüro." Neu ist lediglich der Gebrauch des Begriffes „College" und die unverblümte Offenheit, mit der die Absicht der weiteren Dequalifizierung der Studenten hinausposaunt wird. Der Wissenschaftsrat, eine honorige Versammlung von Senatoren, Staatssekretären, Länderministern, Geschäftsführern und Aufsichtsratsvorsitzenden, hatte die schärfere Gangart in der Dequalifizierung noch wissenschaftlich vornehm im November 1978 in den „Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots" umschrieben: „Das Studienangebot muß bei Wahrung seines wissenschaftlichen Charakters so eingerichtet werden, daß der Absolvent des Tertiären Bereichs (= Universität, Fachhochschule etc.) künftig auch für die Ausübung von Funktionen vorbereitet ist, die bisher eine akademische Ausbildung nicht voraussetzten." Im Juni 1978 hatte Bildungsminister Schmude kurz nach seinem Amtsantritt denselben Sachverhalt in seinen 22 Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung noch etwas verklausuliert als „Differenzierung des Studiensystems, die auch einen beruflichen Einstieg unterhalb herkömmlicher ‚akademischer' Positionen nicht resignativ als Gefahr ‚unterwertiger Beschäftigung' beklagt", angekündigt. Und alle beziehen sich auf das Hochschulrahmengesetz von 1975. Mit Turner als oberstem bundesdeutschen Rektor aber soll jetzt offensichtlich ernst gemacht werden in der *Durchsetzung* dieser Ziele, aus der Uni ein College zu machen.

Es ist das Vorbild der Supermacht USA. Kernstück, wie aus dem Schaubild ersichtlich, ist der stufenweise Studienaufbau. An jeder Stufe scheiden College- oder Universität-Studenten mit Diplom aus, die damit auf den Arbeitsmarkt gehen müssen oder, wenn sie zu den Auserwählten zählen, weiterstudieren dürfen. Den Ph. D. (Doktorgrad) bekommen dann noch gerade 12% und ein Postgraduate-Studium nach Erreichen dieses Grades nur noch einzelne, besonders zielbewußte Karrieristen. Neben dieser stufenweisen Aussiebung gibt es in den USA über das System der privaten, staatlichen oder „gemeinnützigen" Schulen und Universitäten ein weiteres wirkungsvolles Instrument der Differenzierung. In den USA zählt nicht nur der erreichte Grad, sondern auch, und oft vor allem, die Einrichtung, in der dieser Grad erworben wurde. Richtige Ranglisten werden aufgestellt, nach dem Kriterium der Durchfallquoten bei den Aufnahmeprüfungen. Da gibt es Colleges, besonders die 2jährigen Colleges, die nehmen jeden, der aufgenommen werden will, und solche, die treffen eine so saftige Testvorauswahl verbunden mit ebenso saftigen Schulkosten, daß jeder Konzernpersonalchef weiß, ein Mensch mit einem Diplom der Universität von Soundso, das ist ein Auserwählter für Führungsaufgaben und Geld hat er auch, zumindesten der Clan, aus dem er kommt. Aber die Masse, die landet eben im Großraumbüro oder drückt auf die knappen Arbeitsplätze und auf die Löhne. Es wäre ungerecht zu sagen, daß nur die Bourgeoiszöglinge selbst auf die sogenannten Eliteuniversitäten kommen. Einige Kinder des Proletariats schaffen es auch – über gnadenlose Konkurrenz. Sind sie die ersten in der Rangliste der High School, gibt es auch mal hochdotierte Stipendien, aber solche Studenten kann das Proletariat vergessen oder wird sie als Gegner auf der anderen Seite der Barrikaden wiederfinden.

Sicherlich gibt es in der Bundesrepublik auch Bourgeois, die den reinen Traum vom College-System in Westdeutschland träumen mit privaten Universitäten, direkt finanziert von diesem oder jenem Kapital, aber das meint weder Schmude noch Turner. Was sie vom College-System gelernt haben, ist die stufenweise Differenzierung mit arbeitsmarktwirksamem Abschluß auf jeder Stufe. Sehr anschaulich hat die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen ein solches Programm für die 3. Novelle zur Approbationsordnung der Medizinstudenten ausgearbeitet: Abitur – Testverfahren / Vorauswahl – standardisierte Beurteilung und leistungsgesteuertes Losverfahren – *Auslese: Hilfspfleger, Geburtshelfer* – Physikum – Approbation 1 – *Auslese: Hilfsarzt* – Approbation 2: – *Auslese: Diplomarzt* – Approbation 3 – *Auslese: leitender Arzt und Ausbilder.* Turner empfiehlt allerdings nicht den weiteren Ausbau der Testverfahren, viel tauglicher sei ein „obligatorisches Vorpraktikum" der Studienbewerber – ohne Bezahlung, versteht sich.

Wegweiser durch das amerikanische Bildungssystem



Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261, Tel 0421/6160455 Kommunistischer Studentenbund Bremen Unterweser

Fachhochschulen und Universität Bremen 6. August 1979 32h1/1200p

bellion der Schülermassen richtet, wird wissentlich verschwiegen.

Viel wird im Jahresbericht zur Lehrerausbildung über die „Tendenz verstärkter staatlicher Eingriffsrechte,

Funktionen vorbereitet ist, die bisher eine akademische Ausbildung nicht voraussetzten." Im Juni 1978 hatte Bildungsminister Schmude kurz nach seinem Amtsantritt denselben Sachverhalt in seinen 22 Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung noch etwas verklausuliert als „Differenzierung des Studiensystems, die auch einen beruflichen Einstieg unterhalb herkömmlicher ‚akademischer' Positionen nicht resignativ als Gefahr ‚unterwertiger Beschäftigung' beklagt", angekündigt. Und alle beziehen sich auf das Hochschulrahmengesetz von 1975. Mit Turner als oberstem bundesdeutschen Rektor aber soll jetzt offensichtlich ernst gemacht werden in der *Durchsetzung* dieser Ziele, aus der Uni ein College zu machen.

Es ist das Vorbild der Supermacht USA. Kernstück, wie aus dem Schaubild ersichtlich, ist der stufenweise Studienaufbau. An jeder Stufe scheiden College- oder Universität-Studenten mit Diplom aus, die damit auf den Arbeitsmarkt gehen müssen oder, wenn sie zu den Auserwählten zählen, wei-

Kindergarten
Nursery School (Kleinkindergarten)
NS

te Grad, sondern auch, und oft vor allem, die Einrichtung, in der dieser Grad erworben wurde. Richtige Ranglisten werden aufgestellt, nach dem Kriterium der Durchfallquoten bei den Aufnahmeprüfungen. Da gibt es Colleges, besonders die 2jährigen Colleges, die nehmen jeden, der aufgenommen werden will, und solche, die treffen eine so saftige Testvorauswahl verbunden mit ebenso saftigen Schulkosten, daß jeder Konzernpersonalchef weiß, ein Mensch mit einem Diplom der Universität von Soundso, das ist ein Auserwählter für Führungsaufgaben und Geld hat er auch, zumindesten der Clan, aus dem er kommt. Aber die Masse, die landet eben im Großraumbüro oder drückt auf die knappen Arbeitsplätze und auf die Löhne. Es wäre ungerecht zu sagen, daß nur die Bourgeoiszöglinge selbst auf die sogenannten Eliteuniversitäten kommen. Einige Kinder des Proletariats schaffen es auch – über gnadenlose Konkurrenz.

versitäten, direkt finanziert von diesem oder jenem Kapital, aber das meint weder Schmude noch Turner. Was sie vom College-System gelernt haben, ist die stufenweise Differenzierung mit arbeitsmarktwirksamem Abschluß auf jeder Stufe. Sehr anschaulich hat die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen ein solches Programm für die 3. Novelle zur Approbationsordnung der Medizinstudenten ausgearbeitet: Abitur – Testverfahren / Vorauswahl – standardisierte Beurteilung und leistungsgesteuertes Losverfahren – *Auslese: Hilfspfleger, Geburtshelfer* – Physikum – Approbation 1 – *Auslese: Hilfsarzt* – Approbation 2: – *Auslese: Diplomarzt* – Approbation 3 – *Auslese: leitender Arzt und Ausbilder.* Turner empfiehlt allerdings nicht den weiteren Ausbau der Testverfahren, viel tauglicher sei ein „obligatorisches Vorpraktikum" der Studienbewerber – ohne Bezahlung, versteht sich.

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261, Tel 0421/6160455 Kommunistischer Studentenbund Bremen Unterweser

Fachhochschulen und Universität Bremen 6. August 1979 32h1/1200p

„Praxisschock" mit einem „gewissen Maß an Mehrarbeit" überwinden

anl. Die Zentrale Lehrerbildungskommission (ZLBK) der Bremer Universität hat jetzt ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1978 dem Landesamt für Schulpraxis und Lehrerbildung (LASL) vorgelegt.

„Die Lehrerausbildung (ist) gerade an der Nahtstelle ‚Theorie/Praxis' äußerst mangelhaft, insofern es ihr bisher nicht oder kaum gelingt, Handlungskompetenz zu entwickeln" (S. 119). „Die Bremer Lehrerausbildung halte in der fachwissenschaftlichen Komponente mit den anderen Ländern gut mit" (S.4), jedoch diagnostiziert der Bericht den „derzeitigen sicherlich nicht optimalen Zustand der Bremer EGW (Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft, d. Verf.) Ausbildung". (S. 17)

Fehlende „Handlungskompetenz" der Absolventen des Lehramtsstudiums heißt nichts anderes, als daß diese nicht in der Lage und gewillt sind, die Rebellion der Schülermassen aufzufangen und zu unterdrücken.

Das macht auch das geringe Interesse der Bourgeoisie an den Bremer Lehramtsstudenten aus: Nebenstehende Tabelle zeigt, daß nur ca. ein Drittel aller Lehrerreferendare im Lande Bremen ihr erstes Staatsexamen auch in Bremen gemacht haben, wie dieses Drittel, nur die Hälfte der Bewerber, eine Ausbildung an dem Reformmodell durchgemacht hat.

So ist es folglich konsequent, wenn die Schreiber des Berichtes einen Ausbau der Fachdidaktik fordern (S. 6).

So ist auch der Versuch der „Evaluation (Bewertung) des Projektstudiums und des Praxisbezuges" zu verstehen, wo ein „Schwerpunkt" gesetzt wird bei der „Erarbeitung, Durchführung und Auswertung einer Unterrichtseinheit", gerade um dem „Praxisschock bei jungen Lehrern" entgegenzuwirken. „Es gilt, die Erfahrungs- und Lernprozesse in unmittelbarer Anbindung an den Ablauf der Erarbeitung, Durchführung und Auswertung einer Unterrichtseinheit zu evaluieren mit dem Ziel, eine größere Handlungskompetenz zu gewinnen, wobei die Evaluation selbst Mittel dazu ist,... (Der Wert eines Projektstudiums bemißt sich u.a. auch daran, ob es gelingt... verwertbare Ergebnisse zu produzieren)." (S. 120) Wie selbstverständlich wird angefügt, daß ein solches Vorhaben „ein gewisses Maß an Mehrarbeit" (S. 122) mit sich bringt.

Das Spaltungsmanöver, was hier angelegt wird, ist ein altes: Jeder Lehramtsstudent weiß um die Schwierigkeiten, die er haben wird, wenn er in den Referendardienst eintritt. Daß das aber seine Ursachen in der Funktion des Lehrers und des bürgerlichen Schulsystems hat, wogegen sich ja auch die Rebellion der Schülermassen richtet, wird wissentlich verschwiegen.

Viel wird im Jahresbericht zur Lehrerausbildung über die „Tendenz verstärkter staatlicher Eingriffsrechte, über die Rücknahme bereits bewährter Reformelemente" (S. 1) geschimpft, so beispielsweise über den ständig wachsenden Einfluß der Staatsvertreter in den mündlichen Abschlußprüfungen.

Doch daß kürzlich in der Deputation mit Wissen dieser Herrschaften die Schaffung von 12 Stellen für *hauptamtliche Staatsprüfer* zum 1.1.80 beschlossen wurde, um darüber u.a. die Inhalte der mündlichen Prüfungen in den Griff zu bekommen, stört sie nicht. Noch so viel mögen sie schreien, ihre Taten zählen. *Sie* waren es auch, die am 20.12.78 im Akademischen Senat mit Unterstützung der revisionistischen und reformistischen Studenten die Erhöhung der Semesterwochenstunden auf 156 beschlossen, so daß sie im letzten Teil ihres Berichtes eine Hymne auf das „Bremer Modell" abfahren können. Im Vergleich mit den Studien- und Prüfungsordnungen anderer Bundesländer können sie beruhigt zur Kenntnis geben, daß „in Bremen die Zahl der Prüfungsnachweise eher umfangreicher ist" (als in anderen Ländern, d. Verf.) (S. 132), daß sie die Semesterwochenstundenzahl anderen Bundesländern angeglichen haben und „ob in Bremen oder anderswo: die 40-Stunden-Woche für Studenten weit überschritten" (S.136) wird. Im Interesse der Studentenmassen ist dies gewiß nicht.

Zwar ist der Bourgeoisie gerade jetzt mit Verabschiedung der neuen Lehrerprüfungsordnung ein entscheidender Schritt geglückt, doch hat sich gerade in dieser Auseinandersetzung die Notwendigkeit der Erkämpfung von Rechten gegenüber dem bürgerlichen Staat gefestigt.

Westberliner Polizeipräsident Hübner über „Erfahrungen mit Einsatzkonzeptionen in Berlin"

z.maw. Anders als in Westdeutschland, wo die Ausbeuterklasse in Vorbereitung auf die Situation ihres Sturzes durch die Revolution mit den Notstandsgesetzen die Voraussetzungen geschaffen hat, sämtliche ihr verfügbaren bewaffneten Formationen unter einheitlichem militärischem Kommando in „geschlossenen Einheiten und Verbänden" zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft marschieren zu lassen, ist sie in Westberlin wegen des Besatzungsstatuts allein auf ihre Polizeitruppen angewiesen. Diese sind dementsprechend zahlenstark, bewaffnet, strukturiert und ausgebildet. Polizeipräsident Hübner seit über zehn Jahren führend am Aufbau und Einsatz der Westberliner Polizei tätig, Sozialdemokrat und jüngst in der Presse als ein Mann dargestellt, mit dem Kanzler Schmidt „noch besonderes vorhat", ist der Verfasser eines Erfahrungsberichts über „Einsatzkonzeptionen in Berlin" in „Die Polizei" (Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen, 7/79). Ausgehend von den Ereignissen des Jahres 1968 bis hin zu den Auseinandersetzungen um den Bau einer US-Besatzersiedlung auf dem Düppeler Feld 1978 untersucht Hübner die Erfahrungen der Polizei beim „Einsatz auf der Strasse", stets beflissen, die Rechtmäßigkeit der Anwendung des „staatlichen Gewaltmonopols" zu betonen. Dabei gibt er Einblick in die Entwicklung polizeilicher Taktik.

Das Hauptproblem der Taktik ist, wenngleich von Hübner nur angedeutet, große Polizeitruppen geschlossen handelnd und damit erfolgreich zu bewegen. Wie der Polizeipräsident richtig feststellt, bedarf die staatliche „Anwendung von Zwang und Gewalt" „Befehlsmechanismen, die man erfinden mußte", deren Schwäche jedoch darin liegt, daß sie selbst bei zahlenmäßiger Überlegenheit keinen Ausgleich gegen einen durch politischen Zusammenschluß einheitlich handelnden Gegner bilden. Der Polizeiführung bleiben als Mittel der Wahl ein abgestuftes Sortiment von offenen Gewaltanwendungen, von denen der Polizeipräsident, der in Psychologie bewandert ist, abrät, oder eben Einsatzkonzeptionen à la Hübner. Zur Untermauerung zitiert er Professor Hacker: „Nachweislich dienen aggressive Ausbrüche und Gewaltanwendung unter Umständen nicht der kathartischen Entlastung, der Ventilfunktion, sondern umgekehrt der aggressiven Reizung und Stimulierung und führen zur Steigerung von Gewalt."

1. Kapitel Hübner'scher Konzeption: Das Diskussionskommando. Am 28.4.1969 begannen 47 Beamte erstmals eine Ausbildung für diese Spezialtruppe. „In 140 reinen Unterrichtsstunden bemühten sich 18 Referenten darum, (sie) in die Grundlagen der modernen Menschenführung einzuweisen, sie ... in die Bereiche der Psychologie einzuführen und sie insbesondere mit dem breiten Spektrum aller allgemeinpolitischen Fragen für die späteren Diskussionen vorzubereiten. ... Im Ergebnis kann heute rückschauend gesagt werden, daß die ersten erfolgreichen Einsätze nicht nur verblüffend auf die Teilnehmer an großen ‚Kampfdemonstrationen' wirkten, sondern auch von Anfang an den Effekt erzielten, daß sie die große Masse der Mitläufer von solchen Rädelsführern trennten, die es auf die Eskalation der Gewalt angelegt hatten." (Daß es auch zu den Praktiken der „Gruppe 47" gehörte, wie diese mit langen Haaren in Zivil auftretende Truppe bald hieß, sich an eben der Stelle, wo Pflastersteine geworfen wurden, in Diskussionen einzumischen, um hernach bei Festnahmen als Zeugen zu dienen, bleibt bei Hübner unerwähnt.)

Ende der 60er Jahre gebar Hübner sodann das Aufklärungs- und Festnahmekommando, bestehend aus 250 Beamten der Schutz- und 50 der Kriminalpolizei. Die Tätigkeit „vollzog sich in Observationsgruppen, wobei die Aufklärung und die spätere Gelegenheit der Festnahme voneinander getrennt, aber von vorherein taktisch miteinander verknüpft wurden." Statt direkter Verhaftung, „was in der Regel zu einer Eskalation der Konfliktsituation führt", überfallen die A- und F-Kommandos Demonstranten in irgendeiner Nebenstraße lange nach der Demonstration oder „spätestens vor ihrer Haustür". „Eine weitere taktische Maßnahme bildete sich mehr und mehr aus in der rechtzeitigen und überzeugenden Darstellung der eingesetzten Kräfte der Polizei." Und als letzte Spezialität seiner Einsatzkonzeption nennt Hübner die Beweissicherung durch Dokumentation per Foto und Film, wobei die Schwierigkeit darin liegt, „daß Kameratrupps selbstverständlich das bevorzugte Ziel aggressiver Versammlungsstörer sind". Die große Sorge des Polizeipräsidenten besteht schließlich darin, den einfachen Polizisten für die Zwecke seiner Konzeption zu gewinnen. Aus einem Bericht über einen Einsatz nach dem Attentat auf R. Dutschke zitiert er: „Nachdem die jungen Beamten nach fast siebenstündigem Einsatz in ihre Unterkunft zurückgekehrt waren, sah man einige auf dem Bettrand sitzen, die weinten."

Für Kriegsübungszwecke hat sich die Bourgeoisie den Zugriff auf Land gesichert

r.anf. Ob in Nordhorn Range, Garlstedt oder in der Krummhörn – wo die Bourgeoisie an die Ausdehnung ihrer Kriegsübungsplätze geht, stößt sie auf Widerstand, insbesondere bei den betroffenen Bauern. Westlich von Delmenhorst will Apel jetzt ein Naturschutzgebiet in Beschlag nehmen, um den Truppenübungsplatz Große Höhe auszudehnen.

Schon frühzeitig wurden im Rahmen der Wiederaufrüstung Instrumente geschaffen, das für die Kriegsübungen benötigte Land der Bundeswehr und den Besatzertruppen zu sichern: im Februar 1957 das Landbeschaffungsgesetz: „§ 1 Der Bund kann nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes Grundstücke beschaffen 1. für Zwecke der Verteidigung, 2. insbesondere auch zur Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes aus zwischenstaatlichen Verträgen über die Stationierung und Rechtsstellung von Streitkräften auswärtiger Staaten im Bundesgebiet". D.h. der Bund sichert auch den Besatzern und Nato-Verbänden Grund und Boden für ihre Truppen. Dagegen haben die betroffenen Eigentümer, in der Regel Bauern, keine Einspruchsrechte, selbst Land und Gemeinde können nur „Stellung nehmen". Gibt der Bauer sein Land nicht freiwillig her, wird er enteignet. „§ 18 Die Entschädigung ... bemißt sich nach dem *gemeinen* Wert des enteigneten Grundstücks". Der Bauer bekommt also nur den üblichen Marktpreis für landwirtschaftliche Nutzfläche, der von der Enteignungsbehörde festgelegt wird. Werden die Bodenpreise (z.B. durch die Nähe eines Industriegebietes) hochgetrieben, findet das keine Berücksichtigung. „§ 17 Vermögensvorteile, die dem Entschädigungsberechtigten infolge der Enteignung entstehen, sind bei der Festsetzung der Entschädigung zu berücksichtigen". Der Bauer kann zwar verlangen, daß ihm Ersatzland beschafft wird, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß „das Land zu angemessenen Bedingungen beschafft und erforderlichenfalls hergerichtet werden kann (§ 22)". Wenn das Ersatzland einen höheren Wert als das enteignete Land hat, muß der Bauer hierfür sogar eine „Ausgleichszahlung" berappen. Bevor das Enteignungsverfahren in Gang kommt, kann der Bund bereits auf dem Gelände herumwüten, egal ob der Bauer gerade die Saat einbringt, oder mit der Ernte beschäftigt ist: „§ 30 Die Beauftragten der ... zuständigen Behörden sind befugt, Grundstücke ... zu betreten und zu vermessen sowie auf den Grundstücken sonstige Vorarbeiten vorzunehmen ...".

Ist den Imperialisten für ihre Zwecke das Enteignungsverfahren zu langwierig, so können sie über „§ 38 Vorzeitige Besitzeinweisung" in zwei Wochen Land in Besitz nehmen, der Bauer wird derweil im Obdachlosenasyl untergebracht: „Ist die sofortige Ausführung eines Vorhabens ... dringend geboten, so kann die Enteignungsbehörde den Begünstigten durch Beschluß in den Besitz des Grundstücks einweisen ... Soweit auf dem Grundstück Wohngebäude vorhanden sind, ist der Zeitpunkt so festzusetzen, daß die *angemessene* anderweitige Unterbringung der Betroffenen gesichert ist".

Mit dem Schutzbereichsgesetz vom Dezember 1956 hat die Bourgeoisie uneingeschränkten Zugriff auf Grund und Boden, denn „§ 2 Ein Gebiet wird zum Schutzbereich durch Anordnung erklärt". Jede Schikane von seiten der Militärs, einschließlich Besatzer, haben die Bauern „zu dulden", nämlich „§ 6 ...daß bauliche und andere Anlagen errichtet, unterhalten oder beseitigt werden, Wald oder anderer Aufwuchs angepflanzt oder beseitigt wird". Schließlich kann auch noch die Wohnung in ein Munitionslager oder eine Panzerabwehrstellung umgewandelt werden: „§ 10 Wohnungen dürfen nur in dringenden Fällen betreten werden, wenn der erstrebte Erfolg auf andere Weise nicht erreicht werden kann".

Im Vertrauen auf die bürgerlichen Gerichte, die diese Paragraphen im Kreuz haben, wird der Kampf gegen die Ausweitung der Kriegsübungsplätze keinen Erfolg haben.

Military-Bully von VW für die Bundeswehr – „weltweit einsetzbar"

z.rev. Die Volkswagenwerke haben einen geländegängigen VW-Bully mit Allradantrieb als Prototyp fertiggestellt, den sie in nächster Zeit an die Bundeswehr verkaufen werden. Außen hat sich der VW-Bus kaum geändert, die Karosserie bleibt fast die gleiche. Der Motor bleibt unverändert, bis auf eine sichere Benzinzufuhr. Nur unter dem Wagen ist einiges neu. Das Getriebe hat einen Anschluß für eine Kardanwelle nach vorn zum Differentialgetriebe. Einige Bleche, Verstrebungen und Schutzleitern sind an den Unterboden gekommen, um Motor, Getriebe und Kardanwelle zu schützen. Zur Bedienung des „Military-Busses" sind nur zwei Hebel dazugekommen: die Differentialsperre, der Hebel kann auch während der Fahrt umgelegt werden und die Antriebskraft wird gleichmäßig auf alle Räder übertragen; mit einer zweigeteilten Handbremse können die Hinterräder getrennt voneinander gebremst werden. Das ist es auch, warum sich die Volkswagen AG damit ein Geschäft ausrechnet und in der Bundeswehr darauf gewartet wird, daß der Wagen zum Einsatz kommt – mit wenigen Änderungen ist aus dem VW-Transporter ein geländegängiger Kleintransporter (vielverwendbar z.B. als Mannschaftswagen oder mit Pritschenaufbau als Nachschub- oder Wartungswagen) geworden. An alte Traditionen wird bei diesem Fahrzeug geknüpft. Die ersten Serienproduktionen des VW-Käfers gingen Hand in Hand mit dem VW-Kübelwagen. – Da die Bedienung des Geländetransporters gegenüber dem normalen VW-Bus sich nur kaum geändert hat, kann in kürzester Zeit jeder Autofahrer auf dem Wagen eingewiesen werden. Oder bleibt z.B. mal ein „Military-Bully" mit Motorschaden stecken, so kann ohne Problem ein Motor aus jedem anderen VW-Bus umgebaut werden. Mit seinen vielfachen Verwendungsmöglichkeiten eignet sich der VW-Allrader hervorragend als Kriegsfahrzeug. Es wird ausdrücklich in dem Heft „Kampftruppen" 4/79 hervorgehoben, daß „der Geländetransporter sich weltweit auf einen eingearbeiteten Kundendienst mit Ersatzteilversorgung abstützen kann" und daß mit dem „luftgekühlten Motor der Geländetransporter geographisch weiterhin weltweit einsetzbar ist". 5 Millionen VW-Transporter in allen Ausführungen sind im Laufe der Jahre produziert worden, in fast allen Erdteilen gibt es VW-Werke mit eigenen Produktionsanlagen.



VW-Bus, umgerüstet als Militärfahrzeug mit Allrad-Antrieb.

Imperialistische Erpressung und Krieg zur Klärung des Seerechts

truppe. „In 140 reinen Unterrichtsstunden bemühten sich 18 Referenten darum, (sie) in die Grundlagen der modernen Menschenführung einzuweisen, sie ... in die Bereiche der Psychologie einzuführen und sie insbesondere mit dem breiten Spektrum aller allgemeinpolitischen Fragen für die späteren Diskussionen vorzubereiten. ... Im Ergebnis kann heute rückschauend gesagt werden, daß die ersten erfolgreichen Einsätze nicht nur verblüffend auf die Teilnehmer an großen ‚Kampfdemonstrationen' wirkten, sondern auch von Anfang an den Effekt erzielten, daß sie die große Masse der Mitläufer von solchen Rädelsführern trennten, die es auf die Eskalation der Gewalt angelegt hatten." (Daß es auch zu den Praktiken der „Gruppe 47" gehörte, wie diese mit langen Haaren in Zivil auftretende Truppe bald hieß, sich an eben der Stelle, wo Pflastersteine geworfen wurden, in Diskussionen einzumischen, um hernach bei Festnahmen als Zeugen zu dienen, bleibt bei Hübner unerwähnt.)

Ende der 60er Jahre gebar Hübner sodann das Aufklärungs- und Festnahmekommando, bestehend aus 250 Beamten der Schutz- und 50 der Kriminalpolizei. Die Tätigkeit „vollzog sich in Observationsgruppen, wobei die Aufklärung und die spätere Gelegenheit der Festnahme voneinander getrennt, aber von vorherein taktisch miteinander verknüpft wurden." Statt direkter Verhaftung, „was in der Regel zu einer Eskalation der Konfliktsituation führt", überfallen die A- und F-Kommandos Demonstranten in irgendeiner Nebenstraße lange nach der Demonstration oder „spätestens vor ihrer Haustür". „Eine weitere taktische Maßnahme bildete sich mehr und mehr aus in der rechtzeitigen und überzeugenden Darstellung der eingesetzten Kräfte der Polizei." Und als letzte Spezialität seiner Einsatzkonzeption nennt Hübner die Beweissicherung durch Dokumentation per Foto und Film, wobei die Schwierigkeit darin liegt, „daß Kameratrupps selbstverständlich das bevorzugte Ziel aggressiver Versammlungsstörer sind". Die große Sorge des Polizeipräsidenten besteht schließlich darin, den einfachen Polizisten für die Zwecke seiner Konzeption zu gewinnen. Aus einem Bericht über einen Einsatz nach dem Attentat auf R. Dutschke zitiert er: „Nachdem die jungen Beamten nach fast siebenstündigem Einsatz in ihre Unterkunft zurückgekehrt waren, sah man einige auf dem Bettrand sitzen, die weinten."

„weltweit einsetzbar"

z.rev. Die Volkswagenwerke haben einen geländegängigen VW-Bully mit Allradantrieb als Prototyp fertiggestellt, den sie in nächster Zeit an die Bundeswehr verkaufen werden. Außen hat sich der VW-Bus kaum geändert, die Karosserie bleibt fast die gleiche. Der Motor bleibt unverändert, bis auf eine sichere Benzinzufuhr. Nur unter dem Wagen ist einiges neu. Das Getriebe hat einen Anschluß für eine Kardanwelle nach vorn zum Differentialgetriebe. Einige Bleche, Verstrebungen und Schutzleitern sind an den Unterboden gekommen, um Motor, Getriebe und Kardanwelle zu schützen. Zur Bedienung des „Military-Busses" sind nur zwei Hebel dazugekommen: die Differentialsperre, der Hebel kann auch während der Fahrt umgelegt werden und die Antriebskraft wird gleichmäßig auf alle Räder übertragen; mit einer zweigeteilten Handbremse können die Hinterräder getrennt voneinander gebremst werden. Das ist es auch, warum sich die Volkswagen AG damit ein Geschäft ausrechnet und in der Bundeswehr darauf gewartet wird, daß der Wagen zum Einsatz kommt – mit wenigen Änderungen ist aus dem VW-Transporter ein geländegängiger Kleintransporter (vielverwendbar z.B. als Mannschaftswagen oder mit Pritschenaufbau als Nachschub- oder Wartungswagen) geworden. An alte Traditionen wird bei diesem Fahrzeug geknüpft. Die ersten Serienproduktionen des VW-Käfers gingen Hand in Hand mit dem VW-Kübelwagen. – Da die Bedienung des Geländetransporters gegenüber dem normalen VW-Bus sich nur kaum geändert hat, kann in kürzester Zeit jeder Autofahrer auf dem Wagen eingewiesen werden. Oder bleibt z.B. mal ein „Military-Bully" mit Motorschaden stecken, so kann

deren VW-Bus umgebaut werden. Mit seinen vielfachen Verwendungsmöglichkeiten eignet sich der VW-Allrader hervorragend als Kriegsfahrzeug. Es wird ausdrücklich in dem Heft „Kampftruppen" 4/79 hervorgehoben, daß „der Geländetransporter sich weltweit auf einen eingearbeiteten Kundendienst mit Ersatzteilversorgung abstützen kann" und daß mit dem „luftgekühlten Motor der Geländetransporter geographisch weiterhin weltweit einsetzbar ist". 5 Millionen VW-Transporter in allen Ausführungen sind im Laufe der Jahre produziert worden, in fast allen Erdteilen gibt es VW-Werke mit eigenen Produktionsanlagen.



VW-Bus, umgerüstet als Militärfahrzeug mit Allrad-Antrieb.

Imperialistische Erpressung und Krieg zur Klärung des Seerechts

Die Dritte Welt hält an ihren Forderungen auf der UNO-Seerechtskonferenz fest / Carter lanciert Kriegsschiffe

z.evd. Seit 19.7. bis 24.8. findet in New York die 9. Verhandlungsrunde der UNO-Seerechtskonferenz statt. Die Länder der Dritten Welt halten seit Beginn der Konferenz 1973 an ihren gerechten, damals in der OAU, heute in der Gruppe der 77 erklärten Forderungen fest. Die beiden wichtigsten sind die Festlegung der Seegrenzen der Küstenstaaten und die Errichtung einer Internationalen Meeresbehörde.

Die Seegrenzen sollen so festgelegt werden: 1. Innere Gewässer (Buchten etc.); 2. Ausdehnung der Hoheits- und Territorialgewässer von drei auf zwölf Seemeilen (sm) (Gewährleistung des Rechts auf friedliche Durchfahrt); 3. Anschlußzone bis 50 sm; 4. Fischereizone bis 100 sm; 5. Wirtschaftszone bis 200 sm, in der die Kontrolle der Nutzung der Meeresschätze dem Küstenstaat untersteht. Für die daran anschließende Hohe See soll eine Internationale Meeresbehörde die ausschließliche Kontrolle über die Erschließung, Nutzung und Verteilung der Meeresschätze haben; jedes Land soll in ihr eine Stimme haben; finanzieren soll sie sich durch Aufstockung der erzielten Gewinne aus der Produktion.

Die Imperialisten setzen diesen Forderungen erbitterten Widerstand entgegen. Wenn auch den US-Imperialisten die Zustimmung zur 200-Meilen-Zone leichter ankommt als den BRD-Imperialisten, weil jene eine wesentlich größere Küste und Besitzungen im Pazifik und in der Karibik haben, setzt die US-Supermacht jedoch wie alle anderen Imperialisten auf Erpressung und Krieg zur Regelung des Seerechts. Carter hat seinen Kriegsschiffen jetzt Anweisung gegeben, ihre Manöver, die sie bisher hinter der 12-Meilen-Zone vollführt haben, auszudehnen bis auf die 3-Meilen-Grenze. Die Kapitäne der Kriegsschiffe sollen zwar nicht rabiat vorgehen, aber aufhalten sollen sie sich auch nicht lassen. Zurückziehen würden sich die Kriegsschiffe erst, wenn ansonsten die Freiheit der Meere gewährleistet wird. Mit dieser militärischen Provokation macht Carter einen weiteren Schritt zum Krieg und will er der Forderung der Imperialisten auf der Seerechtskonferenz Gewicht verschaffen: Freiheit der Meere gleich uneingeschränktes Zugriffsrecht auf die Reichtümer und uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für die Operationen der Imperialisten auf den Meeren; Sperrminorität für die Imperialisten in der Internationalen Meeresbehörde; Zulassung von Verträgen zur Tiefseenutzung, die nicht unter der Kontrolle der Behörde stehen; Finanzierung der Behörde derart, daß sie von den Imperialisten abhängig würde.

Die Imperialisten wollen nicht verzichten auf die Fischbestände, die sie sich aus den Küstenzonen von anderen Staaten holen. Sie wollen nicht die Verfügungsgewalt über die riesigen Rohstoffvorkommen in der Tiefsee in der Hand der Völker der Welt sehen, sie wollen sich die Rohstoffe aneignen, um die rohstoffproduzierenden Länder unter Druck setzen zu können und sich Ersatz für die auf dem Festland teils völlig ausgeraubten Rohstoffquellen zu beschaffen. 156,3 Mio. DM gibt die Bundesregierung 1979 für Meeresforschung aus. 144,9 Mio. Tonnen Güter über die See, 5731 Stapelläufe von Handelsschiffen über 100 BRT 1975 – 77, dieses Geschäft wollen sich die BRD-Imperialisten genausowenig wie all die anderen entgehen lassen. Die Dritte Welt fordert einen Anteil am Seehandel, beruht doch auf der Ausplünderung *ihrer* Rohstoffquellen das Monopol der Imperialisten. Die strategischen Interessen – überall mit Kriegsschiffen präsent zu sein; freie Durchfahrt durch Meerengen; Durchführung von Atomversuchen – wollen sich die Imperialisten nicht gefährden lassen. Wo sie doch gerade ihre Manöver im südostasiatischen Raum durchführen und wo die US-Imperialisten sich gerade in den Küstengewässern Mexikos rumtreiben dürfen.

Um für diese Interessen Erpressungen durchzuführen und Zeit für Kriegsvorbereitungen zu gewinnen, zögern die Imperialisten den Abschluß der UN-Seerechtskonferenz hinaus. Auf der Konferenz wird ihnen eine entscheidende Spaltung der Völker der Dritten Welt nicht gelingen. Der Beobachter der Konferenz Dr. Geldern (CDU) stellt mit Blick auf Schmidt fest: „Ich glaube, der oberste Lotse der Nation kann inzwischen auch das Wort ‚Seerechtskonferenz' nicht mehr hören." Die imperialistische Presse hüllt sich in Schweigen. Nach „De Tijd", einer belgischen Wirtschaftszeitung, wird angeblich ein Kompromiß beraten bezüglich der 200-Meilen-Zone, bei dem auch die Länder ohne viel Küste berücksichtigt werden sollen. Bezüglich der Meeresbehörde haben die Länder der Dritten Welt die Imperialisten anscheinend in Zugzwang gebracht, indem sie vorgeschlagen haben, für Abstimmungen statt eine erforderliche Mehrheit von drei Vierteln eine von zwei Dritteln zu beschließen. Die Länder der Dritten Welt haben das Ende der Konferenz noch dieses Jahr gefordert und angedroht, durch schlichte Beschlußfassung die Sache zu entscheiden. Auf dem Meer wäre der Kampf damit noch nicht entschieden.



Forschungsschiff „Deepsea Miner II" (USA). Ausgerüstet um den Imperialisten die Verfügung über die Manganknollen der Tiefsee zu sichern.

Malayas Befreiungsarmee weitet den Kampf in den Süden aus

z.mat.Sydney. Über 860 Soldaten der malayischen Armee und 25 Agenten des Feindes konnten 1978 in 230 bewaffneten Aktionen der Nationalen Befreiungsarmee Malayas MNLA getötet werden, meldete der Radiosender „Stimme der Malayischen Revolution" zur Jahreswende 1979. Fünf Hubschrauber wurden zerstört, neun wurden beschädigt, zwölf Lastwagen, drei Jeeps und vier weitere Transportfahrzeuge wurden zerstört, zwei Panzer außer Gefecht gesetzt. Diese Erfolge des Befreiungskampfes, die dem Feind schwerere Schäden zufügten als alle Aktionen des Jahres 1977, zeigen den Vormarsch der MNLA.



Malaysisches Militär übt das Schießen auf eine (gestellte) Demonstration in Nord-Kalimantan.

Die schwersten Schläge konnte die MNLA den Regierungstruppen in den nördlichen Grenzprovinzen zufügen, wo mehrere Bataillone ständig im Kampf gegen die Guerillas eingesetzt sind. Unter der Anleitung der Kommunistischen Partei Malayas hat die MNLA dort im vergangenen Jahr mehrere erfolgreiche Erziehungskampagnen durchgeführt und damit den Aufbau einer selbständigen Verwaltung des Volkes in den Kampfgebieten beginnen können. Die wichtigste Entwicklung des Jahres 1978 war die Ausweitung des Kampfes auf die zentralen und südlichen Provinzen. Die im Bau befindliche Ost-West-Straße in der zentralen Provinz Kelantan war mehrfach das Ziel erfolgreicher Operationen. Die Regierung, die den Plan, beiderseits der Straße einen kilometerbreiten Streifen freies Terrain in den Dschungel roden zu lassen, aufgeben mußte, hat jetzt Reservisten zur ständigen Bewachung der Straße herangezogen.

Auch in den nördlichen Provinzen setzt sie immer größere Teile der 26000 Mann starken Reserve ein, weil es ihr nicht gelingt, genügend Freiwillige für eine geplante weitere Division zu rekrutieren. Inzwischen werden bereits Aktionen aus den Südprovinzen und um die Hauptstadt Kuala Lumpur gemeldet.

Der Siedlerstaat Israel rüstet für den nächsten Waffengang

z.pel. Ramallah, Westjordanien, im Juli: Der Bürgermeister des Ortes erklärt vor einem von den israelischen Besatzungstruppen völlig zerstörten Haus: „Die Israelis haben 20000 Häuser seit 1967 verwüstet. Was neu ist, ist das förmliche Verbot für jedermann, seine Meinung zu äußern. Deshalb sind in Ramallah seit drei Monaten sechs Schulen geschlossen, 100 Lehrer und 600 Schüler sind in umliegende Dörfer gebracht worden. Die Bürgermeister von Westjordanien dürfen sich nicht versammeln. Nach Camp David wollen sie uns eine Autonomieregelung aufzwingen, während wir einen selbständigen Staat unter Führung der PLO fordern." Den Rücken frei durch die Unterwerfung Sadats unter das Camp-David-Abkommen, verschärft das Siedlerregime die Unterdrückung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten enorm. Wiedereinführung der Todesstrafe, dauernde abendliche Ausgangssperre, Reiseverbote und weitere Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit sollen helfen, die PLO von den Massen abzuschnüren. Der sogenannte Autonomieplan ist das Kernstück dieser Politik.

Vor wenigen Tagen hat Begin dessen Bestandteile erläutert: Die israelische Regierung bleibt oberste Autorität; die jüdischen Siedlungen bleiben unter israelischer Verwaltung, das Recht der Juden, sich im autonomen Gebiet niederzulassen, wird erhalten; israelische Streitkräfte werden in bestimmten Sektoren konzentriert; Israel ist verantwortlich für Verwaltung und Nutzung des Wassers.

Generalstabschef Eitan: „Bewaffnete Siedlungen bringen der Region mehr Sicherheit als Armeebasen." Es handelt sich um Kriegsrüstung, Westjordan soll nach Zerstörung der PLO Aufmarschgebiet gegen Syrien und Jordanien werden. Der US-imperialistische Militärkredit des Camp-David-Abkommens von 2,2 Mrd. Dollar finanziert das Unternehmen zu großen Teilen. Den Rest pressen die Zionisten aus der enorm verschärften Ausplünderung v.a. der arabischen und orientalisch-jüdischen Bevölkerung. Preissteigerungen bei Lebensmitteln von 70% in den letzten Wochen, Wegsteuerung von knapp 50% des Lohns der Araber für Sozialabgaben, die direkt der Bank von Israel zufließen, Auszahlung der Löhne nach drei Monaten, Lohnunterschiede von monatlich ca. 3500 Pfund für europäische Juden über 2200 für orientalische Juden bis 1500 Pfund für Araber.

Dritter Nationalkongreß der mexikanischen

Der Siedlerstaat Israel rüstet für den nächsten Waffengang

z.pel. Ramallah, Westjordanien, im Juli: Der Bürgermeister des Ortes erklärt vor einem von den israelischen Besatzungstruppen völlig zerstörten Haus: „Die Israelis haben 20000 Häuser seit 1967 verwüstet. Was neu ist, ist das förmliche Verbot für jedermann, seine Meinung zu äußern. Deshalb sind in Ramallah seit drei Monaten sechs Schulen geschlossen, 100 Lehrer und 600 Schüler sind in umliegende Dörfer gebracht worden. Die Bürgermeister von Westjordanien dürfen sich nicht versammeln. Nach Camp David wollen sie uns eine Autonomieregelung aufzwingen, während wir einen selbständigen Staat unter Führung der PLO fordern." Den Rücken frei durch die Unterwerfung Sadats unter das Camp-David-Abkommen, verschärft das Siedlerregime die Unterdrückung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten enorm. Wiedereinführung der Todesstrafe, dauernde abendliche Ausgangssperre, Reiseverbote und weitere Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit sollen helfen, die PLO von den Massen abzuschnüren. Der sogenannte Autonomieplan ist das Kernstück dieser Politik.

Vor wenigen Tagen hat Begin dessen Bestandteile erläutert: Die israelische Regierung bleibt oberste Autorität; die jüdischen Siedlungen bleiben unter israelischer Verwaltung, das Recht der Juden, sich im autonomen Gebiet niederzulassen, wird erhalten; israelische Streitkräfte werden in bestimmten Sektoren konzentriert; Israel ist verantwortlich für Verwaltung und Nutzung des Wassers.

Generalstabschef Eitan: „Bewaffnete Siedlungen bringen der Region mehr Sicherheit als Armeebasen." Es handelt sich um Kriegsrüstung, Westjordan soll nach Zerstörung der PLO Aufmarschgebiet gegen Syrien und Jordanien werden. Der US-imperialistische Militärkredit des Camp-David-Abkommens von 2,2 Mrd. Dollar finanziert das Unternehmen zu großen Teilen. Den Rest pressen die Zionisten aus der enorm verschärften Ausplünderung v.a. der arabischen und orientalisch-jüdischen Bevölkerung. Preissteigerungen bei Lebensmitteln von 70% in den letzten Wochen, Wegsteuerung von knapp 50% des Lohns der Araber für Sozialabgaben, die direkt der Bank von Israel zufließen, Auszahlung der Löhne nach drei Monaten, Lohnunterschiede von monatlich ca. 3500 Pfund für europäische Juden über 2200 für orientalische Juden bis 1500 Pfund für Araber.

Dritter Nationalkongreß der mexikanischen Indianer gegen Landraub, für nationale Rechte

z.scc. Das Hamburger Magazin beweist Riecher. In der letzten Ausgabe ergießt „Spiegel"-Redakteur Ortlepp seine „Touristen"eindrücke von einer „Expedition" durchs „Niemandsland", die Urwälder der südmexikanischen Provinz Chiapas. Natürlich hat er seine Begegnung mit den „Niemands", den indianischen Urwaldbauern: „Im Grunde wirkten sie ... wie wandelnde Exponate in einem völkerkundlichen Freilichtmuseum". Keine harmlosen „Exponate" freilich, läßt er den Leser wissen, sondern solche, die um ein paar schnöde Maisfelder den Urwald verwüsten und den Boden auslaugen.

Die spanischen Kolonialisten hatten den Widerstand der indianischen Völker in den tropischen Wäldern Südmexikos zu keiner Zeit brechen können. Als sie ab 1530 auch nach Chiapas mit Feuer, Schwert und Kreuz einbrachen, entfalteten die Indianer einen jahrzehntelangen Guerillakrieg. Noch 1697 existierten hier unbesiegte, unabhängige Indianergebiete. 1847, die Kette der Aufstände riß nicht ab, erhoben sich erneut die Maya-Indianer der angrenzenden Halbinsel Yucatan gegen den weißen Großgrundbesitz, den Landraub, die Zwangsarbeit. Nur teilweise konnten die Großgrundbesitzer ihren Aufstand niederschlagen: Zehntausende Indianer zogen in einem langen Marsch in den Urwald von Quintana und gründeten dort unabhängige Indianerstaaten, die sich erst während der nationaldemokratischen Revolution 1910/1917 in den modernen mexikanischen Staat eingliederten. Heute ist Chiapas die Hochburg der revolutionären Bewegung der indianischen Bauern Mexikos, die einen mächtigen Aufschwung nimmt – für den „Spiegel" Grund genug, seinen Redakteur auf den Pfaden der spanischen Kolonialisten wandeln zu lassen. Während dieser „Freilichtmuseums"indianer suchte, forderten auf dem Dritten Nationalkongreß der Indianer vom 24. – 26. Juli in Mexiko City 5000 Delegierte der indianischen Völker, vor allem der Zapoteken, Mixteken, Mazateken aus dem Bergland Chiapas', der Nahua, Otomi, Totmaken, Huaxteken, Tarasken aus dem zentralmexikanischen Hochland, dem fortgesetzten Raub indianischen Landes durch die Großgrundbesitzer ein Ende zu setzen, sowie das Recht auf eigene Sprache und Kultur.



Plakat der Gewerkschaft der indianischen Landarbeiter Panamas.

Chilenische Kupferarbeiter im Kantinenstreik

Neue Arbeitsgesetze / Rückgabe an imperialistische Monopole weitgehend abgeschlossen

z.rua. Anfang 1979 lag der Reallohn der chilenischen Arbeiter um 2% unter dem Stand von 1970. Allein im letzten Jahr stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mehl, Kartoffeln und Käse um 50%. Der Brotpreis stieg um 80%, sein Konsum ist seit 1976 um 25% gesunken. Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 30% im Jahre 1978 stiegen die Löhne der Arbeiter in den Kupferminen um 5%. Ihr Durchschnittslohn betrug im September 1978 3478 Pesos (knapp 100 $), wobei die Preise mit denen der USA vergleichbar sind.

Die Pinochet-Junta betreibt im Auftrag der US-Imperialisten die Entrechtung und Verelendung der chilenischen Arbeiter. Mit der Zerschlagung des Gewerkschaftsverbandes CUT und der Einsetzung von Regierungs„gewerkschaften" hat sie die Grundlage geschaffen, die Arbeiter sämtlicher gewerkschaftlicher Rechte zu berauben. Mit Versammlungs-, Streik- und Organisationsverbot will sie ihr erklärtes Ziel, die Löhne zu senken, um die Profite mehr sprudeln zu lassen, durchsetzen. Bei drastisch schwindender Reproduktionsbasis der Arbeiter wurde ihre Ausbeutung immer mehr intensiviert, das jährliche Industriewachstum beträgt durchschnittlich 10%.

Ende 1978 war die Reprivatisierung von 487 der insgesamt 500 von der Unidad Popular in den Jahren 1970 bis 1973 verstaatlichten Betriebe durchge-

erwarb für 26 Mio. $ die beiden größten petrochemischen Betriebe des Landes, der Reifenkonzern Goodyear für 34 Mio.$ die Reifenfabrik Insa. Gegenwärtig stehen von den restlichen 13 noch nicht reprivatisierten Betrieben acht mit Mehrheitsbeteiligung und fünf mit Minderheitsbeteiligung zur Ausschreibung an ausländische Konzerne offen, unter anderem ein Molybdänwerk, für das sich die westdeutsche Fried. Krupp AG interessiert. Ende Juni weilte das Mitglied des Krupp-Vorstandes Barich in Chile, um die „althergebrachten Beziehungen zu zementieren" und Investitionsmöglichkeiten zu prüfen.

Ausländische Investitionen in Chile (1974 – 1978)

Land	Zahl	Wert (Mio.$)
USA	91	1646,889
Kanada	11	607,607
BRD	25	44,440
Großbrit.	23	18,550
Frankreich	9	11,440
Japan	4	2,061

Einhergehend mit der Reprivatisierungen wurden Massenentlassungen in großem Umfang vorgenommen. So wurde z.B. die Zahl der Automobilarbeiter von 1973 (12000) auf 2000 im Jahre 1978 reduziert, die Zahl der Eisenbahnarbeiter sank von 26000 auf 18000. Die durchschnittliche Arbeits-

schaften zeigen sich Risse. Im Herbst letzten Jahres traten die Kupferarbeiter der Chuquicamata-Mine, die im Besitz der Anaconda Corp. ist, für eine Lohnforderung von 50% in einen Kantinenstreik. Gegen ihren Kampf verhängte die Junta den Belagerungszustand über die Mine und erzwang durch Militäreinsatz die Wiederaufnahme der Produktion. Statt der geforderten Lohnerhöhungen wurde ein Produktivitätsbonus durchgesetzt, der die Erhöhung der Löhne individuell von der Steigerung der Produktion abhängig macht.

Am 1. Mai dieses Jahres demonstrierten mehr als 10000 Arbeiter in Santiago gegen die Junta; diese Demonstration war die größte seit dem Putsch von 1973. Im Juni stellte die 30000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Kupferarbeiter ihre Lohnforderung auf. Neben der sofortigen Lohnerhöhung von 30% wird eine rückwirkende Zahlung von 10000 Pesos gefordert, um die in den letzten Jahren entstandenen Lohnsenkungen wenigstens zum Teil auszugleichen. Ende letzten Monats schloß sich die ebenfalls 30000 Mitglieder zählende Gewerkschaft der Kohle-, Eisen-, Nitrat- und Zementarbeiter diesen Forderungen an. Die Arbeiter der größten Papierfabrik des Landes setzten mit einer Streikdrohung die Auszahlung von 4000 Pesos Nachzahlung und die Wiedereinstellung von 15 entlassenen Arbeitern durch.

Den erstarkenden Zusammenschluß der Arbeiter will die Junta mit neuen Arbeitsgesetzen, die am 1. Juli in Kraft traten, brechen. Formal wird den Arbeitern das Streik- und Versammlungsrecht zugestanden. Tatsächlich ändert sich jedoch nichts an den bestehenden Unterdrückungsgesetzen. Für die Bereiche, die „das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben des Landes tangieren" – also praktisch alle – gilt nach wie vor das Verbot von Streiks. Das Recht, sich zu versammeln, haben die Arbeiter nur außerhalb der Arbeitszeit und in gewerkschaftseigenen Räumen. Auf den Versammlungen dürfen nur „Arbeits- oder Gewerkschaftsfragen" behandelt werden, Militärposten der Junta überwachen den Ablauf. Gewerkschafter, die ohne Genehmigung der Regierung Versammlungen einberufen oder gegen die obigen Gesetze verstoßen, werden nach den neu verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzen verfolgt und bis zu 540 Tage ohne Begründung inhaftiert.

Die Kupferarbeiter bilden die Hauptkraft des Kampfes gegen die Junta. Ihr Streik trifft die Wirtschaft des Landes, dessen Exporterlöse zu ¾ auf Kupfer entfallen, ins Mark. Die Gewerkschaft der Kupferarbeiter hat die neuen Arbeitsgesetze zurückgewiesen. Die Arbeiter der Kupfermine El Teniente sind gegen die reaktionäre



Der Klassenzusammenhalt der chilenischen Arbeiter konnte von den Faschisten nicht zerschlagen werden.

führt. In den Schlüsselzweigen der Industrie, im Kupferbergbau, der Energieversorgung und im Transportwesen haben sich US-imperialistische Gesellschaften festgesetzt. Praktisch für ein Butterbrot haben sie sich in die Hauptzweige der Wirtschaft eingekauft. Die Exxon Corp. erstand im Januar 1978

losenrate beträgt 15%, in den südlichen Provinzen des Landes erreicht sie 50%. 1978 wurde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Kraft gesetzt, nach dem 50% aller in den öffentlichen Bereichen Beschäftigten zu Löhnen bezahlt werden, die noch unter dem offiziellen Mindestlohn von 2000 Pesos

von 487 der insgesamt 500 von der Unidad Popular in den Jahren 1970 bis 1973 verstaatlichten Betriebe durchge-

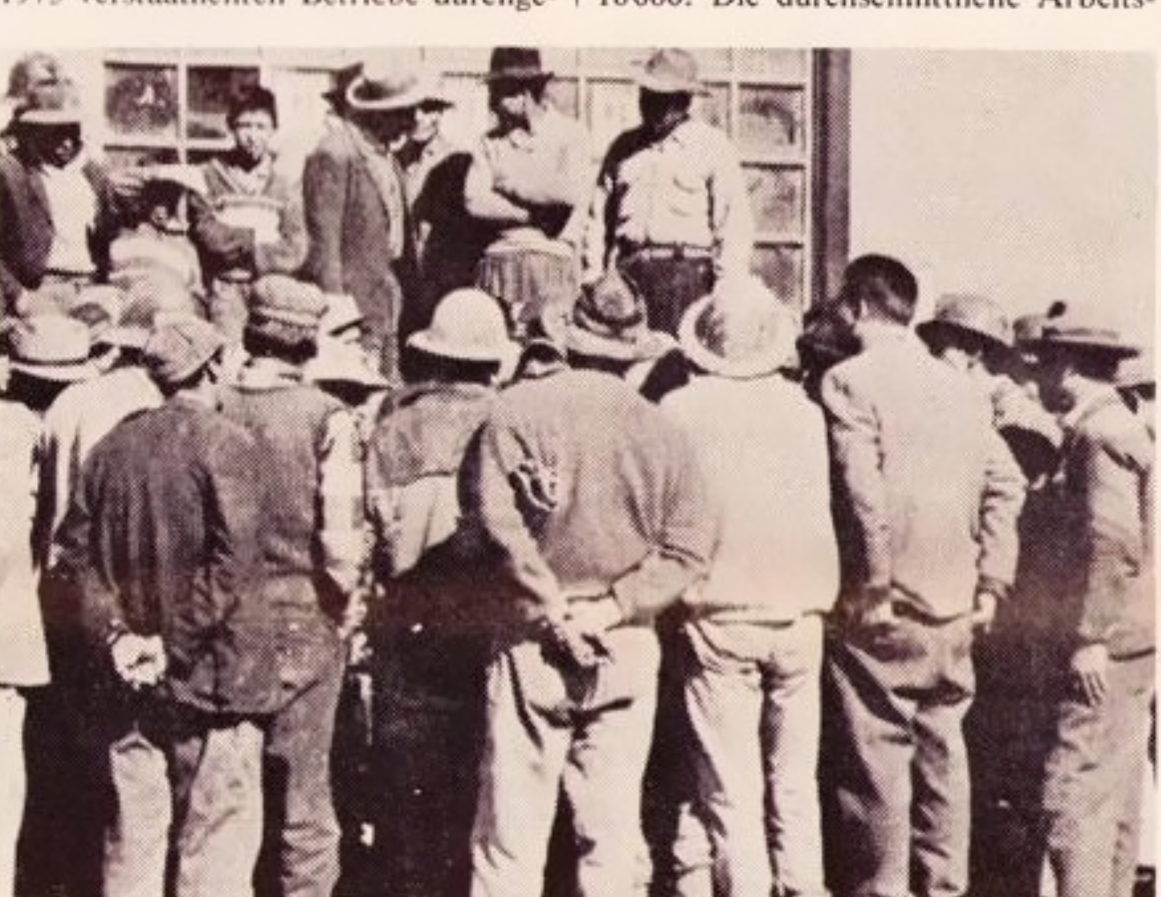
Jahre 1978 reduziert, die Zahl der Eisenbahnarbeiter sank von 26000 auf 18000. Die durchschnittliche Arbeits-

hting die Auszahlung von 4000 Pesos Nachzahlung und die Wiedereinstellung von 15 entlassenen Arbeitern durch.

Den erstarkenden Zusammenschluß der Arbeiter will die Junta mit neuen Arbeitsgesetzen, die am 1. Juli in Kraft traten, brechen. Formal wird den Arbeitern das Streik- und Versammlungsrecht zugestanden. Tatsächlich ändert sich jedoch nichts an den bestehenden Unterdrückungsgesetzen. Für die Bereiche, die „das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben des Landes tangieren" – also praktisch alle – gilt nach wie vor das Verbot von Streiks. Das Recht, sich zu versammeln, haben die Arbeiter nur außerhalb der Arbeitszeit und in gewerkschaftseigenen Räumen. Auf den Versammlungen dürfen nur „Arbeits- oder Gewerkschaftsfragen" behandelt werden, Militärposten der Junta überwachen den Ablauf. Gewerkschafter, die ohne Genehmigung der Regierung Versammlungen einberufen oder gegen die obigen Gesetze verstoßen, werden nach den neu verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzen verfolgt und bis zu 540 Tage ohne Begründung inhaftiert.

Die Kupferarbeiter bilden die Hauptkraft des Kampfes gegen die Junta. Ihr Streik trifft die Wirtschaft des Landes, dessen Exporterlöse zu ¾ auf Kupfer entfallen, ins Mark. Die Gewerkschaft der Kupferarbeiter hat die neuen Arbeitsgesetze zurückgewiesen. Die Arbeiter der Kupfermine El Teniente sind gegen die reaktionäre

Arbeitsgesetzgebung und für die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen in den Kantinenstreik getreten. Mit den anderen Gewerkschaften des Landes wurden Beratungen durchgeführt, wie die Arbeitsgesetzgebung zu Fall gebracht und die gewerkschaftlichen Rechte erkämpft werden können. Ein nationaler Streik wird vorbereitet.



Der Klassenzusammenhalt der chilenischen Arbeiter konnte von den Faschisten nicht zerschlagen werden.

führt. In den Schlüsselzweigen der Industrie, im Kupferbergbau, der Energieversorgung und im Transportwesen haben sich US-imperialistische Gesellschaften festgesetzt. Praktisch für ein Butterbrot haben sie sich in die Hauptzweige der Wirtschaft eingekauft. Die Exxon Corp. erstand im Januar 1978
die Kupfermine La Disputada mit einer jährlichen Förderung von 37000 t. Kupfer für 109 Mio. $. Die US-Gesellschaft Anaconda erwarb für 20 Mio. $ die Kupfermine Los Pelambres mit geschätzten Reserven von 409 Mio.t., an den vier größten Kupferminen sicherte sie sich die Aktienmehrheit. Die Diamond Shamrock Corp.

losenrate beträgt 15%, in den südlichen Provinzen des Landes erreicht sie 50%. 1978 wurde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Kraft gesetzt, nach dem 50% aller in den öffentlichen Bereichen Beschäftigten zu Löhnen bezahlt werden, die noch unter dem offiziellen Mindestlohn von 2000 Pesos
pro Monat liegen.

Trotz des massiven Drucks, der durch die industrielle Reservearmee ausgeübt wird, und trotz der Unterdrückungsgesetze der Junta verstärken die Arbeiter den Kampf gegen die zunehmende Verelendung. Selbst in den Reihen der Regierungsgewerk-

Iran: Weitere Schritte gegen imperialistische Umklammerung

z.elb. Ende Juli löste die iranische Regierung die Lieferverträge über 13 Mrd. m³ Erdgas an die BRD, Frankreich, Österreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion. Gegen Lieferung von 2 Mrd. m³ Erdgas vom Iran wollten die Sozialimperialisten dafür eine neue Pipeline durch die Sowjetunion bauen. Iranische Erdgaslieferungen werden künftig auf die nach Deckung des eigenen Bedarfs hinausgehende Produktion beschränkt.

Am letzten Freitag löste der Iran die Verträge mit der BRD über die Lieferung von U-Booten und den Ausbau des Hafens von Buschihr, wodurch den BRD-Imperialisten ein Geschäft in Höhe von 10 Mrd. DM geplatzt ist. Gleichzeitig ließ die iranische Regierung die KWU wissen, daß sie einen Teil der für zwei unfertige Kernkraftwerke gezahlten rund 6 Mrd. DM zurückfordert und die von der KWU verlangte weitere Milliarde *nicht* zahlen wird. Mit der einseitigen Kündigung des Vertrages durch die KWU läßt sich die iranische Regierung nicht erpressen. Dazu Friedhelm Ost im ZDF: „Solange das politische und wirtschaftliche Chaos anhält..., wird die deutsche Wirtschaft den Iran als Partner weitgehend abschreiben müssen."

Vom Finanzkapital diktiert: Der belgische Haushalt 1980

z.elb.Brüssel. Es sei die Aufgabe der Nationalbank, die Stabilität des Franc zu sichern, in diesem Fall, der Regierung „Ratschläge" zu geben. Das teilte der Gouverneur der belgischen Nationalbank Finanzminister Geens einige Tage vor der Verabschiedung des Haushalts 1980 in einem Brief mit. Daß die „Ratschläge" befolgt würden, dessen konnte er sich sicher sein: Mit einer Staatsschuld von 89 Mrd. DM 1978, die sich in diesem Jahr noch erhöht, hat das Finanzkapital den Staat fest in der Hand. Die Staatsverschuldung wird sich 1980 gegenüber 1976 mit ca. 14900 DM pro Einwohner fast verdoppeln. In der EG-Rangliste steht der belgische Staat damit unangefochten an erster Stelle, gefolgt von Großbritannien mit ca. 6300 DM und Westdeutschland mit ca. 4700 DM pro Einwohner 1976. – Der Brief hat seine Wirkung getan: Von ursprünglich 6,3 Mrd. DM soll die Neuverschuldung um 1,1 Mrd. DM gesenkt werden. Während die Zinszahlungen an die Banken auf 3,6 Mrd. DM angeschwollen sind, will der Staat rund 1,32 Mrd. DM pro Jahr durch weitere Erhöhung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel um 12%, durch die Einführung von Autobahngebühren – wobei dann gleich Umgehungsstraßen zu Autobahnen erklärt werden –, durch Erhöhung der Benzinsteuer, durch drastische Senkung der staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen bei den Volksmassen eintreiben. Pro Einwohner und Jahr wird das Finanzkapital so zusätzlich 134 DM kassieren – wenn es ihm gelingt.

„Kostendämpfung": Örtliche Gesundheitsbehörde abgesetzt

z.hef.London. Aufgrund des erheblichen Widerstands der Lohnabhängigen im staatlichen Gesundheitsdienst stößt die britische Regierung bei der Durchsetzung ihres Kostendämpfungsprogramms jetzt auch auf krachende Widersprüche im eignen Staatsapparat. Am 1. August hob Gesundheitsminister Jenkin die Befugnisse der Ge-

Preiserhöhungen in den RGW-Staaten

Schranken der Kapitalakkumulation und der Arbeitsintensivierung sollen fallen

z.krk. Hohe Preiserhöhungen verordnete die staatlich organisierte Kapitalistenklasse in den letzten Wochen in mehreren RGW-Ländern. In der Sowjetunion wurden Möbel und Autos, Speisen und Getränke in Restaurants teurer (25-45%). In der CSSR hat die neue Bourgeoisie die Preise für Benzin, Brennstoffe und Energie (um je 50%), und die Postgebühren erhöht. Die wohl drastischsten Maßnahmen hat die ungarische Bourgeoisie ergriffen.

Die Preise für Lebensmittel sind durchschnittlich um 20% angehoben worden. Innerhalb dessen der Preis für Brot um 50%, von 3 auf 5 Forint (Ft) für Mehl um 36%. Die Fleischpreise sind um durchschnittlich 30% erhöht worden, ein kg mageres Schweinefleisch kostet jetzt 80Ft, 1kg Wurst 126 Ft. Geflügel ist um 8% teurer, 1 l Milch kostet 6 Ft, 20% mehr als zuvor. Konserven undTiefkühlkost werden um 18% teurer, Salz, Essig, Paprikapulver kosten ebenfalls mehr. Kohle wird um 25%, Heizöl um 30%,Gas um 20% teurer, Fernheizung und Warmwasserlieferung kosten um 40%, Strom um 51% mehr. Teurer werden außerdem: Baumaterialien, Möbel, Schuhe und Lederwaren, Wasch- und Putzmittel, Pkws, Wäschereien, Reinigungen, Theater- und Kinokarten.

Die Preiserhöhungen umfassen fast alle Bereiche der Reproduktion der Volksmassen. Um sie überhaupt durchsetzen zu können, werden auf Löhne und Gehälter Zuschläge gezahlt: 180 Ft im Monat, für Beschäftigte in der Landwirtschaft 140 Ft (mit der Begründung, sie würden sich um Teil selbst mit Lebensmitteln versorgen.), Rentner erhalten ebenfalls 180 Ft, das Kindergeld wird pro Kind um 130 Ft erhöht, die Bezahlung während des Mutterschaftsurlaubs um 180 Ft. Eine ähnliche Maßnahme gab es auch in der CSSR. Niedrigstrenten wurden pro Person von 600 Kcs auf 780 Kcs erhöht, das Kindergeld von 90 auf 140 Kcs bei einem, von 430 Kcs auf 530 Kcs für 2 Kinder.

Die ungarische Bourgeoisie hat inzwischen auch offen zugegeben, daß die Reallöhne in diesem Jahr sinken werden, und besondere Einbrüche erwartet sie bei den Rentnern. In einem Interview mit Népszabadság, dem Zentralorgan der USAP,am 3.8. erklärt ein Lastwagenfahrer der LPG Jászfényszaru: ,,Wir verbrauchen täglich 5-6 l Milch, 3 kg Brot, 60 g Zucker, im Monat 4-5 kg Schweineschmalz, 8-10 Packungen Nudeln und viel Butter und Käse. Wenn das alles berücksichtigt wird, mitsamt der Stromkosten, werden die monatlichen Ausgaben der Familie um 1000 Ft höher sein, als vor der Preiserhöhung ... Mit meiner betagten Mutter wohnen wir zu siebt in 2 Zimmern in einem Haushalt ... für die Kinder bekommen wir insgesamt 390 Ft, mir geben sie 140 Ft, meinem mit uns lebenden, arbeitenden Sohn 180 Ft und soweit ich weiß, können wir für meine Mutter nochmals 180 Ft beantragen. Alles zusammen ergibt 890 Ft, das wäre soweit in Ordnung, aber in dieser Rechnung sind die Schuhe noch nicht drin. Und natürlich das Heizmaterial auch nicht." Ein 77jähriger Rentner derselben LPG berichtet: ,,... jetzt bekomme ich 1210 Ft Rente und von nun an 180 Ft mehr. ... Mich treffen die Preiserhöhungen stärker als die Jüngeren. Vor allem das teurere Brot, Fleisch, Heizmaterial und Strom. Vielleicht werden die 180 Ft ja reichen."

Die ungarische Bourgeoisie hat die Preise erhöht, weil sie keine oder nur noch geringe Subventionen auf die Preise von Lebensmitteln zu zahlen bereit ist. Das Niveau der Aufkaufpreise war vor der Preiserhöhung höher als das der Verbraucherpreise. Vor 1956 hatte der Staat über die Lebensmittelpreise noch erhebliche Gewinne realisieren können, seit 1956, genau seit der Restauration des Kapitalismus in Ungarn zahlt sie Subventionen. 1957 ist das System der festgelegten Verkaufsquoten von landwirtschaftlichen Produkten an den Staat, eine Bedingung der sozialistischen Planwirtschaft,durch den freien Markt ersetzt worden. Zwischen 1958 und 1960 führte die ungarische Bourgeoisie unter der Parole der ,,sozialistischen Kollektivierung" mit einer seltenen Brutalität die Enteignung der Bauern durch. Im Ergebnis entstanden über 4500 LPG-s und an die 350 Staatsgüter, die die neue Bourgeoisie innerhalb kürzester Zeit in landwirtschaftliche Großbetriebe umzuwandeln strebte. Nichts zeigte besser, daß die neuen Kollektive auf Zwang, Unterdrückung und Ausbeutung beruhten, als daß die Produktivität der Arbeit, trotz der Vorteile der Kooperation und Arbeitsteilung rapide zurückfiel. Jede Erhöhung der Produktion mußte und muß heute noch mit unverhältnismäßig hohen Investitionen erkauft werden. Ab dieser Zeit fing die neue Bourgeoisie an zu den steigenden Lebensmittelpreisen Subventionen zu zahlen. Mit den Tributzahlungen an die Sozialimperialisten, die über Kunstdünger, Landmaschinen und Rohstoffe die landwirtschaftlichen Preise weiter erhöhten, wuchsen diese Subventionszahlungen immer mehr an. 1978 erreichten sie – zusammen mit Subventionen für Industrieprodukte – 40 Mrd. Ft.

Die ungarische Bourgeoisie war gezwungen, die Subventionen aus ihren Profiten wegzuzahlen, weil sie eine Lohnsenkung in der Höhe der Preissteigerungen nicht durchsetzen konnte. Die *Form* der Subvention war entschieden günstiger als die einer Preis- und Lohnerhöhung: sie hielt die Reproduktionskosten der Arbeiter und Bauern und damit die Löhne niedrig. Heute glaubt die Bourgeoisie die Früchte ihrer Politik ernten zu können, ohne den Lohnraub beim Namen zu nennen.

Die ungarische Landwirtschaft ist zwar im Stande die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Aber die Differenzierung unter den Genossenschaften ist groß: an die 400 gehören zu den ,,guten", die mit hohen Gewinnen arbeiten,(einige mit Gewinnen von 2, 3, oder gar 400%) aber 300 bis 400 Genossenschaften sind ,,schlecht", die ziemlich dauerhaft am Rande des Bankrotts stehen und in denen nicht mal die einfache Reproduktion gesichert ist. Die Maschinerie ist zu einem beachtlichen Teil veraltet, 60–80% der verwendeten Maschinerie und des Materials muß aus dem Ausland eingeführt werden. Die Futtermittelversorgung kann nicht aus eigener Kraft gesichert werden, jährlich muß Saatgut für10–15 Mio. $ importiert werden. Bisher hat sich an der Lage, daß Produktionssteigerungen nur durch erhöhte Investitionen zu erreichen sind, nichts geändert. Zwischen 1961 und 1973 stieg die Brutto-Produktion um 86%, der Materialverbrauch aber um 239%. Der Trend ist ungebrochen.

Die ungarische Bourgeoisie unternimmt auf dem Weltmarkt große Anstrengungen, um mit landwirtschaftlichen Exporten konkurrenzfähig zu werden. 23% der ungarischen Exporte machen Produkte der Lebensmittelindustrie aus, und dies muß gesteigert werden, um westliche Schulden abzutragen und den Verpflichtungen der SU gegenüber nachzukommen. Für 1979 erhofft die ungarische Bourgeoisie einen 20%-igen Anstieg der Deviseneinnahmen aus Fleischexporten. ⅔der sowjetischen RGW-Frischobstimporte und ½ der von dort eingeführten Gemüsekonserven kommt aus Ungarn.

Unter diesen Umständen will die Bourgeoisie unbedingt die Produktivität und vor allem die Intensität der Arbeit, d.h. den Grad der Ausbeutung erhöhen. Die Umwälzung der Produktionsanlagen ist erforderlich und ein Lohnsystem, das Arbeiter und Bauern zur höchstmöglichen Verausgabung ihrer Arbeitskraft zwingt. Dies gilt auch für die Industrie. Die Streichung der Subventionen erbringt all diese erwünschten Wirkungen für die Bourgeoisie: Die Schmälerung der Profite wird zugunsten der Kapitalakkumulation eingestellt, der Verbrauch von Fleisch und Getreide vermindert sich zugunsten des Exports, und ein von der Arbeitsleistung unabhängiger Lohnbestandteil verschwindet. Wie die Bourgeoisie sagt: ,,... ein Teil der Lasten der Volkswirtschaft soll der Bevölkerung nicht als *Verbraucher*, sondern als *Produzent* auferlegt werden." (Tàrsadalmi Szemle, theoretisches Organ der USAP, 2/79) Die Subventionen waren eine Schranke der Ausbeutung und der Kapitalakkumulation. Deswegen mußten sie fallen.

Preisentwicklung in Ungarn 1970-1979 (in Forint per kg/l)

Produkt	1970	1979
Schweinefleisch	34,00	80,00
Aufschnitt	36,00	56,00
Wurst	80,00	126,00
Milch	3,60	6,00
Schmalz	20,00	25,00
Mehl	4,60	6,60
Zucker	9,60	17,50
Dose Erbsen	11,00	15,80*)
Salz	2,30	3,80
Kaffee	160,00	230,00
Wein	14,50	26,10
Bier	8,40	10,40
Kohlen (1dz)	27,50	43,00*)
Gas (1m³)	1,45	2,10*)
Strom (1 kWh)	0,91	1,18*)
Benzin (Normal)	3,00	7,70
Benzin (Super)	–	11,50
Herrenhemd	69,00	–
Damenschuhe	182,00	–
Waschmittel	32,50	34,75*)

Die mit *) gekennzeichneten Preise sind aufgrund von Prozentangaben errechnet. Der Durchschnittslohn in der Industrie dürfte 1979 bei 3450 Ft liegen. 1 DM = 18 Ft.

Montage von Armaturenbrettern in Budapest für die Autofabrik an der Wolga. Die Bedingung für profitablen Export ist die Intensivierung der Arbeit, immer häufiger erzwungen durch Massenentlassungen. Alle Schranken des freien An- und Verkaufs der Ware Arbeitskraft sollen fallen.

Rumänien schützt sein Öl und festigt die Unabhängigkeit vom Sozialimperialismus

z.rua. Rumänien ist das einzige Land des RGW, das kein Erdöl aus der Sowjetunion importiert. Bis 1970 war es in der Lage, seinen Energieverbrauch aus der eigenen Produktion zu decken. Mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes stieg auch sein Energiebedarf. Erdöl ist neben Erdgas der wichtigste Energieträger. Die Produktionskapazitäten sind mit einer jährlichen Förderung von 14 Mio. t ausgeschöpft. 8 bis 10 Mio. t müssen zusätzlich importiert werden. Um die tiefere Abhängigkeit von den Sozialimperialisten zu vermeiden, deren Preise mittlerweile auf Weltmarktniveau liegen, importiert Rumänien Erdöl in konvertibler Währung vor allem aus dem Iran und Irak und Libyen.

Energiereserven der RGW-Staaten (1976)

Land	Kohle Mio.t.	Erdöl Mio.t	Erdgas Mrd. m³
Bulgarien	1120	–	–
CSSR	9850	2	0,015
DDR	30000	–	–
Polen	14860	8	0,142
Rumänien	1370	320	0,170
Ungarn	3680	131	–
UdSSR	1406400	10135	17,993

Anfang Juli wurden die Hauptrichtungen der Entwicklung des Landes festgelegt. Um den Aufbau der nationalen Wirtschaft zu beschleunigen, sollen die eigenen Energieressourcen verstärkt erschlossen und genutzt werden. Präsident Ceausescu erklärte ,,die Unabhängigkeit Rumäniens vom Standpunkt der Energie zu einem der Grundobjekte und forderte, Rumänien möge diesbezüglich nicht mehr vom Import abhängig sein." (Lumea, 13.7.79). Am 1. August trat ein Programm zur rationellen Nutzung von Energie in Kraft. Die Preise für Normalbenzin stiegen von 6 auf 6,80 Lei, für Super von 6,20 auf 7,50 Lei und für Diesel von 3 auf 4 Lei. In ausländischen Währungen heißt das: Normalbenzin – 0,50 $, Super – 0,52 $, Diesel – 0,35 $. Die Zahl der Dienstwagen staatlicher Einrichtungen wurde um 50% reduziert. Für die Bevölkerung besteht ein Fahrverbot an jedem 2. Wochenende. Gleichzeitig wurde das öffentliche Transportwesen, vor allem durch Verstärkung des Zugverkehrs, verbessert. An ausländische Fahrzeuge wird Treibstoff nur noch gegen Devisengutscheine abgegeben.

Die westlichen Imperialisten werfen Rumänien Rücksichtslosigkeit vor allem gegenüber den ,,gestrandeten Touristen" aus den RGW-Staaten vor. Sie sähen es lieber, wenn Rumänien über keine Devisen verfügte und so *ihrer* Schuldknechtschaft ausgeliefert wäre. Die Sozialimperialisten, gegen die sich diese Maßnahme in erster Linie richtet, hüllen sich in Schweigen. Sie hoffen, daß die einzelnen RGW-Staaten mit Rumänien zu keiner Einigung gelangen, um dann als ,,klärende Schutzmacht" auf den Plan zu treten. Ihr Kalkül geht nicht auf. Als erstes Land hat sich die CSSR mit dem Vorschlag Rumäniens einverstanden erklärt, den Benzinverbrauch pauschal in konvertibler Währung aufzurechnen.

Wer Freund und wer Feind ist, liegt auf der Hand. Seit 1974 hat die UdSSR den Ölpreis vervierfacht; die Lieferung ist gebunden an die Beteiligung an Bauvorhaben in der UdSSR. Im Frühjahr hat sie die Lieferung von Erdgas ,,wegen Versorgungsschwierigkeiten aus dem Iran" drastisch reduziert. Auf der RGW-Konferenz im Juni hat Rumänien die UdSSR nachdrücklich aufgefordert, die getroffenen Lieferabkommen einzuhalten.

---

sundheitsbehörde für die Londoner Stadtbezirke Lambeth, Southhall und Lewisham auf. Die 33 Mitglieder der Behörde – ⅔ von ihnen ernennt die regionale Gesundheitsbehörde, ⅓ entsenden die Gemeindebehörden – hatten sich geweigert, Ausgabenkürzungen in Höhe von 5,5 Mio. Pfund (ca.22 Mio.DM) zu beschließen. Sie erklärten, als Folge solcher Kürzungen würden mindestens 200 Patienten sterben. Gesundheitsminister Jenkin nannte das ,,hysterisch" und setzte Kommissare zur Durchführung der Kostendämpfung ein. Dies geschah zum ersten Mal in der dreißigjährigen Geschichte des Gesundheitsdienstes. Regelrecht entlassen kann die Regierung die Mitglieder der Behörde nicht – dann müßte sie ,,Fehlverhalten" nachweisen. Eine zweite Londoner Gesundheitsbehörde beschloß am 8.8. ebenfalls, die geforderten Kürzungen nicht durchzuführen.

Cossigas Programm: Lohnsenkung und Steuererhöhung

z.ulg.Rom. Im vierten Anlauf hat es geklappt. Letzte Woche hat der Christdemokrat Cossiga die neue italienische Regierung aus DC, Sozialdemokraten und Liberalen gebildet; Republikaner und Sozialisten werden sich bei der Vertrauensabstimmung enthalten.

,,Waffenstillstands"-Regierung ist das neue Kabinett getauft worden. Der ,,Waffenstillstand" zwischen den bürgerlichen Parteien soll der Regierung bei Lohnsenkung und politischer Unterdrückung den Rücken freihalten. Cossiga selbst hat sich bei der Unterdrückung der revolutionären Jugend- und Studentenbewegung 1977 als Polizeiminister seine Sporen verdient. ,,Polizeireform" ist jetzt eins der Hauptziele der neuen Regierung. Die Steuerlast müsse auf ,,europäisches Niveau" heraufgetrieben, die Sozialversicherungsbeiträge müßten umgekehrt auf EG-Durchschnitt gesenkt werden. Das ganze Geheimnis dieser ,,Harmonisierung" ist, daß die Steuern von den Volksmassen, die Sozialabgaben dagegen bisher überwiegend von den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Die Regionen sollen ermächtigt werden, noch zusätzliche ,,Arbeitgeberbeiträge" in Steuern umzuwandeln. Der ersten Lohnsenkung würde so die zweite auf dem Fuß folgen, durch stete Überfüllung des Arbeitsmarkts mit durch die höheren Steuern ruinierten Bauern und Handwerkern. Und was ist die Bedingung für die angekündigte Erhöhung der Steuerfreibeträge für Lohnabhängige? Natürlich wieder Lohnsenkung: Erst müsse die Wirkung der Inflationszuschläge auf die Weltmarktpreise ,,gedämpft" werden.

Neue Erdölleitung in Birma eröffnet

z.cht.Sydney. Birmas Industrieminister Meung Cho teilte vor kurzem mit, daß Birma bald in der Lage sein wird, Öl zu exportieren. Die bedeutende Ölindustrie war durch den imperialistischen Krieg völlig zerstört worden und mußte in hartnäckigen Bemühungen wieder aufgebaut werden. Im letzten Jahr konnte zum ersten Mal die Vorkriegsproduktion wieder erreicht und übertroffen werden. Die staatliche Ölgesellschaft MOC, die die gesamte Ölproduktion Birmas kontolliert, hat im März den Bau einer 458 km langen Ölleitung beendet, die das wichtigste Ölfeld im Zentrum Birmas mit der Ölraffinerie in Syriam im Süden des Landes verbindet. Bislang konnten die erschlossenen Ölquellen z.T. nur zu 65% ihrer Kapazität genutzt werden, wegen der begrenzten Transportmöglichkeiten für das Rohöl über Eisenbahn und größtenteils auf dem Irrawaddy-Fluß. Mit dem Ausbau der Ölleitung können jetzt sowohl die erschlossenen Ölquellen als auch die zwei Raffinerien des Landes voll genutzt werden. MOC hofft, die Jahresproduktion 1979/80 von 9,9 auf 12 Mio. Barrel zu steigern, womit der heimische Bedarf um mindestens 1 Mio. Barrel übertroffen wird. Gleichzeitig bereitet MOC die Erschließung weiterer neu entdeckter Ölfelder an der Küste vor.

Namibia: Imperialisten wollen UN-Interventionstruppe

z.evh. Die Grenze zwischen Namibia und Angola soll auf beiden Seiten als ,,demilitarisierte Zone" unter die Kontrolle von UN-Truppen gestellt werden. Das ist der Plan der fünf imperialistischen Mächte USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada, der von ihrem Vertreter, Sir J. Murray, in Pretoria vorgebracht werden soll. Dieser Vorschlag knüpft direkt an die Forderung Südafrikas an, die es im Rahmen des UN-Plans für Namibia gestellt hatte: Kontrolle der SWAPO-Lager auch im Ausland durch UN-Truppen. Dieser Angriff auf die staatliche Souveränität der Frontstaaten scheiterte an deren entschiedener Ablehnung. Durch die zunehmende Kampftätigkeit der SWAPO, ,,die Zeit läuft für die SWAPO", so ein Siedler gegenüber der ,,Frankfurter Allgemeinen", verschärfen sich auch die Widersprüche innerhalb des Rassistenregimes, so daß der bisherige südafrikanische Generalverwalter für Namibia Steyn abgelöst und ersetzt werden mußte. Ziel des neuen ,,Kompromißvorschlages" mit dem Trick der ,,Demilitarisierung" ist nach wie vor, mit der UNO eine Interventionstruppe einzuschmuggeln, um so die Kämpfe der SWAPO niederzuschlagen, und ebenso, sich in Angola einzumischen, das schon mehrfach Ziel der Überfälle der Siedlerregimes war. Demgegenüber erklärte Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, am 7.8.79, daß die SWAPO solange am bewaffneten Kampf festhalte, bis die vollständige Unabhängigkeit Namibias erlangt sei.

Jugoslawien: Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit an der Seite der Dritten Welt

z.bew. Die erste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad, der Hauptstadt Jugoslawiens statt. Jugoslawien war einer der Initiatoren der Blockfreienbewegung und ist seit der Konferenz in vielen Auseinandersetzungen als entschiedener Vertreter der nationalen Unabhängigkeit und Selbständigkeit und für die Einheit der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus aufgetreten. Durch seine konsequente Haltung gegen Imperialismus und koloniale Abhängigkeit genießt Jugoslawien ein hohes Ansehen bei den Ländern der Dritten Welt und spielt in der Blockfreien Bewegung eine wichtige Rolle.

Zum Wesen der blockfreien Politik Jugoslawiens hat Staatspräsident J. B. Tito festgestellt: „In erster Linie ist es ein Kampf für nationale Unabhängigkeit, Souveränität, selbständige innere Entwicklung und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit“. Getreu den Prinzipien der Blockfreien Bewegung ist Jugoslawien nicht Mitglied in einem militärischen Pakt, duldet keine fremden Truppen und Militärbasen auf seinem Territorium, wie es umgekehrt keine Truppen oder Stützpunkte in anderen Ländern hat, unterstützt bedingungslos die nationalen Befreiungsbewegungen für Unabhänigkeit und orientiert seine Außenpolitik an den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, wie sie 1954 von der chinesischen Regierung vorgeschlagen wurden und die Grundlage für die Festlegungen auf der Bandung-Konferenz der Länder Asiens und Afrikas 1955 bildeten: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil und friedliche Koexistenz.

Das Interesse an nationaler Unabhängigkeit läßt Jugoslawien keine andere Wahl als eine Politik der Blockfreiheit zu betreiben wenn es nicht in die Abhängigkeit der einen oder anderen Supermacht geraten oder zwischen den beiden Supermächten zerrieben werden will, deren Rivalität sich auf Europa konzentriert. Im heroischen Befreiungskampf haben die jugoslawischen Völker die nationale Unabhängigkeit gegen den Hitlerfaschismus erkämpft und mit dem Aufbau der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gefestigt. Die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit kann nur gelingen, weil die jugoslawische Politik auf dem Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft, das es im revolutionären Volksbefreiungskrieg erfolgreich angewandt hat, aufbaut.

An dieser Tradition wurde seit Bestehen der jugoslawischen Volksrepublik festgehalten und dadurch, trotz verschiedener Fehler und Schwankungen und trotz der starken Erpressungs- und Unterdrückungsversuche seitens der Imperialisten, verhindert, daß Jugoslawien in die Abhängigkeit der einen oder anderen Supermacht gerät, und stattdessen eine Stütze im Kampf der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus ist. „Im Grunde hat die Politik der Blockfreiheit im allgemeinen ihre Wurzeln in der großen antikolonialen Revolution während des Zweiten Weltkriegs. Was das sozialistische Jugoslawien betrifft – die *Idee und die Position der Blockfreiheit* unseres Landes haben ihre Wurzeln schon im Verlauf und Ausgang des Kampfes um den Aufbau und die Unabhängigkeit des neuen Jugoslawien, als es noch im Entstehen begriffen war, also während des Zweiten Weltkriegs und insbesondere unmittelbar nach seiner Beendigung“, schreibt die jugoslawische Zeitschrift „Sozialistische Theorie und Praxis“ im Septemberheft zur Vorbereitung der Konferenz der Blockfreien Bewegung in Havanna. Jugoslawien war gezwungen, seine nationale Unabhängigkeit von Anbeginn gegen die westlichen Imperialisten zu verteidigen, denen natürlich sehr daran gelegen war, eine Bresche in die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Volksdemokratien zu schlagen und diese Anstrengungen vor allem nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Informationsbüro der Kommunistischen Parteien 1948 erheblich verstärkten und Morgenluft witterten, wie Jugoslawien diese Position auch gegenüber hegemonistischen Zügen in der Politik der sozialistischen Sowjetunion behaupten mußte. Wollte Jugoslawien nach den Differenzen mit der Sowjetunion und den anderen Volksdemokratien nicht in die Fänge des US-Imperialismus geraten und an der erkämpften Unabhängigkeit festhalten, mußte es sich mit den jungen Staaten Asiens und Afrikas zusammenschließen, die gerade das Kolonialjoch des Imperialismus abgeworfen hatten. Eine Politik die die jugoslawische Führung ab Mitte der 50er Jahre verstärkt verfocht, nachdem die US-Imperialisten die wirtschaftliche und militärische Unterstützung immer dreister zu Erpressermanövern nutzten und versuchten Jugoslawien in direkte Botmäßigkeit zu bringen. Mit seinen mehrmaligen Reisen durch Afrika und Asien suchte Staatspräsident Tito die engere Kooperation mit den nichtpaktgebundenen Staaten und eine gegenseitige Unterstützung in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit. Gemeinsam mit den Führern der unabhängig gewordenen Staaten arbeitete er auf den Zusammenschluß in der Blockfreien Bewegung hin. Diese enge Zusammenarbeit war möglich, da Jugoslawien und diese Staaten objektiv das gemeinsame Interesse hatten nicht Objekt der imperialistischen Aggression und Ausplünderung zu werden oder sich daraus zu befreien, wie der Zusammenschluß gegen die imperialistischen Hegemoniebestrebungen umgekehrt um so dringender wurde, da nach der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion dem US-Imperialismus ein mächtiger Rivale in seinem Streben nach Weltherrschaft entstanden war und für die Völker der Welt ein gefährlicher Feind in der Verteidigung und Erkämpfung der natio-

gegen Imperialismus und Hegemonismus ist. „Im Grunde hat die Politik der Blockfreiheit im allgemeinen ihre Wurzeln in der großen antikolonialen Revolution während des Zweiten Weltkriegs. Was das sozialistische Jugoslawien betrifft – die *Idee und die Position der Blockfreiheit* unseres Landes haben ihre Wurzeln schon im Verlauf und Ausgang des Kampfes um den Aufbau und die Unabhängigkeit des neuen Jugoslawien, als es noch im Entstehen begriffen war, also während des Zweiten Weltkriegs und insbesondere unmittelbar nach seiner Beendigung“, schreibt die jugoslawische Zeitschrift „Sozialistische Theorie und Praxis“ im Septemberheft zur Vorbereitung der Konferenz der Blockfreien Bewegung in Havanna. Jugoslawien war gezwungen, seine nationale Unabhängigkeit von Anbeginn gegen die westlichen Imperialisten zu verteidigen, denen natürlich sehr daran gelegen war, eine Bresche in die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Volksdemokratien zu schlagen und diese Anstrengungen vor allem nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Informationsbüro der Kommunistischen Parteien 1948 erheblich verstärkten und Morgenluft witterten, wie Jugoslawien diese Position auch gegenüber hegemonistischen Zügen in der Politik der sozialistischen Sowjetunion behaupten mußte. Wollte Jugoslawien nach den Differenzen mit der Sowjetunion und den anderen Volksdemokratien nicht in die Fänge des US-Imperialismus geraten und an der erkämpften Unabhängigkeit festhalten, mußte es sich mit den jungen Staaten Asiens und Afrikas zusammenschließen, die gerade das Kolonialjoch des Imperialismus abgeworfen hatten. Eine Politik die die jugoslawische Führung ab Mitte der 50er Jahre verstärkt verfocht, nachdem die US-Imperialisten die wirtschaftliche und militärische Unterstützung immer dreister zu Erpressermanövern nutzten und versuchten Jugoslawien in direkte Botmäßigkeit zu bringen. Mit seinen mehrmaligen Reisen durch Afrika und Asien suchte Staatspräsident Tito die engere Kooperation mit den nichtpaktgebundenen Staaten und eine gegenseitige Unterstützung in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit. Gemeinsam mit den Führern der unabhängig gewordenen Staaten arbeitete er auf den Zusammenschluß in der Blockfreien Bewegung hin. Diese enge Zusammenarbeit war möglich, da Jugoslawien und diese Staaten objektiv das gemeinsame Interesse hatten nicht Objekt der imperialistischen Aggression und Ausplünderung zu werden oder sich daraus zu befreien, wie der Zusammenschluß gegen die imperialistischen Hegemoniebestrebungen umgekehrt um so dringender wurde, da nach der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion dem US-Imperialismus ein mächtiger Rivale in seinem Streben nach Weltherrschaft entstanden war und für die Völker der Welt ein gefährlicher Feind in der Verteidigung und Erkämpfung der natio-

nalen Unabhängigkeit. Die Widersprüche in der Welt haben sich verlagert. Der Widerspruch zwischen Imperialismus und vom Imperialismus unterdrückten Nationen wurde zum entscheidenden und die Länder der Dritten Welt zur Hauptkraft. Diese veränderte Lage hat es ermöglicht, daß die Blockfreien Bewegung, die im wesentlichen von den Ländern der Dritten Welt gebildet wird, an Bedeutung und Einfluß gewonnen hat und Jugoslawien an der Seite der Länder der Dritten Welt seine Unabhängigkeit gegenüber Imperialismus und Hegemonismus sichern und diese Länder aufgrund seiner eigenen Erfahrung in ihrem Kampf unterstützen kann.

Auf der Gipfelkonferenz in Havanna geht es um die Verteidigung der Prinzipien der Blockfreiheit

z.lupz. Vom 28. August bis zum 7. September wird in Havanna die 6. Konferenz der Blockfreien stattfinden. Die Bewegung der Blockfreien besteht seit nunmehr 18 Jahren. Auf der ersten Konferenz in Belgrad im September 1961 waren insgesamt 25 Länder vertreten, auf der 5. Gipfelkonferenz in Colombo im August 1976 hatte die Blockfreienbewegung bereits 86 Mitgliedsländer. Die PLO und SWAPO sind ordentliche Mitglieder der Blockfreienbewegung, das Koordinationsbüro der Bewegung empfiehlt der Gipfelkonferenz in Havanna, die Patriotische Front Zimbabwes ebenfalls als Vollmitglied aufzunehmen. Ebenfalls empfohlen wird die Annahme der Aufnahmeanträge des Iran, Boliviens, Grenadas, Pakistans und Surinams. Die Blockfreienbewegung ist aus den nationalen Befreiungskämpfen der Völker der 3. Welt hervorgegangen. Das gewaltige Wachstum der Zahl ihrer Mitgliedsländer ist Ausdruck der großen Fortschritte, die der nationale Befreiungskampf der Völker der 3. Welt in den letzten beiden Jahrzehnten gemacht hat, und der großen Rolle, die die Blockfreienbewegung heute im Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus spielt.

Von Anfang an hat die Blockfreienbewegung die nationalen Befreiungskämpfe entschieden unterstützt und alle Formen von Imperialismus und Kolonialismus, vor allem aber den Hegemonismus, entschieden bekämpft. Gerade deshalb ist diese Bewegung von Anfang an den entschiedenen Spaltungsversuchen der Imperialisten und der beiden Supermächte ausgesetzt. Seit der letzten Gipfelkonferenz in Colombo hat vor allem die sozialimperialistische Supermacht einiges unternommen, um die Bewegung zu spalten, ihren antiimperialistischen und antihegemonistischen Charakter zu beseitigen und sie in eine Reserve ihrer Hegemoniebestrebungen zu machen. Es war deshalb ein großer Erfolg, daß die Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien in Colombo im Juni 1979 ausdrücklich bekräftigt hat, daß der Kampf der Blockfreienbewegung gegen den Imperialismus den Kampf gegen „alle Formen fremder Okkupation, Vorherrschaft und Hegemonie miteinbeschließt“.

In der Vorbereitung der Gipfelkonferenz in Havanna unternehmen die Sozialimperialisten einiges, um diese grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit zu beseitigen. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ im Juli 1979 schreibt ein Viktor Sidenko unter der Überschrift „Perspektiven der Nichtpaktgebundenheit und Sackgassen der Äquidistanz“:

Die Konzeption gleicher Entfer-
bewegung die nationalen Befreiungskämpfe entschieden unterstützt und alle Formen von Imperialismus und Kolonialismus, vor allem aber den Hegemonismus, entschieden bekämpft. Gerade deshalb ist diese Bewegung von Anfang an den entschiedenen Spaltungsversuchen der Imperialisten und der beiden Supermächte ausgesetzt. Seit der letzten Gipfelkonferenz in Colombo hat vor allem die sozialimperialistische Supermacht einiges unternommen, um die Bewegung zu spalten, ihren antiimperialistischen und antihegemonistischen Charakter zu beseitigen und sie in eine Reserve ihrer Hegemoniebestrebungen zu machen. Es war deshalb ein großer Erfolg, daß die Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien in Colombo im Juni 1979 ausdrücklich bekräftigt hat, daß der Kampf der Blockfreienbewegung gegen den Imperialismus den Kampf gegen „alle Formen fremder Okkupation, Vorherrschaft und Hegemonie miteinbeschließt“.

In der Vorbereitung der Gipfelkonferenz in Havanna unternehmen die Sozialimperialisten einiges, um diese grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit zu beseitigen. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ im Juli 1979 schreibt ein Viktor Sidenko unter der Überschrift „Perspektiven der Nichtpaktgebundenheit und Sackgassen der Äquidistanz“:

„Die Konzeption gleicher Entfernung ist grundfalsch, weil sie eine objektive wissenschaftliche Analyse der internationalen Kräftegruppierung durch eine erkünstelte Konstruktion ersetzt. Oder bedeutet das Bestreben, die Weltpolitik auf den Kampf der ‚der Großmächte‘ um Einflußsphären zu reduzieren und die Augen über die Auseinandersetzung der beiden einander gegenüberstehenden sozialen Systeme zu schließen, nicht eine Abweichung vom objektiven Weltbild? Die Konzeption der Äquidistanz schadet vor allem der Bewegung selbst, denn sie stellt diese in Gegensatz zur sozialistischen Welt, nimmt den Entwicklungsländern ein Rückhalt wie die Solidarität mit den anderen antiimperialistischen Kräften und läßt sie angesichts des Imperialismus ohne Bündnispartner.“

Die sogenannte „Äquidistanz“ der Blockfreien besteht einfach darin, daß sie sich beide Supermächte gleichermaßen vom Halse halten wollen und nicht zur Reserve der Rivalität der einen Supermacht mit der andern gemacht werden wollen. In ihrem Angriff auf die Prinzipien der Blockfreiheit stützt sich die SU vor allem auf solche Mitgliedsländer, die sie bereits fest ihrer Kontrolle unterworfen hat, und die die Prinzipien der Blockfreiheit bereits vollständig verraten wie Kuba und Vietnam. Als Gastgeberland hat Kuba den Auftrag, den Entwurf einer Schlußdeklaration auszuarbeiten. Da die Rolle Kubas in der Blockfreienbewegung bekannt ist, war es verpflichtet worden, den Entwurf für das Schlußdokument bereits im Juli vorzulegen, damit es unter den Mitgliedsländern zirkulieren und Stellungnahmen bis zur ersten Augustwoche abgegeben werden können. Prompt hat Kuba alle Erklärungen gegen den Hegemonismus entfernt und stattdessen solche vorgeschlagen, die dem „sozialistischen Lager“ attestieren, der „natürliche Verbündete der Blockfreienbewegung“ zu sein. Der Kampf um die Verteidigung der Prinzipien der Blockfreienbewegung ist schon in vollem Gange, und viele Länder fordern, wie die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG berichtet, daß an den „ursprünglichen Prinzipien der Blockfreiheit“ festgehalten werden müsse.

Jugoslawien kämpft hartnäckig für die Verteidigung dieser Prinzipien. Milos Minic, Mitglied des Präsidiums des ZK der BdKJ, hat auf dessen letztem Kongreß die Auffassungen dargelegt, von denen ausgehend Jugoslawien diesen Kampf führt:





Präsidium der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo, September 1976.

„Wenn die Unterwühlungsversuche stärker sind, dann deshalb, weil wir stärker werden“ (Tito)

(Auszüge aus der Rede des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito in der Generaldebatte der V. Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder, Colombo, 16. – 20. August, 1976)

(...) Seit unserer ersten Konferenz bis heute ist es in der Welt wirklich zu epochalen Veränderungen gekommen. Erinnern wir uns nur daran, daß zu jener Zeit die Verewigung der Blockteilung fast unvermeidbar und das Recht, im engeren Kreis der Mächte über das Schicksal anderer zu entscheiden, unantastbar schien.

(...)

Die Völker widersetzen sich entschieden den verschiedenen Doktrinen und Versuchen der Herstellung von Interessensphären und weisen das Aufzwingen fremder Modelle in ihrer Entwicklung zurück. In den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Hegemonismus und alle anderen Formen der Fremdherrschaft schalten sich immer mehr Länder und politische Bewegungen ein. Dabei stützen sie sich auf die Organisation der Vereinten Nationen, die sich zu einem universellen und unersetzlichen Instrument der internationalen gleichberechtigten Zusammenarbeit wandelt.

Gegen die imperialistischen Spaltungsintrigen

Übrigens sind wir von Anfang an davon ausgegangen, daß es grundlegend ist, eine einheitliche Plattform des Kampfes für Freiheit, Unabhängigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu finden. Nur das Wirken auf einer solchen Plattform kann (...) dem Frieden und Fortschritt Aussichten eröffnen.

Statt die gebotene Hand zur Zusammenarbeit zu ergreifen, verzichten manche Kräfte nicht auf den Versuch, durch Druck und Einmischung und auch durch gewaltmäßige Intervention die Einheit der Blockfreien zu zerschlagen oder manche von ihnen ihrer Politik unterzuordnen. Das kam besonders zum Ausdruck während der Vorbereitungen für diese Konferenz hier. Häufiger werden auch die Versuche der Unterwühlung der inneren Stabilität einzelner Länder und ihrer Regierungen. Ausgenützt werden gewisse Unterschiede und Konflikte zwischen einzelnen blockfreien Ländern. Jene Kräfte versuchen sogar, sie zu entflammen, um in einem bedeutenden Augenblick unserer Bewegung die Aktion der blockfreien Länder lahmzulegen.

(...)

Wir sind immer davon ausgegangen, daß die blockfreien Länder ein Teil der Welt voller Widersprüchlichkeiten und Konflikte sind, gegen die auch sie nicht immun sind, und daß sie unter den Folgen ihrer relativen Unterentwicklung zu leiden haben. Die politischen und wirtschaftlichen Probleme, denen sich die blockfreien Länder heute gegenübersehen, sind zum größten Teil Resultat des kolonialen Erbes oder sie werden ihnen von außen aufgezwungen. Sie können nur durch die Abschaffung des äußeren Drucks und der verschiedenen Hindernisse und durch geduldiges Ineinklangbringen der gegenseitigen Interessen beseitigt werden. Würde man zulassen, daß sich die Konflikte im Zusammenhang mit einzelnen Territorien oder Grenz- und anderen Fragen unter den Blockfreien vertiefen, dann würde das eine Gefahr für die Freiheit und die Unabhängigkeit aller darstellen.

Verstärkter Kampf gegen wirtschaftliche Erpressung

Die Krise des bestehenden Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vertieft sich vor allem zum Schaden der Entwicklungsländer, die gegen viele Hindernisse und Schwierigkeiten kämpfen. (...)

Es ist klar hervorzuheben, daß die blockfreien Länder von den Prinzipien nicht abweichen werden, die die Grundlage ihrer Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Souveränität über eigene Naturreichtümer und alle wirtschaftlichen Aktivitäten ausmachen. Nur auf diesen Grundlagen werden sie fortfahren, sich an Verhandlungen zu beteiligen. Wir erwarten, daß es in der bevorstehenden Periode zu einer Wendung und Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer kommen wird, besonders zur Abschaffung des Hungers, der Armut und anderer Unbilden, denen sich die Entwicklungsländer gegenübersehen.

Ich möchte besonders betonen, daß die Gruppe der 77 Entwicklungsländer im Kampf für die Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme und beim Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt hat. Die blockfreien Länder sollen den größten Beitrag zur Stärkung der Solidarität und Einheit dieser Gruppe leisten sowie zur ständigen Steigerung ihrer Rolle in allen weiteren Aktivitäten im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Für die gemeinsame Aktion der Dritten Welt

Unsere Konferenz findet in einem entscheidenden Augenblick unserer Zeit statt. Die Welt erwartet viel von dieser bisher größten Versammlung der blockfreien Länder. Das ist auch verständlich, denn die blockfreien Länder haben niemals nur Probleme identifiziert, sondern sind immer auch mit konkreten Programmen für ihre Lösung aufgetreten. Jede von unseren bisherigen Konferenzen – in Belgrad, Kairo, Lusaka und Algier – gab ihren spezifischen Beitrag zur Stärkung des Friedens und der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit und überhaupt zu positiven Veränderungen in der Welt. Unsere Entscheidungen fanden immer stärkeren Widerhall bei allen friedlichen und demokratischen Kräften. Wir zweifeln nicht daran, daß es auch diesmal so sein wird.

Es ist deshalb unsere Pflicht, auch jetzt die notwendigen Beschlüsse zu formulieren und zu verabschieden zwecks noch wirksameren Beitrags zum Aufbau neuer internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehun-

„In neuester Zeit haben die Blöcke und einzelne Großmächte größere Vorstöße in die Blockfreienbewegung gemacht als jemals zuvor. Offensichtlich ist es die Orientierung der Großmächte, diese Vorstöße auszudehnen eine möglichst große Zahl blockfreier Länder möglichst eng an sich und ihren Block zu binden und auf diesem Wege allmählich zur Veränderung es Charakters, der Rolle und der Ausrichtung der Blockfreienbewegung gemäß ihrer globalen oder regionalen Strategie und Taktik zu führen, oder die Blockfreienbewegung zu zerschlagen oder lahmzulegen. ... Von allem Druck außerhalb und innerhalb der Bewegung glaube ich, daß jener am schädlichsten ist, der danach strebt, eine sogenannte Umorientierung der Blockfreienbewegung bzw. des Charakters, der Rolle und Ausrichtung der Bewegung aufzuzwingen ... Wir können besonders das beharrliche Insistieren darauf nicht verstehen, und nicht akzeptieren Charakter und Rolle der Bewegung so ‚umzuorientieren', damit sie sich nur auf den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus beschränkt, nicht aber auch gegen den Hegemonismus und andere Formen der ‚Fremdherrschaft'. Noch weniger können wir die Standpunkte und Versuche verstehen, die Bewegung so ‚umzuorientieren', daß einer von den bestehenden Blöcken zum ‚Verbündeten' im Kampf gegen den anderen Block verkündet wird. Die Bewegung hält sich nämlich seit ihrer Gründung streng an die Kriterien und Prinzipien der Nichtzugehörigkeit zu den Blöcken und der Nichtbindung an die Blöcke."

Seit der großangelegten sowjetisch-vietnamesischen Invasion des Demokratischen Kampuchea hat Vietnam nichts unversucht gelassen, dem Demokratischen Kampuchea seinen legitimen Sitz in der Blockfreienbewegung streitig zu machen. Auf den Konferenzen in Maputo und Colombo sind diese Versuche erfolgreich zurückgeschlagen worden, aber dieser Kampf ist noch nicht endgültig entschieden. Jugoslawien hat das Recht Kampucheas verteidigt und vertritt die Auffassung, daß dies eine wichtige, prinzipielle Frage der Blockfreien ist. „Gewaltanwendung, Einmischung in innere Angelegenheiten, die Errichtung von Fremdherrschaft und Hegemonie sind Fragen von kapitaler Bedeutung für die Aktion der Blockfreienbewegung, aber auch für die ganze internationale Gemeinschaft. Auf der anderen Seite stehen: die Unantastbarkeit der nationalen Souveränität und territorialen Integrität, das Recht auf freie Wahl der inneren Entwicklung – das heißt die Prinzipien, auf die sich die ganze gegenwärtige politische und Rechtsordnung gründet. Die Frage der Vertretung Kampucheas ist daher keine ‚interne Frage', die Zeit und Energie der Staaten in der Blockfreienbewegung über Gebühr beansprucht, sondern die prinzipielle Frage der Einstellung zu den Grundwerten der heutigen interna-

und der Nichtbindung an die Blöcke."

Seit der großangelegten sowjetisch-vietnamesischen Invasion des Demokratischen Kampuchea hat Vietnam nichts unversucht gelassen, dem Demokratischen Kampuchea seinen legitimen Sitz in der Blockfreienbewegung streitig zu machen. Auf den Konferenzen in Maputo und Colombo sind diese Versuche erfolgreich zurückgeschlagen worden, aber dieser Kampf ist noch nicht endgültig entschieden. Jugoslawien hat das Recht Kampucheas verteidigt und vertritt die Auffassung, daß dies eine wichtige, prinzipielle Frage der Blockfreien ist. „Gewaltanwendung, Einmischung in innere Angelegenheiten, die Errichtung von Fremdherrschaft und Hegemonie sind Fragen von kapitaler Bedeutung für die Aktion der Blockfreienbewegung, aber auch für die ganze internationale Gemeinschaft. Auf der anderen Seite stehen: die Unantastbarkeit der nationalen Souveränität und territorialen Integrität, das Recht auf freie Wahl der inneren Entwicklung – das heißt die Prinzipien, auf die sich die ganze gegenwärtige politische und Rechtsordnung gründet. Die Frage der Vertretung Kampucheas ist daher keine ‚interne Frage', die Zeit und Energie der Staaten in der Blockfreienbewegung über Gebühr beansprucht, sondern die prinzipielle Frage der Einstellung zu den Grundwerten der heutigen interna-
tionalen Gemeinschaft. Die Blockfreienbewegung verdient Anerkennung dafür, daß sie diese Frage nicht einfach von der Tagesordnung absetzt und die formalen und faktischen Auswirkungen des ‚Rechts des Stärkeren' anerkannt hat. Obwohl seit der Einsetzung des neuen Regimes in Phnom Penh Monate vergangen sind, wurden auf der Ministerkonferenz in Belgrad im Juli 1978 wie auf den Ministertreffen des Koordinierungsbüros in Maputo im Februar und jetzt in Colombo die Versuche abgewehrt, den Vertretern des Demokratischen Kampuchea das Mandat zu entziehen. So sollte es auch auf der Sechsten Gipfelkonerenz in Havanna sein, aber der Ausgang hängt natürlich vom Kräfteverhältnis in der Bewegung ab."

Kuba hat inzwischen damit begonnen, zu versuchen, seine Rolle als Gastgeberland und Vorsitzender der Konferenz auszunutzen, um der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Teilnahme an der Blockfreienkonferenz zu verwehren. Zu diesen Manövern hat das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea am 2. August eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„Dieses Manöver ist äußerst brutal und stellt eine viel größere Gefahr dar als zuvor, denn ein Mitgliedsland nutzt seine Position als Gastgeber und Vorsitzender der Konferenz aus, um in Übereinstimmung mit der Politik seiner Anhänger brutal die Rechte eines anderen Mitgliedslandes zu verletzen, wobei es bewußt Entscheidungen ignoriert, die die Blockfreienbewegung früher auf verschiedenen Ebenen getroffen hat. Das ist ein äußerst brutaler Versuch, die Prinzipien der Blockfreiheit zu beseitigen und der Blockfreienbewegung als einer unabhängigen internationalen Kraft, die sich allen Kräften der Aggression, Expansion, Einmischung, der Erpressung und Subversion in der Welt widersetzt. Denn wenn es nun einer kleinen Clique gelänge, das Demokratische Kampuchea an der Teilnahme der Gipfelkonferenz in Havanna zu hindern, so würde dies einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall für unsere blockfreie Bewegung schaffen. Denn es gäbe dann keine Prinzipien mehr und keine Regeln. In der Zukunft könnte dann nichts mehr diese Clique daran hindern, erneut zum Schaden anderer blockfreier Länder vorzugehen ... In einer solchen Situation ist der Kampf für die Verteidigung des Rechts des Demokratischen Kampuchea auf Teilnahme an der Gipfelkonferenz in Havanna nicht nur der Kampf für die Verteidigung des Rechts eines Mitgliedslandes, welches sich entschieden an die Prinzipien der Blockfreiheit hält und diese entschlossen verteidigt, sondern es ist auch ein Kampf um die Verteidigung der wirklichen Substanz der Blockfreiheit, der Charta der Vereinten Nationen und dadurch der Kampf für die Verteidigung der Stabilität, der Sicherheit, des Friedens und des Rechts aller kleinen und mittleren Länder in der Welt auf eine unabhängige und souveräne Entwicklung. Das Demokratische Kampuchea hat das vollständige Recht auf Teilnahme an der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder in Havanna, wie es auch bereits an der 5. Gipfelkonferenz in Colombo teilgenommen

Kräften der Aggression, Expansion, Einmischung, der Erpressung und Subversion in der Welt widersetzt. Denn wenn es nun einer kleinen Clique gelänge, das Demokratische Kampuchea an der Teilnahme der Gipfelkonferenz in Havanna zu hindern, so würde dies einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall für unsere blockfreie Bewegung schaffen. Denn es gäbe dann keine Prinzipien mehr und keine Regeln. In der Zukunft könnte dann nichts mehr diese Clique daran hindern, erneut zum Schaden anderer blockfreier Länder vorzugehen ... In einer solchen Situation ist der Kampf für die Verteidigung des Rechts des Demokratischen Kampuchea auf Teilnahme an der Gipfelkonferenz in Havanna nicht nur der Kampf für die Verteidigung des Rechts eines Mitgliedslandes, welches sich entschieden an die Prinzipien der Blockfreiheit hält und diese entschlossen verteidigt, sondern es ist auch ein Kampf um die Verteidigung der wirklichen Substanz der Blockfreiheit, der Charta der Vereinten Nationen und dadurch der Kampf für die Verteidigung der Stabilität, der Sicherheit, des Friedens und des Rechts aller kleinen und mittleren Länder in der Welt auf eine unabhängige und souveräne Entwicklung. Das Demokratische Kampuchea hat das vollständige Recht auf Teilnahme an der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder in Havanna, wie es auch bereits an der 5. Gipfelkonferenz in Colombo teilgenommen
hat. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist fest davon überzeugt, daß alle blockfreien Länder es unter keinen Umständen zulassen werden, daß ein Mitgliedsland, auch wenn es Vorsitzender der Konferenz ist, bewußt die Recht eines anderen Mitgliedslandes verletzt."

„Vollständiger Abzug Israels! Für ein unabhängiges Palästina!"

z.anb. Den Abschluß des ägyptisch-israelischen Separatabkommens unter Federführung der US-Supermacht hat die jugoslawische Regierung im Einklang mit dem Standpunkt der arabischen Außenministerkonferenz von Bagdad verurteilt. Sie sieht darin keinerlei Bedingung für eine wirkliche Lösung der Nahostfrage, „deren Kern die Palästinenserfrage ist". Sie hält daran fest, „daß eine wirkliche Lösung ... ohne den Abzug Israels aus allen im Jahre 1976 besetzten Gebieten, einschließlich Jerusalems, wie auch ohne die Anerkennung der legitimen Rechte des Volks Palästinas, worunter auch das Recht auf einen eigenen unabhängigen Staat zu verstehen ist, nicht erzielt werden kann". (Internationale Politik, 20.6.1979)

Während Jugoslawien – vor dem Separatabkommen – die Politik der Supermächte in der Region des Nahen Ostens angegriffen hatte, weil sie auf die Aufrechterhaltung von weder Krieg noch Frieden hinauslief und jeweils auf neue Vorwände der Einmischung lauerte, ergriff die Regierung nach dem Abschluß von Camp David entschlossene diplomatische Aktivitäten, um den Absichten der Supermächte, vor allem der sowjetischen Imperialisten den Boden zu entziehen, die die Front der arabischen Staaten über die Kritik an der Unterwerfungspolitik Sadats zu spalten hofften. So erklärte der jugoslawische Außenminister auf dem Ministertreffen des Koordinationsbüros der Blockfreien in Colombo vor wenigen Wochen, es sei das „vorrangige Interesse, daß die Bewegung einheitlich bleibt", und sprach sich gegen den Ausschluß Ägyptens aus der Bewegung aus. Gleichzeitig aber hielt er fest, „daß die arabischen Staaten ihre Einheit, die sie auf den Treffen in Libyen, Algerien und Bagdad erzielten, bewahren" müssen.

Während die gegenwärtige Lage im Nahen Osten einerseits als gefährlich und besorgniserregend eingeschätzt wird, betont die jugoslawische Regierung andererseits, daß darin der Bankrott der imperialistischen Einmischung vorgezeichnet ist: „Das bisherige blockmäßige Herangehen an die Lösung der Nahostkrise, worin das Herangehen an Camp David sowohl das Deutlichste als auch das Unannehmbarste ist (es wird von vielen Leuten auch als Beginn der Gründung eines Militärbündnisses aufgefaßt), haben zu keinem Erfolg geführt."

Die Hauptseite und der entscheidende Faktor der gegenwärtigen Lage ist – entgegen den Absichten der beiden Supermächte – nicht deren Rivalität, sondern der Kampf des palästinensischen Volkes und die Einheit der arabischen Staaten, unterstützt durch die Blockfreien. „... es ist augenscheinlich, daß die Massen und nicht die Regierungen zu dem Faktor werden, der die Außenpolitik immer mehr beeinflußt." (Internationale Politik, 20.6.79)



Schüler der Militärakademie der PLO.

Programm umfassender Unterstützung für Zimbabwe, Namibia, Azania

z.anb. Am 24. Juli gab die Nachrichtenagentur Tanjug bekannt, daß die jugoslawische Regierung im Staatshaushalt 1980 – 81 über 6,5 Millionen Dollar an zusätzlichen Mitteln zur Unterstützung des Afrikanischen Entwicklungsfonds bereitstellen wird. Das ist soviel wie die Gesamtsumme der bisherigen Einlagen Jugoslawiens in den Fonds. Mit den zinslosen Krediten finanziert der Fonds über die Afrikanische Entwicklungsbank und in Absprache mit den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und Azania sowie den Regierungen afrikanischer Staaten Projekte des nationalen Aufbaus. In befreiten Gebieten Zimbabwes z.B. wird die landwirtschaftliche Produktion unterstützt. In den Frontstaaten wird mit den Geldmitteln das Transportwesen ausgebaut, das jugoslawische Unternehmen „Partizanski Put" hat Aufträge für den Ausbau der Straßen erhalten. Diese konkreten Maßnahmen sind Teil der Umsetzung der Beschlüsse von Maputo, wo im Januar ein außerordentliches Ministertreffen der Blockfreien stattfand, das sich ausschließlich mit der Organisierung konkreter Unterstützungsmaß-

an der Unterwerfungspolitik Sadats zu spalten hofften. So erklärte der jugos-

Schüler der Militärakademie der PLO.

Programm umfassender Unterstützung für Zimbabwe, Namibia, Azania

z.anb. Am 24. Juli gab die Nachrichtenagentur Tanjug bekannt, daß die jugoslawische Regierung im Staatshaushalt 1980 – 81 über 6,5 Millionen Dollar an zusätzlichen Mitteln zur Unterstützung des Afrikanischen Entwicklungsfonds bereitstellen wird. Das ist soviel wie die Gesamtsumme der bisherigen Einlagen Jugoslawiens in den Fonds. Mit den zinslosen Krediten finanziert der Fonds über die Afrikanische Entwicklungsbank und in Absprache mit den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und Azania sowie den Regierungen afrikanischer Staaten Projekte des nationalen Aufbaus. In befreiten Gebieten Zimbabwes z.B. wird die landwirtschaftliche Produktion unterstützt. In den Frontstaaten wird mit den Geldmitteln das Transportwesen ausgebaut, das jugoslawische Unternehmen „Partizanski Put" hat Aufträge für den Ausbau der Straßen erhalten. Diese konkreten Maßnahmen sind Teil der Umsetzung der Beschlüsse von Maputo, wo im Januar ein außerordentliches Ministertreffen der Blockfreien stattfand, das sich ausschließlich mit der Organisierung konkreter Unterstützungsmaß-
nahmen für den Befreiungskampf im südlichen Afrika befaßte. Als Zweck dieser Konferenz in Maputo hielt die „Internationale Politik" fest: „die Sammlung der ganzen blockfreien Bewegung für die Verstärkung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika mittels eines Programms möglichst konkreter Solidaritätsmaßnahmen, beziehungsweise der politischen und materiellen Unterstützung des bewaffneten und politischen Kampfes der Befreiungsbewegungen und der Frontstaaten". (20.1.79)

Ende Februar verabschiedete die Jugoslawische Bundesversammlung eine Resolution „Über die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen", in der es heißt:

„Die Arbeiterklasse und alle Völker und Völkerschaften Jugoslawiens haben ihre Bestrebungen und Interessen stets mit den freiheitlichen Bestrebungen anderer Völker (...) verbunden. Im Verlaufe unseres Volksbefreiungskampfes entstanden die Bande der Solidarität mit allen Völkern, die gegen die verschiedenen Formen der Okkupation und Aggression, der Vorherrschaft und des Hegemonismus, der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Völker und der Ausbeutung kämpfen. Wenn sie heute allseitig die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und in Palästina sowie alle anderen Völker unterstützen, dann bringen die Bürger des blockfreien sozialistischen Jugoslawien darin ihre Treue zu den revolutionären Traditionen und den Prinzipien und Zielen der Blockfreiheitspolitik zum Ausdruck, die ihre immerwährende und konsequenteste Orientierung ist." (Internationale Politik, 10.4.1979)



tels eines Programms möglichst konkreter Solidaritätsmaßnahmen, beziehungsweise der politischen und materiellen Unterstützung des bewaffneten und politischen Kampfes der Befreiungsbewegungen und der Frontstaaten". (20.1.79)

Ende Februar verabschiedete die Jugoslawische Bundesversammlung eine Resolution „Über die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen", in der es heißt:

„Die Arbeiterklasse und alle Völker und Völkerschaften Jugoslawiens haben ihre Bestrebungen und Interessen

stets mit den freiheitlichen Bestrebungen anderer Völker (...) verbunden. Im Verlaufe unseres Volksbefreiungskampfes entstanden die Bande der Solidarität mit allen Völkern, die gegen die verschiedenen Formen der Okkupation und Aggression, der Vorherrschaft und des Hegemonismus, der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Völker und der Ausbeutung kämpfen. Wenn sie heute allseitig die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und in Palästina sowie alle anderen Völker unterstützen, dann bringen die Bürger des blockfreien sozialistischen Jugoslawien darin ihre Treue zu den revolutionären Traditionen und den Prinzipien und Zielen der Blockfreiheitspolitik zum Ausdruck, die ihre immerwährende und konsequenteste Orientierung ist." (Internationale Politik, 10.4.1979)



ZANLA-Kämpfer schulen Dorf-Milizionäre in Strategie und Taktik, um die befreiten Gebiete gegen die Einfälle der Siedlertruppen zu verteidigen.

gen. Meiner Meinung nach sollte sich unsere Aktion auf das, was grundlegend ist, konzentrieren.

(...)

Das bedeutet, daß wir auch hier in Colombo alles beiseite lassen müssen, was uns zeitweise trennen könnte, und uns jenem zuwenden, was uns allen gemeinsam ist und uns vereint. Wenn wir die Einheit und Unabhängigkeit der Blockfreien im Interesse der wirksameren Lösung der größten internationalen Probleme zu bewahren wünschen, müssen die blockfreien Länder ihre bilateralen Probleme an anderer Stelle und zu anderer Zeit bereinigen.

(...)

Wir rufen alle Völker und Regierungen zur Zusammenarbeit bei den Bemühungen um die Umwandlung der Welt auf, weil wir der Meinung sind, daß das, was wir vertreten, im wahren Interesse aller ist. Was die blockfreien Länder anbetrifft, bin ich überzeugt, daß sie mit ihrer Mission in der Zusammenarbeit mit jedem, der sie akzeptiert, fortfahren werden. Jugoslawien wird seinerseits auch weiterhin alle seine Kräfte und Potentiale in unserem diesbezüglichen historischen Unterfangen einsetzen.

Auf dem Wege der Blockfreiheit, für den wir uns entschieden haben, gab es Schwierigkeiten und wird es Schwierigkeiten geben. Wir haben sie durch Absprache und Aktion bewältigt und gingen als Ganzes immer gestärkt daraus hervor. Wenn die Versuche der Unterwühlung und Zerschlagung unserer Bewegung heute aggressiver sind, dann ist es deshalb, weil wir stärker werden und weil sich das Kräfteverhältnis zuungunsten jener verändert, deren Positionen und ungerechte Privilegien immer mehr in Frage gestellt sind."

Wir haben vor Augen, daß in der veränderten Welt jedes Volk leichter und rascher seine legitimen Interessen realisieren und seine Probleme lösen kann. Deshalb ist die Stärkung unserer Bewegung – auf Basis der Einheit, Solidarität und Zusammenarbeit – eine der wichtigsten Aufgaben dieser Konferenz. Wir können nämlich nur vereint eine Kraft darstellen, mit welcher alle in der Welt rechnen müssen. (...)

In unseren Entscheidungen und Programmen wurde die Vision der Welt von morgen gegeben. Diese Vision wird sich aber nicht von allein verwirklichen – für sie muß gekämpft werden.

Quelle: Internationale Politik, Heft 634, 5. September 1976

„Die Unabhängigkeit kommt nicht auf den Bayonetten der Intervention"

z.anb. Der Einmarsch der vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea am 7. Januar wurde von der gesamten jugoslawischen Presse scharf verurteilt. Die Zeitung „Borba" veröffentlichte am 29.1.79 eine Erklärung des ZK-Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den grundsätzlichen Standpunkt der Regierung in dieser Frage enthielt:

„Die größte Gefahr für den Frieden und die Freiheit der Menschen ist die Bedrohung der Integrität souveräner Staaten und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Solche Aktionen können nicht durch eine wie auch immer geartete Theorie der ‚begrenzten Souveränität' gerechtfertigt werden."

Gleichzeitig ergriff die jugoslawische Regierung Schritte auf der diplomatischen Ebene, um die Bewegung der Blockfreien – entgegen den Absichten der Imperialisten, vor allem der sowjetischen – in der Unterstützung der Regierung Pol Pot gegen die Aggression zusammenzuschließen. Die kroatische Zeitung „Vjesnik" enthüllte den wahren Charakter der vietnamesischen Marionettenclique: „Gleichgültig, in welcher Form sich die UdSSR seinerzeit verpflichtete, die gegenwärtige vietnamesische Politik zu unterstützen ... jetzt ist jedenfalls klar, daß jene Beobachter recht hatten, die der deklarativen vietnamesischen Entscheidung für die Blockfreiheit keine allzu große Bedeutung beigemessen haben." (20.1.1979)

Der zu dieser Zeit in Belgrad weilende kubanische Außenminister wurde vom jugoslawischen Außenminister Vrhovec unmißverständlich vom Standpunkt der Regierung Jugoslawiens unterrichtet. Vor dem Sicherheitsrat der UNO wies der jugoslawische Delegierte Miljan Komatina energisch sämtliche Ausreden zurück, mit denen versucht werde, „die gewaltsame Veränderung der inneren gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse eines Landes durch fremde Intervention und im Namen fremder Interessen zu rechtfertigen."



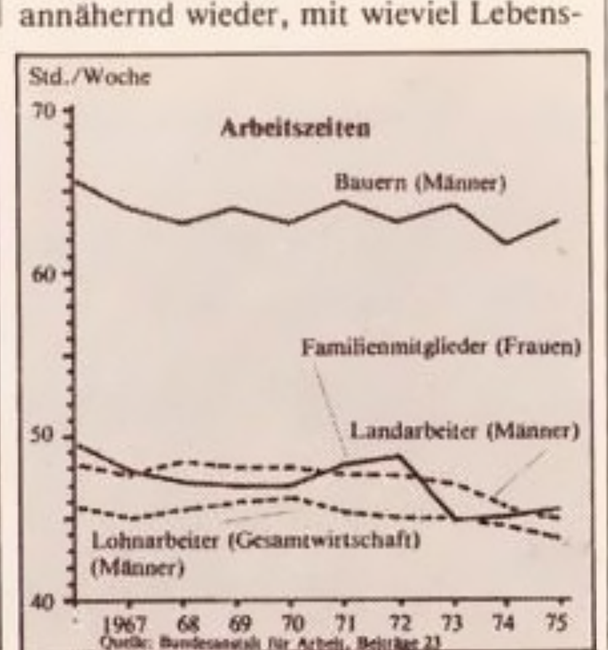
Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, deren Mitglieder die Fronten in verschiedenen Landesteilen leiten, trifft zu einer Sitzung zusammen, Mai 1979.

Bauern und Landarbeiter: langer Arbeitstag und hohe Unfallgefahr

z.doj. Bauern und Landarbeiter in der BRD arbeiten nicht nur überdurchschnittlich länger als die Industriearbeiter. Ein zunehmender Teil der Kleinbauern ist auf den zusätzlichen Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Agrar- und Industriekapitalisten angewiesen. Zusätzliche Landarbeit der Nebenerwerbslandwirte nach Feierabend und am Wochenende sowie das Schanzen der Landarbeiter und Kleinbauern für den Profit der Agrarkapitalisten haben die Unfallgefahren für die ländlichen Produzenten beträchtlich erhöht. Mußten 1966 je 1000 Landarbeiter etwa 80 Arbeitsunfälle von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft registriert werden, so waren es 1977 schon 94 von 1000. Vor allem Beine und Kopf werden am meisten verletzt. Wie weit die Kapitalisten dagegen die Entschädigungen durch die Unfallversicherung hinunterdrücken konnten, zeigt das Schaubild: in demselbem Zeitraum von 7 auf 5,5 von 1000. Das bedeutet also, daß vor 13 Jahren 8% aller Unfälle entschädigt wurden, bis 1977 schließlich nur noch 6%! Auch ihre Zahl an Toten fordert die Kapitalistenklasse von den ländlichen Arbeitern: 3 von 10000. Wenn auch die tödlichen Unfälle nicht zunahmen: die gestiegene Zahl der angezeigten Unfälle zusammen mit der überdurchschnittlichen Arbeitszeit gibt annähernd wieder, mit wieviel Lebenskraft die ländlichen Produzenten zahlen müssen. Zahlen dafür, daß sie als Kleinproduzenten nicht so billig produzieren können, wie die Agrarkapitalisten für sich produzieren lassen; das zwingt sie zum längeren und angespannten Arbeiten mit veralteten Maschinen unter ungeheurem Verschleiß ihrer Arbeitskraft. Die Unfälle häufen sich, ebenso wie bei den Landarbeitern, die unter dem Kommando der Agrarkapitalisten arbeiten müssen.

Warum haben die Unfälle nach 1970 in der Landwirtschaft zugenommen? 1971 war ein Jahr tiefster Erzeuger-, v.a. Kartoffelpreise, in den folgenden Jahren haben die westdeutschen Imperialisten EEG-organisiert das Bauernlegen bis in die Reihen der mittleren Bauern vorangetrieben. Um diese Zeit waren die Bauern gezwungen, ihre Maschinerie auf größere ha-Leistung pro Stunde umzustellen. Die PS-stärkeren Schlepper mit Zapfwelleneigenantrieb zum Heueinbringen z.B. waren arbeitsintensiver und schon beim Verstellen der Maschine während der Arbeit – das Heruntersteigen erfordert – wird der Körper leicht erfaßt und verletzt. Ebenso wirken die leistungsstärkeren Mähdrescher, die breiter, größer und schneller sind, zum Zweck der Ausbeutung und unter größtem Konkurrenzdruck eingesetzt, erhöht unfallgefährdend.

je 1000 Vollarbeitskräfte | tödl. Unfälle je 10 000
Angezeigte Unfälle in d. Landwirtschaft (linke Skala)
Tödliche Unfälle (rechte Skala)
Entschädigte Unfälle (linke Skala)
1967 69 71 73 75 77
Quelle: Unfallverhütungsbericht

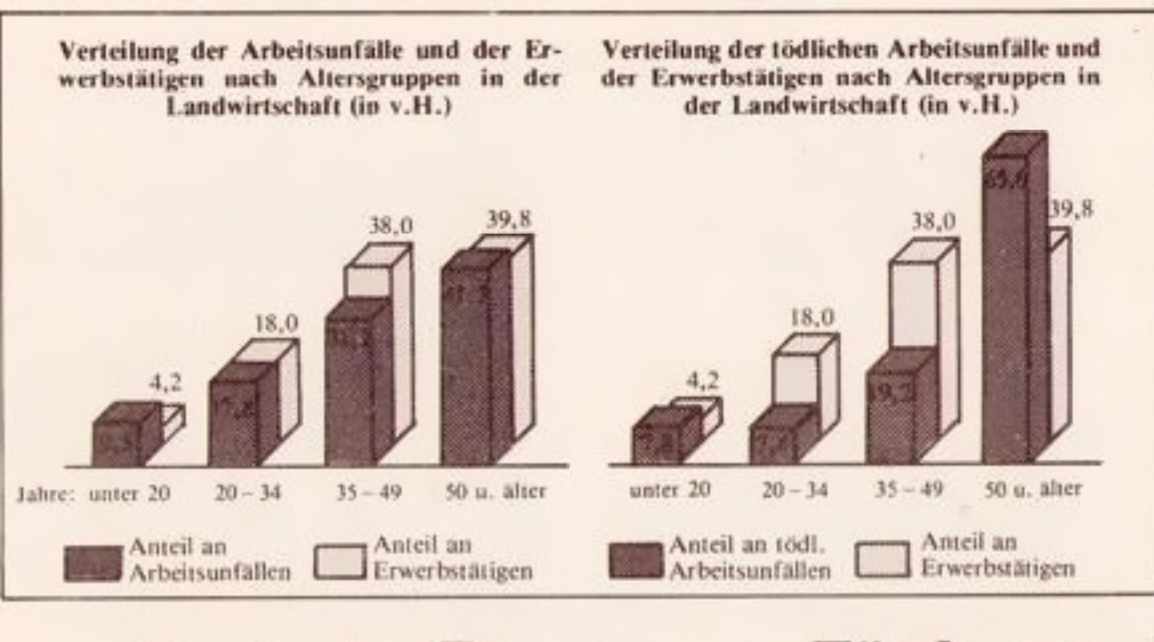


Geschichte der Unfallversicherung der Bauern und Landarbeiter

z.bil. Bis 1878 gab es eine Versicherung der Landarbeiter gegen die Folgen von Unfällen nicht. Die Großagrarier zählten die Landarbeiter zu ihrem ,,häuslichen Gesinde", dem sie wie dem Vieh Nahrung und Unterkunft gaben und das sie als Arbeitskraft vernutzten. Erst mit der Anwendung von Maschinerie in der Landwirtschaft wurde in Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf den landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb eine ,,Haftung" nur im Falle der nachgewiesenen Schuldigkeit des Agrarkapitalisten eingeführt. Die Beweislast dafür trug der Arbeiter.

Die Gründung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für Unfälle wurde erstmals 1886 gesetzlich geregelt. Alle Arbeiter bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 2000 RM wurden versichert. Die formell selbständigen Bauern konten sich freiwillig versichern, wenn ihr Jahresverdienst ebenfalls 2000 RM nicht überstieg. Jeglicher Anspruch war ausgeschlossen, wenn der Bauer oder Landarbeiter den Unfall ,,vorsätzlich" herbeiführte. Dieser Haftungsausschluß für infolge maßloser Überarbeit verursachte Unfälle hat die Kassen und in ihnen zusammengeschlossenen Agrarkapitalisten reich gemacht. Die Sicherung selbst ist gering. Erst von Beginn der 14. Woche nach dem Unfall beginnt überhaupt die Haftung für die Heilungskosten. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit wird eine Rente von 66% des Arbeitsverdienstes gezahlt; im Fall der Tötung werden für die Beerdigung mindestens 30 RM bezahlt, die Frau des Getöteten erhält eine Rente von 20%, das Kind 15% des vorherigen Arbeitsverdienstes. Für Wiederverheiratung wird eine ,,,Prämie" – der dreifache Betrag der Jahresrente – ausgezahlt. Jeder zur Anzeige gelangte Unfall muß durch die Ortspolizei ,,untersucht" werden, die den ,,Grund" des Unfalls zu erforschen hat. 1900 wird das Unfallversicherungsgesetz für die Land- und Forstwirtschaft verabschiedet. Als neue Bestimmung wird aufgenommen, daß die Hinterbliebenen eines Ausländers *keinen* Anspruch auf Rente haben. 1914 wird die Unfallversicherung der Bauern und Landwirte in der Reichsversicherungsordnung neu geregelt. Erst 1963 werden die Unfallrenten der Landarbeiter an die der gewerblichen Arbeiter angepaßt. In der Unfallversicherung sind heute alle Bauern und Landarbeiter Mitglieder. Die Beiträge müssen durch die Bauern aufgebracht werden und werden nach dem Arbeitsbedarf oder dem Einheitswert des Betriebs errechnet. Was ursprünglich die Verschuldenshaftung war, sichern heute die Unfallverhütungsvorschriften, deren Zahl Legende sind und über die die Berufsgenossenschaften den Haftungsausschluß regulieren. 19,1 Mio. DM mußten die Bauern 1974 für die ,,Unfallverhütung" aufbringen. Die Aufsichtsbeamten haben das jederzeitige Recht, den Hof zu betreten und zu durchsuchen.

Geschichte der Unfallversicherung der Bauern und Landarbeiter



Rente der Bauern – ,,Förderung der Hofübergabe"

z.gug. 1957 verabschiedete die Regierung das ,,Gesetz über die Altershilfe für Landwirte". Das Ministerium für Arbeit und Soziales teilte dazu mit:

,,Mit diesem sozialpolitischen Anliegen einer geregelten Altersversorgung verbindet sich das agrarpolitische Ziel einer möglichst frühzeitigen Hofübergabe ... Die Förderung der frühzeitigen Hofübergabe dient gleichzeitig der wünschenswerten Rationalisierung der Betriebe." (Bulletin, 23.7.57) Zum Problem ist für die Bauern ihre Altersversorgung überhaupt erst im Laufe dieses Jahrhunderts geworden, um die Jahrhundertwende betrug die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe 1,3 Mio., heute ist sie fast bis auf die Hälfte geschrumpft. Zahlreich waren die Bauern in die Fabriken gepreßt worden, hatten sie sich gerade noch halten können. Ihren Söhnen gelang dies schon nicht mehr. Die Altersversorgung über die Familiengemeinschaft und Altenteil ließ sich dann auch nicht mehr regeln.

Die Bundesregierung errichtete die Alterskassen der Landwirte – Träger sind die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften – unter der Aufsicht ihres Bundesversicherungsamtes und mit dem erklärten Ziel des Landraubs. Die Rente, die ein Bauer 1957 nach dem 65. Lebensjahr erhalten konnte, nachdem er 160 Monate (heute 180) Beiträge gezahlt hatte, lag bei 60 DM. Zum Vergleich: der Durchschnittslohn der Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung lag bei 420,25 DM. Voraussetzung für die Rentenzahlung war die Abgabe des Hofes zumindest an Familiennachkommen und sie war so knapp bemessen, daß der Bauer entweder von seinen Kindern mitversorgt werden oder bis zum Tod arbeiten mußte. Mehrmalige Änderungen hat das Gesetz im Laufe der Jahre erfahren, wie Einführung vorzeitiger Rente ab 60 Jahren bei Erwerbsminderung, Erhöhungen von Altersgeld und Beiträgen. Die wesentliche Ergänzung zur ,,wünschenswerten Rationalisierung der Betriebe" machte die Regierung 1969 mit der Einführung der ,,Landabgaberente". Die Landabgaberente liegt höher als das Altersgeld, diese höhere Rente erhält aber nur der, der sein Land zu 85% an Staat oder Kapitalisten verkauft. Sie ist aber immer noch so niedrig, daß Weiterarbeit oder Produktion von Lebensmitteln auf den verbliebenen 15% des Landes zwingend sind. Seit Bestehen der Landabgaberente haben die Bauern bis 1978 491769 ha (4,9 Mio. qkm) ,,abgegeben". Seit 1973 ist die Erhöhung des Altersgeldes der Landwirte an die Erhöhung der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung gekoppelt. Die Altersrente beträgt für Verheiratete seit dem 1.1.79 416 DM, für Ledige 277,60 DM, die Landabgaberente liegt für Verheiratete um 175 DM höher, bei Ledigen um 115 DM höher, an Beiträgen zahlt der Bauer 66 DM monatlich.

Rente des Bauern im Vergleich zum 2-Personen-Rentnerhaushalt und Durchschnittslohn aller Versicherten
% | --- Landabgaberente | — Altersgeld
verheiratet / in % des Warenkorbs
verheiratet / in % des Warenkorbs
ledig / in % des Warenkorbs
in % des Durchschnittslohns
66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78



Mit ihren z.T. rückständigen Produktionsmitteln und der unrationellen Kleinfelderwirtschaft unterliegen die Bauern im Kapitalismus in der Konkurrenz zu den Großbauern, ihr Ruin ist meist unausweichlich. Der einzige Ausweg ist die Abschaffung des Privateigentums und die kollektive Bewirtschaftung des Landes. Für den Ackerbau ist der Einsatz moderner Maschinerie unerläßlich, kollektiv genutzt sind sie überhaupt erst bezahlbar. Das Bild zeigt das Anlegen von Terrassenfeldern in der Kommune Dadschai in der VR-China.

Halb Bauer, halb Arbeiter, wie's die Kapitalisten brauchen

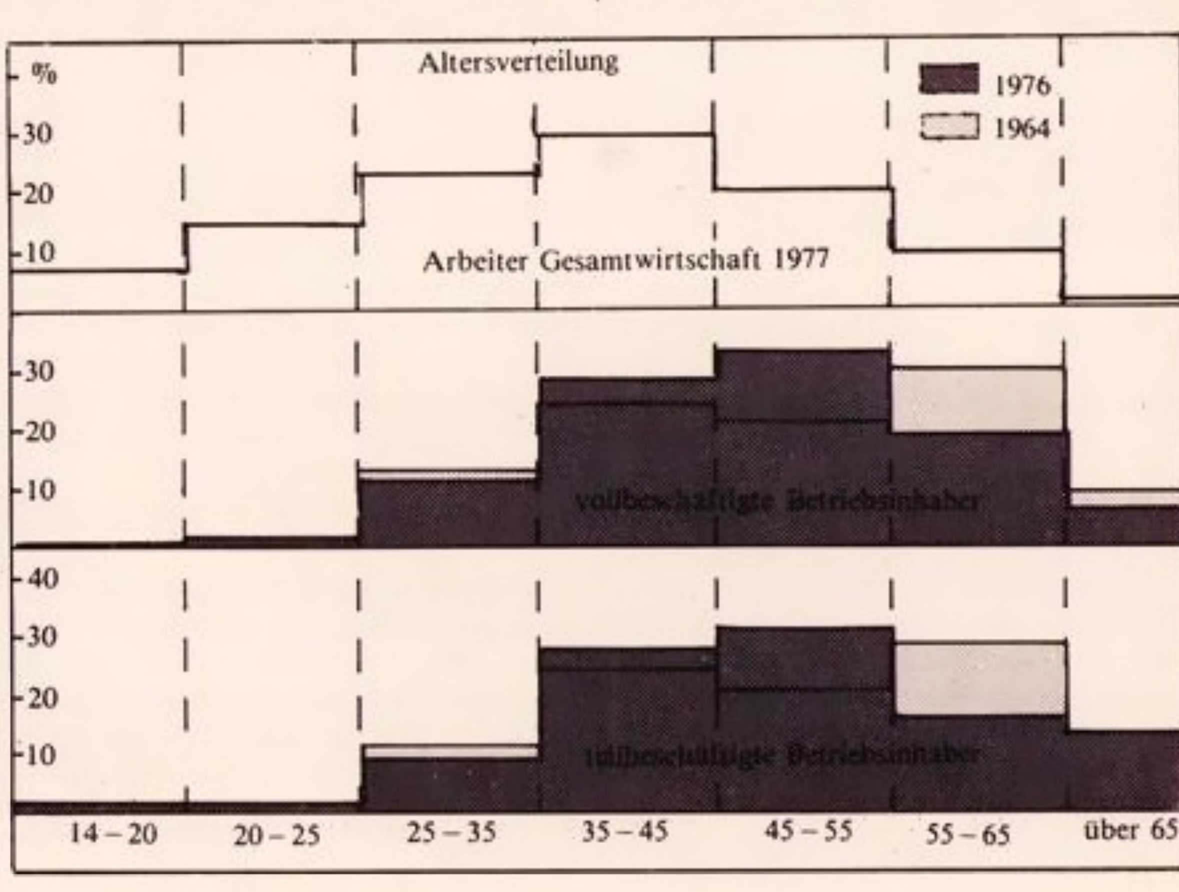
z.frb. Als der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Josef Ertl, wie jedes Jahr im Frühjahr den Agrarbericht der Bundesregierung vorlegte, fand er bei den Einkommen der Bauern alles in Butter. Mit 2000 DM je Familienarbeitskraft im Durchschnitt wies sein Bericht für das Wirtschaftsjahr 1977/78 ein gegenüber dem Einbruch des Vorjahres um 10% gestiegenes Einkommen auf. Der Minister, dem die Einkommen der Bauern keine Sorgen machen, hat aber doch Sorgen. ,,Sorgen bereitet mir jedoch der seit einigen Jahren verzögerte Strukturwandel der Landwirtschaft", erklärte er.

,,Strukturwandel" ist das A und O der Agrarpolitik. Enteignung der Kleinbauern, Zentralisation des Bodens in den Händen einiger Agrarkapitalisten und Grundherren. Maßnahmen wie Landabgaberente helfen nach; dadurch wurden seit 1969 75% des Bodenbedarfs der Betriebe über 50 ha gedeckt. Nur 15102 Bauern haben die Banken und Agrarkapitalisten vergangenes Jahr enteignen können. Der Agrarbericht: ,,Mit 1,8% war die Abnahmerate damit deutlich geringer als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre (3,3%)."

Das Bauernlegen hat an Geschwindigkeit verloren, weil die kapitalistische Wirtschaft in Stagnation kam. Stockt die industrielle Produktion und die Geschäftstätigkeit, die sich darum rankt, ist der Arbeitsmarkt durch eine wachsende industrielle Reservearmee überfüllt, so drückt diese Reservearmee auf die vor dem Ruin stehenden Bauern. Der Lohn ist jetzt so niedrig, daß viele lieber ihr verarmtes Leben als Bauern fortführen, oder sie müssen es fortführen, weil sie keine Möglichkeit finden, überhaupt ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Freisetzung von Arbeitskraft in der landwirtschaftlichen Produktion und die Überführung in die Industrie ist eine unumstößliche Gesetzmäßigkeit und zeigt die fortgeschrittene Produktivkraft der in der Landwirtschaft angewandten Arbeit. Daß sich dies aber durch Überausbeutung, Verarmung und Ruin der bäuerlichen Massen vollzieht, ist bloß eine unumstößliche Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die dem Bauern Eigentumsverhältnisse und Verkehrsformen aufzwängt, die seiner Produktion und einer rationellen Bearbeitung des Bodens überhaupt fremd sind. Die Folgen dieser Umwälzung können innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nur gemildert werden, wenn die Arbeiter einen ausreichenden Lohn erkämpfen, der dem Bauern, der zum Lohnarbeiter wird, ein Einkommen sichert, das zur Reproduktion seiner Arbeitskraft ausreichend ist. Und dies erleichtert auch für jene die Lage, die die Landwirtschaft fortführen. So wie ja umgekehrt die Arbeiterklasse an einem ausreichenden Einkommen der Bauern interessiert ist, weil dies den Druck auf den Arbeitsmarkt durch ruinierte Bauern mildert.

Eine Krise in der Landwirtschaft kündigt sich zumeist in steigenden Bodenpreisen an. Von 1974 bis 1976 verteuerte sich der Hektar landwirtschaftlich genutzen Bodens von rund 16700 DM auf 18700 DM. 1977 aber machte der Bodenpreis einen Sprung auf 22160 DM. Auch mittlere Bauern können solche Preise nicht zahlen. In Schleswig-Holstein nahm erstmals die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in allen Größenklassen unter 50 ha ab, im Durchschnitt Westdeutschlands nahm die Zahl der Betriebe in allen Größenklassen unter 30 ha ab. Und selbst die Betriebe, die sich noch Boden zukaufen können, sind schlecht dran. Denn der Boden ist nicht teurer geworden, weil er besser geworden wäre. Es ist derselbe Boden wie zuvor auch, aber der Bauer muß größeres Kapital für den Kauf von Boden hingeben, das ihm für andere Ausgaben fehlt. Die Summe, die der Bauer für den Kauf eines Traktors hinzahlen muß, entspricht im großen und ganzen den Kosten, die entstehen, wenn ein Traktor gleicher Art unter Fuchtel des Landmaschinenkapitalisten reproduziert wird. Der Betrag aber, der für den Kauf des Bodens gezahlt werden muß, dient nicht der Reproduktion des Bodens, denn der Boden ist Naturbedingung und muß nicht reproduziert werden. Das Geld, das für den Boden gezahlt werden muß, ist für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Die Fessel, die das Grundeigentum für die Entwicklung der Landwirtschaft darstellt, wird bei steigenden Bodenpreisen besonders einschnürend.

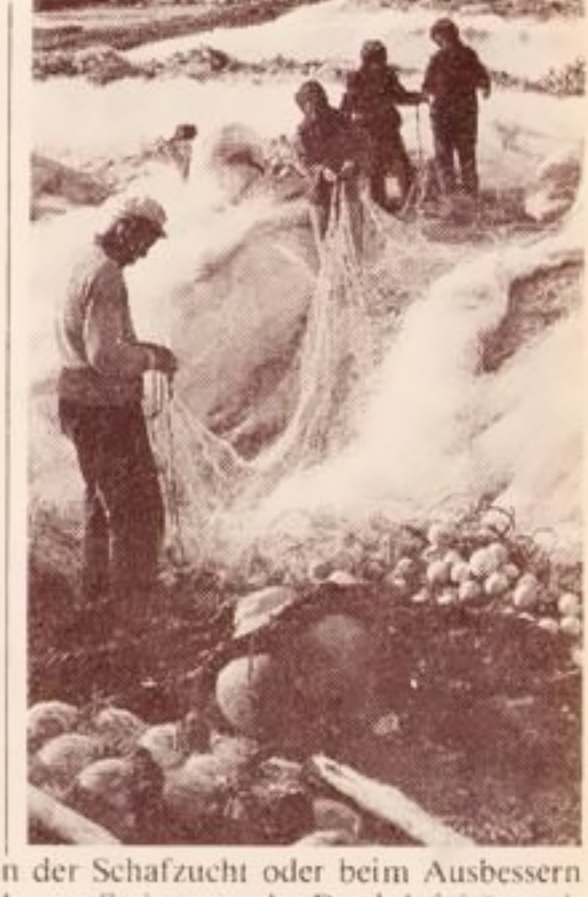
Woher kommt der steigende Bodenpreis in den letzten beiden Jahren? Er kommt daher, weil wegen der gesunkenen Geschwindigkeit des Bauernlegens





Allein durch die kollektive Bewirtschaftung ist eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte möglich, ohne daß die Produktionsmittel zunächst umgewälzt werden. Das Volk von Kampuchea hatte es nach seiner Befreiung und trotz schwierigster Bedingungen, die durch die heillose Verwüstung ihres Landes bestanden, geschafft, innerhalb kurzer Zeit die Ernährung des Volkes zu sichern. Darüberhinaus konnten die Bauern noch einen Überschuß erwirtschaften, der in Vorräten angelegt werden konnte und die Modernisierung in der Bebauung des Landes beschleunigte. Das Bild zeigt die Reisproduktion mit alten Produktionsmitteln, Wasserbüffel und Pflug, bei gemeinschaftlicher Produktion und den beginnenden Einsatz von Maschinerie.





Der Einsatz von Maschinerie wie z.B. in der Schafzucht oder beim Ausbessern der Fischernetze ist nicht einfach möglich, zur Steigerung der Produktivität auch nicht so zwingend wie beim Ackerbau. Die kollektive Arbeit ermöglicht jedoch die Einsparung von Arbeitskräften, in der Schafzucht durch Zusammenlegen der Herden, und Beschleunigung der Arbeit wie beim Netzeausbessern durch einfache Arbeitsteilung. *Rechts:* Fischer aus der Provinz Schantung. *Links:* Schafzucht im Hulunbir-Gebirge, (VR China).

das Angebot an Boden zurückgegangen ist und sich andererseits das Verlangen nach Erhöhung der Produktivität durch Erweiterung des Landes verstärkt hat. Und der Staatsapparat hat durch kräftige Landkäufe den Preis weiter getrieben, Land, das jetzt zum großen Teil brachliegt. Die Verknappung des Bodens bringt die skrupellosesten Methoden des Landraubs hervor. Agrarkapitalisten lassen Jagd auf einzelne Bauern machen, treiben sie durch Viehdiebstahl in den Ruin, helfen nach, wo die Agrarpolitik zu lasch ist.

Den Übergang vom Bauern zum Industriearbeiter bildet der Nebenerwerbsbauer. Mehr als die Hälfte der etwa 860000 landwirtschaftlichen Betriebe kommt mit dem Einkommen aus der Landwirtschaft nicht aus. Diese Bauern bearbeiten rund 13% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Landwirtschaft kann die Bauernfamilie nicht mehr ernähren, aber sie kann auch nicht aufgegeben werden, zumeist, weil ihre Erträge notwendig sind, um das Altenteil zu produzieren.

Die Regierungspolitik zielt darauf, die Trennung der Bauern von ihren Produktionsmitteln und ihrem Boden zu beschleunigen, aber sie hegt und pflegt auch den Nebenerwerbsbauern. Bei Vorlage seines letzten Agrarberichts hat Ertl wohltönende Lobeshymnen auf die Nebenerwerbsbauern gefunden. ,,Diese Betriebe gewinnen durch das außerbetriebliche Erwerbseinkommen vor allem eine Sicherung und Stabilisierung ihres Gesamteinkommens, wie das Wirtschaftsjahr 1976/77 sehr deutlich gezeigt hat.“ Im Wirtschaftsjahr 1976/77 hat sich dies so deutlich gezeigt, weil die Einkommen der Bauern nach der Rechnung des Landwirtschaftsministeriums um

einzelne Bauern machen, treiben sie durch Viehdiebstahl in den Ruin, helfen nach, wo die Agrarpolitik zu lasch ist.

Den Übergang vom Bauern zum Industriearbeiter bildet der Nebenerwerbsbauer. Mehr als die Hälfte der etwa 860000 landwirtschaftlichen Betriebe kommt mit dem Einkommen aus der Landwirtschaft nicht aus. Diese Bauern bearbeiten rund 13% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Landwirtschaft kann die Bauernfamilie nicht mehr ernähren, aber sie kann auch nicht aufgegeben werden, zumeist, weil ihre Erträge notwendig sind, um das Altenteil zu produzieren.

Die Regierungspolitik zielt darauf, die Trennung der Bauern von ihren Produktionsmitteln und ihrem Boden zu beschleunigen, aber sie hegt und pflegt auch den Nebenerwerbsbauern. Bei Vorlage seines letzten Agrarberichts hat Ertl wohltönende Lobeshymnen auf die Nebenerwerbsbauern gefunden. ,,Diese Betriebe gewinnen durch das außerbetriebliche Erwerbseinkommen vor allem eine Sicherung und Stabilisierung ihres Gesamteinkommens, wie das Wirtschaftsjahr 1976/77 sehr deutlich gezeigt hat.“ Im Wirtschaftsjahr 1976/77 hat sich dies so deutlich gezeigt, weil die Einkommen der Bauern nach der Rechnung des Landwirtschaftsministeriums um

13,5% gesunken waren. Da kann natürlich der diätengesicherte Ertl leicht von der Stabilisierung des Gesamteinkommens durch außerlandwirtschafliche Lohnarbeit schwärmen. ,,Hier springt ins Auge, was für die Situation dieser Betriebe die Möglichkeit der Einkommenskombination und somit die Arbeitsmarktlage bedeutet. Hat der Umstieg auf landwirtschaftlichen Nebenerwerb in zurückliegenden Jahren entscheidend mitgeholfen, den Durst einer expandierenden Industrie nach Arbeitskräften zu stillen, so erfüllt der Nebenerwerb heute eine entscheidende Pufferfunktion von höchstem gesellschaftspolitischem Wert.“ Die Nebenerwerbsbauern erfüllen eine Pufferfunktion, weil sie jederzeit wieder aus der Fabrik auf ihren Hof zurückgeschleudert werden können, weiterhin Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben, aber auch gegen Verlumpungstendenzen gesichert sind und die Empfindlichkeit der bürgerlichen Moral nicht belästigen. Zieht die kapitalistische Konjunktur an, so wird der Puffer wieder geleert, je nach dem Bedürfnis der Kapitalistenklasse. Aber auch in der Landwirtschaft selbst werden diese Bauern gebraucht. Meist bauen sie Getreide an, weil sich hier die Arbeit in kurzer Zeit des Jahres zusammendrängt, und für diese Arbeit geht dann der Urlaub drauf. Auch Schweinezucht geht zu machen, morgens vor der Arbeit, am Abend nach der Arbeit. So liefern sie einen erheblichen Teil der Nahrungsmittel zu einem Preis, wie ihn die Bourgeois sonst kaum erpressen könnten. Denn der Nebenerwerbsbauer ist ja nicht abhängig von seinen landwirtschaftlichen Einnahmen.

Schließlich sind die Nebenerwerbsbauern auch unverzichtbar für die Landschaftspflege. Oft bebauen sie Land, das sonst brach liegen, verwildern und Unkraut verbreiten würde. Ihre Felder müssen besonders gepflegt sein, und sind es auch, weil sie sich einen Ausfall der Produktion auf einem Stück ihres Landes nicht leisten können. Auch wenden sie mehr Handarbeit an, erreichen und pflegen den Boden auch dort, wo er sich der maschinellen Bearbeitung entzieht. All dies ist auf Dauer Arbeit, auf die nicht verzichtet werden kann, und die Nebenerwerbsbauern liefern sie gratis.

Die Umwälzung in der Landwirtschaft geht zu einem großen Teil mit der Umwälzung der Generationen vor sich. Die Landjugend verläßt die Landwirtschaft, um die Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen. Der überalterte Arbeitskörper erzwingt

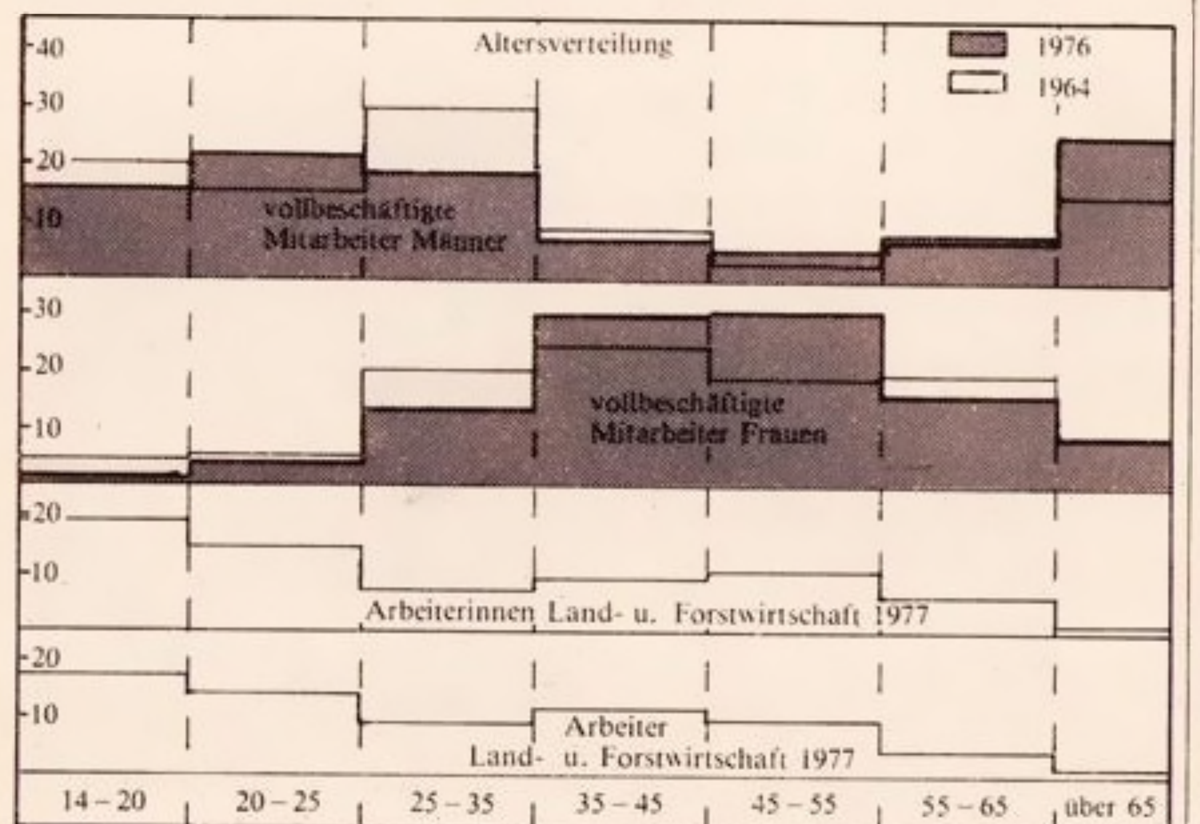
treide an, weil sich hier die Arbeit in kurzer Zeit des Jahres zusammendrängt, und für diese Arbeit geht dann der Urlaub drauf. Auch Schweinezucht geht zu machen, morgens vor der Arbeit, am Abend nach der Arbeit. So liefern sie einen erheblichen Teil der Nahrungsmittel zu einem Preis, wie ihn die Bourgeois sonst kaum erpressen könnten. Denn der Nebenerwerbsbauer ist ja nicht abhängig von seinen landwirtschaftlichen Einnahmen.

Schließlich sind die Nebenerwerbsbauern auch unverzichtbar für die Landschaftspflege. Oft bebauen sie Land, das sonst brach liegen, verwildern und Unkraut verbreiten würde. Ihre Felder müssen besonders gepflegt sein, und sind es auch, weil sie sich einen Ausfall der Produktion auf einem Stück ihres Landes nicht leisten können. Auch wenden sie mehr Handarbeit an, erreichen und pflegen den Boden auch dort, wo er sich der maschinellen Bearbeitung entzieht. All dies ist auf Dauer Arbeit, auf die nicht verzichtet werden kann, und die Nebenerwerbsbauern liefern sie gratis.

Die Umwälzung in der Landwirtschaft geht zu einem großen Teil mit der Umwälzung der Generationen vor sich. Die Landjugend verläßt die Landwirtschaft, um die Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen. Der überalterte Arbeitskörper erzwingt

eine Überbeanspruchung der Arbeitskraft, die sich in der Unfallstatistik nachlesen läßt.

Die Umwälzung durch Abwanderung der Jugend geht den Bourgeoispolitikern nicht schnell genug. Verstärkt wurden in den letzten Jahren Bauern über 55 Jahren in Nebenerwerbsbauern (teilbeschäftigte Betriebsinhaber) verwandelt, während der Anteil der 55-65-jährigen bei den Vollbauern gesunken ist. Andererseits müssen viele über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten. Als billiger Lieferant von Nahrungsmitteln, Landschaftspfleger und in Pufferfunktion ist dem Bourgeoispolitiker der Bauer recht, dann aber gibt's bloß eine Rente, die den Strukturwandel durch frühen Tod beschleunigt.







Bei Arbeiten wie der Errichtung von Bewässerungsanlagen ist es augenfällig, daß dies ein Bauer allein niemals bewältigen kann. Im Kapitalismus werden solche Arbeiten vom Staat oder den Kapitalisten durch Lohnarbeit erledigt und auch nur dann, wenn sie es für notwendig halten. Was dabei herauskommt, kann man an den Deichen in Norddeutschland sehen, die alle Jahre mal wieder einbrechen. Früher haben die Bauern in Norddeutschland die Errichtung und Instandhaltung der Deiche selber geregelt, solange sie freie Bauern waren. Seit der Staat die Aufsicht darüber hat, halten die Deiche nur noch an den Stellen einigermaßen sicher, wo Kapitalisten an der Küste Industrieanlagen stehen haben. Die Bilder zeigen den Transport von Erde in einfachen Tragekörben und ein vollendetes Stauwerk in Kampuchea.

,,Der große Bauernspiegel“ – Oskar Maria Graf

,,Beim Abfassen dieser Geschichten leitete mich die Absicht, ein vollständiges Bild des Bauernlebens . . . in all seiner Vielfalt zu geben“, schreibt der oberbayrische Schriftsteller Oscar Maria Graf über ,,Der große Bauernspiegel“, eines seiner zahlreichen Bücher, aus dem wir unten eine Geschichte abdrucken. Dies gelingt ihm auch. Die in Schulbüchern und Reiseprospekten gepriesene angebliche Dorfidylle löst er auf in das tatsächliche, arbeitsschwere und derbe Leben der Bauern. Der Mangel seiner Geschichten ist, daß er über die reine Schilderung nicht hinausgeht. Die Faschisten versuchten ihn – er hat an der Novemberrevolution in München teilgenommen – für sich zu gewinnen, er lehnt es jedoch ab, daß seine Bücher ,,in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen“, worauf er ausgebürgert wird und in die Tschechoslowakei, vor dem Überfall der Faschisten auf die Tschechoslowakei später in die USA emigriert.

Es stirbt wer

Auf einem Bauernhof, wo es jahraus, jahrein haufenweis' Arbeit gibt, hat

nach der Untersuchung: ,,Rotlauf! . . . Da müßts schon schauen, daß immer

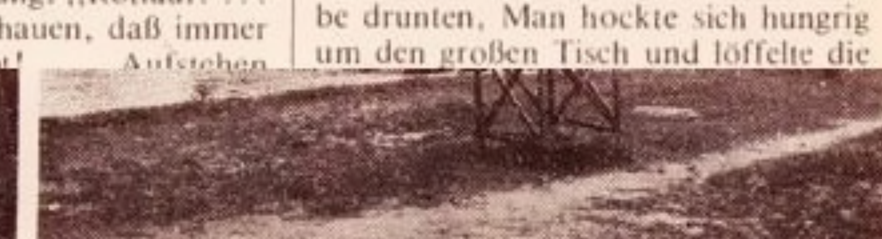
voll Zuckerwasser, weil es sie so dürstete. Vor der letzten Fuhre keuchte sie, und der Zeiselberger richtete ihr das Kissen höher hinauf und gab ihr ein nasses Handtuch für über den Kopf.

,,Jetzt san ma ja glei fürti . . . Jetz brauchst üns ja vorläufi nimma, oda?“ fragte er wieder, und sie schüttelte nur schwach den Kopf und hauchte: ,,Gehts nur zua . . .“

Nach Feierabend, als der Michl in die schon dunkle Kammer trat, rührte sich nichts mehr. Er ging gleich wieder heraus und zog vorsichtig die Tür zu.

,,Schlafa tuat s'“ sagte er in der Stube drunten, Man hockte sich hungrig um den großen Tisch und löffelte die





Bei Arbeiten wie der Errichtung von Bewässerungsanlagen ist es augenfällig, daß dies ein Bauer allein niemals bewältigen kann. Im Kapitalismus werden solche Arbeiten vom Staat oder den Kapitalisten durch Lohnarbeit erledigt und auch nur dann, wenn sie es für notwendig halten. Was dabei herauskommt, kann man an den Deichen in Norddeutschland sehen, die alle Jahre mal wieder einbrechen. Früher haben die Bauern in Norddeutschland die Errichtung und Instandhaltung der Deiche selber geregelt, solange sie freie Bauern waren. Seit der Staat die Aufsicht darüber hat, halten die Deiche nur noch an den Stellen einigermaßen sicher, wo Kapitalisten an der Küste Industrieanlagen stehen haben. Die Bilder zeigen den Transport von Erde in einfachen Tragekörben und ein vollendetes Stauwerk in Kampuchea.

,,Der große Bauernspiegel“ – Oskar Maria Graf

,,Beim Abfassen dieser Geschichten leitete mich die Absicht, ein vollständiges Bild des Bauernlebens . . . in all seiner Vielfalt zu geben“, schreibt der oberbayrische Schriftsteller Oscar Maria Graf über ,,Der große Bauernspiegel“, eines seiner zahlreichen Bücher, aus dem wir unten eine Geschichte abdrucken. Dies gelingt ihm auch. Die in Schulbüchern und Reiseprospekten gepriesene angebliche Dorfidylle löst er auf in das tatsächliche, arbeitsschwere und derbe Leben der Bauern. Der Mangel seiner Geschichten ist, daß er über die reine Schilderung nicht hinausgeht. Die Faschisten versuchten ihn – er hat an der Novemberrevolution in München teilgenommen – für sich zu gewinnen, er lehnt es jedoch ab, daß seine Bücher ,,in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen“, worauf er ausgebürgert wird und in die Tschechoslowakei, vor dem Überfall der Faschisten auf die Tschechoslowakei später in die USA emigriert.

Es stirbt wer

Auf einem Bauernhof, wo es jahraus, jahrein haufenweis' Arbeit gibt, hat man für kranke Leute nicht viel übrig, und am allerwenigsten für solche, die zu ungelegener Zeit krank werden. Wer soll sich denn da schon noch viel mit einem Bettlägerigen abgeben? Allgemein heißt es: ,,Wenn einer für die Arbeit nichts mehr taugt, der gehört unters alte Eisen“.

Es läßt sich also leicht denken, daß der Zeiselberger von Buchberg unbeschreiblich ärgerlich wurde, als sich die Bäuerin mitten in der Erntezeit hinlegen mußte und jeden Tag schlechter wurde. Es wäre ja vielleicht noch nicht so schlimm gewesen, hätte man die Ernte unter Dach und Fach gehabt oder wäre wenigstens eine Tochter da gewesen. Aber so? Drei Mannsbilder – der Bauer, der Ottl und der Michl – im Haus? Und zu dieser Zeit, wo keine Dirn aufzutreiben ist und kein Mensch im ganzen Dorf daheimbleiben kann, noch weniger bei anderen Leuten den Haushalt zu führen und ein Krankes zu pflegen! –

Wie gesagt, der Zeiselberger war über dieses Kranksein direkt beleidigt. Und auch der Bäuerin war es höchst zuwider. Sie war nicht im mindesten so zimperlich, daß sie sich wegen jedes Bauchwehs niederlegte. Im Gegenteil, seitdem der Ottl auf die Welt gekommen war, hatte sie zwei offene Kindsfüße, die sie Jahr und Tag ,,fatschen“ mußte. Aber an ihrer Arbeit kannte man nichts von ihrem Leiden.

Die Zeiselbergerin versuchte es darum schon am dritten Tag, aufzustehen. Sie mußte sich aber gleich wieder niederlegen. Es half nichts. Der Ottl mußte mitten am Nachmittag nach Iffelfing zum Hofrat Eberdinger hinüberfahren und ihn holen. Der Eberdinger kam und sagte zum Zeiselberger nach der Untersuchung: ,,Rotlauf! . . . Da müßts schon schauen, daß immer wer am Bett bleibt! . . . Aufstehen gibt's nicht.“

,,So . . . Rotlauf? . . . Tja, mir hobn aba net recht vui Zeit, daß ma do oiwei a Kamma 'naufstehna“, murmelte der Bauer: ,,Dös geht it rächt, Herr Hofrat, wenn sovui Arbat auf'n Feld is . . .“

,,Tja . . .! Das müßts eben einrichten“, meinte der Doktor achselzuckend und fuhr wieder ab. Diese Auskunft erboste den Zeiselberger bis ins Innerste. Unschlüssig blieb er vor dem Bett sitzen und machte ein Gesicht, als ob ihm ein Ochs hineingetreten wäre.

,,Der hot leicht z' redn, der damisch Kerl, der damisch!“ räsonierte er: ,,Der hot ja koa Arbat! . . . Der sitzt si in sei' Wagl nei', fahrt 'rum und schaugt dein' Haxn o und kommandiert! . . . So mächt i's aa amoi hobn . . .“ Und noch verbißner fuhr er fort: ,,Missn sich einrichtn!? . . . Missn sich einrichtn!! . . . Wia ma nur so dappi daherredn konn! . . . Der tuat ünser Heu net eina, der lappert Teifi, der lappert! . . . Herrgott, i woaß's net, daß's gor a so trapfte Leit gibt, so trapfte . . .!“ Beiläufig stocherte er mit dem Zeigefinger seine Zehen aus, schlüpfte dann wieder in die Pantoffeln und fragte die Bäuerin: ,,Brauchst mi denn . . .? I moan, im Bett liegst doch guat . . .?“

,,Gehts no 'naus ins Feld . . .“ erwiderte diese, scheinbar als wollte sie selber Ruhe haben, und brummend ging der Zeiselberger aus der Kammer und wieder aufs Feld. Bis in die Nacht hinein werkelten die drei herum, und jedesmal, wenn sie eine Fuhre daheim hatten, schaute einer zur Kranken hinauf. Der Ottl brachte ihr ein Bierkrügl voll Zuckerwasser, weil es sie so dürstete. Vor der letzten Fuhre keuchte sie, und der Zeiselberger richtete ihr das Kissen höher hinauf und gab ihr ein nasses Handtuch für über den Kopf.

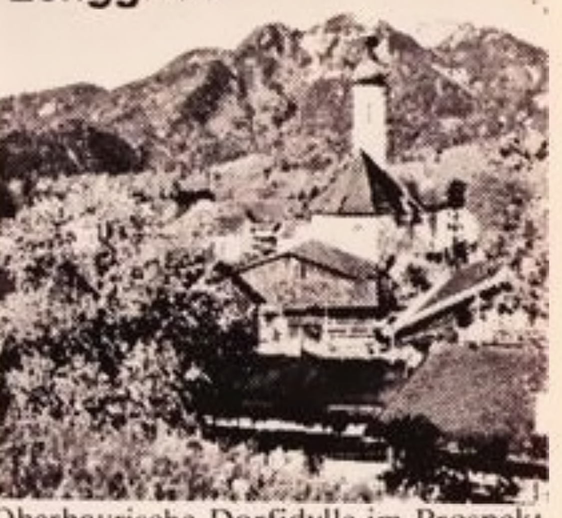
,,Jetzt san ma ja glei fürti . . . Jetz brauchst üns ja vorläufi nimma, oda?“ fragte er wieder, und sie schüttelte nur schwach den Kopf und hauchte: ,,Gehts nur zua . . .“

Nach Feierabend, als der Michl in die schon dunkle Kammer trat, rührte sich nichts mehr. Er ging gleich wieder heraus und zog vorsichtig die Tür zu.

,,Schlafa tuat s'“ sagte er in der Stube drunten, Man hockte sich hungrig um den großen Tisch und löffelte die Brotbrocken aus dem Milchweigling.

Erst als kurz nach der Stallarbeit der Zeiselberger ins Bett ging und mit der Kerze über die Kranke leuchtete, merkte er, daß sie tot war. Er blieb einen Augenblick ganz stockstarr stehen und riß die Augen weit auf.

Lenggries



Oberbayrische Dorfidylle im Prospekt der Deutschen Bundesbahn.

,,Tha! . . . Jetz is dö tot . . .? Tha . . . jetz dös is guat, tha!“ murmelte er mehr erstaunt als erschüttert: ,,Tha! . . . Ja . . . jetz is dö tot? . . .“ Benommen schüttelte er den massigen Kopf. Dann ging er und holte den Michl und den Ottl.

,,Jetzt hob i s' doch owei gfrogt, ob s' üns braucht . . . Tha! . . . Und jetzt stirbt s' auf amoi a so dahi . . . tha-ha-hm“, brummte er unablässig, und als die Buben zu weinen anfingen, wurden auch seine Augen naß. Er faltete die Hände, besprenkelte die Verstorbene mit Weihwasser und schüttelte noch immer den Kopf: ,,Jetz – stirbt – dö – auf amoi a so dahi . . . tha – hm – ha – hm . . .“

Je eine Bemerkung von Hegel und Engels über den Islam

Die Verehrung des Einen ist der einzige Endzweck des Mohammedanismus, und die Subjektivität hat nur diese Verehrung als Inhalt der Tätigkeit, sowie die Absicht, dem Einen die Weltlichkeit zu unterwerfen. Dieses Eine hat nun zwar die Bestimmung des Geistes, doch weil die Subjektivität sich in den Gegenstand aufgehen läßt, fällt aus diesem Einen alle konkrete Bestimmung fort, und sie selbst wird weder für sich geistig frei, noch ist ihr Gegenstand selber konkret. Aber der Mohammedanismus ist nicht die indische, nicht die mönchische Versenkung in das Absolute, sondern die Subjektivität ist hier lebendig und unendlich, eine Tätigkeit, welche ins Weltliche tretend dasselbe nur negiert und nur wirksam und vermittelnd auf die Weise ist, daß die reine Verehrung des Einen existieren soll. Der Gegenstand des Mohammedanismus ist rein intellektuell, kein Bild, keine Vorstellung von Allah wird geduldet: Mohammed ist Prophet, aber Mensch und über des Menschen Schwächen nicht erhaben. Die Grundzüge des Mohammedanismus enthalten dies, daß in der Wirklichkeit nichts fest werden kann, sondern daß alles tätig, lebendig in die unendliche Weite der Welt geht, so daß die Verehrung des Einen das einzige Band bleibt, welches alles verbinden soll. In dieser Weite, in dieser Macht verschwinden alle Schranken, aller National- und Kastenunterschied; kein Stamm, kein politisches Recht der Geburt und des Besitzes hat einen Wert, sondern der Mensch nur als Glaubender. Den Einen anzubeten, an ihn zu glauben, zu fasten, das leibliche Gefühl der Besonderheit abzutun, Almosen zu geben, das heißt, sich des partikularen Besitzes zu entschlagen: das sind die einfachen Gebote; das höchste Verdienst aber ist, für den Glauben zu sterben, und wer in der Schlacht dafür umkommt, ist des Paradieses gewiß.

Die mohammedanische Religion nahm ihren Ursprung bei den Arabern: hier ist der Geist ein ganz einfacher, und der Sinn des Formlosen ist hier zu Hause, denn in diesen Wüsten ist nichts, was gebildet werden könnte. Von der Flucht Mohammeds aus Mekka im Jahre 622 beginnt die Zeitrechnung der Mohammedaner. Noch bei Lebzeiten Mohammeds unter seiner eignen Führung und dann besonders nach seinem Tode unter der Leitung seiner Nachfolger haben die Araber diese ungeheuren Eroberungen gemacht. Sie warfen sich zunächst auf Syrien und eroberten den Hauptort Damaskus im Jahre 634; weiter zogen sie dann über den Euphrat und Tigris und kehrten ihre Waffen gegen Persien, das ihnen bald unterlag; im Westen eroberten sie Ägypten, das nördliche Afrika, Spanien und drangen ins südliche Frankreich bis an die Loire, wo sie von Karl Martell bei Tours im

stenunterschied; kein Stamm, kein politisches Recht der Geburt und des Besitzes hat einen Wert, sondern der Mensch nur als Glaubender. Den Einen anzubeten, an ihn zu glauben, zu fasten, das leibliche Gefühl der Besonderheit abzutun, Almosen zu geben, das heißt, sich des partikularen Besitzes zu entschlagen: das sind die einfachen Gebote; das höchste Verdienst aber ist, für den Glauben zu sterben, und wer in der Schlacht dafür umkommt, ist des Paradieses gewiß.

Die mohammedanische Religion nahm ihren Ursprung bei den Arabern: hier ist der Geist ein ganz einfacher, und der Sinn des Formlosen ist hier zu Hause, denn in diesen Wüsten ist nichts, was gebildet werden könnte. Von der Flucht Mohammeds aus Mekka im Jahre 622 beginnt die Zeitrechnung der Mohammedaner. Noch bei Lebzeiten Mohammeds unter seiner eignen Führung und dann besonders nach seinem Tode unter der Leitung seiner Nachfolger haben die Araber diese ungeheuren Eroberungen gemacht. Sie warfen sich zunächst auf Syrien und eroberten den Hauptort Damaskus im Jahre 634; weiter zogen sie dann über den Euphrat und Tigris und kehrten ihre Waffen gegen Persien, das ihnen bald unterlag; im Westen eroberten sie Ägypten, das nördliche Afrika, Spanien und drangen ins südliche Frankreich bis an die Loire, wo sie von Karl Martell bei Tours im
Jahre 732 besiegt wurden. So dehnte sich die Herrschaft der Araber im Westen aus, im Osten unterwarfen sie sich, wie gesagt, Persien, Samarkand und den südwestlichen Teil von Kleinasien nacheinander. Diese Eroberungen, wie die Verbreitung der Religion, geschehen mit einer ungemeinen Schnelligkeit. Wer sich zum Islam bekehrte, bekam völlig gleiche Rechte mit allen Muselmännern. Was sich nicht bekehrte, wurde in der erste Zeit umgebracht; später verfuhren jedoch die Araber milder gegen die Besiegten, so daß diese, wenn sie nicht zum Islam übergehen wollten, nur ein jährliches Kopfgeld zu entrichten hatten. Die Städte, welche sich sogleich ergaben, mußten dem Sieger ein Zehntel alles Besitzes abgeben; die, welche erst genommen werden mußten, ein Fünftel.

Die Abstraktion beherrschte die Mohammedaner: ihr Ziel war, den abstrakten Dienst geltend zu machen, und danach haben sie mit der größten Begeisterung gestrebt. Diese Begeisterung war *Fanatismus,* das ist eine Begeisterung für ein Abstraktes, für einen abstrakten Gedanken, der negierend sich zum Bestehenden verhält.

Hegel, Philosophie der Geschichte (1837)

Der Islam ist eine auf Orientalen, speziell Araber, zugeschnittene Religion, also einerseits auf handel- und gewerbetreibende Städter, andrerseits auf nomadisierende Beduinen. Darin liegt aber der Keim einer periodisch wiederkehrenden Kollision. Die Städter werden reich, üppig, lax in Beobachtung des „Gesetzes". Die Beduinen, arm und aus Armut sittenstreng, schauen mit Neid und Gier auf diese Reichtümer und Genüsse. Dann tun sie sich zusammen unter einem Propheten, einem Mahdi, die Abgefallnen zu züchtigen, die Achtung vor dem Zeremonialgesetz und dem wahren Glauben wiederherzustellen und zum Lohn die Schätze der Abtrünnigen einzuheimsen. Nach hundert Jahren stehn sie natürlich genau da, wo jene Abtrünnigen standen; eine neue Glaubensreinigung ist nötig, ein neuer Mahdi steht auf, das Spiel geht von vorne an. So ist's geschehn von den Eroberungszügen der afrikanischen Almoraviden und Almohaden nach Spanien bis zum letzten Mahdi von Chartum, der den Engländern so erfolgreich trotzte. So oder ähnlich verhielt es sich mit den Aufständen in Persien und andern muhammedanischen Ländern. Es sind alles religiös verkleidete Bewegungen, entpringend aus ökonomischen Ursachen; aber, auch wenn siegreich, lassen sie die alten ökonomischen Bedingungen unangerührt fortbestehen. Es bleibt also alles beim alten, und die Kollision wird periodisch. In den Volkserhebungen des christlichen Westens dagegen dient die religiöse Verkleidung nur als Fahne und Maske für Angriffe auf eine veraltende ökonomische Ordnung; diese wird schließlich

nomadisierende Beduinen. Darin liegt aber der Keim einer periodisch wiederkehrenden Kollision. Die Städter werden reich, üppig, lax in Beobachtung des „Gesetzes". Die Beduinen, arm und aus Armut sittenstreng, schauen mit Neid und Gier auf diese Reichtümer und Genüsse. Dann tun sie sich zusammen unter einem Propheten, einem Mahdi, die Abgefallnen zu züchtigen, die Achtung vor dem Zeremonialgesetz und dem wahren Glauben wiederherzustellen und zum Lohn die Schätze der Abtrünnigen einzuheimsen. Nach hundert Jahren stehn sie natürlich genau da, wo jene Abtrünnigen standen; eine neue Glaubensreinigung ist nötig, ein neuer Mahdi steht auf, das Spiel geht von vorne an. So ist's geschehn von den Eroberungszügen der afrikanischen Almoraviden und Almohaden nach Spanien bis zum letzten Mahdi von Chartum, der den Engländern so erfolgreich trotzte. So oder ähnlich verhielt es sich mit den Aufständen in Persien und andern muhammedanischen Ländern. Es sind alles religiös verkleidete Bewegungen, entpringend aus ökonomischen Ursachen; aber, auch wenn siegreich, lassen sie die alten ökonomischen Bedingungen unangerührt fortbestehen. Es bleibt also alles beim alten, und die Kollision wird periodisch. In den Volkserhebungen des christlichen Westens dagegen dient die religiöse Verkleidung nur als Fahne und Maske für Angriffe auf eine veraltende ökonomische Ordnung; diese wird schließlich
gestürzt, eine neue kommt auf, die Welt kommt vorwärts.

Engels, „Zur Geschichte des Urchristentums" (1894)





Mohammed bei seiner Rückkehr nach Mekka. Wegen dem Bilderverbot ist sein Gesicht verhüllt dargestellt.



Oben: Koranauszug
Karte links: Arabien vor dem Islam

Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus.

Quellenhefte zum revolutionären Volksbildungsprogramm

Zeittafel

Um 570 Geburt Mohammeds in Mekka
622 Die Higra, Mohammeds Emigration nach Medina
630 Eroberung von Mekka
632 Tod des Propheten
632 – 634 Der Kalif Abu Bakr
633 Eroberung von Südmesopotamien
634 – 644 Der Kalif'Omar
635 Eroberung von Damaskus
636 Niederlage des persischen Heeres bei Qadisiya / Niederlage der Byzantiner am Yarmuk
639 – 642 Eroberung Ägyptens (642 Einnahme von Alexandria)
640 – 642 Eroberung von Persien (642 Entscheidungsschlacht von Nihawand)
644 – 656 Der Kalif'Otman
656 – 661 Der Kalif'Ali
661 – 750 Kalifat der umaiyadischen Dynastie
661 – 680 Mu'awiya I.
670 „Uqba ibn Nafi" erobert Nordwestafrika / Gründung von Kairuan
674 – 678 Belagerung von Konstantinopel
711 Die Araber in Spanien
711 – 712 Eroberung von Sind und Transoxanien
732 Schlacht von Tours und Poitiers (Karl Martell)
749 – 750 Die „abbasidische Revolution"
749 – 1258 Kalifat der abbasidischen Dynastie
762 Gründung von Bagdad (seit 763 Residenz der Kalifen)
786 – 809 Harun ar-Rasid
868 – 883 Ahmad ibn Tulun Gouverneur von Ägypten (Tuluniden 868 – 906)
973 – 1071 Die Fatimiden-Kalifen in Ägypten
945 Der Buyide Mu'izz-af-Daula (936 – 967) in Bagdad als „Schutzherr" des Kalifats
1071 Schlacht von Mantzikert: Byzanz un-

1526 29. – 30. August: Schlacht von Mohacs. Die Osmanen schlagen das ungarische Heer und errichten ein Vasallenregime in Ungarn unter Johann Zápolya
1529 September: Die erste osmanische Belagerung Wiens schlägt fehl. Hayr-ed-Din Barbarossa tritt in osmanische Dienste, beginnt den Bau der osmanischen Flotte
1770 6. Juli: Russische Ostsee-Flotte zerstört die osmanische Flotte in der Schlacht von Cesme
1798 – 1801 Französische Expedition nach Ägypten, osmanisches Bündnis mit Großbritannien und Rußland
1826 15. – 16. Juni: Ausschaltung der Janitscharen durch Mahmud II., Beginn der modernen osmanischen Reformen
1827/30 Fliegenklappen-Zwischenfall (Dey Husain und Botschafter Derval), Besetzung Algiers durch Frankreich
1839 – 1876 Tanzimat-Periode der osmanischen Reformen
1875 Juli: Aufstand in Bosnien und der Herzegowina, Bulgarien; dieser führt zum Krieg gegen Serbien und Montenegro
1881 Frankreich besetzt Tunis
1882 Großbritannien besetzt Ägypten
1896 Nasir-ud-Din Sah wird von Anhänger Gamal-ud-Din Afganis ermordet
1896 – 1907 Muzaffar-ud-Din Sah, ein schwacher Herrscher; russische Anleihen und beherrschende Stellung Rußlands; weiteres Eindringen russischer und britischer Interessen, Konflikt wegen Kontrolle Irans mittels wirtschaftlicher Konzessionen
1901 D'Arcy erhält Ölkonzession (1908 wird Öl gefunden)
1905 – 1906 Iranische Revolution, gegen ausländischen Einfluß und die unfähige Qaga-



Der Felsendom in Jerusalem. Der Grundstein wurde vom Kalifen Omar b. al-Khattaab (634 – 644 u.Z.) gelegt.



Apotheke, Miniatur der Bagdader Schule, Irak, aus der arabischen Übersetzung der materia medica des Dioskurides (1220 – 1230)

Zeittafel

Um 570 Geburt Mohammeds in Mekka
622 Die Higra, Mohammeds Emigration nach Medina
630 Eroberung von Mekka
632 Tod des Propheten
632 – 634 Der Kalif Abu Bakr
633 Eroberung von Südmesopotamien
634 – 644 Der Kalif'Omar
635 Eroberung von Damaskus
636 Niederlage des persischen Heeres bei Qadisiya / Niederlage der Byzantiner am Yarmuk
639 – 642 Eroberung Ägyptens (642 Einnahme von Alexandria)
640 – 642 Eroberung von Persien (642 Entscheidungsschlacht von Nihawand)
644 – 656 Der Kalif'Otman
656 – 661 Der Kalif'Ali
661 – 750 Kalifat der umaiyadischen Dynastie
661 – 680 Mu'awiya I.
670 „Uqba ibn Nafi" erobert Nordwestafrika / Gründung von Kairuan
674 – 678 Belagerung von Konstantinopel
711 Die Araber in Spanien
711 – 712 Eroberung von Sind und Transoxanien
732 Schlacht von Tours und Poitiers (Karl Martell)
749 – 750 Die „abbasidische Revolution"
749 – 1258 Kalifat der abbasidischen Dynastie
762 Gründung von Bagdad (seit 763 Residenz der Kalifen)
786 – 809 Harun ar-Rasid
868 – 883 Ahmad ibn Tulun Gouverneur von Ägypten (Tuluniden 868 – 906)
973 – 1071 Die Fatimiden-Kalifen in Ägypten
945 Der Buyide Mu'izz-af-Daula (936 – 967) in Bagdad als „Schutzherr" des Kalifats
1071 Schlacht von Mantzikert: Byzanz un-
terliegt gegen die Selchuken
1099 Kreuzfahrer erobern Jerusalem
1130 – 1269 Die Almohaden in Nordafrika und (bis 1212) in Spanien
1153 Askalon fällt an die Franken
1171 Der Ayyubide Saladin (1169 – 1193) stürzt die Fatimiden in Ägypten
1176 Schlacht von Myrickephalon: Vernichtung des byzantinischen Heeres durch die Rum-Selchuken
1187 Schlacht von Hattin: Saladin gewinnt Jerusalem zurück
1204 Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer
1212 Schlacht von Las Navas de Tolosa: die Reconquista führt zum Rückzug der Almohaden aus Spanien (1225)
1230 – 1492 Nasriden von Granada
1249 Ludwig IX. der Heilige von Frankreich in Damiette
1250 – 1517 Regime der Mamluken in Ägypten
1256 – 1353 Ilhane in Iran und Irak (1256 – 1265 Hülegü)
1258 Der Mongole Hülegü erobert Bagdad / Ende des Abbasidenkalifats
1260 Sieg der Mamluken über die Mongolen bei 'Ain Galut (Palästina)
1326 Der Osmane Orhan in Bursa
1345 Erste osmanische Landung in Europa, um dem byzantinischen Kaiser Johannes VI. Kantakuzenos beizustehen / Orhans Heirat mit Theodora
1453 6. April bis 29. Mai: Belagerung und Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen
1463 – 1479 Erster Krieg zwischen Osmanen und Venedig
1516 – 1517 Osmanen erobern Ägypten und Syrien
1520 – 1566 Süleyman I. der Prächtige
1521 Die Osmanen erobern Belgrad und sprengen die Donau-Verteidigungslinie
1571 7. Oktober: Die osmanische Flotte wird in der Schlacht von Lepanto zerstört, jedoch innerhalb der folgenden zwei Jahre wieder aufgebaut
1522 Die Osmanen vertreiben die Johanniter von Rhodos

1526 29. – 30. August: Schlacht von Mohacs. Die Osmanen schlagen das ungarische Heer und errichten ein Vasallenregime in Ungarn unter Johann Zápolya
1529 September: Die erste osmanische Belagerung Wiens schlägt fehl. Hayr-ed-Din Barbarossa tritt in osmanische Dienste, beginnt den Bau der osmanischen Flotte
1770 6. Juli: Russische Ostsee-Flotte zerstört die osmanische Flotte in der Schlacht von Cesme
1798 – 1801 Französische Expedition nach Ägypten, osmanisches Bündnis mit Großbritannien und Rußland
1826 15. – 16. Juni: Ausschaltung der Janitscharen durch Mahmud II., Beginn der modernen osmanischen Reformen
1827/30 Fliegenklappen-Zwischenfall (Dey Husain und Botschafter Derval), Besetzung Algiers durch Frankreich
1839 – 1876 Tanzimat-Periode der osmanischen Reformen
1875 Juli: Aufstand in Bosnien und der Herzegowina, Bulgarien; dieser führt zum Krieg gegen Serbien und Montenegro
1881 Frankreich besetzt Tunis
1882 Großbritannien besetzt Ägypten
1896 Nasir-ud-Din Sah wird von Anhänger Gamal-ud-Din Afganis ermordet
1896 – 1907 Muzaffar-ud-Din Sah, ein schwacher Herrscher; russische Anleihen und beherrschende Stellung Rußlands; weiteres Eindringen russischer und britischer Interessen, Konflikt wegen Kontrolle Irans mittels wirtschaftlicher Konzessionen
1901 D'Arcy erhält Ölkonzession (1908 wird Öl gefunden)
1905 – 1906 Iranische Revolution, gegen ausländischen Einfluß und die unfähige Qaga-
renregierung. Der Schah wird gezwungen, den Minister Ain-ud-Daula (1903 – 1906) zu entlassen, der von den Revolutionären für verantwortlich gehalten wird. Der erste Maglis tritt in Teheran zusammen und entwirft die Verfassung
1906/11 Kaiser Wilhelm II. in Tanger, Kanonenboot Panther vor Marokko
1896 – 1908 Aufstieg der Jungtürken-Bewegung
1909 Die Anglo-Persian Oil Company wird gegründet, um die Konzession für persisches Öl im südlichen Iran auszubeuten
1911 – 1912 Osmanisch-italienischer Krieg; Italien erobert Libyen
1914 29. Oktober: Die Türkei tritt in den Ersten Weltkrieg auf seiten der Mittelmächte ein
1918 4. Oktober: Zusammenbruch der osmanischen Armee
1917 Ahmad Fu'ad Sultan von Ägypten. Balfour-Deklaration
1918 30. Oktober: Waffenstillstand von Mudros, danach Besetzung Istanbuls und von Teilen Anatoliens durch die Alliierten
1919 19. Mai: Mustafa Kemal landet in Samsun, eröffnet den türkischen Widerstand gegen die Alliierten
1920 Französisches Mandat über Syrien und Libanon
1923 29. Oktober: Proklamation der Türkischen Republik
1924 3. März: Abschaffung des Kalifats
1922 – 1932 Eroberung Libyens durch Italien
1948 Gründung des Staates Israel. Arabisch-israelischer Krieg
1952 Ägyptische Revolution
1953 Ägypten wird zur Republik erklärt
1956 England, Frankreich und Israel greifen Ägypten an
1967 Arabisch-israelischer Krieg
1970 Tod von Gamal Abdel Nasser
1973 Oktoberkrieg
1979 Sturz des Schahregimes und Proklamation der Islamischen Republik Iran



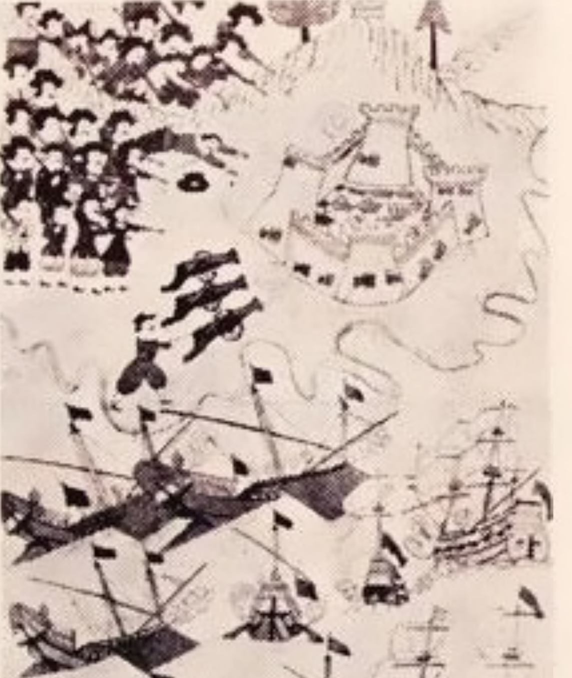
Der Felsendom in Jerusalem. Der Grundstein wurde vom Kalifen Omar b. al-Khattaab (634 – 644 u.Z.) gelegt.



Apotheke, Miniatur der Bagdader Schule, Irak, aus der arabischen Übersetzung der materia medica des Dioskurides (1220 – 1230)



Die Türken vor Kars, Türkei, 1581



Beschießung der Insel Tenedos durch Venezianer